
2002	Ausgegeben zu Bonn am 25. Juni 2002	Nr. 23
-------------	--	---------------

Tag	Inhalt	Seite
18. 6. 2002	Gesetz zu den Verträgen vom 15. September 1999 des Weltpostvereins GESTA: XE025	1446
18. 6. 2002	Gesetz zur Änderung des Gesetzes vom 20. Mai 1997 zur Revision des Übereinkommens vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung GESTA: XJ020	1522
18. 6. 2002	Vierzehnte Verordnung über die Inkraftsetzung von Änderungen des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See und des Protokolls von 1988 zu diesem Übereinkommen (14. SOLAS-ÄndV)	1523
29. 4. 2002	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls zur Änderung des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen	1524
6. 5. 2002	Bekanntmachung des deutsch-bolivianischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1525
8. 5. 2002	Bekanntmachung des deutsch-honduranischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1527
8. 5. 2002	Bekanntmachung des deutsch-honduranischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1530
15. 5. 2002	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-kambodschanischen Abkommens über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	1532
29. 5. 2002	Bekanntmachung des deutsch-belgischen Abkommens über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und Zollverwaltungen in den Grenzgebieten	1532
29. 5. 2002	Bekanntmachung des deutsch-dänischen Abkommens über die polizeiliche Zusammenarbeit in den Grenzgebieten	1536

Die Anlage zur 14. SOLAS-ÄndV vom 18. Juni 2002 wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblatts Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

Gesetz zu den Verträgen vom 15. September 1999 des Weltpostvereins

Vom 18. Juni 2002

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den folgenden in Peking am 15. September 1999 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Verträgen des Weltpostvereins,

1. Sechstes Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins,
2. Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins,
3. Weltpostvertrag und Schlussprotokoll,
4. Postzahlungsdienste-Übereinkommen,

wird zugestimmt. Die Verträge nebst Schlussprotokoll werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie kann den Wortlaut der Satzung in der vom Inkrafttreten des Sechstes Zusatzprotokolls an geltenden Fassung mit einer amtlichen deutschen Übersetzung in der Neufassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

Artikel 3

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Ergänzenden Bestimmungen vom 1. Dezember 1999 zu den in Artikel 1 unter den Nummern 3 und 4 genannten Verträgen sowie Änderungen, die der Rat für Postbetrieb des Weltpostvereins vor Zusammentreten des nächsten Weltpostkongresses zu diesen Ergänzenden Bestimmungen beschließt, in Kraft zu setzen und die Ergänzenden Bestimmungen sowie deren Änderungen im Amtsblatt der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post zu verkünden.

Artikel 4

(1) Für die Bundesrepublik Deutschland nimmt die Deutsche Post AG die Rechte und Pflichten wahr, die sich für eine Postverwaltung im Verhältnis zu den Benutzern und zu anderen Postverwaltungen aus dem Weltpostvertrag nebst Schlussprotokoll und aus Artikel 13 des Postzahlungsdienste-Übereinkommens sowie den dazugehörigen Ergänzenden Bestimmungen und deren Schlussprotokollen ergeben. Dies gilt nicht für die in Artikel 6 des Weltpostvertrages geregelte Herausgabe von amtlichen Postwertzeichen; diese werden ausschließlich vom Bundesministerium der Finanzen herausgegeben.

(2) Zur Wahrnehmung der in Absatz 1 Satz 1 genannten Rechte und Pflichten können auf Antrag auch andere Unternehmen zugelassen werden. Die Zulassung ist ausgeschlossen, soweit ausschließliche Rechte, die der Deutschen Post AG durch Bundesgesetz eingeräumt sind, entgegenstehen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die erforderlichen Einzelheiten der Zulassung zu bestimmen; dabei ist das Auswahlverfahren zu regeln sowie zu bestimmen, welchen Inhalt die Zulassung hat und für welchen Zeitraum sie gilt.

Für die Zulassung und deren Widerruf oder Rücknahme, in den Fällen der Rücknahme oder Ablehnung eines Antrages sowie bei Zurückweisung eines Widerspruchs werden Kosten (Gebühren und Auslagen) erhoben. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Gebührentatbestände und Gebührensätze nach Maßgabe des Verwaltungskostengesetzes näher zu bestimmen. Die Rechtsverordnungen nach den Sätzen 3 und 5 ergehen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium des Innern.

(3) Ein Unternehmen, das die in Absatz 1 Satz 1 genannten Rechte und Pflichten bisher wahrgenommen hat und beabsichtigt, diese zukünftig nicht mehr oder nicht mehr in vollem Umfang wahrzunehmen, hat dies der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post nach § 44 des Postgesetzes vom 22. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3294) spätestens sechs Monate vor Beginn der Einschränkung mitzuteilen. Wenn und soweit das Unternehmen bisher in seinem geografischen Tätigkeitsbereich als einziges diese Rechte und Pflichten in der Bundesrepublik Deutschland wahrgenommen hat, ist eine solche Mitteilung nur bis spätestens sechs Monate vor Beginn des nächsten Weltpostkongresses mit Wirkung zum Ablauf der Gültigkeit des Weltpostvertrages und des Postzahlungsdienste-Übereinkommens zulässig.

(4) Die sich aus dem Weltpostvertrag ergebende Pflicht, in einem fremden Land aufzugebene Briefpostsendungen zu befördern und sie den Empfängern auszuliefern, wird nach Maßgabe des Artikels 43 des Weltpostvertrages eingeschränkt. Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, Vorschriften über Inhalt, Umfang und Verfahren der Einschränkungen nach Maßgabe des Artikels 43 des Weltpostvertrages zu erlassen.

Artikel 5

Für die Bundesrepublik Deutschland nimmt die Deutsche Postbank AG die Rechte und Pflichten wahr, die sich für eine Postverwaltung im Verhältnis zu den Benutzern und zu anderen Postverwaltungen aus dem Postzahlungsdienste-Übereinkommen – mit Ausnahme von dessen Artikel 13 – sowie der dazugehörigen Ergänzenden Bestimmungen und dem Schlussprotokoll ergeben. Die Vorschriften des Artikels 4 Abs. 2 Satz 1, 3 bis 6 und Abs. 3 gelten entsprechend.

Artikel 6

(1) Die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post überwacht bei Unternehmen, die nach den Artikeln 4 und 5 für die Bundesrepublik Deutschland Rechte und Pflichten wahrnehmen, die Einhaltung der in Artikel 1 genannten Verträge des Weltpostvereins sowie der auf Grund der Artikel 3, 4 und 5 erlassenen Rechtsverordnungen.

(2) Ergeben sich für die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post Anhaltspunkte dafür, dass ein Unternehmen, das für die Bundesrepublik Deutschland die Rechte und Pflichten aus den Artikeln 4 und 5 wahrnimmt, gegen die in Artikel 1 genannten Verträge oder die auf Grund der Artikel 3 bis 5 erlassenen Verordnungen verstoßen hat, so gilt § 45 Abs. 2 bis 4 des Postgesetzes entsprechend. Stellt die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post einen derartigen Verstoß fest, so kann sie diejenigen Anordnungen erlassen, die erforderlich sind, um weitere Verstöße zu verhindern und die Folgen begangener Verstöße zu beheben.

Artikel 7

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Verträge des Weltpostvereins für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 18. Juni 2002

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Technologie
Müller

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Sechstes Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins

Sixième Protocole additionnel à la Constitution de l'Union postale universelle

(Übersetzung)

Article	Table des matières	Artikel	Inhaltsverzeichnis
I (art. 22 modifié)	Actes de l'Union	I (geänderter Artikel 22)	Verträge des Vereins
II (art. 25 modifié)	Signature, authentification, ratification et autres modes d'approbation des Actes de l'Union	II (geänderter Artikel 25)	Unterzeichnung, Beglaubigung, Ratifikation und andere Genehmigungsverfahren für die Verträge des Vereins
III (art. 29 modifié)	Présentation des propositions	III (geänderter Artikel 29)	Vorlage von Vorschlägen
IV	Adhésion au Protocole additionnel et aux autres Actes de l'Union	IV	Beitritt zum Zusatzprotokoll und zu den anderen Verträgen des Vereins
V	Mise à exécution et durée du Protocole additionnel à la Constitution de l'Union postale universelle	V	Inkrafttreten und Geltungsdauer des Zusatzprotokolls zur Satzung des Weltpostvereins

Sixième Protocole additionnel à la Constitution de l'Union postale universelle

Les Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union postale universelle réunis en Congrès à Beijing, vu l'article 30, paragraphe 2, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont adopté, sous réserve de ratification, les modifications suivantes à ladite Constitution.

Article I (Article 22 modifié) Actes de l'Union

1. La Constitution est l'Acte fondamental de l'Union. Elle contient les règles organiques de l'Union.

2. Le Règlement général comporte les dispositions assurant l'application de la Constitution et le fonctionnement de l'Union. Il est obligatoire pour tous les Pays-membres.

3. La Convention postale universelle, le Règlement de la poste aux lettres et le Règlement concernant les colis postaux comportent les règles communes applicables au service postal international ainsi que les dispositions concernant les services de la poste aux lettres et des colis postaux. Ces Actes sont obligatoires pour tous les Pays-membres.

4. Les Arrangements de l'Union et leurs Règlements règlent les services autres que ceux de la poste aux lettres et des colis postaux entre les Pays-membres qui y sont parties. Ils ne sont obligatoires que pour ces pays.

5. Les Règlements, qui contiennent les mesures d'application nécessaires à l'exécution de la Convention et des Arrangements, sont arrêtés par le Conseil d'exploitation postale, compte tenu des décisions prises par le Congrès.

6. Les Protocoles finals éventuels annexés aux Actes de l'Union visés aux paragraphes 3, 4 et 5 contiennent les réserves à ces Actes.

Sechstes Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins

Die Regierungsbevollmächtigten der Mitgliedsländer des Weltpostvereins, die zum Kongress in Beijing zusammengetreten sind, haben aufgrund des Artikels 30 Absatz 2 der am 10. Juli 1964 in Wien beschlossenen Satzung des Weltpostvereins vorbehaltlich der Ratifikation folgende Änderungen der Satzung angenommen.

Artikel I Artikel 22 erhält folgende Fassung: Verträge des Vereins

1. Die Satzung ist der Grundvertrag des Vereins. Sie enthält die grundlegenden Bestimmungen des Vereins.

2. Die Allgemeine Verfahrensordnung enthält die Bestimmungen für die Anwendung der Satzung und für die Arbeitsweise des Vereins. Sie ist für alle Mitgliedsländer verbindlich.

3. Der Weltpostvertrag, die Ergänzenden Briefpostbestimmungen und die Ergänzenden Paketpostbestimmungen enthalten die gemeinsamen Vorschriften für den internationalen Postdienst sowie die Bestimmungen über die Briefpost- und die Paketpostdienste. Diese Verträge sind für alle Mitgliedsländer verbindlich.

4. Die Übereinkommen des Vereins und ihre Ergänzenden Bestimmungen regeln die Postdienste, mit Ausnahme der Briefpost- und der Paketpostdienste, für diejenigen Mitgliedsländer, die den betreffenden Übereinkommen beigetreten sind. Sie sind nur für diese Länder verbindlich.

5. Die Ergänzenden Bestimmungen, welche die für die Durchführung des Weltpostvertrags und der Übereinkommen erforderlichen Vorschriften enthalten, werden vom Rat für Postbetrieb unter Berücksichtigung der Entscheidungen des Kongresses beschlossen.

6. Die Schlussprotokolle, die den in den Absätzen 3, 4 und 5 genannten Verträgen des Vereins gegebenenfalls beigefügt sind, enthalten die Vorbehalte zu diesen Verträgen.

Article II**(Article 25 modifié)****Signature, authentification,
ratification et autres modes
d'approbation des Actes de l'Union**

1. Les Actes de l'Union issus du Congrès sont signés par les plénipotentiaires des Pays-membres.
2. Les Règlements sont authentifiés par le Président et le Secrétaire général du Conseil d'exploitation postale.
3. La Constitution est ratifiée aussitôt que possible par les pays signataires.
4. L'approbation des Actes de l'Union autres que la Constitution est régie par les règles constitutionnelles de chaque pays signataire.
5. Lorsqu'un pays ne ratifie pas la Constitution ou n'approuve pas les autres Actes signés par lui, la Constitution et les autres Actes n'en sont pas moins valables pour les pays qui les ont ratifiés ou approuvés.

Article III**(Article 29 modifié)****Présentation des propositions**

1. L'administration postale d'un Pays-membre a le droit de présenter, soit au Congrès, soit entre deux Congrès, des propositions concernant les Actes de l'Union auxquels son pays est partie.
2. Toutefois, les propositions concernant la Constitution et le Règlement général ne peuvent être soumises qu'au Congrès.
3. En outre, les propositions concernant les Règlements sont soumises directement au Conseil d'exploitation postale, mais elles doivent être transmises au préalable par le Bureau international à toutes les administrations postales des Pays-membres.

Article IV**Adhésion au Protocole additionnel
et aux autres Actes de l'Union**

1. Les Pays-membres qui n'ont pas signé le présent Protocole peuvent y adhérer en tout temps.
2. Les Pays-membres qui sont parties aux Actes renouvelés par le Congrès mais qui ne les ont pas signés sont tenus d'y adhérer dans le plus bref délai possible.
3. Les instruments d'adhésion relatifs aux cas visés aux paragraphes 1 et 2 doivent être adressés au Directeur général du Bureau international. Celui-ci notifie ce dépôt aux Gouvernements des Pays-membres.

Article V**Mise à exécution et durée
du Protocole additionnel à la
Constitution de l'Union postale universelle**

Le présent Protocole additionnel sera mis à exécution le 1^{er} janvier 2001 et demeurera en vigueur pendant un temps indéterminé.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres ont dressé le présent Protocole additionnel, qui aura la même force et la même valeur que si ses dispositions étaient insérées dans le texte même de la Constitution, et ils l'ont signé en un exemplaire qui est déposé auprès du Directeur général du Bureau international. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Beijing, le 15 septembre 1999.

Artikel II**Artikel 25 erhält folgende Fassung:****Unterzeichnung, Beglaubigung,
Ratifikation und andere Genehmigungsverfahren
für die Verträge des Vereins**

1. Die vom Kongress verabschiedeten Verträge des Vereins werden von den Bevollmächtigten der Mitgliedsländer unterzeichnet.
2. Die Ergänzenden Bestimmungen werden vom Präsidenten und vom Generalsekretär des Rates für Postbetrieb beglaubigt.
3. Die Satzung wird von den Unterzeichnerländern so bald wie möglich ratifiziert.
4. Die Genehmigung der Verträge des Vereins mit Ausnahme der Satzung regelt sich nach dem Verfassungsrecht jedes Unterzeichnerlandes.
5. Wenn ein Land die Satzung nicht ratifiziert oder die von ihm unterzeichneten anderen Verträge nicht genehmigt, bleiben die Satzung und die anderen Verträge gleichwohl für die Länder verbindlich, die sie ratifiziert oder genehmigt haben.

Artikel III**Artikel 29 erhält folgende Fassung:****Vorlage von Vorschlägen**

1. Die Postverwaltung eines Mitgliedlandes hat das Recht, dem Kongress oder in der Zeit zwischen zwei Kongressen Vorschläge zu den Verträgen des Vereins vorzulegen, denen ihr Land beigetreten ist.
2. Vorschläge zur Satzung und zur Allgemeinen Verfahrensordnung können jedoch nur dem Kongress vorgelegt werden.
3. Darüber hinaus werden Vorschläge zu den Ergänzenden Bestimmungen unmittelbar dem Rat für Postbetrieb vorgelegt; vorher müssen sie jedoch durch das Internationale Büro den Postverwaltungen aller Mitgliedsländer übermittelt werden.

Artikel IV**Beitritt zum Zusatzprotokoll
und zu den anderen Verträgen des Vereins**

1. Die Mitgliedsländer, die dieses Protokoll nicht unterzeichnet haben, können ihm jederzeit beitreten.
2. Die Mitgliedsländer, die Vertragspartei der vom Kongress erneuerten Verträge sind, sie aber nicht unterzeichnet haben, sind gehalten, ihnen innerhalb kürzester Frist beizutreten.
3. Die Urkunden über den Beitritt in den nach den Absätzen 1 und 2 vorgesehenen Fällen sind an den Generaldirektor des Internationalen Büros zu richten. Dieser notifiziert die Hinterlegung den Regierungen der Mitgliedsländer.

Artikel V**Inkrafttreten und Geltungsdauer
des Zusatzprotokolls zur Satzung
des Weltpostvereins**

Dieses Zusatzprotokoll tritt am 1. Januar 2001 in Kraft und gilt für unbestimmte Zeit.

Zu Urkund dessen haben die Regierungsbevollmächtigten der Mitgliedsländer dieses Zusatzprotokoll gefertigt, das dieselbe Wirkung und dieselbe Gültigkeit hat, wie wenn seine Bestimmungen im Wortlaut der Satzung selbst enthalten wären; sie haben es in einer Urschrift unterzeichnet, die beim Generaldirektor des Internationalen Büros hinterlegt wird. Eine Abschrift davon wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes übermittelt, in dem der Kongress stattgefunden hat.

Geschehen zu Beijing am 15. September 1999.

Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins

Règlement général de l'Union postale universelle

(Übersetzung)

Table des matières

Inhaltsverzeichnis

Chapitre I**Fonctionnement des organes de l'Union**

Article

- 101 Organisation et réunion des Congrès et Congrès extraordinaires
- 102 Composition, fonctionnement et réunions du Conseil d'administration
- 103 Documentation sur les activités du Conseil d'administration
- 104 Composition, fonctionnement et réunions du Conseil d'exploitation postale
- 105 Documentation sur les activités du Conseil d'exploitation postale
- 106 Règlement intérieur des Congrès
- 107 Langues de travail du Bureau international
- 108 Langues utilisées pour la documentation, les délibérations et la correspondance de service

Chapitre II**Bureau international**

- 109 Election du Directeur général et du Vice-Directeur général du Bureau international
- 110 Fonctions du Directeur général
- 111 Fonctions du Vice-Directeur général
- 112 Secrétariat des organes de l'Union
- 113 Liste des Pays-membres
- 114 Renseignements. Avis. Demandes d'interprétation et de modification des Actes. Enquêtes. Intervention dans la liquidation des comptes
- 115 Coopération technique
- 116 Formules fournies par le Bureau international
- 117 Actes des Unions restreintes et arrangements spéciaux
- 118 Revue de l'Union
- 119 Rapport annuel sur les activités de l'Union

Chapitre III**Procédure d'introduction et d'examen des propositions**

- 120 Procédure de présentation des propositions au Congrès
- 121 Procédure de présentation des propositions entre deux Congrès
- 122 Examen des propositions entre deux Congrès
- 123 Notification des décisions adoptées entre deux Congrès
- 124 Mise en vigueur des Règlements et des autres décisions adoptés entre deux Congrès

Kapitel I**Arbeitsweise der Organe des Vereins**

Artikel

- 101 Durchführung und Zusammentreten der Kongresse und außerordentlichen Kongresse
- 102 Zusammensetzung, Arbeitsweise und Tagungen des Verwaltungsrats
- 103 Dokumentation über die Tätigkeit des Verwaltungsrats
- 104 Zusammensetzung, Arbeitsweise und Tagungen des Rates für Postbetrieb
- 105 Dokumentation über die Tätigkeit des Rates für Postbetrieb
- 106 Geschäftsordnung der Kongresse
- 107 Arbeitssprachen des Internationalen Büros
- 108 Sprachen für Dokumentation, Beratungen und dienstlichen Schriftwechsel

Kapitel II**Internationales Büro**

- 109 Wahl des Generaldirektors und des Vizegeneraldirektors des Internationalen Büros
- 110 Aufgaben des Generaldirektors
- 111 Aufgaben des Vizegeneraldirektors
- 112 Sekretariat der Organe des Vereins
- 113 Liste der Mitgliedsländer
- 114 Informationen. Gutachten. Anträge auf Auslegung und Änderung der Verträge. Umfragen. Vermittlung bei der Begleichung der Rechnungen
- 115 Technische Zusammenarbeit
- 116 Lieferung von Formularen durch das Internationale Büro
- 117 Verträge der Engeren Vereine und besondere Vereinbarungen
- 118 Zeitschrift des Vereins
- 119 Jahresbericht über die Tätigkeit des Vereins

Kapitel III**Verfahren für die Vorlage und Prüfung von Vorschlägen**

- 120 Verfahren für die Vorlage von Vorschlägen für den Kongress
- 121 Verfahren für die Vorlage von Vorschlägen in der Zeit zwischen zwei Kongressen
- 122 Prüfung von Vorschlägen in der Zeit zwischen zwei Kongressen
- 123 Notifikation der in der Zeit zwischen zwei Kongressen gefassten Beschlüsse
- 124 Inkrafttreten der in der Zeit zwischen zwei Kongressen angenommenen Ergänzenden Bestimmungen und anderen Beschlüsse

Chapitre IV Finances

Article

- 125 Fixation et règlement des dépenses de l'Union
- 126 Sanctions automatiques
- 127 Classes de contribution
- 128 Paiement des fournitures du Bureau international

Chapitre V Arbitrages

- 129 Procédure d'arbitrage

Chapitre VI Dispositions finales

- 130 Conditions d'approbation des propositions concernant le Règlement général
- 131 Propositions concernant les Accords avec l'Organisation des Nations Unies
- 132 Mise à exécution et durée du Règlement général

Règlement général de l'Union postale universelle

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union, vu l'article 22, paragraphe 2, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont, d'un commun accord et sous réserve de l'article 25, paragraphe 4, de ladite Constitution, arrêté, dans le présent Règlement général, les dispositions suivantes assurant l'application de la Constitution et le fonctionnement de l'Union.

Chapitre I

Fonctionnement des organes de l'Union

Article 101

Organisation et réunion des Congrès et Congrès extraordinaires

1. Les représentants des Pays-membres se réunissent en Congrès au plus tard cinq ans après la date de mise à exécution des Actes du Congrès précédent.

2. Chaque Pays-membre se fait représenter au Congrès par un ou plusieurs plénipotentiaires munis, par leur Gouvernement, des pouvoirs nécessaires. Il peut, au besoin, se faire représenter par la délégation d'un autre Pays-membre. Toutefois, il est entendu qu'une délégation ne peut représenter qu'un seul Pays-membre autre que le sien.

3. Dans les délibérations, chaque Pays-membre dispose d'une voix, sous réserve des sanctions prévues à l'article 126.

4. En principe, chaque Congrès désigne le pays dans lequel le Congrès suivant aura lieu. Si cette désignation se révèle inapplicable, le Conseil d'administration est autorisé à désigner le pays où le Congrès tiendra ses assises, après entente avec ce dernier pays.

5. Après entente avec le Bureau international, le Gouvernement invitant fixe la date définitive et le lieu exact du Congrès. Un an, en principe, avant cette date, le Gouvernement invitant envoie une invitation au Gouvernement de chaque Pays-membre. Cette invitation peut être adressée soit directement, soit par l'intermédiaire d'un autre Gouvernement, soit par l'entremise du Directeur général du Bureau international.

Kapitel IV Finanzen

Artikel

- 125 Festsetzung und Begleichung der Ausgaben des Vereins
- 126 Automatische Sanktionen
- 127 Beitragsklassen
- 128 Bezahlung der Lieferungen des Internationalen Büros

Kapitel V Schiedsgerichtsbarkeit

- 129 Schiedsverfahren

Kapitel VI Schlussbestimmungen

- 130 Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zur Allgemeinen Verfahrensordnung
- 131 Vorschläge zu den Abkommen mit der Organisation der Vereinten Nationen
- 132 Inkrafttreten und Geltungsdauer der Allgemeinen Verfahrensordnung

Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins

Die unterzeichneten Regierungsbevollmächtigten der Mitgliedsländer des Weltpostvereins haben aufgrund des Artikels 22 Absatz 2 der am 10. Juli 1964 in Wien beschlossenen Satzung des Weltpostvereins im gegenseitigen Einvernehmen und vorbehaltlich des Artikels 25 Absatz 4 der Satzung in dieser Allgemeinen Verfahrensordnung folgende Bestimmungen für die Anwendung der Satzung und für die Arbeitsweise des Vereins festgelegt.

Kapitel I

Arbeitsweise der Organe des Vereins

Artikel 101

Durchführung und Zusammentreten des Kongresse und außerordentlichen Kongresse

1. Spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten der Verträge des vorhergehenden Kongresses kommen die Vertreter der Mitgliedsländer zu einem Kongress zusammen.

2. Jedes Mitgliedsland lässt sich auf dem Kongress durch einen oder mehrere Bevollmächtigte vertreten, die von ihrer Regierung mit den erforderlichen Vollmachten ausgestattet sind. Es kann sich nötigenfalls auch durch die Delegation eines anderen Mitgliedslandes vertreten lassen. Eine Delegation darf jedoch außer dem eigenen nur ein anderes Mitgliedsland vertreten.

3. Bei den Beratungen hat jedes Mitgliedsland eine Stimme, vorbehaltlich der in Artikel 126 vorgesehenen Sanktionen.

4. Grundsätzlich bestimmt jeder Kongress das Land, in dem der nächste Kongress stattfinden soll. Erweist sich dies als undurchführbar, so ist der Verwaltungsrat ermächtigt, das Land zu bestimmen, in dem der Kongress zusammentreten soll, wobei er sich vorher mit dem betreffenden Land entsprechend verständigt haben muss.

5. Die einladende Regierung setzt im Einvernehmen mit dem Internationalen Büro den endgültigen Zeitpunkt und den genauen Ort des Kongresses fest. Grundsätzlich ein Jahr vor diesem Zeitpunkt sendet die einladende Regierung eine Einladung an die Regierung eines jeden Mitgliedslandes. Diese Einladungen können unmittelbar oder durch Vermittlung einer anderen Regierung oder aber durch Vermittlung des Generaldirektors des Internationalen Büros versandt werden.

6. Lorsqu'un Congrès doit être réuni sans qu'il y ait un Gouvernement invitant, le Bureau international, avec l'accord du Conseil d'administration et après entente avec le Gouvernement de la Confédération suisse, prend les dispositions nécessaires pour convoquer et organiser le Congrès dans le pays siège de l'Union. Dans ce cas, le Bureau international exerce les fonctions du Gouvernement invitant.

7. Le lieu de réunion d'un Congrès extraordinaire est fixé, après entente avec le Bureau international, par les Pays-membres ayant pris l'initiative de ce Congrès.

8. Les paragraphes 2 à 6 sont applicables par analogie aux Congrès extraordinaires.

Article 102

Composition, fonctionnement et réunions du Conseil d'administration

1. Le Conseil d'administration se compose de quarante et un membres qui exercent leurs fonctions durant la période qui sépare deux Congrès successifs.

2. La présidence est dévolue de droit au pays hôte du Congrès. Si ce pays se désiste, il devient membre de droit et, de ce fait, le groupe géographique auquel il appartient dispose d'un siège supplémentaire auquel les restrictions du paragraphe 3 ne sont pas applicables. Dans ce cas, le Conseil d'administration élit à la présidence un des membres appartenant au groupe géographique dont fait partie le pays hôte.

3. Les quarante autres membres du Conseil d'administration sont élus par le Congrès sur la base d'une répartition géographique équitable. La moitié au moins des membres est renouvelée à l'occasion de chaque Congrès; aucun Pays-membre ne peut être choisi successivement par trois Congrès.

4. Chaque membre du Conseil d'administration désigne son représentant, qui doit être compétent dans le domaine postal.

5. Les fonctions de membre du Conseil d'administration sont gratuites. Les frais de fonctionnement de ce Conseil sont à la charge de l'Union.

6. Le Conseil d'administration a les attributions suivantes:

6.1 superviser toutes les activités de l'Union dans l'intervalle des Congrès, en tenant compte des décisions du Congrès, en étudiant les questions concernant les politiques gouvernementales en matière postale et en tenant compte des politiques réglementaires internationales telles que celles qui sont relatives au commerce des services et à la concurrence;

6.2 examiner et approuver, dans le cadre de ses compétences, toute action jugée nécessaire pour sauvegarder et renforcer la qualité du service postal international et le moderniser;

6.3 favoriser, coordonner et superviser toutes les formes d'assistance technique postale dans le cadre de la coopération technique internationale;

6.4 examiner et approuver le budget et les comptes annuels de l'Union;

6.5 autoriser, si les circonstances l'exigent, le dépassement du plafond des dépenses conformément à l'article 125, paragraphes 3, 4 et 5;

6.6 arrêter le Règlement financier de l'UPU;

6.7 arrêter les règles régissant le Fonds de réserve;

6.8 arrêter les règles régissant le Fonds spécial;

6.9 arrêter les règles régissant le Fonds des activités spéciales;

6.10 arrêter les règles régissant le Fonds volontaire;

6. Muss ein Kongress zusammentreten, ohne dass eine Regierung einlädt, so trifft das Internationale Büro mit Zustimmung des Verwaltungsrats und im Einvernehmen mit der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft die für die Einberufung und Durchführung des Kongresses im Sitzland des Vereins erforderlichen Maßnahmen. In diesem Fall übernimmt das Internationale Büro die Aufgaben der einladenden Regierung.

7. Der Tagungsort eines außerordentlichen Kongresses wird im Einvernehmen mit dem Internationalen Büro von den Mitgliedsländern bestimmt, die diesen Kongress angeregt haben.

8. Die Absätze 2 bis 6 gelten für außerordentliche Kongresse sinngemäß.

Artikel 102

Zusammensetzung, Arbeitsweise und Tagungen des Verwaltungsrats

1. Der Verwaltungsrat setzt sich aus 41 Mitgliedern zusammen, die ihre Tätigkeit in der Zeit zwischen zwei aufeinander folgenden Kongressen ausüben.

2. Die Präsidentschaft steht von Rechts wegen dem Gastland des Kongresses zu. Verzichtet dieses Land, so wird es von Rechts wegen Mitglied, und die geographische Gruppe, der es angehört, verfügt somit über einen zusätzlichen Sitz, für den die Einschränkungen des Absatzes 3 nicht gelten. In diesem Fall wählt der Verwaltungsrat eines derjenigen Mitglieder zum Präsidenten, die der geographischen Gruppe angehören, zu der auch das Gastland zählt.

3. Die 40 anderen Mitglieder des Verwaltungsrats werden vom Kongress auf der Grundlage einer ausgewogenen geographischen Verteilung gewählt. Mindestens die Hälfte der Mitglieder wird bei jedem Kongress neu gewählt; kein Mitgliedsland darf von drei Kongressen hintereinander gewählt werden.

4. Jedes Mitglied des Verwaltungsrats bestimmt seinen Vertreter, der fachkundig im Postbereich sein muss.

5. Die Tätigkeit der Mitglieder des Verwaltungsrats ist unentgeltlich. Die laufenden Kosten des Verwaltungsrats trägt der Verein.

6. Der Verwaltungsrat hat folgende Aufgaben:

6.1 Er überwacht in der Zeit zwischen den Kongressen alle Tätigkeiten des Vereins, wobei er die Beschlüsse des Kongresses berücksichtigt, Fragen im Zusammenhang mit der Politik der Regierungen im Postbereich untersucht und den internationalen Entwicklungen im Bereich der Regulierung Rechnung trägt, die zum Beispiel den Handel mit Dienstleistungen und den Wettbewerb betreffen;

6.2 er prüft und genehmigt im Rahmen seiner Zuständigkeiten alle Maßnahmen, die zur Erhaltung und Verbesserung der Qualität des internationalen Postdienstes und zur Modernisierung dieses Dienstes für erforderlich gehalten werden;

6.3 er fördert, koordiniert und überwacht alle Formen der technischen Hilfeleistung auf dem Gebiet des Postwesens im Rahmen der internationalen technischen Zusammenarbeit;

6.4 er prüft und genehmigt den Jahreshaushalt und die Jahresrechnungen des Vereins;

6.5 er genehmigt, wenn die Umstände es erfordern, die Überschreitung des Höchstbetrags der Ausgaben nach Artikel 125 Absätze 3, 4 und 5;

6.6 er beschließt das Finanzstatut des WPV;

6.7 er legt die für den Reservefonds geltenden Bestimmungen fest;

6.8 er legt die für den Sonderfonds geltenden Bestimmungen fest;

6.9 er legt die für den Fonds für besondere Tätigkeiten geltenden Bestimmungen fest;

6.10 er legt die für den Fonds für freiwillige Beiträge geltenden Bestimmungen fest;

- 6.11 assurer le contrôle de l'activité du Bureau international;
- 6.12 autoriser, s'il est demandé, le choix d'une classe de contribution inférieure, conformément aux conditions prévues à l'article 127, paragraphe 6;
- 6.13 autoriser le changement de groupe géographique, si un pays le demande, en tenant compte des avis exprimés par les pays qui sont membres des groupes géographiques concernés;
- 6.14 arrêter le Statut du personnel et les conditions de service des fonctionnaires élus;
- 6.15 créer ou supprimer les postes de travail du Bureau international en tenant compte des restrictions liées au plafond des dépenses fixé;
- 6.16 arrêter le Règlement du Fonds social;
- 6.17 approuver les rapports annuels établis par le Bureau international sur les activités de l'Union et sur la gestion financière et présenter, s'il y a lieu, des commentaires à leur sujet;
- 6.18 décider des contacts à prendre avec les administrations postales pour remplir ses fonctions;
- 6.19 après consultation du Conseil d'exploitation postale, décider des contacts à prendre avec les organisations qui ne sont pas des observateurs de droit, examiner et approuver les rapports du Bureau international sur les relations de l'UPU avec les autres organismes internationaux, prendre les décisions qu'il juge opportunes sur la conduite de ces relations et la suite à leur donner; désigner, en temps utile, les organisations internationales intergouvernementales et non gouvernementales qui doivent être invitées à se faire représenter à un Congrès et charger le Directeur général du Bureau international d'envoyer les invitations nécessaires;
- 6.20 arrêter, au cas où il le juge utile, les principes dont le Conseil d'exploitation postale doit tenir compte lorsqu'il étudiera des questions ayant des répercussions financières importantes (taxes, frais terminaux, frais de transit, taux de base du transport aérien du courrier et dépôt à l'étranger d'envois de la poste aux lettres), suivre de près l'étude de ces questions et examiner et approuver, pour en assurer la conformité avec les principes précités, les propositions du Conseil d'exploitation postale portant sur les mêmes sujets;
- 6.21 étudier, à la demande du Congrès, du Conseil d'exploitation postale ou des administrations postales, les problèmes d'ordre administratif, législatif et juridique intéressant l'Union ou le service postal international; il appartient au Conseil d'administration de décider, dans les domaines susmentionnés, s'il est opportun ou non d'entreprendre les études demandées par les administrations postales dans l'intervalle des Congrès;
- 6.22 formuler des propositions qui seront soumises à l'approbation soit du Congrès, soit des administrations postales conformément à l'article 122;
- 6.23 approuver, dans le cadre de ses compétences, les recommandations du Conseil d'exploitation postale concernant l'adoption, si nécessaire, d'une réglementation ou d'une nouvelle pratique en attendant que le Congrès décide en la matière;
- 6.24 examiner le rapport annuel établi par le Conseil d'exploitation postale et, le cas échéant, les propositions soumises par ce dernier;
- 6.25 soumettre des sujets d'étude à l'examen du Conseil d'exploitation postale, conformément à l'article 104, paragraphe 9.16;
- 6.26 désigner le pays siège du prochain Congrès dans le cas prévu à l'article 101, paragraphe 4;
- 6.27 déterminer, en temps utile et après consultation du Conseil d'exploitation postale, le nombre de Commissions
- 6.11 er überwacht die Tätigkeit des Internationalen Büros;
- 6.12 er genehmigt auf Antrag, nach Maßgabe des Artikels 127 Absatz 6, die Wahl einer niedrigeren Beitragsklasse;
- 6.13 er genehmigt auf Antrag eines Landes den Wechsel von einer geographischen Gruppe zu einer anderen, wobei er die Stellungnahmen der Länder berücksichtigt, die Mitglieder der betroffenen geographischen Gruppen sind;
- 6.14 er beschließt das Personalstatut und die Dienstbedingungen der gewählten Beamten;
- 6.15 er schafft oder streicht Arbeitsplätze im Internationalen Büro, unter Berücksichtigung der an den festgelegten Höchstbetrag der Ausgaben gebundenen Beschränkungen;
- 6.16 er legt die Regelungen für den Sozialfonds fest;
- 6.17 er genehmigt die Jahresberichte des Internationalen Büros über die Tätigkeit des Vereins und über das Finanzgebaren und legt gegebenenfalls Bemerkungen zu diesen Berichten vor;
- 6.18 er entscheidet über die mit den Postverwaltungen zur Erfüllung seiner Aufgaben aufzunehmenden Kontakte;
- 6.19 nach Beratung mit dem Rat für Postbetrieb entscheidet er über die mit denjenigen Organisationen aufzunehmenden Kontakte, die nicht von Rechts wegen Beobachter sind, prüft und genehmigt er die Berichte des Internationalen Büros über die Beziehungen des WPV zu anderen internationalen Organisationen, trifft er die seiner Ansicht nach zweckmäßigen Entscheidungen für die Gestaltung dieser Beziehungen und die daraus resultierenden Maßnahmen; er bestimmt zu gegebener Zeit die zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen internationalen Organisationen, die aufgefordert werden sollen, Vertreter zu einem Kongress zu entsenden, und er beauftragt den Generaldirektor des Internationalen Büros, die notwendigen Einladungen zu versenden;
- 6.20 er legt, wenn er es für zweckmäßig erachtet, die Grundsätze fest, die der Rat für Postbetrieb bei der Untersuchung von Fragen mit erheblichen finanziellen Auswirkungen berücksichtigen muss (Gebühren, Endvergütungen, Durchgangsvergütungen, Grundvergütungssätze für die Luftbeförderung der Briefpost und Einlieferung von Briefsendungen im Ausland), er verfolgt aufmerksam die Untersuchung dieser Fragen, und er prüft und genehmigt die Vorschläge des Rates für Postbetrieb zu diesen Themen, um ihre Übereinstimmung mit den genannten Grundsätzen zu gewährleisten;
- 6.21 er untersucht auf Antrag des Kongresses, des Rates für Postbetrieb oder der Postverwaltungen die Probleme des Vereins oder des internationalen Postdienstes in den Bereichen Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung; es obliegt dem Verwaltungsrat zu entscheiden, ob es angebracht ist, in den genannten Bereichen die von den Postverwaltungen in der Zeit zwischen den Kongressen verlangten Untersuchungen durchzuführen;
- 6.22 er erarbeitet Vorschläge, die dem Kongress oder den Postverwaltungen nach Artikel 122 zur Genehmigung vorgelegt werden;
- 6.23 er genehmigt im Rahmen seiner Zuständigkeiten die Empfehlungen des Rates für Postbetrieb über die gegebenenfalls erforderliche Annahme von Vorschriften oder neuen Verfahren, bis der Kongress in der betreffenden Angelegenheit entscheidet;
- 6.24 er prüft den Jahresbericht des Rates für Postbetrieb und gegebenenfalls die von diesem vorgelegten Vorschläge;
- 6.25 er legt dem Rat für Postbetrieb Untersuchungsaufträge in Übereinstimmung mit Artikel 104 Absatz 9.16 zur Prüfung vor;
- 6.26 er bestimmt in dem in Artikel 101 Absatz 4 vorgesehenen Fall das Land, in dem der nächste Kongress stattfinden soll;
- 6.27 er bestimmt zu gegebener Zeit, nach Beratung mit dem Rat für Postbetrieb, die Zahl der für eine erfolgreiche Durch-

nécessaires pour mener à bien les travaux du Congrès et en fixer les attributions;

6.28 désigner, après consultation du Conseil d'exploitation postale et sous réserve de l'approbation du Congrès, les Pays-membres susceptibles:

- d'assumer les vice-présidences du Congrès ainsi que les présidences et vice-présidences des Commissions, en tenant compte autant que possible de la répartition géographique équitable des Pays-membres;
- de faire partie des Commissions restreintes du Congrès;

6.29 examiner et approuver le projet de plan stratégique à présenter au Congrès et élaboré par le Conseil d'exploitation postale avec l'aide du Bureau international; examiner et approuver les révisions annuelles du plan arrêté par le Congrès sur la base des recommandations du Conseil d'exploitation postale et travailler en concertation avec le Conseil d'exploitation postale à l'élaboration et à l'actualisation annuelle du plan.

7. A sa première réunion, qui est convoquée par le Président du Congrès, le Conseil d'administration élit, parmi ses membres, quatre Vice-Présidents et arrête son Règlement intérieur.

8. Sur convocation de son Président, le Conseil d'administration se réunit, en principe une fois par an, au siège de l'Union.

9. Le Président, les Vice-Présidents, les Présidents des Commissions du Conseil d'administration ainsi que le Président du Groupe de planification stratégique forment le Comité de gestion. Ce Comité prépare et dirige les travaux de chaque session du Conseil d'administration. Il approuve, au nom du Conseil d'administration, le rapport annuel établi par le Bureau international sur les activités de l'Union et il assume toute autre tâche que le Conseil d'administration décide de lui confier ou dont la nécessité apparaît durant le processus de planification stratégique.

10. Le représentant de chacun des membres du Conseil d'administration participant aux sessions de cet organe, à l'exception des réunions qui ont eu lieu pendant le Congrès, a droit au remboursement soit du prix d'un billet-avion aller et retour en classe économique ou d'un billet de chemin de fer en 1re classe, soit du coût du voyage par tout autre moyen, à condition que ce montant ne dépasse pas le prix du billet-avion aller et retour en classe économique. Le même droit est accordé au représentant de chaque membre de ses Commissions, de ses Groupes de travail ou de ses autres organes lorsque ceux-ci se réunissent en dehors du Congrès et des sessions du Conseil.

11. Le Président du Conseil d'exploitation postale représente celui-ci aux séances du Conseil d'administration à l'ordre du jour desquelles figurent des questions relatives à l'organe qu'il dirige.

12. Afin d'assurer une liaison efficace entre les travaux des deux organes, le Conseil d'exploitation postale peut désigner des représentants pour assister aux réunions du Conseil d'administration en qualité d'observateurs.

13. L'administration postale du pays où le Conseil d'administration se réunit est invitée à participer aux réunions en qualité d'observateur, si ce pays n'est pas membre du Conseil d'administration.

14. Le Conseil d'administration peut inviter à ses réunions, sans droit de vote, tout organisme international, tout représentant d'association ou d'entreprise ou toute personne qualifiée qu'il désire associer à ses travaux. Il peut également inviter dans les mêmes conditions une ou plusieurs administrations postales des Pays-membres intéressées à des questions prévues à son ordre du jour.

15. Les membres du Conseil d'administration participent effectivement à ses activités. Les Pays-membres n'appartenant pas au Conseil d'administration peuvent, sur leur demande, collaborer aux études entreprises, en respectant les conditions que

führung der Arbeiten des Kongresses erforderlichen Ausschüsse und legt ihre Aufgaben fest;

6.28 er bestimmt nach Beratung mit dem Rat für Postbetrieb und vorbehaltlich der Genehmigung des Kongresses die Mitgliedsländer, die in der Lage sind,

- die Vizepräsidentschaften des Kongresses und die Präsidentschaften und Vizepräsidentschaften der Ausschüsse zu übernehmen, wobei er auf eine möglichst ausgewogene geographische Verteilung der Mitgliedsländer achtet;
- Mitglied der engeren Ausschüsse des Kongresses zu werden;

6.29 er prüft und genehmigt den dem Kongress vorzulegenden Entwurf des Strategieplans, der vom Rat für Postbetrieb mit Unterstützung des Internationalen Büros ausgearbeitet wird; er prüft und genehmigt die jährlichen Revisionen des vom Kongress auf der Grundlage der Empfehlungen des Rates für Postbetrieb beschlossenen Plans und arbeitet gemeinsam mit dem Rat für Postbetrieb an der Ausarbeitung und der jährlichen Fortschreibung des Plans.

7. Bei seiner ersten Tagung, die vom Kongresspräsidenten einberufen wird, wählt der Verwaltungsrat aus seinen Mitgliedern vier Vizepräsidenten und gibt sich eine Geschäftsordnung.

8. Der Verwaltungsrat tritt grundsätzlich einmal jährlich am Sitz des Vereins auf Einberufung seines Präsidenten zusammen.

9. Der Präsident, die Vizepräsidenten, die Präsidenten der Ausschüsse des Verwaltungsrats sowie der Präsident der Gruppe für Strategieplanung bilden den geschäftsführenden Ausschuss. Dieser Ausschuss plant und leitet die Arbeiten jeder Tagung des Verwaltungsrats. Er genehmigt im Namen des Verwaltungsrats den Jahresbericht des Internationalen Büros über die Tätigkeit des Vereins und übernimmt alle anderen Aufgaben, die der Verwaltungsrat ihm zu übertragen beschließt oder deren Notwendigkeit sich im Verlauf des Prozesses der Strategieplanung herausstellt.

10. Der Vertreter eines jeden Mitglieds des Verwaltungsrats, der an den Tagungen dieses Organs teilnimmt, mit Ausnahme der Tagungen, die während des Kongresses stattfinden, hat Anspruch auf Erstattung der Kosten eines Flugscheins (Hin- und Rückflug, Economyklasse) oder einer Eisenbahnfahrkarte (1. Klasse) oder der Kosten für die Reise mit jedem anderen Verkehrsmittel, sofern der betreffende Betrag die Kosten des Flugscheins (Hin- und Rückflug, Economyklasse) nicht übersteigt. Das gleiche Recht wird dem Vertreter eines jeden Mitglieds seiner Ausschüsse, seiner Arbeitsgruppen oder seiner anderen Organe gewährt, wenn diese nicht gleichzeitig mit dem Kongress oder den Tagungen des Rates zusammentreten.

11. Der Präsident des Rates für Postbetrieb vertritt diesen bei denjenigen Sitzungen des Verwaltungsrats, auf deren Tagesordnung Fragen bezüglich des von ihm geleiteten Organs stehen.

12. Um eine effiziente Verbindung zwischen den Arbeiten der beiden Organe sicherzustellen, kann der Rat für Postbetrieb Vertreter bestimmen, die an den Sitzungen des Verwaltungsrats als Beobachter teilnehmen sollen.

13. Die Postverwaltung des Landes, in dem der Verwaltungsrat zusammentritt, wird eingeladen, als Beobachter an den Sitzungen teilzunehmen, wenn dieses Land nicht Mitglied des Verwaltungsrats ist.

14. Der Verwaltungsrat kann jede internationale Organisation, jeden Vertreter einer Vereinigung oder eines Unternehmens oder jede entsprechend qualifizierte Person, die er an seinen Arbeiten beteiligen möchte, einladen, an seinen Tagungen ohne Stimmrecht teilzunehmen. Unter den gleichen Bedingungen kann er auch eine oder mehrere Postverwaltungen der Mitgliedsländer einladen, die an bestimmten, auf seiner Tagesordnung stehenden Fragen interessiert sind.

15. Die Mitglieder des Verwaltungsrats beteiligen sich aktiv an seinen Arbeiten. Mitgliedsländer, die dem Verwaltungsrat nicht angehören, können auf Antrag an den Untersuchungen mitarbeiten, wobei sie die Bedingungen beachten müssen, die der Rat im

le Conseil peut établir pour assurer le rendement et l'efficacité de son travail. Ils peuvent aussi être sollicités pour présider des Groupes de travail lorsque leurs connaissances ou leur expérience le justifient. La participation des Pays-membres n'appartenant pas au Conseil d'administration s'effectue sans frais supplémentaires pour l'Union.

Article 103

Documentation sur les activités du Conseil d'administration

1. Après chaque session, le Conseil d'administration informe les Pays-membres de l'Union et les Unions restreintes sur ses activités en leur adressant notamment un compte rendu analytique ainsi que ses résolutions et décisions.

2. Le Conseil d'administration fait au Congrès un rapport sur l'ensemble de son activité et le transmet aux administrations postales au moins deux mois avant l'ouverture du Congrès.

Article 104

Composition, fonctionnement et réunions du Conseil d'exploitation postale

1. Le Conseil d'exploitation postale se compose de quarante membres qui exercent leurs fonctions durant la période qui sépare deux Congrès successifs.

2. Les membres du Conseil d'exploitation postale sont élus par le Congrès, en fonction d'une répartition géographique spécifiée. Vingt-quatre sièges sont réservés aux pays en développement et seize sièges aux pays développés. Le tiers au moins des membres est renouvelé à l'occasion de chaque Congrès.

3. Le représentant de chacun des membres du Conseil d'exploitation postale est désigné par l'administration postale de son pays. Ce représentant doit être un fonctionnaire qualifié de l'administration postale.

4. Les frais de fonctionnement du Conseil d'exploitation postale sont à la charge de l'Union. Ses membres ne reçoivent aucune rémunération. Les frais de voyage et de séjour des représentants des administrations postales participant au Conseil d'exploitation postale sont à la charge de celles-ci. Toutefois, le représentant de chacun des pays considérés comme défavorisés d'après les listes établies par l'Organisation des Nations Unies a droit, sauf pour les réunions qui ont lieu pendant le Congrès, au remboursement soit du prix d'un billet-avion aller et retour en classe économique ou d'un billet de chemin de fer en 1^{re} classe, soit du coût du voyage par tout autre moyen, à condition que ce montant ne dépasse pas le prix du billet-avion aller et retour en classe économique.

5. A sa première réunion, qui est convoquée et ouverte par le Président du Congrès, le Conseil d'exploitation postale choisit, parmi ses membres, un Président, un Vice-Président, les Présidents des Commissions et le Président du Groupe de planification stratégique.

6. Le Conseil d'exploitation postale arrête son Règlement intérieur.

7. En principe, le Conseil d'exploitation postale se réunit tous les ans au siège de l'Union. La date et le lieu de la réunion sont fixés par son Président, après accord avec le Président du Conseil d'administration et le Directeur général du Bureau international.

8. Le Président, le Vice-Président, les Présidents des Commissions du Conseil d'exploitation postale ainsi que le Président du Groupe de planification stratégique forment le Comité de gestion. Ce Comité prépare et dirige les travaux de chaque session du Conseil d'exploitation postale et assume toutes les tâches que ce dernier décide de lui confier ou dont la nécessité apparaît durant le processus de planification stratégique.

9. Les attributions du Conseil d'exploitation postale sont les suivantes:

Interesse der Wirksamkeit und Effizienz seiner Arbeit gegebenenfalls festlegt. Sie können auch gebeten werden, den Vorsitz von Arbeitsgruppen zu übernehmen, wenn ihre Kenntnisse oder Erfahrungen dies rechtfertigen. Durch die Teilnahme von Mitgliedsländern, die dem Verwaltungsrat nicht angehören, entstehen dem Verein keine zusätzlichen Kosten.

Artikel 103

Dokumentation über die Tätigkeit des Verwaltungsrats

1. Der Verwaltungsrat informiert die Mitgliedsländer des Vereins und die Engeren Vereine nach jeder Tagung über seine Tätigkeit, indem er ihnen insbesondere einen zusammenfassenden Bericht sowie seine Entschlüsse und Entscheidungen zusendet.

2. Der Verwaltungsrat legt dem Kongress einen Bericht über seine gesamte Tätigkeit vor und übersendet ihn den Postverwaltungen mindestens zwei Monate vor Eröffnung des Kongresses.

Artikel 104

Zusammensetzung, Arbeitsweise und Tagungen des Rates für Postbetrieb

1. Der Rat für Postbetrieb setzt sich aus 40 Mitgliedern zusammen, die ihre Tätigkeit in der Zeit zwischen zwei aufeinander folgenden Kongressen ausüben.

2. Die Mitglieder des Rates für Postbetrieb werden vom Kongress auf der Grundlage einer besonderen geographischen Verteilung gewählt. 24 Sitze sind den Entwicklungsländern vorbehalten und 16 Sitze den entwickelten Ländern. Mindestens ein Drittel der Mitglieder wird bei jedem Kongress neu gewählt.

3. Der Vertreter jedes Mitglieds des Rates für Postbetrieb wird von der Postverwaltung seines Landes bestimmt. Dieser Vertreter muss ein qualifizierter Beamter der Postverwaltung sein.

4. Die laufenden Kosten des Rates für Postbetrieb trägt der Verein. Seine Mitglieder erhalten keinerlei Vergütung. Die Fahrt- und Aufenthaltskosten der Vertreter der im Rat für Postbetrieb vertretenen Postverwaltungen werden von diesen Postverwaltungen getragen. Vertreter von Ländern, die nach den Listen der Organisation der Vereinten Nationen als schlechter gestellt angesehen werden, haben jedoch, außer bei Tagungen, die während des Kongresses stattfinden, Anspruch auf Erstattung der Kosten eines Flugscheins (Hin- und Rückflug, Economyklasse) oder einer Eisenbahnfahrkarte (1. Klasse) oder der Kosten für die Reise mit jedem anderen Verkehrsmittel, sofern der betreffende Betrag die Kosten des Flugscheins (Hin- und Rückflug, Economyklasse) nicht übersteigt.

5. Bei seiner ersten Tagung, die vom Kongresspräsidenten einberufen und eröffnet wird, wählt der Rat für Postbetrieb aus seinen Mitgliedern einen Präsidenten, einen Vizepräsidenten, die Präsidenten der Ausschüsse und den Präsidenten der Gruppe für Strategieplanung.

6. Der Rat für Postbetrieb gibt sich eine Geschäftsordnung.

7. Der Rat für Postbetrieb tritt grundsätzlich jedes Jahr am Sitz des Vereins zusammen. Zeitpunkt und Ort der Tagung werden von seinem Präsidenten im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Verwaltungsrats und dem Generaldirektor des Internationalen Büros festgelegt.

8. Der Präsident, der Vizepräsident, die Präsidenten der Ausschüsse des Rates für Postbetrieb sowie der Präsident der Gruppe für Strategieplanung bilden den geschäftsführenden Ausschuss. Dieser Ausschuss plant und leitet die Arbeiten jeder Tagung des Rates für Postbetrieb und übernimmt alle Aufgaben, die Letzterer ihm zu übertragen beschließt oder deren Notwendigkeit sich im Verlauf des Prozesses der Strategieplanung herausstellt.

9. Der Rat für Postbetrieb hat folgende Aufgaben:

9.1 conduire l'étude des problèmes d'exploitation, commerciaux, techniques, économiques et de coopération technique les plus importants qui présentent de l'intérêt pour les administrations postales de tous les Pays-membres de l'Union, notamment des questions ayant des répercussions financières importantes (taxes, frais terminaux, frais de transit, taux de base du transport aérien du courrier, quotes-parts des colis postaux et dépôt à l'étranger d'envois de la poste aux lettres), élaborer des informations et des avis à leur sujet et recommander des mesures à prendre à leur égard;

9.2 procéder à la révision des Règlements de l'Union dans les six mois qui suivent la clôture du Congrès, à moins que celui-ci n'en décide autrement; en cas d'urgente nécessité, le Conseil d'exploitation postale peut également modifier lesdits Règlements à d'autres sessions; dans les deux cas, le Conseil d'exploitation reste subordonné aux directives du Conseil d'administration en ce qui concerne les politiques et les principes fondamentaux;

9.3 coordonner les mesures pratiques pour le développement et l'amélioration des services postaux internationaux;

9.4 entreprendre, sous réserve de l'approbation du Conseil d'administration dans le cadre des compétences de ce dernier, toute action jugée nécessaire pour sauvegarder et renforcer la qualité du service postal international et le moderniser;

9.5 formuler des propositions qui seront soumises à l'approbation soit du Congrès, soit des administrations postales conformément à l'article 122; l'approbation du Conseil d'administration est requise lorsque ces propositions portent sur des questions relevant de la compétence de ce dernier;

9.6 examiner, à la demande de l'administration postale d'un Pays-membre, toute proposition que cette administration postale transmet au Bureau international selon l'article 121, en préparer les commentaires et charger le Bureau de les annexer à ladite proposition avant de la soumettre à l'approbation des administrations postales des Pays-membres;

9.7 recommander, si nécessaire, et éventuellement après approbation par le Conseil d'administration et consultation de l'ensemble des administrations postales, l'adoption d'une réglementation ou d'une nouvelle pratique en attendant que le Congrès décide en la matière;

9.8 élaborer et présenter, sous forme de recommandations aux administrations postales, des normes en matière technique, d'exploitation et dans d'autres domaines de sa compétence où une pratique uniforme est indispensable; de même, il procède, en cas de besoin, à des modifications de normes qu'il a déjà établies;

9.9 examiner, en consultation avec le Conseil d'administration et avec son approbation, le projet de plan stratégique de l'UPU, élaboré par le Bureau international et à soumettre au Congrès; réviser chaque année le plan approuvé par le Congrès avec le concours du Groupe de planification stratégique et du Bureau international, ainsi qu'avec l'approbation du Conseil d'administration;

9.10 approuver le rapport annuel établi par le Bureau international sur les activités de l'Union dans ses parties qui ont trait aux responsabilités et fonctions du Conseil d'exploitation postale;

9.11 décider des contacts à prendre avec les administrations postales pour remplir ses fonctions;

9.12 procéder à l'étude des problèmes d'enseignement et de formation professionnelle intéressant les pays nouveaux et en développement;

9.13 prendre les mesures nécessaires en vue d'étudier et de diffuser les expériences et les progrès faits par certains pays dans les domaines de la technique, de l'exploitation, de l'économie et de la formation professionnelle intéressant les services postaux;

9.1 Er führt die Untersuchung der wichtigsten betrieblichen, kommerziellen, technischen, wirtschaftlichen und mit der technischen Zusammenarbeit zusammenhängenden Probleme durch, die für die Postverwaltungen aller Mitgliedsländer des Vereins von Interesse sind, insbesondere der Fragen mit erheblichen finanziellen Auswirkungen (Gebühren, Endvergütungen, Durchgangvergütungen, Grundvergütungssätze für die Luftbeförderung der Briefpost, Vergütungsanteile für Postpakete und Einlieferung von Briefsendungen im Ausland), er arbeitet Mitteilungen und Stellungnahmen dazu aus und empfiehlt diesbezüglich zu ergreifende Maßnahmen;

9.2 er revidiert die Ergänzenden Bestimmungen des Vereins binnen sechs Monaten nach Schließung des Kongresses, sofern dieser nichts anderes beschließt; im Falle dringender Notwendigkeit darf der Rat für Postbetrieb die Ergänzenden Bestimmungen auch auf anderen Tagungen ändern; in beiden Fällen muss der Rat für Postbetrieb sich hinsichtlich der grundlegenden Leitlinien und Prinzipien an die Weisungen des Verwaltungsrats halten;

9.3 er koordiniert die praktischen Maßnahmen zur Entwicklung und Verbesserung der internationalen Postdienste;

9.4 er realisiert vorbehaltlich der vom Verwaltungsrat im Rahmen seiner Zuständigkeiten erteilten Genehmigung alle Maßnahmen, die zur Erhaltung und Verbesserung der Qualität des internationalen Postdienstes und zur Modernisierung dieses Dienstes für erforderlich gehalten werden;

9.5 er erarbeitet Vorschläge, die dem Kongress oder den Postverwaltungen nach Artikel 122 zur Genehmigung vorgelegt werden; die Genehmigung des Verwaltungsrats ist erforderlich, wenn diese Vorschläge Fragen betreffen, die in die Zuständigkeit des Verwaltungsrats fallen;

9.6 er prüft auf Antrag der Postverwaltung eines Mitgliedslandes jeden Vorschlag, den diese Postverwaltung nach Artikel 121 dem Internationalen Büro übermittelt, er bereitet Stellungnahmen dazu vor und beauftragt das Internationale Büro, diese dem betreffenden Vorschlag beizugeben, bevor er ihn den Postverwaltungen der Mitgliedsländer zur Genehmigung vorlegt;

9.7 er empfiehlt, falls erforderlich und gegebenenfalls nach Genehmigung des Verwaltungsrats und nach Befragung aller Postverwaltungen, die Annahme von Vorschriften oder neuen Verfahren, bis der Kongress in der betreffenden Angelegenheit entscheidet;

9.8 er erarbeitet Standards im technischen und betrieblichen Bereich sowie in anderen in seine Zuständigkeit fallenden Bereichen, in denen eine einheitliche Praxis unerlässlich ist, und unterbreitet sie in Form von an die Postverwaltungen gerichteten Empfehlungen; desgleichen nimmt er, falls erforderlich, an bereits von ihm festgelegten Standards Änderungen vor;

9.9 er prüft im Einvernehmen mit dem Verwaltungsrat und mit seiner Genehmigung den vom Internationalen Büro ausgearbeiteten Entwurf des Strategieplans des Weltpostvereins, der dem Kongress vorgelegt werden soll; er revidiert jedes Jahr mit Unterstützung der Gruppe für Strategieplanung und des Internationalen Büros sowie mit der Genehmigung des Verwaltungsrats den vom Kongress genehmigten Plan;

9.10 er genehmigt diejenigen Teile des Jahresberichts des Internationalen Büros über die Tätigkeit des Vereins, welche die Zuständigkeiten und Aufgaben des Rates für Postbetrieb betreffen;

9.11 er entscheidet über die mit den Postverwaltungen zur Erfüllung seiner Aufgaben aufzunehmenden Kontakte;

9.12 er untersucht die Probleme des Unterrichts und der Berufsausbildung, die für die neuen Länder und die Entwicklungsländer von Interesse sind;

9.13 er ergreift die notwendigen Maßnahmen, um die Erfahrungen und Fortschritte bestimmter Länder in den Bereichen Technik, Betrieb, Wirtschaft und Berufsausbildung, die für die Postdienste interessant sind, zu untersuchen und weiterzugeben;

9.14 étudier la situation actuelle et les besoins des services postaux dans les pays nouveaux et en développement et élaborer des recommandations convenables sur les voies et les moyens d'améliorer les services postaux dans ces pays;

9.15 prendre, après entente avec le Conseil d'administration, les mesures appropriées dans le domaine de la coopération technique avec tous les Pays-membres de l'Union, en particulier avec les pays nouveaux et en développement;

9.16 examiner toutes autres questions qui lui sont soumises par un membre du Conseil d'exploitation postale, par le Conseil d'administration ou par toute administration postale d'un Pays-membre.

10. Les membres du Conseil d'exploitation postale participent effectivement à ses activités. Les administrations postales des Pays-membres n'appartenant pas au Conseil d'exploitation postale peuvent, sur leur demande, collaborer aux études entreprises, en respectant les conditions que le Conseil peut établir pour assurer le rendement et l'efficacité de son travail. Elles peuvent aussi être sollicitées pour présider des Groupes de travail lorsque leurs connaissances ou leur expérience le justifient.

11. Sur la base du plan stratégique de l'UPU adopté par le Congrès et, en particulier, de la partie afférente aux stratégies des organes permanents de l'Union, le Conseil d'exploitation postale établit, à sa session suivant le Congrès, un programme de travail de base contenant un certain nombre de tactiques visant à la réalisation des stratégies. Ce programme de base, comprenant un nombre limité de travaux sur des sujets d'actualité et d'intérêt commun, est révisé chaque année en fonction des réalités et des priorités nouvelles ainsi que des modifications apportées au plan stratégique.

12. Afin d'assurer une liaison efficace entre les travaux des deux organes, le Conseil d'administration peut désigner des représentants pour assister aux réunions du Conseil d'exploitation postale en qualité d'observateurs.

13. Le Conseil d'exploitation postale peut inviter à ses réunions, sans droit de vote:

13.1 tout organisme international ou toute personne qualifiée qu'il désire associer à ses travaux;

13.2 des administrations postales de Pays-membres n'appartenant pas au Conseil d'exploitation postale;

13.3 toute association ou entreprise qu'il souhaite consulter sur des questions concernant ses activités.

Article 105

Documentation sur les activités du Conseil d'exploitation postale

1. Après chaque session, le Conseil d'exploitation postale informe les administrations postales des Pays-membres et les Unions restreintes sur ses activités en leur adressant notamment un compte rendu analytique ainsi que ses résolutions et décisions.

2. Le Conseil d'exploitation postale établit, à l'intention du Conseil d'administration, un rapport annuel sur ses activités.

3. Le Conseil d'exploitation postale établit, à l'intention du Congrès, un rapport sur l'ensemble de son activité et le transmet aux administrations postales des Pays-membres au moins deux mois avant l'ouverture du Congrès.

Article 106

Règlement intérieur des Congrès

1. Pour l'organisation de ses travaux et la conduite de ses délibérations, le Congrès applique le Règlement intérieur des Congrès.

9.14 er untersucht die aktuelle Lage und die Erfordernisse der Postdienste in den neuen Ländern und den Entwicklungsländern und arbeitet geeignete Empfehlungen über Mittel und Wege zur Verbesserung der Postdienste in diesen Ländern aus;

9.15 er ergreift im Einvernehmen mit dem Verwaltungsrat geeignete Maßnahmen im Bereich der technischen Zusammenarbeit mit allen Mitgliedsländern des Vereins, insbesondere mit den neuen Ländern und den Entwicklungsländern;

9.16 er prüft alle sonstigen Fragen, die ihm von einem Mitglied des Rates für Postbetrieb, vom Verwaltungsrat oder von der Postverwaltung eines Mitgliedslandes vorgelegt werden.

10. Die Mitglieder des Rates für Postbetrieb beteiligen sich aktiv an seinen Arbeiten. Postverwaltungen von Mitgliedsländern, die dem Rat für Postbetrieb nicht angehören, können auf Antrag an den Untersuchungen mitarbeiten, wobei sie die Bedingungen beachten müssen, die der Rat im Interesse der Wirksamkeit und Effizienz seiner Arbeit gegebenenfalls festlegt. Sie können auch gebeten werden, den Vorsitz von Arbeitsgruppen zu übernehmen, wenn ihre Kenntnisse oder Erfahrungen dies rechtfertigen.

11. Der Rat für Postbetrieb erstellt auf der Grundlage des vom Kongress angenommenen Strategieplans des Weltpostvereins, und insbesondere desjenigen Teils, der sich auf die Strategien der ständigen Organe des Vereins bezieht, auf seiner ersten Tagung nach dem Kongress ein grundlegendes Arbeitsprogramm, das eine gewisse Anzahl von Taktiken für die Umsetzung der Strategien enthält. Dieses grundlegende Programm, das eine begrenzte Zahl von Arbeiten über aktuelle Themen von allgemeinem Interesse umfasst, wird jedes Jahr in Abhängigkeit von neuen Gegebenheiten und Prioritäten sowie von den am Strategieplan vorgenommenen Änderungen revidiert.

12. Um eine effiziente Verbindung zwischen den Arbeiten der beiden Organe sicherzustellen, kann der Verwaltungsrat Vertreter bestimmen, die an den Sitzungen des Rates für Postbetrieb als Beobachter teilnehmen sollen.

13. Der Rat für Postbetrieb kann zu seinen Tagungen ohne Stimmrecht einladen:

13.1 jede internationale Organisation oder jede entsprechend qualifizierte Person, die er an seinen Arbeiten beteiligen möchte;

13.2 Postverwaltungen von Mitgliedsländern, die dem Rat für Postbetrieb nicht angehören;

13.3 jede Vereinigung oder jedes Unternehmen, die beziehungsweise das er zu Fragen, die seine Tätigkeit betreffen, konsultieren möchte.

Artikel 105

Dokumentation über die Tätigkeit des Rates für Postbetrieb

1. Der Rat für Postbetrieb informiert die Postverwaltungen der Mitgliedsländer und die Engeren Vereine nach jeder Tagung über seine Tätigkeit, indem er ihnen insbesondere einen zusammenfassenden Bericht sowie seine Entschlüsse und Entscheidungen zusendet.

2. Der Rat für Postbetrieb erstellt für den Verwaltungsrat einen Jahresbericht über seine Tätigkeit.

3. Der Rat für Postbetrieb erstellt für den Kongress einen Bericht über seine gesamte Tätigkeit und übersendet ihn den Postverwaltungen der Mitgliedsländer mindestens zwei Monate vor Eröffnung des Kongresses.

Artikel 106

Geschäftsordnung der Kongresse

1. Der Kongress wendet bei der Organisation seiner Arbeiten und der Führung seiner Beratungen die Geschäftsordnung der Kongresse an.

2. Chaque Congrès peut modifier ce Règlement dans les conditions fixées au Règlement intérieur lui-même.

Article 107

Langues de travail du Bureau international

Les langues de travail du Bureau international sont le français et l'anglais.

Article 108

Langues utilisées pour la documentation, les délibérations et la correspondance de service

1. Pour la documentation de l'Union, les langues française, anglaise, arabe et espagnole sont utilisées. Sont également utilisées les langues allemande, chinoise, portugaise et russe, à condition que la production dans ces dernières langues se limite à la documentation de base la plus importante. D'autres langues sont également utilisées, à condition que les Pays-membres qui en font la demande en supportent tous les coûts.

2. Le ou les Pays-membres ayant demandé une langue autre que la langue officielle constituent un groupe linguistique.

3. La documentation est publiée par le Bureau international dans la langue officielle et dans les langues des groupes linguistiques constitués, soit directement, soit par l'intermédiaire des bureaux régionaux de ces groupes, conformément aux modalités convenues avec le Bureau international. La publication dans les différentes langues est faite selon le même modèle.

4. La documentation publiée directement par le Bureau international est, dans la mesure du possible, distribuée simultanément dans les différentes langues demandées.

5. Les correspondances entre les administrations postales et le Bureau international et entre ce dernier et des tiers peuvent être échangées en toute langue pour laquelle le Bureau international dispose d'un service de traduction.

6. Les frais de traduction vers une langue quelle qu'elle soit, y compris ceux résultant de l'application du paragraphe 5, sont supportés par le groupe linguistique ayant demandé cette langue. Les Pays-membres utilisant la langue officielle versent, au titre de la traduction des documents non officiels, une contribution forfaitaire dont le montant par unité contributive est égal à celui supporté par les Pays-membres ayant recours à l'autre langue de travail du Bureau international. Tous les autres frais afférents à la fourniture des documents sont supportés par l'Union. Le plafond des frais à supporter par l'Union pour la production des documents en allemand, chinois, portugais et russe est fixé par une résolution du Congrès.

7. Les frais à supporter par un groupe linguistique sont répartis entre les membres de ce groupe proportionnellement à leur contribution aux dépenses de l'Union. Ces frais peuvent être répartis entre les membres du groupe linguistique selon une autre clé de répartition, à condition que les intéressés s'entendent à ce sujet et notifient leur décision au Bureau international par l'intermédiaire du porte-parole du groupe.

8. Le Bureau international donne suite à tout changement de choix de langue demandé par un Pays-membre après un délai qui ne doit pas dépasser deux ans.

9. Pour les délibérations des réunions des organes de l'Union, les langues française, anglaise, espagnole et russe sont admises, moyennant un système d'interprétation – avec ou sans équipement électronique – dont le choix est laissé à l'appréciation des organisateurs de la réunion après consultation du Directeur général du Bureau international et des Pays-membres intéressés.

2. Jeder Kongress kann diese Geschäftsordnung unter den in der Geschäftsordnung festgelegten Bedingungen ändern.

Artikel 107

Arbeitssprachen des Internationalen Büros

Die Arbeitssprachen des Internationalen Büros sind die französische und die englische Sprache.

Artikel 108

Sprachen für Dokumentation, Beratungen und dienstlichen Schriftwechsel

1. Für die Dokumentation des Vereins werden die französische, englische, arabische und spanische Sprache verwendet. Die Sprachen Deutsch, Chinesisch, Portugiesisch und Russisch werden unter der Bedingung ebenfalls verwendet, dass sich die Dokumentation in diesen Sprachen auf die wichtigste grundlegende Dokumentation beschränkt. Weitere Sprachen können unter der Bedingung verwendet werden, dass die Mitgliedsländer, die dies beantragen, alle Kosten dafür tragen.

2. Das Mitgliedsland oder die Mitgliedsländer, die eine andere Sprache als die Amtssprache verlangt haben, bilden jeweils eine Sprachgruppe.

3. Das Internationale Büro veröffentlicht die Dokumentation in der Amtssprache und in den Sprachen der Sprachgruppen entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der regionalen Büros dieser Gruppen nach den mit dem Internationalen Büro vereinbarten Verfahrensweisen. Die Veröffentlichung in den verschiedenen Sprachen erfolgt in einheitlicher Gestaltung.

4. Die vom Internationalen Büro unmittelbar veröffentlichte Dokumentation wird nach Möglichkeit gleichzeitig in den verschiedenen verlangten Sprachen versandt.

5. Der Schriftwechsel zwischen den Postverwaltungen und dem Internationalen Büro sowie zwischen Letzterem und Dritten kann in jeder Sprache geführt werden, für die das Internationale Büro über einen Übersetzungsdienst verfügt.

6. Die Kosten für die Übersetzung in irgendeine Sprache, einschließlich der Kosten, die sich aus der Anwendung des Absatzes 5 ergeben, werden von der Sprachgruppe getragen, die diese Sprache verlangt hat. Diejenigen Mitgliedsländer, welche die Amtssprache verwenden, bezahlen für die Übersetzung nicht amtlicher Dokumente einen pauschalen Beitrag, dessen Höhe je Beitragseinheit genauso hoch ist wie der Betrag, den diejenigen Mitgliedsländer zahlen, welche die andere Arbeitssprache des Internationalen Büros benutzen. Alle anderen mit der Bereitstellung der Dokumente verbundenen Kosten trägt der Verein. Der Höchstbetrag der vom Verein zu tragenden Kosten für die Herstellung der Dokumente in deutscher, chinesischer, portugiesischer und russischer Sprache wird durch eine Entschließung des Kongresses festgelegt.

7. Die von einer Sprachgruppe zu tragenden Kosten werden unter den Mitgliedern dieser Gruppe im Verhältnis ihres Beitrags zu den Kosten des Vereins aufgeteilt. Diese Kosten können auch nach einem anderen Schlüssel unter den Mitgliedern einer Sprachgruppe aufgeteilt werden, wenn die Betroffenen sich diesbezüglich verständigen und ihre Entscheidung dem Internationalen Büro über den Sprecher der Gruppe mitteilen.

8. Innerhalb einer Frist, die zwei Jahre nicht überschreiten darf, gibt das Internationale Büro jedem Antrag eines Mitgliedslandes auf Wechsel der gewählten Sprache statt.

9. Für die Beratungen der Tagungen der Organe des Vereins sind die französische, englische, spanische und russische Sprache unter Verwendung einer Dolmetschanlage mit oder ohne elektronische Ausrüstung zugelassen, deren Auswahl in das Ermessen der Veranstalter der Tagung gestellt ist, wobei diese sich vorher mit dem Generaldirektor des Internationalen Büros und den beteiligten Mitgliedsländern entsprechend verständigt haben müssen.

10. D'autres langues sont également autorisées pour les délibérations et les réunions indiquées au paragraphe 9.

11. Les délégations qui emploient d'autres langues assurent l'interprétation simultanée en l'une des langues mentionnées au paragraphe 9, soit par le système indiqué au même paragraphe, lorsque les modifications d'ordre technique nécessaires peuvent y être apportées, soit par des interprètes particuliers.

12. Les frais des services d'interprétation sont répartis entre les Pays-membres utilisant la même langue dans la proportion de leur contribution aux dépenses de l'Union. Toutefois, les frais d'installation et d'entretien de l'équipement technique sont supportés par l'Union.

13. Les administrations postales peuvent s'entendre au sujet de la langue à employer pour la correspondance de service dans leurs relations réciproques. A défaut d'une telle entente, la langue à employer est le français.

10. Für die in Absatz 9 genannten Beratungen und Tagungen sind auch andere Sprachen zugelassen.

11. Delegationen, die eine andere Sprache verwenden, sorgen für die Simultandolmetschung in eine der in Absatz 9 genannten Sprachen, und zwar entweder über die in Absatz 9 erwähnte Anlage, wenn die erforderlichen technischen Änderungen daran vorgenommen werden können, oder durch besondere Dolmetscher.

12. Die Kosten für die Dolmetschdienste werden unter den Mitgliedsländern, die dieselbe Sprache verwenden, im Verhältnis ihres Beitrags zu den Kosten des Vereins aufgeteilt. Die Kosten für die Einrichtung und Unterhaltung der technischen Anlage werden jedoch vom Verein getragen.

13. Die Postverwaltungen können die Sprache vereinbaren, deren sie sich in ihrem dienstlichen Schriftwechsel bedienen wollen. Besteht eine solche Vereinbarung nicht, so ist die französische Sprache zu verwenden.

Chapitre II

Bureau international

Article 109

Election du Directeur général et du Vice-Directeur général du Bureau international

1. Le Directeur général et le Vice-Directeur général du Bureau international sont élus par le Congrès pour la période séparant deux Congrès successifs, la durée minimale de leur mandat étant de cinq ans. Leur mandat est renouvelable une seule fois. Sauf décision contraire du Congrès, la date de leur entrée en fonctions est fixée au 1^{er} janvier de l'année qui suit le Congrès.

2. Au moins sept mois avant l'ouverture du Congrès, le Directeur général du Bureau international adresse une note aux Gouvernements des Pays-membres en les invitant à présenter les candidatures éventuelles pour les postes de Directeur général et de Vice-Directeur général et en indiquant en même temps si le Directeur général ou le Vice-Directeur général en fonctions sont intéressés au renouvellement éventuel de leur mandat initial. Les candidatures, accompagnées d'un curriculum vitae, doivent parvenir au Bureau international deux mois au moins avant l'ouverture du Congrès. Les candidats doivent être des ressortissants des Pays-membres qui les présentent. Le Bureau international élabore la documentation nécessaire pour le Congrès. L'élection du Directeur général et celle du Vice-Directeur général ont lieu au scrutin secret, la première élection portant sur le poste de Directeur général.

3. En cas de vacance du poste de Directeur général, le Vice-Directeur général assume les fonctions de Directeur général jusqu'à la fin du mandat prévu pour celui-ci; il est éligible à ce poste et est admis d'office comme candidat, sous réserve que son mandat initial en tant que Vice-Directeur général n'ait pas déjà été renouvelé une fois par le Congrès précédent et qu'il déclare son intérêt à être considéré comme candidat au poste de Directeur général.

4. En cas de vacance simultanée des postes de Directeur général et de Vice-Directeur général, le Conseil d'administration élit, sur la base des candidatures reçues à la suite d'une mise au concours, un Vice-Directeur général pour la période allant jusqu'au prochain Congrès. Pour la présentation des candidatures, le paragraphe 2 s'applique par analogie.

5. En cas de vacance du poste de Vice-Directeur général, le Conseil d'administration charge, sur proposition du Directeur général, un des Sous-Directeurs généraux au Bureau international d'assumer, jusqu'au prochain Congrès, les fonctions de Vice-Directeur général.

Kapitel II

Internationales Büro

Artikel 109

Wahl des Generaldirektors und des Vizegeneraldirektors des Internationalen Büros

1. Der Generaldirektor und der Vizegeneraldirektor des Internationalen Büros werden vom Kongress für die Zeit zwischen zwei aufeinander folgenden Kongressen gewählt; die Mindestdauer ihrer Amtszeit beträgt fünf Jahre. Sie dürfen nur einmal wieder gewählt werden. Sofern der Kongress keine gegenteilige Entscheidung trifft, wird der Zeitpunkt ihres Amtsantritts auf den 1. Januar des Jahres festgesetzt, das dem Kongress folgt.

2. Mindestens sieben Monate vor Eröffnung des Kongresses wendet sich der Generaldirektor des Internationalen Büros mit einer Note an die Regierungen der Mitgliedsländer und fordert sie auf, eventuelle Bewerbungen für die Stellen des Generaldirektors und des Vizegeneraldirektors vorzulegen; dabei teilt er zugleich mit, ob der amtierende Generaldirektor oder der amtierende Vizegeneraldirektor eine Wiederwahl anstrebt. Die Bewerbungen, denen ein Lebenslauf beigelegt sein muss, müssen dem Internationalen Büro mindestens zwei Monate vor Eröffnung des Kongresses zugehen. Die Kandidaten müssen Staatsangehörige der Mitgliedsländer sein, die sie vorschlagen. Das Internationale Büro arbeitet die für den Kongress erforderlichen Unterlagen aus. Der Generaldirektor und der Vizegeneraldirektor werden in geheimer Wahl gewählt, wobei die erste Wahl die Stelle des Generaldirektors betrifft.

3. Wird die Stelle des Generaldirektors frei, so übernimmt der Vizegeneraldirektor die Aufgaben des Generaldirektors bis zum Ende der für diesen vorgesehenen Amtszeit; er kann in dieses Amt gewählt werden und wird von Amts wegen als Kandidat zugelassen, sofern er vom vorhergehenden Kongress nicht schon einmal als Vizegeneraldirektor wieder gewählt wurde und er sein Interesse daran bekundet, als Kandidat für die Stelle des Generaldirektors betrachtet zu werden.

4. Werden die Stellen des Generaldirektors und des Vizegeneraldirektors gleichzeitig frei, so wählt der Verwaltungsrat auf der Grundlage der nach einer Ausschreibung eingegangenen Bewerbungen für die Zeit bis zum nächsten Kongress einen Vizegeneraldirektor. Für die Einreichung der Bewerbungen gilt Absatz 2 sinngemäß.

5. Wird die Stelle des Vizegeneraldirektors frei, so beauftragt der Verwaltungsrat auf Vorschlag des Generaldirektors einen der Untergeneraldirektoren des Internationalen Büros, die Aufgaben des Vizegeneraldirektors bis zum nächsten Kongress wahrzunehmen.

Article 110**Fonctions du Directeur général**

1. Le Directeur général organise, administre et dirige le Bureau international, dont il est le représentant légal. Il est compétent pour classer les postes des grades G 1 à D 2 et pour nommer et promouvoir les fonctionnaires dans ces grades. Pour les nominations dans les grades P 1 à D 2, il doit prendre en considération les qualifications professionnelles des candidats recommandés par les administrations postales des Pays-membres dont ils ont la nationalité, ou dans lesquels ils exercent leur activité professionnelle, en tenant compte d'une équitable répartition géographique continentale et des langues. Les postes de Sous-Directeur général doivent, dans toute la mesure possible, être pourvus par des candidats provenant de régions différentes et d'autres régions que celles dont le Directeur général et le Vice-Directeur général sont originaires, compte tenu de la considération dominante de l'efficacité du Bureau international. Dans le cas de postes exigeant des qualifications spéciales, le Directeur général peut s'adresser à l'extérieur. Il tient également compte, lors de la nomination d'un nouveau fonctionnaire, de ce qu'en principe les personnes qui occupent les postes des grades D 2, D 1 et P 5 doivent être des ressortissants de différents Pays-membres de l'Union. Lors de la promotion d'un fonctionnaire du Bureau international aux grades D 2, D 1 et P 5, il n'est pas tenu à l'application du même principe. En outre, les exigences d'une équitable répartition géographique et des langues passent après le mérite dans le processus de recrutement. Le Directeur général informe le Conseil d'administration une fois par an des nominations et des promotions aux grades P 4 à D 2.

2. Le Directeur général a les attributions suivantes:

2.1 assurer les fonctions de dépositaire des Actes de l'Union et d'intermédiaire dans la procédure d'adhésion et d'admission à l'Union ainsi que de sortie de celle-ci;

2.2 notifier les décisions prises par le Congrès à tous les Gouvernements des Pays-membres;

2.3 notifier à l'ensemble des administrations postales les Règlements arrêtés ou révisés par le Conseil d'exploitation postale;

2.4 préparer le projet de budget annuel de l'Union au niveau le plus bas possible compatible avec les besoins de l'Union et le soumettre en temps opportun à l'examen du Conseil d'administration; communiquer le budget aux Pays-membres de l'Union après l'approbation du Conseil d'administration et l'exécuter;

2.5 exécuter les activités spécifiques demandées par les organes de l'Union et celles que lui attribuent les Actes;

2.6 prendre les initiatives visant à réaliser les objectifs fixés par les organes de l'Union, dans le cadre de la politique établie et des fonds disponibles;

2.7 soumettre des suggestions et des propositions au Conseil d'administration ou au Conseil d'exploitation postale;

2.8 préparer, à l'intention du Conseil d'exploitation postale et sur la base des directives données par ce dernier, le projet de plan stratégique à soumettre au Congrès et le projet de révision annuelle;

2.9 assurer la représentation de l'Union;

2.10 servir d'intermédiaire dans les relations entre:

- l'UPU et les Unions restreintes;
- l'UPU et l'Organisation des Nations Unies;
- l'UPU et les organisations internationales dont les activités présentent un intérêt pour l'Union;

Artikel 110**Aufgaben des Generaldirektors**

1. Der Generaldirektor organisiert, verwaltet und leitet das Internationale Büro, dessen rechtmäßiger Vertreter er ist. Er ist zuständig für die Bewertung der Dienstposten G 1 bis D 2 und für die Ernennung und Beförderung der Beamten in diese Besoldungsgruppen. Bei den Ernennungen in den Besoldungsgruppen P 1 bis D 2 muss er die fachliche Qualifikation der Kandidaten berücksichtigen, die von den Postverwaltungen der Mitgliedsländer, deren Staatsangehörigkeit sie besitzen oder in denen sie ihre berufliche Tätigkeit ausüben, empfohlen wurden; dabei muss er einer ausgewogenen geographischen Verteilung auf die Erdteile und Sprachen Rechnung tragen. Die Stellen der Untergeneraldirektoren sollen möglichst mit Kandidaten aus unterschiedlichen Regionen und aus anderen Regionen als denen, aus denen der Generaldirektor und der Vizegeneraldirektor stammen, besetzt werden, wobei die effiziente Arbeitsweise des Internationalen Büros der Leitgedanke sein muss. Bei Stellen, die eine spezielle Qualifikation erfordern, kann der Generaldirektor sich auch nach außen wenden. Bei der Ernennung eines neuen Beamten berücksichtigt er außerdem, dass die Inhaber der Stellen in den Besoldungsgruppen D 2, D 1 und P 5 grundsätzlich Staatsangehörige verschiedener Mitgliedsländer des Vereins sein müssen. Bei der Beförderung eines Beamten des Internationalen Büros in die Besoldungsgruppen D 2, D 1 und P 5 muss er nicht dasselbe Prinzip anwenden. Außerdem sind die Forderungen nach ausgewogener geographischer und sprachengemäßer Verteilung bei der Einstellung dem Kriterium der Befähigung untergeordnet. Der Generaldirektor unterrichtet den Verwaltungsrat einmal jährlich über die Ernennungen und Beförderungen in die Besoldungsgruppen P 4 bis D 2.

2. Der Generaldirektor hat folgende Aufgaben:

2.1 Er nimmt die Aufgaben des Verwahrers der Verträge des Vereins und des Mittlers im Verfahren für den Beitritt und die Zulassung zum Verein sowie für den Austritt aus dem Verein wahr;

2.2 er notifiziert den Regierungen aller Mitgliedsländer die vom Kongress getroffenen Entscheidungen;

2.3 er notifiziert allen Postverwaltungen die vom Rat für Postbetrieb beschlossenen oder revidierten Ergänzenden Bestimmungen;

2.4 er bereitet den Entwurf des jährlichen Haushaltsplans des Vereins auf der niedrigstmöglichen Höhe vor, die mit den Erfordernissen des Vereins vereinbar ist, und legt ihn zu gegebener Zeit dem Verwaltungsrat zur Prüfung vor; er gibt den Haushaltsplan nach Genehmigung durch den Verwaltungsrat den Mitgliedsländern des Vereins bekannt und führt ihn durch;

2.5 er führt die besonderen Tätigkeiten durch, um welche die Organe des Vereins ihn bitten, sowie diejenigen, die ihm in den Verträgen zugewiesen sind;

2.6 er ergreift Maßnahmen zur Verwirklichung der von den Organen des Vereins festgelegten Ziele, im Rahmen der definierten Politik und der verfügbaren Mittel;

2.7 er legt dem Verwaltungsrat oder dem Rat für Postbetrieb Anregungen und Vorschläge vor;

2.8 er bereitet für den Rat für Postbetrieb auf der Grundlage der von diesem gegebenen Richtlinien den dem Kongress vorzulegenden Entwurf des Strategieplans und den jährlichen Revisionsentwurf vor;

2.9 er vertritt den Verein;

2.10 er handelt als Mittler in den Beziehungen zwischen

- dem Weltpostverein und den Engeren Vereinen;
- dem Weltpostverein und der Organisation der Vereinten Nationen;
- dem Weltpostverein und den internationalen Organisationen, deren Tätigkeit für den Verein von Interesse ist;

- l'UPU et les organismes internationaux, associations ou entreprises que les organes de l'Union souhaitent consulter ou associer à leurs travaux;

2.11 assumer la fonction de Secrétaire général des organes de l'Union et veiller à ce titre, compte tenu des dispositions spéciales du présent Règlement, notamment:

- à la préparation et à l'organisation des travaux des organes de l'Union;
- à l'élaboration, à la production et à la distribution des documents, rapports et procès-verbaux;
- au fonctionnement du secrétariat durant les réunions des organes de l'Union;

2.12 assister aux séances des organes de l'Union et prendre part aux délibérations sans droit de vote, avec la possibilité de se faire représenter.

Article 111

Fonctions du Vice-Directeur général

1. Le Vice-Directeur général assiste le Directeur général et il est responsable devant lui.

2. En cas d'absence ou empêchement du Directeur général, le Vice-Directeur général exerce les pouvoirs de celui-ci. Il en est de même dans le cas de vacance du poste de Directeur général visé à l'article 109, paragraphe 3.

Article 112

Secrétariat des organes de l'Union

Le secrétariat des organes de l'Union est assuré par le Bureau international sous la responsabilité du Directeur général. Il adresse tous les documents publiés à l'occasion de chaque session aux administrations postales des membres de l'organe, aux administrations postales des pays qui, sans être membres de l'organe, collaborent aux études entreprises, aux Unions restreintes ainsi qu'aux autres administrations postales des Pays-membres qui en font la demande.

Article 113

Liste des Pays-membres

Le Bureau international établit et tient à jour la liste des Pays-membres de l'Union en y indiquant leur classe de contribution, leur groupe géographique et leur situation par rapport aux Actes de l'Union.

Article 114

Renseignements. Avis. Demandes d'interprétation et de modification des Actes. Enquêtes. Intervention dans la liquidation des comptes

1. Le Bureau international se tient en tout temps à la disposition du Conseil d'administration, du Conseil d'exploitation postale et des administrations postales pour leur fournir tous renseignements utiles sur les questions relatives au service.

2. Il est chargé, notamment, de réunir, de coordonner, de publier et de distribuer les renseignements de toute nature qui intéressent le service postal international; d'émettre, à la demande des parties en cause, un avis sur les questions litigieuses; de donner suite aux demandes d'interprétation et de modification des Actes de l'Union et, en général, de procéder aux études et aux travaux de rédaction ou de documentation que lesdits Actes lui attribuent ou dont il serait saisi dans l'intérêt de l'Union.

3. Il procède également aux enquêtes qui sont demandées par les administrations postales en vue de connaître l'opinion des

- dem Weltpostverein und den internationalen Organisationen, Vereinigungen oder Unternehmen, welche die Organe des Vereins konsultieren oder an ihren Arbeiten beteiligen möchten;

2.11 er übernimmt das Amt des Generalsekretärs der Organe des Vereins und wacht in dieser Eigenschaft unter Berücksichtigung der besonderen Bestimmungen dieser Allgemeinen Verfahrensordnung insbesondere über

- die Vorbereitung und Organisation der Arbeiten der Organe des Vereins;
- die Ausarbeitung, Herstellung und Verteilung der Dokumente, Berichte und Protokolle;
- die Arbeitsweise des Sekretariats während der Tagungen der Organe des Vereins;

2.12 er wohnt den Sitzungen der Organe des Vereins bei und nimmt an den Beratungen ohne Stimmrecht teil, mit der Möglichkeit, sich vertreten zu lassen.

Artikel 111

Aufgaben des Vizegeneraldirektors

1. Der Vizegeneraldirektor unterstützt den Generaldirektor und ist ihm gegenüber verantwortlich.

2. Bei Abwesenheit oder Verhinderung des Generaldirektors übt der Vizegeneraldirektor dessen Befugnisse aus. Das Gleiche gilt für den in Artikel 109 Absatz 3 vorgesehenen Fall des Freiwerdens der Stelle des Generaldirektors.

Artikel 112

Sekretariat der Organe des Vereins

Das Sekretariat der Organe des Vereins wird vom Internationalen Büro unter der Verantwortlichkeit des Generaldirektors wahrgenommen. Es versendet alle bei den einzelnen Tagungen veröffentlichten Dokumente an die Postverwaltungen der Mitglieder der betreffenden Organe, an die Postverwaltungen der Länder, die, ohne Mitglied des betreffenden Organs zu sein, an den Untersuchungen mitarbeiten, an die Engeren Vereine sowie an die anderen Postverwaltungen der Mitgliedsländer, die darum ersuchen.

Artikel 113

Liste der Mitgliedsländer

Das Internationale Büro erstellt die Liste der Mitgliedsländer des Vereins mit Angabe ihrer Beitragsklasse, ihrer geographischen Gruppe und des Standes ihres Verhältnisses zu den Verträgen des Vereins und bringt diese Liste laufend auf den neuesten Stand.

Artikel 114

Informationen. Gutachten. Anträge auf Auslegung und Änderung der Verträge. Umfragen. Vermittlung bei der Begleichung der Rechnungen

1. Das Internationale Büro hält sich jederzeit zur Verfügung des Verwaltungsrats, des Rates für Postbetrieb und der Postverwaltungen, um ihnen alle sachdienlichen Informationen über dienstliche Fragen zu erteilen.

2. Es hat insbesondere die Aufgabe, Informationen jeder Art über den internationalen Postdienst zu sammeln, zu koordinieren, zu veröffentlichen und zu verteilen, auf Antrag der Beteiligten Gutachten über strittige Fragen abzugeben, Anträge auf Auslegung und Änderung der Verträge des Vereins zu bearbeiten und allgemein Untersuchungen und Redaktions- oder Dokumentationsarbeiten durchzuführen, die ihm die genannten Verträge zuweisen oder die ihm im Interesse des Vereins übertragen werden.

3. Es führt auf Antrag von Postverwaltungen auch Umfragen durch, wenn die Meinung anderer Postverwaltungen zu einer

autres administrations postales sur une question déterminée. Le résultat d'une enquête ne revêt pas le caractère d'un vote et ne lie pas formellement.

4. Il peut intervenir, à titre d'office de compensation, dans la liquidation des comptes de toute nature relatifs au service postal.

Article 115

Coopération technique

Le Bureau international est chargé, dans le cadre de la coopération technique internationale, de développer l'assistance technique postale sous toutes ses formes.

Article 116

Formules fournies par le Bureau international

Le Bureau international est chargé de faire confectionner les coupons-réponse internationaux et d'en approvisionner, au prix de revient, les administrations postales qui en font la demande.

Article 117

Actes des Unions restreintes et arrangements spéciaux

1. Deux exemplaires des Actes des Unions restreintes et des arrangements spéciaux conclus en application de l'article 8 de la Constitution doivent être transmis au Bureau international par les bureaux de ces Unions ou, à défaut, par une des parties contractantes.

2. Le Bureau international veille à ce que les Actes des Unions restreintes et les arrangements spéciaux ne prévoient pas des conditions moins favorables pour le public que celles qui sont prévues dans les Actes de l'Union et informe les administrations postales de l'existence des Unions et des arrangements susdits. Il signale au Conseil d'administration toute irrégularité constatée en vertu de la présente disposition.

Article 118

Revue de l'Union

Le Bureau international rédige, à l'aide des documents qui sont mis à sa disposition, une revue en langues allemande, anglaise, arabe, chinoise, espagnole, française et russe.

Article 119

Rapport annuel sur les activités de l'Union

Le Bureau international fait, sur les activités de l'Union, un rapport annuel qui est communiqué, après approbation par le Conseil d'administration, aux administrations postales, aux Unions restreintes et à l'Organisation des Nations Unies.

Chapitre III

Procédure d'introduction et d'examen des propositions

Article 120

Procédure de présentation des propositions au Congrès

1. Sous réserve des exceptions prévues aux paragraphes 2 et 5, la procédure suivante règle l'introduction des propositions de toute nature à soumettre au Congrès par les administrations postales des Pays-membres:

bestimmten Frage in Erfahrung gebracht werden soll. Das Ergebnis einer Umfrage stellt keine Abstimmung dar und ist unverbindlich.

4. Es kann als Clearingstelle bei der Begleichung jeder Art von Rechnungen aus dem Postdienst vermitteln.

Artikel 115

Technische Zusammenarbeit

Das Internationale Büro hat die Aufgabe, im Rahmen der internationalen technischen Zusammenarbeit die technische Hilfeleistung auf dem Gebiet des Postwesens in allen ihren Erscheinungsformen zu fördern.

Artikel 116

Lieferung von Formularen durch das Internationale Büro

Das Internationale Büro hat die Aufgabe, Internationale Antwortscheine herstellen zu lassen und sie den Postverwaltungen auf Anforderung zum Selbstkostenpreis zu liefern.

Artikel 117

Verträge der Engeren Vereine und besondere Vereinbarungen

1. Zwei Ausfertigungen der nach Artikel 8 der Satzung geschlossenen Verträge der Engeren Vereine und besonderen Vereinbarungen müssen dem Internationalen Büro von den Büros dieser Vereine oder, wenn es ein solches Büro nicht gibt, von einer der Vertragsparteien übersandt werden.

2. Das Internationale Büro achtet darauf, dass die in den Verträgen der Engeren Vereine und in den besonderen Vereinbarungen vorgesehenen Bedingungen für die Postbenutzer nicht ungünstiger sind als die in den Verträgen des Weltpostvereins vorgesehenen, und es unterrichtet die Postverwaltungen über die Existenz der genannten Vereine und Vereinbarungen. Es meldet dem Verwaltungsrat jede kraft dieser Bestimmung festgestellte Unregelmäßigkeit.

Artikel 118

Zeitschrift des Vereins

Das Internationale Büro gibt unter Verwendung der ihm zur Verfügung gestellten Unterlagen eine Zeitschrift in deutscher, englischer, arabischer, chinesischer, spanischer, französischer und russischer Sprache heraus.

Artikel 119

Jahresbericht über die Tätigkeit des Vereins

Das Internationale Büro erstellt einen Jahresbericht über die Tätigkeit des Vereins, der nach Genehmigung durch den Verwaltungsrat den Postverwaltungen, den Engeren Vereinen und der Organisation der Vereinten Nationen übersandt wird.

Kapitel III

Verfahren für die Vorlage und Prüfung von Vorschlägen

Artikel 120

Verfahren für die Vorlage von Vorschlägen für den Kongress

1. Vorbehaltlich der in den Absätzen 2 und 5 vorgesehenen Ausnahmen gilt für die Vorlage von Vorschlägen jeder Art, die dem Kongress von den Postverwaltungen der Mitgliedsländer vorgelegt werden sollen, folgendes Verfahren:

- a) sont admises les propositions qui parviennent au Bureau international au moins six mois avant la date fixée pour le Congrès;
- b) aucune proposition d'ordre rédactionnel n'est admise pendant la période de six mois qui précède la date fixée pour le Congrès;
- c) les propositions de fond qui parviennent au Bureau international dans l'intervalle compris entre six et quatre mois avant la date fixée pour le Congrès ne sont admises que si elles sont appuyées par au moins deux administrations postales;
- d) les propositions de fond qui parviennent au Bureau international dans l'intervalle compris entre quatre et deux mois qui précède la date fixée pour le Congrès ne sont admises que si elles sont appuyées par au moins huit administrations postales; les propositions qui parviennent ultérieurement ne sont plus admises;
- e) les déclarations d'appui doivent parvenir au Bureau international dans le même délai que les propositions qu'elles concernent.

2. Les propositions concernant la Constitution ou le Règlement général doivent parvenir au Bureau international six mois au moins avant l'ouverture du Congrès; celles qui parviennent postérieurement à cette date mais avant l'ouverture du Congrès ne peuvent être prises en considération que si le Congrès en décide ainsi à la majorité des deux tiers des pays représentés au Congrès et si les conditions prévues au paragraphe 1 sont respectées.

3. Chaque proposition ne doit avoir en principe qu'un objectif et ne contenir que les modifications justifiées par cet objectif.

4. Les propositions d'ordre rédactionnel sont munies, en tête, de la mention «Proposition d'ordre rédactionnel» par les administrations postales qui les présentent et publiées par le Bureau international sous un numéro suivi de la lettre R. Les propositions non munies de cette mention mais qui, de l'avis du Bureau international, ne touchent que la rédaction sont publiées avec une annotation appropriée; le Bureau international établit une liste de ces propositions à l'intention du Congrès.

5. La procédure prescrite aux paragraphes 1 et 4 ne s'applique ni aux propositions concernant le Règlement intérieur des Congrès ni aux amendements à des propositions déjà faites.

Article 121

Procédure de présentation des propositions entre deux Congrès

1. Pour être prise en considération, chaque proposition concernant la Convention ou les Arrangements et introduite par une administration postale entre deux Congrès doit être appuyée par au moins deux autres administrations postales. Ces propositions restent sans suite lorsque le Bureau international ne reçoit pas, en même temps, les déclarations d'appui nécessaires.

2. Ces propositions sont adressées aux autres administrations postales par l'intermédiaire du Bureau international.

3. Les propositions concernant les Règlements n'ont pas besoin d'appui, mais ne sont prises en considération par le Conseil d'exploitation postale que si celui-ci en approuve l'urgence nécessaire.

Article 122

Examen des propositions entre deux Congrès

1. Toute proposition concernant la Convention, les Arrangements et leurs Protocoles finals est soumise à la procédure suivante: un délai de deux mois est laissé aux administrations postales des Pays-membres pour examiner la proposition notifiée

- a) Zugelassen sind Vorschläge, die dem Internationalen Büro mindestens sechs Monate vor dem für den Beginn des Kongresses festgelegten Zeitpunkt zugehen;
- b) Vorschläge redaktioneller Art sind während der sechs Monate vor dem für den Beginn des Kongresses festgelegten Zeitpunkt nicht zugelassen;
- c) Vorschläge materieller Art, die dem Internationalen Büro in der Zeit zwischen sechs und vier Monaten vor dem für den Beginn des Kongresses festgelegten Zeitpunkt zugehen, sind nur dann zugelassen, wenn sie von mindestens zwei Postverwaltungen unterstützt werden;
- d) Vorschläge materieller Art, die dem Internationalen Büro in der Zeit zwischen vier und zwei Monaten vor dem für den Beginn des Kongresses festgelegten Zeitpunkt zugehen, sind nur dann zugelassen, wenn sie von mindestens acht Postverwaltungen unterstützt werden; Vorschläge, die später eingehen, sind nicht mehr zugelassen;
- e) Unterstützungserklärungen müssen dem Internationalen Büro innerhalb derselben Frist zugehen wie die Vorschläge, die sie betreffen.

2. Vorschläge, welche die Satzung oder die Allgemeine Verfahrensordnung betreffen, müssen dem Internationalen Büro mindestens sechs Monate vor Eröffnung des Kongresses zugehen; Vorschläge, die nach diesem Zeitpunkt, aber vor Eröffnung des Kongresses eingehen, können nur dann berücksichtigt werden, wenn der Kongress dies mit der Mehrheit von zwei Dritteln der beim Kongress vertretenen Länder beschließt und wenn die in Absatz 1 vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind.

3. Jeder Vorschlag darf grundsätzlich nur ein Ziel haben und nur durch dieses Ziel gerechtfertigte Änderungen enthalten.

4. Vorschläge redaktioneller Art werden von den Postverwaltungen, von denen sie vorgelegt werden, im Kopf mit dem Vermerk „Proposition d'ordre rédactionnel“ versehen und vom Internationalen Büro unter einer Nummer mit dem Zusatz „R“ veröffentlicht. Vorschläge, die diesen Vermerk nicht tragen, nach Ansicht des Internationalen Büros jedoch rein redaktioneller Art sind, werden mit einer entsprechenden Anmerkung veröffentlicht; das Internationale Büro stellt für den Kongress eine Liste dieser Vorschläge auf.

5. Das in den Absätzen 1 und 4 vorgeschriebene Verfahren gilt weder für Vorschläge zur Geschäftsordnung der Kongresse noch für Änderungsvorschläge zu bereits vorgelegten Vorschlägen.

Artikel 121

Verfahren für die Vorlage von Vorschlägen in der Zeit zwischen zwei Kongressen

1. Jeder in der Zeit zwischen zwei Kongressen von einer Postverwaltung vorgelegte Vorschlag zum Weltpostvertrag oder zu den Übereinkommen muss, um berücksichtigt zu werden, von mindestens zwei anderen Postverwaltungen unterstützt werden. Die Vorschläge bleiben unberücksichtigt, wenn das Internationale Büro nicht gleichzeitig die erforderlichen Unterstützungserklärungen erhält.

2. Diese Vorschläge werden den anderen Postverwaltungen durch Vermittlung des Internationalen Büros übersandt.

3. Vorschläge zu den Ergänzenden Bestimmungen bedürfen keiner Unterstützung; sie werden vom Rat für Postbetrieb jedoch nur dann berücksichtigt, wenn dieser eine dringende Notwendigkeit anerkennt.

Artikel 122

Prüfung von Vorschlägen in der Zeit zwischen zwei Kongressen

1. Jeder Vorschlag zum Weltpostvertrag, zu den Übereinkommen und ihren Schlussprotokollen unterliegt folgendem Verfahren: Binnen zwei Monaten können die Postverwaltungen der Mitgliedsländer den durch Rundschreiben des Internationalen Büros

par circulaire du Bureau international et, le cas échéant, pour faire parvenir leurs observations audit Bureau. Les amendements ne sont pas admis. Les réponses sont réunies par les soins du Bureau international et communiquées aux administrations postales avec invitation de se prononcer pour ou contre la proposition. Celles qui n'ont pas fait parvenir leur vote dans un délai de deux mois sont considérées comme s'abstenant. Les délais précités comptent à partir de la date des circulaires du Bureau international.

2. Les propositions de modification des Règlements sont traitées par le Conseil d'exploitation postale.

3. Si la proposition concerne un Arrangement ou son Protocole final, seules les administrations postales de Pays-membres qui sont parties à cet Arrangement peuvent prendre part aux opérations indiquées au paragraphe 1.

Article 123

Notification des décisions adoptées entre deux Congrès

1. Les modifications apportées à la Convention, aux Arrangements et aux Protocoles finals de ces Actes sont consacrées par une notification du Directeur général du Bureau international aux Gouvernements des Pays-membres.

2. Les modifications apportées par le Conseil d'exploitation postale aux Règlements et à leurs Protocoles finals sont notifiées aux administrations postales par le Bureau international. Il en est de même des interprétations visées à l'article 64.3.2 de la Convention et aux dispositions correspondantes des Arrangements.

Article 124

Mise en vigueur des Règlements et des autres décisions adoptés entre deux Congrès

1. Les Règlements entrent en vigueur à la même date et ont la même durée que les Actes issus du Congrès.

2. Sous réserve du paragraphe 1, les décisions de modification des Actes de l'Union qui sont adoptées entre deux Congrès ne sont exécutoires que trois mois, au moins, après leur notification.

Chapitre IV

Finances

Article 125

Fixation et règlement des dépenses de l'Union

1. Sous réserve des paragraphes 2 à 6, les dépenses annuelles afférentes aux activités des organes de l'Union ne doivent pas dépasser les sommes ci-après pour les années 2000 et suivantes:

36 680 816 francs suisses pour l'année 2000;

37 000 000 francs suisses pour les années 2001 à 2004.

La limite de base pour l'année 2004 s'applique également aux années postérieures en cas de report du Congrès prévu pour 2004.

2. Les dépenses afférentes à la réunion du prochain Congrès (déplacement du secrétariat, frais de transport, frais d'installation technique de l'interprétation simultanée, frais de reproduction des documents durant le Congrès, etc.) ne doivent pas dépasser la limite de 2 948 000 francs suisses.

3. Le Conseil d'administration est autorisé à dépasser les limites fixées aux paragraphes 1 et 2 pour tenir compte des aug-

bekannt gegebenen Vorschlag prüfen und gegebenenfalls ihre Bemerkungen dazu dem Internationalen Büro mitteilen. Änderungsvorschläge sind nicht zulässig. Das Internationale Büro stellt die Antworten zusammen und teilt sie den Postverwaltungen mit der Aufforderung mit, sich für oder gegen den Vorschlag auszusprechen. Haben Postverwaltungen ihre Stimme nicht binnen zwei Monaten abgegeben, so gilt dies als Stimmenthaltung. Die genannten Fristen beginnen mit dem Datum der Rundschreiben des Internationalen Büros.

2. Vorschläge zur Änderung der Ergänzenden Bestimmungen werden vom Rat für Postbetrieb behandelt.

3. Betrifft ein Vorschlag ein Übereinkommen oder sein Schlussprotokoll, so dürfen sich nur die Postverwaltungen der Mitgliedsländer, die diesem Übereinkommen beigetreten sind, an dem Verfahren nach Absatz 1 beteiligen.

Artikel 123

Notifikation der in der Zeit zwischen zwei Kongressen gefassten Beschlüsse

1. Änderungen des Weltpostvertrags, der Übereinkommen und der Schlussprotokolle zu diesen Verträgen werden durch eine Notifikation des Generaldirektors des Internationalen Büros an die Regierungen der Mitgliedsländer bestätigt.

2. Änderungen des Rates für Postbetrieb an den Ergänzenden Bestimmungen und ihren Schlussprotokollen werden den Postverwaltungen durch das Internationale Büro notifiziert. Dies gilt auch für die in Artikel 64 Absatz 3.2 des Weltpostvertrags und in den entsprechenden Bestimmungen der Übereinkommen vorgesehenen Auslegungen.

Artikel 124

Inkrafttreten der in der Zeit zwischen zwei Kongressen angenommenen Ergänzenden Bestimmungen und anderen Beschlüsse

1. Die Ergänzenden Bestimmungen treten zu demselben Zeitpunkt wie die vom Kongress angenommenen Verträge in Kraft und haben dieselbe Geltungsdauer.

2. Vorbehaltlich des Absatzes 1 treten die in der Zeit zwischen zwei Kongressen gefassten Beschlüsse zur Änderung der Verträge des Vereins frühestens drei Monate nach ihrer Notifikation in Kraft.

Kapitel IV

Finanzen

Artikel 125

Festsetzung und Begleichung der Ausgaben des Vereins

1. Vorbehaltlich der Absätze 2 bis 6 dürfen die jährlichen Ausgaben für die Tätigkeit der Organe des Vereins für das Jahr 2000 und die folgenden Jahre die nachstehenden Beträge nicht überschreiten:

36 680 816 Schweizer Franken für das Jahr 2000;

37 000 000 Schweizer Franken für die Jahre 2001–2004.

Der für das Jahr 2004 als Grundlage dienende Höchstbetrag gilt auch für die folgenden Jahre, falls der für das Jahr 2004 vorgesehene Kongress verschoben wird.

2. Die Ausgaben für das Zusammentreten des nächsten Kongresses (Reisekosten des Sekretariats, Transportkosten, Kosten für die Installation der Simultandolmetschanlage, Kosten für die Vervielfältigung der Dokumente während des Kongresses usw.) dürfen den Höchstbetrag von 2 948 000 Schweizer Franken nicht überschreiten.

3. Der Verwaltungsrat darf die in den Absätzen 1 und 2 festgesetzten Höchstbeträge überschreiten, um Erhöhungen von

mentations des échelles de traitements, des contributions au titre des pensions ou indemnités, y compris les indemnités de poste, admises par les Nations Unies pour être appliquées à leur personnel en fonctions à Genève.

4. Le Conseil d'administration est également autorisé à ajuster, chaque année, le montant des dépenses autres que celles relatives au personnel en fonction de l'indice suisse des prix à la consommation.

5. Par dérogation au paragraphe 1, le Conseil d'administration, ou en cas d'extrême urgence le Directeur général, peut autoriser un dépassement des limites fixées pour faire face aux réparations importantes et imprévues du bâtiment du Bureau international, sans toutefois que le montant du dépassement puisse excéder 125 000 francs suisses par année.

6. Si les crédits prévus par les paragraphes 1 et 2 se révèlent insuffisants pour assurer le bon fonctionnement de l'Union, ces limites ne peuvent être dépassées qu'avec l'approbation de la majorité des Pays-membres de l'Union. Toute consultation doit comporter un exposé complet des faits justifiant une telle demande.

7. Les pays qui adhèrent à l'Union ou qui sont admis en qualité de membres de l'Union ainsi que ceux qui sortent de l'Union doivent acquitter leur cotisation pour l'année entière au cours de laquelle leur admission ou leur sortie devient effective.

8. Les Pays-membres paient à l'avance leur part contributive aux dépenses annuelles de l'Union, sur la base du budget arrêté par le Conseil d'administration. Ces parts contributives doivent être payées au plus tard le premier jour de l'exercice financier auquel se rapporte le budget. Passé ce terme, les sommes dues sont productives d'intérêts au profit de l'Union, à raison de 3 % par an durant les six premiers mois et de 6 % par an à partir du septième mois.

9. Lorsque les arriérés de contributions obligatoires hors intérêts dues à l'Union par un Pays-membre sont égaux ou supérieurs à la somme des contributions de ce Pays-membre pour les deux exercices financiers précédents, ce Pays-membre peut céder irrévocablement à l'Union tout ou partie de ses créances sur d'autres Pays-membres, selon les modalités fixées par le Conseil d'administration. Les conditions de cession de créances sont à définir selon un accord convenu entre le Pays-membre, ses débiteurs/créanciers et l'Union.

10. Les Pays-membres qui, pour des raisons juridiques ou autres, sont dans l'impossibilité d'effectuer une telle cession s'engagent à conclure un plan d'amortissement de leurs comptes arriérés.

11. Sauf dans des circonstances exceptionnelles, le recouvrement des arriérés de contributions obligatoires dues à l'Union ne pourra pas s'étendre à plus de dix années.

12. Dans des circonstances exceptionnelles, le Conseil d'administration peut libérer un Pays-membre de tout ou partie des intérêts dus si celui-ci s'est acquitté, en capital, de l'intégralité de ses dettes arriérées.

13. Un Pays-membre peut également être libéré, dans le cadre d'un plan d'amortissement de ses comptes arriérés approuvé par le Conseil d'administration, de tout ou partie des intérêts accumulés ou à courir; la libération est toutefois subordonnée à l'exécution complète et ponctuelle du plan d'amortissement dans un délai convenu de dix ans au maximum.

14. Pour pallier les insuffisances de trésorerie de l'Union, il est constitué un Fonds de réserve dont le montant est fixé par le Conseil d'administration. Ce Fonds est alimenté en premier lieu par les excédents budgétaires. Il peut servir également à équilibrer le budget ou à réduire le montant des contributions des Pays-membres.

Gehältern, Beiträgen zur Pensionskasse oder Entschädigungen, einschließlich des Kaufkraftausgleichs, Rechnung zu tragen, die von den Vereinten Nationen zur Anwendung auf ihr Personal in Genf genehmigt werden.

4. Ferner darf der Verwaltungsrat jedes Jahr den Betrag der sich nicht auf das Personal beziehenden Ausgaben entsprechend dem schweizerischen Verbraucherpreisindex anpassen.

5. Abweichend von Absatz 1 darf der Verwaltungsrat oder, im äußersten Notfall, der Generaldirektor ein Überschreiten der festgesetzten Höchstbeträge genehmigen, um größere und unvorhergesehene Reparaturen am Gebäude des Internationalen Büros vornehmen zu lassen; der Betrag der Mehrausgaben darf jedoch 125 000 Schweizer Franken im Jahr nicht überschreiten.

6. Falls sich die in den Absätzen 1 und 2 vorgesehenen Beträge als unzureichend für das reibungslose Arbeiten des Vereins erweisen, dürfen diese Höchstbeträge nur unter der Voraussetzung überschritten werden, dass die Mehrheit der Mitgliedsländer des Vereins dies genehmigt. Jeder Befragung muss eine vollständige Beschreibung der Tatsachen, die einen solchen Antrag rechtfertigen, beigefügt sein.

7. Die Länder, die dem Verein beitreten oder als Mitglied des Vereins zugelassen werden, sowie diejenigen, die aus dem Verein austreten, müssen ihren Beitrag für das volle Kalenderjahr entrichten, in dem ihre Aufnahme oder ihr Austritt wirksam wird.

8. Die Mitgliedsländer zahlen ihren Beitrag zu den jährlichen Ausgaben des Vereins im Voraus, auf der Grundlage des vom Verwaltungsrat festgestellten Haushaltsplans. Diese Beiträge müssen spätestens am ersten Tag des Rechnungsjahres gezahlt werden, für das der Haushaltsplan gilt. Vom Tag nach Ablauf dieser Frist an sind die geschuldeten Beträge zugunsten des Vereins während der ersten sechs Monate mit 3 Prozent jährlich und vom siebten Monat an mit 6 Prozent jährlich zu verzinsen.

9. Wenn die Rückstände in den Pflichtbeiträgen (Zinsen ausgenommen), die ein Mitgliedsland dem Verein schuldet, gleich der Summe der Beiträge dieses Mitgliedslandes für die zwei vorausgehenden Rechnungsjahre sind oder diese Summe übersteigen, darf dieses Mitgliedsland seine Forderungen gegenüber anderen Mitgliedsländern unwiderruflich, ganz oder teilweise, entsprechend den vom Verwaltungsrat festgelegten Modalitäten an den Verein abtreten. Die Bedingungen für die Abtretung von Forderungen sind in einer Vereinbarung zwischen dem Mitgliedsland, seinen Schuldnern/Gläubigern und dem Verein festzulegen.

10. Mitgliedsländer, die aus rechtlichen oder sonstigen Gründen nicht in der Lage sind, eine solche Abtretung vorzunehmen, verpflichten sich, einen Plan für die Tilgung ihrer Rückstände zu vereinbaren.

11. Die Beitreibung der Rückstände in den Pflichtbeiträgen, die dem Verein geschuldet werden, darf sich über nicht mehr als zehn Jahre erstrecken, es sei denn, dass außergewöhnliche Umstände vorliegen.

12. Unter außergewöhnlichen Umständen kann der Verwaltungsrat ein Mitgliedsland von der Zahlung seiner Zinsen ganz oder teilweise befreien, wenn es seine rückständigen Beitragschulden vollständig beglichen hat.

13. Ein Mitgliedsland kann auch im Rahmen eines vom Verwaltungsrat genehmigten Plans für die Tilgung seiner Rückstände von der Zahlung der aufgelaufenen oder noch anfallenden Zinsen ganz oder teilweise befreit werden; diese Befreiung ist jedoch abhängig von der vollständigen und termingerechten Erfüllung des Tilgungsplans innerhalb einer vereinbarten Frist von höchstens zehn Jahren.

14. Um einem Liquiditätsmangel des Vereins abhelfen zu können, wird ein Reservefonds gebildet, dessen Betrag vom Verwaltungsrat festgesetzt wird. Dieser Fonds wird in erster Linie aus Haushaltsüberschüssen gespeist. Er kann auch dazu benutzt werden, den Haushalt auszugleichen oder die Höhe der Beiträge der Mitgliedsländer zu verringern.

15. En ce qui concerne les insuffisances passagères de trésorerie, le Gouvernement de la Confédération suisse fait, à court terme, les avances nécessaires selon des conditions qui sont à fixer d'un commun accord. Ce Gouvernement surveille sans frais la tenue des comptes financiers ainsi que la comptabilité du Bureau international dans les limites des crédits fixés par le Congrès.

Article 126

Sanctions automatiques

1. Tout Pays-membre étant dans l'impossibilité d'effectuer la cession prévue au paragraphe 9 de l'article 125 et qui n'accepte pas de se soumettre à un plan d'amortissement proposé par le Bureau international conformément à l'article 125, paragraphe 10, ou ne le respecte pas perd automatiquement son droit de vote au Congrès et dans les réunions du Conseil d'administration et du Conseil d'exploitation postale et n'est plus éligible à ces deux Conseils.

2. Les sanctions automatiques sont levées d'office et avec effet immédiat dès que le Pays-membre concerné s'est acquitté entièrement de ses arriérés de contributions obligatoires dues à l'Union, en capital et intérêts, ou qu'il accepte de se soumettre à un plan d'amortissement de ses comptes arriérés.

Article 127

Classes de contribution

1. Les Pays-membres contribuent à la couverture des dépenses de l'Union selon la classe de contribution à laquelle ils appartiennent. Ces classes sont les suivantes:

classe de 50 unités;
classe de 40 unités;
classe de 35 unités;
classe de 25 unités;
classe de 20 unités;
classe de 15 unités;
classe de 10 unités;
classe de 5 unités;
classe de 3 unités;
classe de 1 unité;

classe de 0,5 unité, réservée aux pays les moins avancés énumérés par l'Organisation des Nations Unies et à d'autres pays désignés par le Conseil d'administration.

2. Outre les classes de contribution énumérées au paragraphe 1, tout Pays-membre peut choisir de payer un nombre d'unités de contribution supérieur à 50 unités.

3. Les Pays-membres sont rangés dans l'une des classes de contribution précitées au moment de leur admission ou de leur adhésion à l'Union, selon la procédure visée à l'article 21, paragraphe 4, de la Constitution.

4. Les Pays-membres peuvent changer ultérieurement de classe de contribution, à la condition que ce changement soit notifié au Bureau international au moins deux mois avant l'ouverture du Congrès. Cette notification, qui est portée à l'attention du Congrès, prend effet à la date de mise en vigueur des dispositions financières arrêtées par le Congrès. Les Pays-membres qui n'ont pas fait connaître leur souhait de changer de classe de contribution dans les délais prescrits sont maintenus dans la classe de contribution à laquelle ils appartenaient jusqu'alors.

5. Les Pays-membres ne peuvent pas exiger d'être déclassés de plus d'une classe à la fois.

15. Bei vorübergehendem Liquiditätsmangel leistet die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft für einen kurzen Zeitraum die notwendigen Vorschüsse nach im beiderseitigen Einvernehmen festzusetzenden Bedingungen. Diese Regierung überwacht auch kostenlos, dass sich die Kassen- und Haushaltsführung des Internationalen Büros innerhalb der Grenzen der vom Kongress festgesetzten Beträge hält.

Artikel 126

Automatische Sanktionen

1. Mitgliedsländer, die nicht in der Lage sind, die in Artikel 125 Absatz 9 vorgesehene Abtretung vorzunehmen, und sich nicht einem vom Internationalen Büro nach Artikel 125 Absatz 10 vorgeschlagenen Tilgungsplan unterwerfen wollen oder einen solchen Tilgungsplan nicht einhalten, verlieren automatisch ihr Stimmrecht beim Kongress und bei den Tagungen des Verwaltungsrats und des Rates für Postbetrieb und sie können weder in den Verwaltungsrat noch in den Rat für Postbetrieb gewählt werden.

2. Die automatischen Sanktionen werden von Amts wegen und mit sofortiger Wirkung aufgehoben, sobald das betreffende Mitgliedsland seine Rückstände in den Pflichtbeiträgen, die es dem Verein schuldet, einschließlich der Zinsen, vollständig beglichen hat, oder wenn es bereit ist, sich einem Plan für die Tilgung seiner Rückstände zu unterwerfen.

Artikel 127

Beitragsklassen

1. Die Mitgliedsländer tragen zur Deckung der Ausgaben des Vereins entsprechend der Beitragsklasse bei, der sie angehören. Es gibt folgende Klassen:

Klasse von 50 Einheiten;
Klasse von 40 Einheiten;
Klasse von 35 Einheiten;
Klasse von 25 Einheiten;
Klasse von 20 Einheiten;
Klasse von 15 Einheiten;
Klasse von 10 Einheiten;
Klasse von 5 Einheiten;
Klasse von 3 Einheiten;
Klasse von 1 Einheit;

Klasse von 0,5 Einheiten, die den von der Organisation der Vereinten Nationen genannten am wenigsten entwickelten Ländern und anderen, vom Verwaltungsrat bezeichneten Ländern vorbehalten ist.

2. Anstelle der in Absatz 1 genannten Beitragsklassen kann jedes Mitgliedsland eine Zahl von Beitragseinheiten wählen, die 50 Einheiten übersteigt.

3. Die Mitgliedsländer werden bei ihrer Zulassung oder ihrem Beitritt zum Verein nach dem in Artikel 21 Absatz 4 der Satzung vorgesehenen Verfahren in eine der oben genannten Beitragsklassen eingereiht.

4. Die Mitgliedsländer können später die Beitragsklasse unter der Bedingung wechseln, dass dieser Wechsel mindestens zwei Monate vor Beginn des nächsten Kongresses dem Internationalen Büro notifiziert wird. Diese Notifikation, die dem Kongress vorgelegt wird, wird zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der vom Kongress beschlossenen Finanzbestimmungen wirksam. Die Mitgliedsländer, die nicht innerhalb der vorgeschriebenen Fristen ihren Wunsch auf Änderung der Beitragsklasse mitgeteilt haben, verbleiben in der Beitragsklasse, der sie bis dahin angehörten.

5. Die Mitgliedsländer können nicht verlangen, auf einmal um mehr als eine Beitragsklasse herabgestuft zu werden.

6. Toutefois, dans des circonstances exceptionnelles telles que des catastrophes naturelles nécessitant des programmes d'aide internationale, le Conseil d'administration peut autoriser un déclassement temporaire d'une classe, une seule fois entre deux Congrès, à la demande d'un Pays-membre si celui-ci apporte la preuve qu'il ne peut plus maintenir sa contribution selon la classe initialement choisie. Dans les mêmes circonstances, le Conseil d'administration peut également autoriser le déclassement temporaire de Pays-membres n'appartenant pas à la catégorie des pays les moins avancés et déjà rangés dans la classe de 1 unité en les faisant passer dans la classe de 0,5 unité.

7. En application du paragraphe 6, le déclassement temporaire peut être autorisé par le Conseil d'administration pour une période maximale de deux ans ou jusqu'au prochain Congrès, si celui-ci a lieu avant la fin de cette période. A l'expiration de la période fixée, le pays concerné réintègre automatiquement sa classe initiale.

8. Par dérogation aux paragraphes 4 et 5, les surclassements ne sont soumis à aucune restriction.

Article 128

Paiement des fournitures du Bureau international

Les fournitures que le Bureau international livre à titre onéreux aux administrations postales doivent être payées dans le plus bref délai possible, et au plus tard dans les six mois à partir du premier jour du mois qui suit celui de l'envoi du compte par ledit Bureau. Passé ce délai, les sommes dues sont productives d'intérêts au profit de l'Union, à raison de 5 % par an, à compter du jour de l'expiration dudit délai.

Chapitre V

Arbitrages

Article 129

Procédure d'arbitrage

1. En cas de différend à régler par jugement arbitral, chacune des administrations postales en cause choisit une administration postale d'un Pays-membre qui n'est pas directement intéressée dans le litige. Lorsque plusieurs administrations postales font cause commune, elles ne comptent, pour l'application de cette disposition, que pour une seule.

2. Au cas où l'une des administrations postales en cause ne donne pas suite à une proposition d'arbitrage dans le délai de six mois, le Bureau international, si la demande lui en est faite, provoque à son tour la désignation d'un arbitre par l'administration postale défaillante ou en désigne un lui-même, d'office.

3. Les parties en cause peuvent s'entendre pour désigner un arbitre unique, qui peut être le Bureau international.

4. La décision des arbitres est prise à la majorité des voix.

5. En cas de partage des voix, les arbitres choisissent, pour trancher le différend, une autre administration postale également désintéressée dans le litige. A défaut d'une entente sur le choix, cette administration postale est désignée par le Bureau international parmi les administrations postales non proposées par les arbitres.

6. S'il s'agit d'un différend concernant l'un des Arrangements, les arbitres ne peuvent être désignés en dehors des administrations postales qui participent à cet Arrangement.

6. Unter außergewöhnlichen Umständen wie Naturkatastrophen, bei denen internationale Hilfsprogramme erforderlich sind, kann der Verwaltungsrat jedoch auf Antrag des betreffenden Mitgliedslandes ein einziges Mal in der Zeit zwischen zwei Kongressen eine vorübergehende Herabstufung um eine Beitragsklasse genehmigen, wenn das Land den Beweis erbringt, dass es seinen Beitrag gemäß der ursprünglich gewählten Klasse nicht beibehalten kann. Unter denselben Umständen kann der Verwaltungsrat auch die vorübergehende Herabstufung von Mitgliedsländern genehmigen, die nicht zu den am wenigsten entwickelten Ländern zählen und bereits in der Klasse von einer Einheit eingereiht sind, indem er sie in die Klasse von 0,5 Einheiten einstuft.

7. Der Verwaltungsrat kann die vorübergehende Herabstufung in Anwendung des Absatzes 6 für eine Höchstdauer von zwei Jahren genehmigen oder für die Zeit bis zum nächsten Kongress, wenn der Kongress vor Ablauf dieses Zeitraums stattfindet. Nach Ablauf des festgesetzten Zeitraums kehrt das betreffende Land automatisch wieder in seine ursprüngliche Beitragsklasse zurück.

8. Abweichend von den Absätzen 4 und 5 unterliegen Höherstufungen keiner Beschränkung.

Artikel 128

Bezahlung der Lieferungen des Internationalen Büros

Lieferungen, die das Internationale Büro an die Postverwaltungen gegen Entgelt ausführt, müssen in kürzester Frist bezahlt werden, spätestens jedoch innerhalb von sechs Monaten, vom ersten Tag des Monats an gerechnet, der auf den Monat der Absendung der Rechnung durch das Internationale Büro folgt. Vom Tag nach Ablauf dieser Frist an sind die geschuldeten Beträge zugunsten des Vereins mit 5 Prozent jährlich zu verzinsen.

Kapitel V

Schiedsgerichtsbarkeit

Artikel 129

Schiedsverfahren

1. Bei Streitfällen, die durch Schiedsspruch beigelegt werden müssen, wählt jede beteiligte Postverwaltung eine Postverwaltung eines Mitgliedslandes, die an dem Streitfall nicht unmittelbar beteiligt ist. Vertreten mehrere Postverwaltungen die gleiche Auffassung, so gelten sie hinsichtlich der Anwendung dieser Bestimmung als eine einzige Postverwaltung.

2. Falls eine der beteiligten Postverwaltungen auf den Vorschlag auf schiedsgerichtliche Entscheidung nicht binnen sechs Monaten reagiert, fordert das Internationale Büro auf Antrag die säumige Postverwaltung auf, einen Schiedsrichter zu benennen, oder bestellt ihn von Amts wegen selbst.

3. Die beteiligten Parteien können übereinkommen, nur einen Schiedsrichter zu benennen, der auch das Internationale Büro sein kann.

4. Die Schiedsrichter entscheiden mit Stimmenmehrheit.

5. Bei Stimmengleichheit wählen die Schiedsrichter zur Entscheidung des Streits eine andere an dem Streitfall ebenfalls unbeteiligte Postverwaltung. Kommt über diese Wahl keine Einigung zustande, so benennt das Internationale Büro diese Postverwaltung aus dem Kreis der von den Schiedsrichtern nicht vorgeschlagenen Postverwaltungen.

6. Handelt es sich um einen Streitfall, der ein Übereinkommen betrifft, so dürfen als Schiedsrichter nur solche Postverwaltungen benannt werden, die diesem Übereinkommen beigetreten sind.

Chapitre VI

Dispositions finales

Article 130

Conditions d'approbation des propositions concernant le Règlement général

Pour devenir exécutoires, les propositions soumises au Congrès et relatives au présent Règlement général doivent être approuvées par la majorité des Pays-membres représentés au Congrès. Les deux tiers au moins des Pays-membres de l'Union doivent être présents au moment du vote.

Article 131

Propositions concernant les Accords avec l'Organisation des Nations Unies

Les conditions d'approbation visées à l'article 130 s'appliquent également aux propositions tendant à modifier les Accords conclus entre l'Union postale universelle et l'Organisation des Nations Unies dans la mesure où ces Accords ne prévoient pas les conditions de modification des dispositions qu'ils contiennent.

Article 132

Mise à exécution et durée du Règlement général

Le présent Règlement général sera mis à exécution le 1^{er} janvier 2001 et demeurera en vigueur jusqu'à la mise à exécution des Actes du prochain Congrès.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres ont signé le présent Règlement général en un exemplaire qui est déposé auprès du Directeur général du Bureau international. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Beijing, le 15 septembre 1999.

Kapitel VI

Schlussbestimmungen

Artikel 130

Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zur Allgemeinen Verfahrensordnung

Die dem Kongress vorgelegten Vorschläge zu dieser Allgemeinen Verfahrensordnung müssen, um wirksam zu werden, von der Mehrheit der auf dem Kongress vertretenen Mitgliedsländer angenommen werden. Mindestens zwei Drittel der Mitgliedsländer des Vereins müssen bei der Abstimmung anwesend sein.

Artikel 131

Vorschläge zu den Abkommen mit der Organisation der Vereinten Nationen

Die in Artikel 130 genannten Annahmebedingungen gelten auch für die Vorschläge zur Änderung der zwischen dem Weltpostverein und der Organisation der Vereinten Nationen geschlossenen Abkommen, soweit diese Abkommen nicht selbst die Änderungsbedingungen für die in ihnen enthaltenen Bestimmungen vorsehen.

Artikel 132

Inkrafttreten und Geltungsdauer der Allgemeinen Verfahrensordnung

Diese Allgemeine Verfahrensordnung tritt am 1. Januar 2001 in Kraft und gilt bis zum Inkrafttreten der Verträge des nächsten Kongresses.

Zu Urkund dessen haben die Regierungsbevollmächtigten der Mitgliedsländer diese Allgemeine Verfahrensordnung in einer Urschrift unterzeichnet, die beim Generaldirektor des Internationalen Büros hinterlegt wird. Die Regierung des Landes, in dem der Kongress stattgefunden hat, übermittelt jeder Vertragspartei eine Abschrift.

Geschehen zu Beijing am 15. September 1999.

Weltpostvertrag

Convention postale universelle

(Übersetzung)

Table des matières

Inhaltsverzeichnis

Première partie**Teil I****Règles communes applicables
au service postal international****Gemeinsame Vorschriften
für den internationalen Postdienst****Chapitre unique
Dispositions générales****Einziges Kapitel
Allgemeine Bestimmungen**

Article

Artikel

- 1 Service postal universel
- 2 Liberté de transit
- 3 Appartenance des envois postaux
- 4 Création d'un nouveau service
- 5 Unité monétaire
- 6 Timbres-poste
- 7 Taxes
- 8 Franchise postale
- 9 Sécurité postale

- 1 Postuniversaldienst
- 2 Freiheit des Durchgangs
- 3 Verfügungsrecht über Postsendungen
- 4 Einführung neuer Dienste
- 5 Währungseinheit
- 6 Postwertzeichen
- 7 Gebühren
- 8 Postgebührenfreiheit
- 9 Sicherheit im Postdienst

Deuxième partie**Teil II****Règles applicables à la poste
aux lettres et aux colis postaux****Vorschriften
für Briefpost und Postpakete****Chapitre 1
Offre de prestations****Kapitel 1
Leistungsangebot**

- 10 Services de base
- 11 Taxes d'affranchissement et surtaxes aériennes
- 12 Taxes spéciales
- 13 Envois recommandés
- 14 Envois à livraison attestée
- 15 Envois avec valeur déclarée
- 16 Envois contre remboursement
- 17 Envois exprès
- 18 Avis de réception
- 19 Remise en main propre
- 20 Envois francs de taxes et de droits
- 21 Service de correspondance commerciale-réponse internationale
- 22 Coupons-réponse internationaux
- 23 Colis fragiles. Colis encombrants
- 24 Service de groupage «Consignment»
- 25 Envois non admis. Interdictions
- 26 Matières radioactives
- 27 Réexpédition
- 28 Envois non distribuables

- 10 Grunddienste
- 11 Freimachungsgebühren und Luftpostzuschläge
- 12 Besondere Gebühren
- 13 Einschreibsendungen
- 14 Sendungen mit Auslieferungsnachweis
- 15 Wertsendungen
- 16 Nachnahmesendungen
- 17 Sendungen mit Eilzustellung
- 18 Rückschein
- 19 Eigenhändige Auslieferung
- 20 Gebühren- und abgabenfrei auszuliefernde Sendungen
- 21 Internationaler Werbeantwortdienst
- 22 Internationale Antwortscheine
- 23 Pakete mit zerbrechlichem Inhalt. Sperrige Pakete
- 24 Sammelsendungsdienst „Consignment“
- 25 Nichtzulässige Sendungen. Verbote
- 26 Radioaktive Stoffe
- 27 Nachsendung
- 28 Unzustellbare Sendungen

Article

- 29 Retrait. Modification ou correction d'adresse à la demande de l'expéditeur
 30 Réclamations
 31 Contrôle douanier
 32 Taxe de dédouanement
 33 Droits de douane et autres droits

Chapitre 2**Responsabilité**

- 34 Responsabilité des administrations postales. Indemnités
 35 Non-responsabilité des administrations postales
 36 Responsabilité de l'expéditeur
 37 Paiement de l'indemnité
 38 Récupération éventuelle de l'indemnité sur l'expéditeur ou sur le destinataire
 39 Echange des envois
 40 Echange de dépêches closes avec des unités militaires
 41 Détermination de la responsabilité entre les administrations postales

Chapitre 3**Dispositions particulières à la poste aux lettres**

- 42 Objectifs en matière de qualité de service
 43 Dépôt à l'étranger d'envois de la poste aux lettres
 44 Matières biologiques admissibles
 45 Courrier électronique
 46 Frais de transit
 47 Frais terminaux. Dispositions générales
 48 Frais terminaux. Dispositions applicables aux échanges entre pays industrialisés
 49 Frais terminaux. Dispositions applicables aux flux de courrier des pays en développement à destination des pays industrialisés
 50 Frais terminaux. Dispositions applicables aux flux de courrier des pays industrialisés à destination des pays en développement
 51 Frais terminaux. Dispositions applicables aux échanges entre pays en développement
 52 Exemption de frais de transit et de frais terminaux
 53 Frais de transport aérien
 54 Taux de base et calcul des frais de transport aérien

Chapitre 4**Dispositions particulières aux colis postaux**

- 55 Objectifs en matière de qualité de service
 56 Quote-part territoriale d'arrivée
 57 Quote-part territoriale de transit
 58 Quote-part maritime
 59 Frais de transport aérien
 60 Exemption de quotes-parts

Chapitre 5**Service EMS**

- 61 Service EMS

Troisième partie**Dispositions transitoires et finales**

- 62 Obligation d'assurer le service des colis postaux
 63 Engagements relatifs aux mesures pénales
 64 Conditions d'approbation des propositions concernant la Convention et les Règlements
 65 Mise à exécution et durée de la Convention

Artikel

- 29 Zurückziehung. Änderung oder Berichtigung der Aufschrift auf Verlangen des Absenders
 30 Nachforschungsanträge
 31 Zollkontrolle
 32 Verzollungsgebühr
 33 Zölle und andere Abgaben

Kapitel 2**Haftung**

- 34 Haftung der Postverwaltungen. Entschädigungen
 35 Haftungsausschluss seitens der Postverwaltungen
 36 Haftung des Absenders
 37 Zahlung der Entschädigung
 38 Eventuelle Zurückforderung der Entschädigung vom Absender oder vom Empfänger
 39 Austausch der Sendungen
 40 Austausch von Kartenschlüssen mit Militäreinheiten
 41 Feststellung der Haftung zwischen den Postverwaltungen

Kapitel 3**Besondere Bestimmungen für die Briefpost**

- 42 Ziele im Bereich der Dienstqualität
 43 Einlieferung von Briefsendungen im Ausland
 44 Zulässige biologische Stoffe
 45 Elektronischer Briefdienst
 46 Durchgangvergütungen
 47 Endvergütungen. Allgemeine Bestimmungen
 48 Endvergütungen. Bestimmungen für den Verkehr zwischen Industrieländern
 49 Endvergütungen. Bestimmungen für Sendungsströme aus Entwicklungsländern nach Industrieländern
 50 Endvergütungen. Bestimmungen für Sendungsströme aus Industrieländern nach Entwicklungsländern
 51 Endvergütungen. Bestimmungen für den Verkehr zwischen Entwicklungsländern
 52 Befreiung von Durchgangs- und Endvergütungen
 53 Luftbeförderungskosten
 54 Grundvergütungssätze und Berechnung der Luftbeförderungskosten

Kapitel 4**Besondere Bestimmungen für Postpakete**

- 55 Ziele im Bereich der Dienstqualität
 56 Endvergütungsanteil
 57 Durchgangsvergütungsanteil
 58 Seevergütungsanteil
 59 Luftbeförderungskosten
 60 Befreiung von Vergütungsanteilen

Kapitel 5**EMS-Dienst**

- 61 EMS-Dienst

Teil III**Übergangs- und Schlussbestimmungen**

- 62 Verpflichtung zur Wahrnehmung des Postpaketdienstes
 63 Verpflichtung zu strafrechtlichen Maßnahmen
 64 Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zum Weltpostvertrag und zu den Ergänzenden Bestimmungen
 65 Inkrafttreten und Geltungsdauer des Weltpostvertrags

Protocole final de la Convention postale universelle

Article

I	Appartenance des envois postaux
II	Taxes
III	Exception à la franchise postale en faveur des cécogrammes
IV	Services de base
V	Petits paquets
VI	Imprimés. Poids maximal
VII	Prestation du service des colis postaux
VIII	Colis. Poids maximal
IX	Limites maximales pour les envois avec valeur déclarée
X	Avis de réception
XI	Service de correspondance commerciale-réponse internationale
XII	Interdictions (poste aux lettres)
XIII	Interdictions (colis postaux)
XIV	Objets passibles de droits de douane
XV	Retrait. Modification ou correction d'adresse
XVI	Réclamations
XVII	Taxe de présentation à la douane
XVIII	Responsabilité des administrations postales
XIX	Dédommagement
XX	Exceptions au principe de la responsabilité
XXI	Non-responsabilité des administrations postales
XXII	Paiement de l'indemnité
XXIII	Dépôt à l'étranger d'envois de la poste aux lettres
XXIV	Frais terminaux
XXV	Frais de transport aérien intérieur
XXVI	Quotes-parts territoriales d'arrivée exceptionnelles
XXVII	Tarifs spéciaux

Convention postale universelle

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union, vu l'article 22, paragraphe 3, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont, d'un commun accord et sous réserve de l'article 25, paragraphe 4, de ladite Constitution, arrêté, dans la présente Convention, les règles applicables au service postal international.

Première partie

Règles communes applicables au service postal international

Chapitre unique

Dispositions générales

Article premier

Service postal universel

1. Pour renforcer le concept d'unicité du territoire postal de l'Union, les Pays-membres veillent à ce que tous les utilisateurs/clients jouissent du droit à un service postal universel qui correspond à une offre de services postaux de base de qualité, fournis de manière permanente en tout point de leur territoire, à des prix abordables.

2. A cette fin, les Pays-membres établissent, dans le cadre de leur législation postale nationale ou par d'autres moyens habituels, la portée des services postaux concernés ainsi que les

Schlussprotokoll zum Weltpostvertrag

Artikel

I	Verfügungsrecht über Postsendungen
II	Gebühren
III	Ausnahme von der Postgebührenfreiheit für Blindensendungen
IV	Grunddienste
V	Päckchen
VI	Drucksachen. Höchstgewicht
VII	Bereitstellung des Postpaketdienstes
VIII	Pakete. Höchstgewicht
IX	Höchstbeträge für Wertsendungen
X	Rücschein
XI	Internationaler Werbeantwortdienst
XII	Verbote (Briefpost)
XIII	Verbote (Postpakete)
XIV	Zollpflichtige Gegenstände
XV	Zurückziehung. Änderung oder Berichtigung der Aufschrift
XVI	Nachforschungsanträge
XVII	Gestellungsgebühr
XVIII	Haftung der Postverwaltungen
XIX	Entschädigung
XX	Ausnahmen vom Grundsatz der Haftung
XXI	Haftungsausschluss seitens der Postverwaltungen
XXII	Zahlung der Entschädigung
XXIII	Einlieferung von Briefsendungen im Ausland
XXIV	Endvergütungen
XXV	Kosten für die Luftbeförderung im Inland
XXVI	Außergewöhnliche Endvergütungsanteile
XXVII	Besondere Tarife

Weltpostvertrag

Die unterzeichneten Regierungsbevollmächtigten der Mitgliedsländer des Weltpostvereins haben aufgrund des Artikels 22 Absatz 3 der am 10. Juli 1964 in Wien beschlossenen Satzung des Weltpostvereins im gegenseitigen Einvernehmen und vorbehaltlich des Artikels 25 Absatz 4 der Satzung in diesem Vertrag die Vorschriften für den internationalen Postdienst festgelegt.

Teil I

Gemeinsame Vorschriften für den internationalen Postdienst

Einziges Kapitel

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Postuniversaldienst

1. Zur Förderung des Grundgedankens, demgemäß der Weltpostverein ein einziges Postgebiet bildet, sorgen die Mitgliedsländer dafür, dass alle Benutzer/Kunden Zugang zu einem Postuniversaldienst haben, der in einem qualitativ guten Angebot an Basispostdiensten besteht, die an jedem Punkt ihres Gebietes zu erschwinglichen Preisen jederzeit bereitgestellt werden.

2. Zu diesem Zweck legen die Mitgliedsländer im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften im Bereich des Postwesens oder auf andere übliche Weise den Umfang der hierfür in Frage

conditions de qualité et de prix abordables en tenant compte à la fois des besoins de la population et de leurs conditions nationales.

3. Les Pays-membres veillent à ce que les offres de services postaux et les normes de qualité soient respectées par les opérateurs chargés d'assurer le service postal universel.

Article 2

Liberté de transit

1. Le principe de la liberté de transit est énoncé à l'article premier de la Constitution. Il entraîne l'obligation, pour chaque administration postale, d'acheminer toujours par les voies les plus rapides et les moyens les plus sûrs qu'elle emploie pour ses propres envois les dépêches closes et les envois de la poste aux lettres à découvert qui lui sont livrés par une autre administration postale.

2. Les Pays-membres qui ne participent pas à l'échange des lettres contenant des matières biologiques périssables ou des matières radioactives ont la faculté de ne pas admettre ces envois au transit à découvert à travers leur territoire. Il en est de même pour les envois de la poste aux lettres, autres que les lettres, les cartes postales et les célogrammes, à l'égard desquels il n'a pas été satisfait aux dispositions légales qui règlent les conditions de leur publication ou de leur circulation dans le pays traversé.

3. La liberté de transit des colis postaux à acheminer par les voies terrestre et maritime est limitée au territoire des pays participant à ce service.

4. La liberté de transit des colis-avion est garantie dans le territoire entier de l'Union. Toutefois, les Pays-membres qui ne participent pas au service des colis postaux ne peuvent être obligés d'assurer l'acheminement, par voie de surface, des colis-avion.

5. Si un Pays-membre n'observe pas les dispositions concernant la liberté de transit, les autres Pays-membres ont le droit de supprimer le service postal avec ce pays.

Article 3

Appartenance des envois postaux

1. Tout envoi postal appartient à l'expéditeur aussi longtemps qu'il n'a pas été délivré à l'ayant droit, sauf si ledit envoi a été saisi en application de la législation du pays de destination.

Article 4

Création d'un nouveau service

1. Les administrations postales peuvent, d'un commun accord, créer un nouveau service non expressément prévu par les Actes de l'Union. Les taxes relatives au nouveau service sont fixées par chaque administration intéressée, compte tenu des frais d'exploitation du service.

Article 5

Unité monétaire

1. L'unité monétaire prévue à l'article 7 de la Constitution et utilisée dans la Convention et les autres Actes de l'Union est le Droit de tirage spécial (DTS).

Article 6

Timbres-poste

1. Seules les administrations postales émettent les timbres-poste attestant le paiement de l'affranchissement selon les Actes de l'Union. Les marques d'affranchissement postal, les em-

kommenen Postdienste sowie die Voraussetzungen für Qualität und erschwingliche Preise unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Bedürfnisse der Bevölkerung und der innerstaatlichen Gegebenheiten fest.

3. Die Mitgliedsländer sorgen dafür, dass die mit der Bereitstellung des Postuniversaldienstes beauftragten Betreiber das Angebot an Postdiensten sicherstellen und die Qualitätsnormen einhalten.

Artikel 2

Freiheit des Durchgangs

1. Die Freiheit des Durchgangs ist in Artikel 1 der Satzung als Grundsatz verankert. Danach ist jede Postverwaltung verpflichtet, die ihr von einer anderen Postverwaltung übergebenen Kartenschlüsse und Briefsendungen des offenen Durchgangs stets auf den schnellsten Beförderungswegen und mit den sichersten Beförderungsmitteln weiterzuleiten, die sie für ihre eigenen Sendungen benutzt.

2. Mitgliedsländern, die sich am Austausch von Briefen mit leicht verderblichen biologischen Stoffen oder radioaktiven Stoffen nicht beteiligen, steht es frei, diese Sendungen nicht zum offenen Durchgang durch ihr Gebiet zuzulassen. Dasselbe gilt für Briefsendungen, mit Ausnahme von Briefen, Postkarten und Blindensendungen, die nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprechen, die ihre Veröffentlichung oder ihre Verbreitung im Durchgangsland regeln.

3. Die Freiheit des Durchgangs für auf dem Land- und auf dem Seeweg zu befördernde Postpakete ist auf das Gebiet der Länder beschränkt, die sich an diesem Dienst beteiligen.

4. Die Freiheit des Durchgangs für Luftpostpakete wird im gesamten Gebiet des Weltpostvereins gewährleistet. Jedoch dürfen Mitgliedsländer, die sich nicht am Postpaketdienst beteiligen, nicht gezwungen werden, Luftpostpakete auf dem Land-/Seeweg zu befördern.

5. Wenn ein Mitgliedsland die Bestimmungen über die Freiheit des Durchgangs nicht beachtet, sind die anderen Mitgliedsländer berechtigt, den Postverkehr mit diesem Land einzustellen.

Artikel 3

Verfügungsrecht über Postsendungen

1. Eine Postsendung gehört so lange dem Absender, wie sie dem Empfangsberechtigten noch nicht ausgeliefert worden ist, es sei denn, dass sie in Anwendung der Rechtsvorschriften des Bestimmungslandes beschlagnahmt worden ist.

Artikel 4

Einführung neuer Dienste

1. Die Postverwaltungen können im gegenseitigen Einvernehmen neue, in den Verträgen des Vereins nicht ausdrücklich vorgesehene Dienste einführen. Die Gebühren für einen neuen Dienst werden von jeder beteiligten Verwaltung unter Berücksichtigung der Betriebskosten des Dienstes festgelegt.

Artikel 5

Währungseinheit

1. Die in Artikel 7 der Satzung vorgesehene und im Weltpostvertrag und in den übrigen Verträgen des Vereins verwendete Währungseinheit ist das Sonderziehungsrecht (SZR).

Artikel 6

Postwertzeichen

1. Nur die Postverwaltungen geben die Postwertzeichen heraus, die nach den Verträgen des Vereins als Nachweis für die Entrichtung des Freimachungsbetrags gelten. Postfreimarken,

preintes de machines à affranchir et les empreintes à la presse d'imprimerie ou d'autres procédés d'impression ou de timbrage conformes aux dispositions du Règlement de la poste aux lettres ne peuvent être utilisés que sur l'autorisation de l'administration postale.

2. Les sujets et les motifs des timbres-poste doivent être conformes à l'esprit du préambule de la Constitution de l'UPU et des décisions prises par les organes de l'Union.

Article 7

Taxes

1. Les taxes relatives aux différents services postaux internationaux et spéciaux sont fixées par les administrations postales, en conformité avec les principes énoncés dans la Convention et les Règlements. Elles doivent en principe être liées aux coûts afférents à la fourniture de ces services.

2. Les taxes appliquées, y compris celles mentionnées à titre indicatif dans les Actes, doivent être au moins égales à celles appliquées aux envois du régime intérieur présentant les mêmes caractéristiques (catégorie, quantité, délai de traitement, etc.).

3. Les administrations postales sont autorisées à dépasser toutes les taxes figurant dans les Actes, y compris celles qui ne sont pas mentionnées à titre indicatif:

3.1 si les taxes qu'elles appliquent pour les mêmes services dans leur régime intérieur sont plus élevées que celles fixées;

3.2 si cela est nécessaire pour couvrir les coûts d'exploitation de leurs services ou pour tout autre motif raisonnable.

4. Au-dessus de la limite minimale des taxes fixée sous 2, les administrations postales ont la faculté de concéder des taxes réduites basées sur leur législation intérieure pour les envois de la poste aux lettres déposés dans leur pays. Elles ont notamment la possibilité d'accorder des tarifs préférentiels à leurs clients ayant un important trafic postal.

5. Il est interdit de percevoir sur les clients des taxes postales de n'importe quelle nature autres que celles qui sont prévues dans les Actes.

6. Sauf les cas prévus dans les Actes, chaque administration postale garde les taxes qu'elle a perçues.

Article 8

Franchise postale

1. Principe

1.1 Les cas de franchise postale sont expressément prévus par la Convention.

2. Service postal

2.1 Les envois de la poste aux lettres relatifs au service postal expédiés par les administrations postales ou par leurs bureaux, soit par avion, soit par voie de surface ou encore par voie de surface et transportés par avion (S.A.L.), sont exonérés de toutes taxes postales.

2.2 Sont exonérés de toutes taxes postales, à l'exclusion des surtaxes aériennes, les envois de la poste aux lettres relatifs au service postal:

2.2.1 échangés entre les organes de l'Union postale universelle et les organes des Unions restreintes;

2.2.2 échangés entre les organes de ces Unions;

2.2.3 envoyés par lesdits organes aux administrations postales ou à leurs bureaux.

Freistempelabdrucke und mittels Druckpresse oder anderer Druck- oder Stempelverfahren hergestellte Abdrucke, die den Ergänzenden Briefpostbestimmungen entsprechen, dürfen nur mit Genehmigung der Postverwaltung verwendet werden.

2. Themen und Motive der Postwertzeichen müssen dem Geist der Präambel der Satzung des Weltpostvereins und den von den Organen des Vereins getroffenen Entscheidungen entsprechen.

Artikel 7

Gebühren

1. Die Gebühren für die einzelnen internationalen Postdienste und besonderen Dienste werden von den Postverwaltungen in Übereinstimmung mit den im Weltpostvertrag und in den Ergänzenden Bestimmungen festgelegten Grundsätzen festgesetzt. Sie sollen sich grundsätzlich an den Kosten für die Bereitstellung dieser Dienste orientieren.

2. Die angewandten Gebühren einschließlich derjenigen, die in den Verträgen als Richtwerte angegeben sind, müssen mindestens ebenso hoch sein wie die auf Inlandssendungen mit denselben Merkmalen (Sendungskategorie, Menge, Bearbeitungszeit usw.) angewandten Gebühren.

3. Die Postverwaltungen dürfen alle in den Verträgen aufgeführten Gebühren einschließlich der nicht als Richtwerte angegebenen Gebühren überschreiten,

3.1 wenn die Gebühren, die sie in ihrem Inlandsdienst auf dieselben Leistungen anwenden, höher sind als die festgelegten;

3.2 wenn dies zur Deckung der Betriebskosten ihrer Dienste oder aus irgendeinem anderen vernünftigen Grund erforderlich ist.

4. Oberhalb der in Absatz 2 festgelegten Mindestgebührengrenze können die Postverwaltungen auf der Grundlage ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften für in ihrem Land eingelieferte Briefsendungen ermäßigte Gebühren gewähren. Insbesondere können sie ihren Kunden mit hohem Verkehrsaufkommen Vorzugstarife gewähren.

5. Es ist verboten, von den Kunden andere postalische Gebühren irgendeiner Art als die in den Verträgen vorgesehenen zu erheben.

6. Außer in den in den Verträgen vorgesehenen Fällen behält jede Postverwaltung die von ihr erhobenen Gebühren.

Artikel 8

Postgebührenfreiheit

1. Grundsätzliches

1.1 Die Fälle, in denen Postgebührenfreiheit gewährt wird, sind im Weltpostvertrag ausdrücklich vorgesehen.

2. Postdienst

2.1 Postdienstliche Briefsendungen, die von Postverwaltungen oder deren Dienststellen auf dem Luftweg, auf dem Land-/Seeweg oder als auf dem Luftweg beförderte Sendungen des Land-/Seewegs (SAL) versandt werden, sind von allen Postgebühren befreit.

2.2 Von allen Postgebühren mit Ausnahme der Luftpostzuschläge befreit sind postdienstliche Briefsendungen, die

2.2.1 zwischen Organen des Weltpostvereins und Organen der Engeren Vereine ausgetauscht werden;

2.2.2 zwischen Organen dieser Vereine ausgetauscht werden;

2.2.3 von diesen Organen an die Postverwaltungen oder deren Dienststellen gesandt werden.

2.3 Sont exonérés de toutes taxes postales les colis relatifs au service postal échangés entre:

- 2.3.1 les administrations postales;
- 2.3.2 les administrations postales et le Bureau international;
- 2.3.3 les bureaux de poste des Pays-membres;
- 2.3.4 les bureaux de poste et les administrations postales.

2.4 Les colis-avion, à l'exception de ceux qui émanent du Bureau international, n'acquittent pas les surtaxes aériennes.

3. Prisonniers de guerre et internés civils

3.1 Sont exonérés de toutes taxes postales, à l'exclusion des surtaxes aériennes, les envois de la poste aux lettres, les colis postaux et les envois des services financiers postaux adressés aux prisonniers de guerre ou expédiés par eux soit directement, soit par l'entremise des bureaux mentionnés au Règlement de la poste aux lettres. Les belligérants recueillis et internés dans un pays neutre sont assimilés aux prisonniers de guerre proprement dits en ce qui concerne l'application des dispositions qui précèdent.

3.2 Les dispositions prévues sous 3.1 s'appliquent également aux envois de la poste aux lettres, aux colis postaux et aux envois des services financiers postaux, en provenance d'autres pays, adressés aux personnes civiles internées visées par la Convention de Genève du 12 août 1949 relative à la protection des personnes civiles en temps de guerre, ou expédiés par elles soit directement, soit par l'entremise des bureaux mentionnés au Règlement de la poste aux lettres.

3.3 Les bureaux mentionnés au Règlement de la poste aux lettres bénéficient également de la franchise postale pour les envois de la poste aux lettres, les colis postaux et les envois des services financiers postaux concernant les personnes visées sous 3.1 et 3.2 qu'ils expédient ou qu'ils reçoivent, soit directement, soit à titre d'intermédiaire.

3.4 Les colis sont admis en franchise postale jusqu'au poids de 5 kilogrammes. La limite de poids est portée à 10 kilogrammes pour les envois dont le contenu est indivisible et pour ceux qui sont adressés à un camp ou à ses hommes de confiance pour être distribués aux prisonniers.

4. Cécogrammes

4.1 Les cécogrammes sont exonérés de toutes taxes postales, à l'exclusion des surtaxes aériennes.

Article 9 Sécurité postale

1. Les administrations postales adoptent et mettent en œuvre une stratégie d'action en matière de sécurité, à tous les niveaux de l'exploitation postale, afin de conserver et d'accroître la confiance de la clientèle à l'égard des services postaux et de parvenir ainsi à obtenir un avantage concurrentiel sur le marché.

2. Cette stratégie doit viser à:

2.1 améliorer la qualité de service de l'exploitation dans son ensemble;

2.2 rendre les employés davantage conscients de l'importance de la sécurité;

2.3 créer ou renforcer des services de sécurité;

2.4 assurer la diffusion, en temps opportun, d'informations relatives à l'exploitation, à la sécurité et aux enquêtes menées en la matière;

2.5 encourager la proposition aux législateurs de lois, de règlements et de mesures spécifiques destinés à améliorer la qualité et à renforcer la sécurité des services postaux dans le monde.

2.3 Von allen Postgebühren befreit sind postdienstliche Pakete, die ausgetauscht werden zwischen

- 2.3.1 Postverwaltungen;
- 2.3.2 Postverwaltungen und dem Internationalen Büro;
- 2.3.3 Postämtern der Mitgliedsländer;
- 2.3.4 Postämtern und Postverwaltungen.

2.4 Für Luftpostpakete mit Ausnahme der vom Internationalen Büro versandten sind keine Luftpostzuschläge zu zahlen.

3. Kriegsgefangene und Zivilinternierte

3.1 Briefsendungen, Postpakete und Sendungen der Postfinanzdienste, die entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der in den Ergänzenden Briefpostbestimmungen genannten Stellen an Kriegsgefangene gerichtet oder von diesen abgesandt werden, sind von allen Postgebühren mit Ausnahme der Luftpostzuschläge befreit. In einem neutralen Land aufgenommene und internierte Kriegsteilnehmer werden bei der Anwendung der vorstehenden Bestimmungen den eigentlichen Kriegsgefangenen gleichgestellt.

3.2 Die in Absatz 3.1 vorgesehenen Bestimmungen gelten auch für Briefsendungen, Postpakete und Sendungen der Postfinanzdienste, die entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der in den Ergänzenden Briefpostbestimmungen genannten Stellen aus anderen Ländern an Zivilinternierte im Sinne der Genfer Konvention vom 12. August 1949 über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten gerichtet oder von diesen abgesandt werden.

3.3 Die in den Ergänzenden Briefpostbestimmungen genannten Stellen genießen ebenfalls Postgebührenfreiheit für die Briefsendungen, Postpakete und Sendungen der Postfinanzdienste, welche die in den Absätzen 3.1 und 3.2 genannten Personen betreffen und die diese Stellen unmittelbar oder als Vermittler absenden oder erhalten.

3.4 Pakete werden bis zu einem Gewicht von 5 Kilogramm gebührenfrei befördert. Das Höchstgewicht wird für Sendungen, deren Inhalt unteilbar ist, und für Sendungen, die zwecks Verteilung an die Gefangenen an ein Lager oder dessen Vertrauensleute gerichtet sind, auf 10 Kilogramm heraufgesetzt.

4. Blindensendungen

4.1 Blindensendungen sind von allen Postgebühren mit Ausnahme der Luftpostzuschläge befreit.

Artikel 9 Sicherheit im Postdienst

1. Die Postverwaltungen entscheiden sich für eine Handlungsstrategie im Bereich der Sicherheit und setzen sie auf allen Ebenen des Postbetriebs ein, um das Vertrauen der Kunden in die Postdienste zu bewahren und zu stärken und hierdurch auf dem Markt einen Wettbewerbsvorteil zu erzielen.

2. Mit Hilfe dieser Strategie soll(en)

2.1 die betriebliche Dienstqualität insgesamt verbessert werden;

2.2 den Mitarbeitern die Wichtigkeit der Sicherheit verstärkt zum Bewusstsein gebracht werden;

2.3 Sicherheitsdienste eingerichtet oder verstärkt werden;

2.4 die rechtzeitige Weitergabe von Informationen über Betrieb, Sicherheit und einschlägige Untersuchungen sichergestellt werden;

2.5 verstärkt dazu beigetragen werden, dass dem Gesetzgeber spezielle Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen zur weltweiten Verbesserung der Qualität und Sicherheit der Postdienste vorgeschlagen werden.

Deuxième partie**Règles applicables à la poste
aux lettres et aux colis postaux****Chapitre 1****Offre de prestations****Article 10****Services de base**

1. Les administrations postales assurent l'admission, le traitement, le transport et la distribution des envois de la poste aux lettres. Elles fournissent aussi les mêmes prestations pour les colis postaux soit en suivant les dispositions de la Convention, soit, dans le cas des colis partants et après accord bilatéral, en employant tout autre moyen plus avantageux pour leurs clients.

2. Les envois de la poste aux lettres sont classifiés selon l'un des deux systèmes suivants. Chaque administration postale est libre de choisir le système qu'elle applique à son trafic sortant.

3. Le premier système est fondé sur la vitesse de traitement des envois. Ces derniers sont alors répartis en:

3.1 envois prioritaires: envois transportés par la voie la plus rapide (aérienne ou de surface) avec priorité; limites de poids: 2 kilogrammes en général, mais 5 kilogrammes dans les relations entre les administrations admettant de leurs clients des envois de cette catégorie, 5 kilogrammes pour les envois contenant des livres et brochures (service facultatif), 7 kilogrammes pour les céogrammes;

3.2 envois non prioritaires: envois pour lesquels l'expéditeur a choisi un tarif moins élevé qui implique un délai de distribution plus long; limites de poids: identiques à celles sous 3.1.

4. Le second système est fondé sur le contenu des envois. Ces derniers sont alors répartis en:

4.1 lettres et cartes postales, collectivement dénommées «LC»; limite de poids: 2 kilogrammes, mais 5 kilogrammes dans les relations entre les administrations admettant de leurs clients des envois de cette catégorie;

4.2 imprimés, céogrammes et petits paquets, collectivement dénommés «AO»; limites de poids: 2 kilogrammes pour les petits paquets, mais 5 kilogrammes dans les relations entre les administrations admettant de leurs clients des envois de cette catégorie, 5 kilogrammes pour les imprimés, 7 kilogrammes pour les céogrammes.

5. Les sacs spéciaux contenant des imprimés (journaux, écrits périodiques, livres et autres), à l'adresse du même destinataire et de la même destination, sont dans les deux systèmes dénommés «sacs M»; limite de poids: 30 kilogrammes.

6. L'échange des colis dont le poids unitaire dépasse 20 kilogrammes est facultatif, avec un maximum de poids unitaire ne dépassant pas 50 kilogrammes.

7. D'une façon générale, les colis sont livrés aux destinataires dans le plus bref délai et conformément aux dispositions en vigueur dans le pays de destination. Lorsque les colis ne sont pas livrés à domicile, les destinataires doivent, sauf impossibilité, être avisés sans retard de leur arrivée.

8. Tout pays dont l'administration postale ne se charge pas du transport des colis a la faculté de faire exécuter les clauses de la Convention par les entreprises de transport. Il peut, en même temps, limiter ce service aux colis en provenance ou à destination de localités desservies par ces entreprises. L'administration postale demeure responsable de l'exécution de la Convention et du Règlement concernant les colis postaux.

Teil II**Vorschriften
für Briefpost und Postpakete****Kapitel 1****Leistungsangebot****Artikel 10****Grunddienste**

1. Die Postverwaltungen stellen die Annahme, Bearbeitung, Beförderung und Auslieferung von Briefsendungen sicher. Sie stellen dieselben Leistungen auch für Postpakete bereit, wobei sie entweder nach den Bestimmungen des Weltpostvertrags verfahren oder – bei abgehenden Paketen und auf der Grundlage zweiseitiger Vereinbarungen – von anderen Möglichkeiten Gebrauch machen, die für ihre Kunden günstiger sind.

2. Briefsendungen werden auf der Grundlage eines der beiden folgenden Systeme klassifiziert. Es steht jeder Postverwaltung frei zu entscheiden, welches System sie bei ihrem abgehenden Verkehr anwendet.

3. Das erste System beruht auf der Geschwindigkeit, mit der die Sendungen bearbeitet werden. In diesem Fall werden sie folgendermaßen unterteilt:

3.1 Vorrangsendungen: Sendungen, die auf dem schnellsten Beförderungsweg (Luftweg oder Land-/Seeweg) mit Vorrang befördert werden; Höchstgewicht: allgemein 2 Kilogramm, jedoch 5 Kilogramm im Verkehr zwischen Verwaltungen, die derartige Sendungen von ihren Kunden annehmen, 5 Kilogramm für Sendungen mit Büchern und Broschüren (fakultativer Dienst), 7 Kilogramm für Blindensendungen;

3.2 Nichtvorrangsendungen: Sendungen, für die der Absender eine niedrigere Gebühr gewählt hat, die eine längere Laufzeit zur Folge hat; Höchstgewicht: wie in Absatz 3.1 angegeben.

4. Das zweite System beruht auf dem Inhalt der Sendungen. In diesem Fall werden sie folgendermaßen unterteilt:

4.1 Briefe und Postkarten, die zusammen als „LC“ bezeichnet werden; Höchstgewicht: 2 Kilogramm, jedoch 5 Kilogramm im Verkehr zwischen Verwaltungen, die derartige Sendungen von ihren Kunden annehmen;

4.2 Drucksachen, Blindensendungen und Päckchen, die zusammen als „AO“ bezeichnet werden; Höchstgewicht: für Päckchen 2 Kilogramm, jedoch 5 Kilogramm im Verkehr zwischen Verwaltungen, die derartige Sendungen von ihren Kunden annehmen, 5 Kilogramm für Drucksachen, 7 Kilogramm für Blindensendungen.

5. Besondere Beutel mit Druckerzeugnissen (wie Zeitungen, Zeitschriften, Bücher) an denselben Empfänger in demselben Bestimmungsort werden innerhalb der beiden Systeme als „M-Beutel“ bezeichnet; Höchstgewicht: 30 Kilogramm.

6. Der Austausch von Paketen, deren Stückgewicht 20 Kilogramm überschreitet, ist fakultativ; das Stückgewicht darf 50 Kilogramm jedoch nicht überschreiten.

7. Im Allgemeinen werden Pakete den Empfängern so schnell wie möglich nach den im Bestimmungsland geltenden Vorschriften ausgeliefert. Werden Pakete nicht an die Anschrift des Empfängers zugestellt, so müssen die Empfänger unverzüglich von ihrem Eingang unterrichtet werden, es sei denn, dass dies nicht möglich ist.

8. Jedes Land, dessen Postverwaltung keine Pakete befördert, kann die Durchführung der Bestimmungen des Weltpostvertrags Beförderungsunternehmen übertragen. Dabei darf es diesen Dienst auf Pakete aus oder nach Orten beschränken, die von diesen Unternehmen versorgt werden. Die Postverwaltung bleibt für die Durchführung des Weltpostvertrags und der Ergänzenden Paketpostbestimmungen verantwortlich.

Article 11**Taxes d'affranchissement
et surtaxes aériennes**

1. L'administration d'origine fixe les taxes d'affranchissement pour le transport des envois de la poste aux lettres dans toute l'étendue de l'Union. Les taxes d'affranchissement comprennent la remise des envois au domicile des destinataires, pour autant que le service de distribution soit organisé dans les pays de destination pour les envois dont il s'agit.

2. Les taxes applicables aux envois prioritaires de la poste aux lettres comprennent les coûts supplémentaires éventuels de la transmission rapide.

3. Les administrations qui appliquent le système fondé sur le contenu des envois de la poste aux lettres sont autorisées à:

3.1 percevoir des surtaxes pour les envois-avion de la poste aux lettres;

3.2 percevoir pour les envois de surface transportés par la voie aérienne avec priorité réduite «S.A.L.» des surtaxes inférieures à celles qu'elles perçoivent pour les envois-avion;

3.3 fixer des taxes combinées pour l'affranchissement des envois-avion et des envois S. A. L., en tenant compte du coût de leurs prestations postales et des frais à payer pour le transport aérien.

4. Les administrations établissent les surtaxes à percevoir pour les colis-avion.

5. Les surtaxes doivent être en relation avec les frais de transport aérien et être uniformes pour au moins l'ensemble du territoire de chaque pays de destination, quel que soit l'acheminement utilisé; pour le calcul de la surtaxe applicable à un envoi-avion de la poste aux lettres, les administrations sont autorisées à tenir compte du poids des formules à l'usage du public éventuellement jointes.

6. L'administration d'origine a la faculté de concéder, pour les envois de la poste aux lettres contenant:

6.1 des journaux et écrits périodiques publiés dans son pays, une réduction qui ne peut en principe dépasser 50 % du tarif applicable à la catégorie d'envois utilisée;

6.2 des livres et brochures, partitions de musique et cartes géographiques qui ne contiennent aucune publicité ou réclame autre que celle qui figure sur la couverture ou les pages de garde de ces objets, la même réduction que celle prévue sous 6.1.

7. L'administration d'origine a la faculté d'appliquer aux envois non normalisés des taxes différentes de celles applicables aux envois normalisés définis dans le Règlement de la poste aux lettres.

8. Les réductions des taxes selon 6 s'appliquent également aux envois transportés par avion, mais aucune réduction n'est accordée sur la partie de la taxe destinée à couvrir les frais de ce transport.

Article 12**Taxes spéciales**

1. Aucune taxe de remise ne peut être perçue sur le destinataire pour les petits paquets d'un poids inférieur à 500 grammes. Lorsque les petits paquets de plus de 500 grammes sont frappés d'une taxe de remise en régime intérieur, la même taxe peut être perçue pour les petits paquets provenant de l'étranger.

2. Les administrations postales sont autorisées à percevoir, dans les cas mentionnés ci-après, les mêmes taxes que dans le régime intérieur.

2.1 Taxe de dépôt en dernière limite d'heure d'un envoi de la poste aux lettres, perçue sur l'expéditeur.

Artikel 11**Freimachungsgebühren
und Luftpostzuschläge**

1. Die Einlieferungsverwaltung legt die Freimachungsgebühren für die Beförderung von Briefsendungen im gesamten Gebiet des Weltpostvereins fest. Die Freimachungsgebühren umfassen die Zustellung der Sendungen an die Anschrift des Empfängers, sofern in den Bestimmungsländern für die betreffenden Sendungen ein Zustelldienst durchgeführt wird.

2. Die Gebühren für Vorrangbriefsendungen umfassen mögliche zusätzliche Kosten für die schnelle Beförderung.

3. Verwaltungen, die das auf dem Inhalt der Briefsendungen beruhende System anwenden, dürfen

3.1 Zuschläge für Luftpostbriefsendungen erheben;

3.2 für die mit eingeschränktem Vorrang auf dem Luftweg beförderten Sendungen des Land-/Seewegs (SAL) niedrigere Zuschläge erheben als für Luftpostsendungen;

3.3 für die Freimachung von Luftpostsendungen und SAL-Sendungen auch Gesamtgebühren festlegen, die die Kosten ihrer postalischen Leistungen und die für die Luftbeförderung zu zahlenden Beträge berücksichtigen.

4. Die Verwaltungen legen die für Luftpostpakete zu erhebenden Zuschläge fest.

5. Die Zuschläge müssen mit den Luftbeförderungskosten in Beziehung stehen und unabhängig vom benutzten Leitweg zumindest für das gesamte Gebiet eines Bestimmungslandes einheitlich sein; bei der Berechnung des Zuschlags für eine Luftpostbriefsendung dürfen die Verwaltungen das Gewicht der möglicherweise beigelegten Formblätter für Postkunden berücksichtigen.

6. Die Einlieferungsverwaltung kann für Briefsendungen, die

6.1 in ihrem Land erscheinende Zeitungen und Zeitschriften enthalten, eine Gebührenermäßigung gewähren, die grundsätzlich 50 Prozent der Gebühr für die gewählte Sendungskategorie nicht überschreiten darf;

6.2 Bücher und Broschüren, Noten und Landkarten enthalten, die abgesehen vom Aufdruck auf dem Umschlag oder auf den Schutzblättern keinerlei Werbung oder Reklame enthalten, dieselbe Gebührenermäßigung wie in Absatz 6.1 vorgesehen gewähren.

7. Die Einlieferungsverwaltung kann auf Nichtstandardsendungen andere Gebühren anwenden als auf Standardsendungen, wie sie in den Ergänzenden Briefpostbestimmungen definiert sind.

8. Die Gebührenermäßigungen nach Absatz 6 gelten auch für auf dem Luftweg beförderte Sendungen; jedoch wird auf den Teil der Gebühr, der zur Deckung der Kosten dieser Beförderung bestimmt ist, keine Ermäßigung gewährt.

Artikel 12**Besondere Gebühren**

1. Für Päckchen mit einem Gewicht von weniger als 500 Gramm darf vom Empfänger keine Zustellgebühr erhoben werden. Wird für Päckchen mit einem Gewicht von mehr als 500 Gramm im Inlandsdienst eine Zustellgebühr erhoben, so darf diese Gebühr auch für Päckchen aus dem Ausland erhoben werden.

2. In den nachstehend genannten Fällen dürfen die Postverwaltungen dieselben Gebühren erheben wie im Inlandsdienst.

2.1 Vom Absender erhobene Gebühr für die Einlieferung einer Briefsendung nach Postschluss.

2.2 Taxe de dépôt en dehors des heures normales d'ouverture des guichets, perçue sur l'expéditeur.

2.3 Taxe d'enlèvement au domicile de l'expéditeur, perçue sur ce dernier.

2.4 Taxe de retrait d'un envoi de la poste aux lettres en dehors des heures normales d'ouverture des guichets, perçue sur le destinataire.

2.5 Taxe de poste restante, perçue sur le destinataire; en cas de renvoi d'un colis à l'expéditeur ou de réexpédition, le montant de la reprise ne peut dépasser le montant fixé par le Règlement concernant les colis postaux.

2.6 Taxe de magasinage pour tout envoi de la poste aux lettres dépassant 500 grammes et pour tout colis dont le destinataire n'a pas pris livraison dans les délais prescrits. Cette taxe ne s'applique pas aux cécogrammes. Pour les colis, elle est perçue par l'administration qui effectue la livraison, au profit des administrations dans les services desquelles le colis a été gardé au-delà des délais admis; en cas de renvoi du colis à l'expéditeur ou de réexpédition, le montant de la reprise ne peut dépasser le montant fixé par le Règlement concernant les colis postaux.

3. Lorsqu'un colis est normalement livré au domicile du destinataire, aucune taxe de livraison ne peut être perçue sur ce dernier. Lorsque la livraison au domicile du destinataire n'est normalement pas assurée, l'avis d'arrivée du colis doit être remis gratuitement. Dans ce cas, si la livraison au domicile du destinataire est offerte à titre facultatif en réponse à l'avis d'arrivée, une taxe de livraison peut être perçue sur le destinataire. Cette taxe doit être la même que celle appliquée au service intérieur.

4. Les administrations postales disposées à se charger des risques pouvant résulter du cas de force majeure sont autorisées à percevoir une taxe pour risque de force majeure dont le montant maximal est fixé par les Règlements.

Article 13

Envois recommandés

1. Les envois de la poste aux lettres peuvent être expédiés sous recommandation.

2. La taxe des envois recommandés doit être acquittée à l'avance. Elle se compose de la taxe d'affranchissement et d'une taxe fixe de recommandation dont le montant maximal est fixé par le Règlement de la poste aux lettres.

3. Dans les cas où des mesures de sécurité exceptionnelles sont nécessaires, les administrations postales peuvent percevoir sur les expéditeurs ou sur les destinataires, en plus de la taxe mentionnée sous 2, les taxes spéciales prévues par leur législation intérieure.

Article 14

Envois à livraison attestée

1. Les envois de la poste aux lettres peuvent être expédiés par le service des envois à livraison attestée dans les relations entre les administrations qui se chargent de ce service.

2. La taxe des envois à livraison attestée doit être acquittée à l'avance. Elle se compose de la taxe d'affranchissement et d'une taxe de livraison attestée fixée par l'administration d'origine. Cette taxe doit être inférieure à la taxe de recommandation.

Article 15

Envois avec valeur déclarée

1. Les envois prioritaires et non prioritaires et les lettres contenant des valeurs-papier, des documents ou des objets de valeur ainsi que les colis peuvent être échangés avec assurance du

2.2 Vom Absender erhobene Gebühr für die Einlieferung außerhalb der allgemeinen Schalteröffnungszeiten.

2.3 Vom Absender erhobene Gebühr für die Abholung unter seiner Anschrift.

2.4 Vom Empfänger erhobene Gebühr für die Abholung einer Briefsendung außerhalb der allgemeinen Schalteröffnungszeiten.

2.5 Vom Empfänger erhobene Gebühr für postlagernde Sendungen; im Fall der Rücksendung eines Pakets an den Absender oder der Nachsendung darf der in Rechnung gestellte Betrag den in den Ergänzenden Paketpostbestimmungen festgelegten Betrag nicht überschreiten.

2.6 Lagergebühr für jede Briefsendung mit einem Gewicht von mehr als 500 Gramm und jedes Paket, die beziehungsweise das der Empfänger nicht innerhalb der vorgeschriebenen Fristen in Empfang genommen hat. Für Blindensendungen wird diese Gebühr nicht erhoben. Bei Paketen zieht die Auslieferungsverwaltung sie zugunsten der Verwaltungen ein, bei deren Dienststellen das Paket über die zulässigen Fristen hinaus gelagert wurde; im Fall der Rücksendung des Pakets an den Absender oder der Nachsendung darf der in Rechnung gestellte Betrag den in den Ergänzenden Paketpostbestimmungen festgelegten Betrag nicht überschreiten.

3. Werden Pakete normalerweise an die Anschrift des Empfängers zugestellt, so darf von diesem keine Zustellgebühr erhoben werden. Wird normalerweise keine Zustellung an die Anschrift des Empfängers durchgeführt, so ist die Benachrichtigung über den Eingang eines Pakets unentgeltlich zuzustellen. Wird in diesem Fall die Zustellung an die Anschrift des Empfängers auf die Benachrichtigung hin fakultativ angeboten, so darf eine Zustellgebühr vom Empfänger erhoben werden. Diese Gebühr muss dieselbe sein wie die im Inlandsdienst angewandte.

4. Postverwaltungen, die bereit sind, die Risiken im Fall höherer Gewalt zu übernehmen, dürfen eine Gebühr für Risiken im Fall höherer Gewalt erheben, deren Höchstbetrag in den Ergänzenden Bestimmungen festgelegt ist.

Artikel 13

Einschreibsendungen

1. Briefsendungen können eingeschrieben versandt werden.

2. Die Gebühr für Einschreibsendungen ist im Voraus zu entrichten. Sie setzt sich zusammen aus der Freimachungsgebühr und einer festen Einschreibgebühr, deren Höchstbetrag in den Ergänzenden Briefpostbestimmungen festgelegt ist.

3. Sind außergewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen erforderlich, so können die Postverwaltungen vom Absender oder vom Empfänger zusätzlich zu der in Absatz 2 genannten Gebühr die nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorgesehenen besonderen Gebühren erheben.

Artikel 14

Sendungen mit Auslieferungsnachweis

1. Im Verkehr zwischen Verwaltungen, die diese Dienstleistung anbieten, können Briefsendungen als Sendungen mit Auslieferungsnachweis versandt werden.

2. Die Gebühr für Sendungen mit Auslieferungsnachweis ist im Voraus zu entrichten. Sie setzt sich zusammen aus der Freimachungsgebühr und einer von der Einlieferungsverwaltung festgelegten Gebühr für den Auslieferungsnachweis. Diese Gebühr muss niedriger sein als die Einschreibgebühr.

Artikel 15

Wertsendungen

1. Vorrangsendungen, Nichtvorrangsendungen und Briefe mit Wertpapieren, Dokumenten oder Wertgegenständen sowie Pakete können unter Versicherung des Inhalts zu dem vom

contenu pour la valeur déclarée par l'expéditeur. Cet échange est limité aux relations entre les administrations postales qui se sont déclarées d'accord pour accepter ces envois, soit dans leurs relations réciproques, soit dans un seul sens.

2. Le montant de la déclaration de valeur est en principe illimité. Chaque administration a la faculté de limiter la déclaration de valeur, en ce qui la concerne, à un montant qui ne peut être inférieur à celui qui est fixé par les Règlements. Toutefois, la limite de valeur déclarée adoptée dans le service intérieur n'est applicable que si elle est égale ou supérieure au montant de l'indemnité fixée pour la perte d'un envoi recommandé ou d'un colis pesant 1 kilogramme. Le montant maximal est notifié en DTS aux Pays-membres de l'Union.

3. La taxe des envois avec valeur déclarée doit être acquittée à l'avance. Elle se compose:

3.1 pour les envois de la poste aux lettres, de la taxe d'affranchissement, de la taxe fixe de recommandation prévue à l'article 13.2 et d'une taxe d'assurance;

3.2 pour les colis, de la taxe principale, d'une taxe d'expédition perçue à titre facultatif et d'une taxe ordinaire d'assurance; les surtaxes aériennes et les taxes pour services spéciaux s'ajoutent éventuellement à la taxe principale; la taxe d'expédition ne doit pas dépasser la taxe de recommandation des envois de la poste aux lettres.

4. Au lieu de la date fixe de recommandation, les administrations postales ont la faculté de percevoir la taxe correspondante de leur service intérieur ou, exceptionnellement, une taxe dont le montant maximal est fixé par le Règlement de la poste aux lettres.

5. Le montant maximal de la taxe d'assurance est fixé par les Règlements.

5.1 Pour la poste aux lettres, cette taxe est applicable quel que soit le pays de destination, même dans les pays qui se chargent des risques pouvant résulter d'un cas de force majeure.

5.2 Pour les colis, la taxe éventuelle pour risques de force majeure sera fixée de manière que la somme totale formée par cette taxe et la taxe ordinaire d'assurance ne dépasse pas le montant maximal de la taxe d'assurance.

6. Dans les cas où des mesures de sécurité exceptionnelles sont nécessaires, les administrations peuvent percevoir sur les expéditeurs ou les destinataires, en plus des taxes mentionnées sous 3, 4 et 5, les taxes spéciales prévues par leur législation intérieure.

7. Les administrations postales ont le droit de fournir à leurs clients un service d'envois avec valeur déclarée correspondant à des spécifications autres que celles définies au présent article.

Article 16

Envois contre remboursement

1. Certains envois de la poste aux lettres et les colis peuvent être expédiés contre remboursement. L'échange des envois contre remboursement exige l'accord préalable des administrations d'origine et de destination.

Article 17

Envois exprès

1. A la demande des expéditeurs et à destination des pays dont les administrations se chargent de ce service, les envois sont livrés à domicile par porteur spécial aussitôt que possible après leur arrivée au bureau de distribution. Toute administration a le droit de limiter ce service aux envois prioritaires, aux envois avion ou, s'il s'agit de la seule voie utilisée entre deux administrations, aux envois LC de surface.

2. Les administrations qui ont plusieurs filières de transmission du courrier de la poste aux lettres doivent faire passer les envois

Absender angegebenen Wert ausgetauscht werden. Dieser Austausch ist auf den Verkehr zwischen den Postverwaltungen beschränkt, die sich bereit erklärt haben, diese Sendungen im gegenseitigen Verkehr oder nur in einer Richtung entgegenzunehmen.

2. Die Höhe der Wertangabe ist grundsätzlich unbegrenzt. Jede Verwaltung kann für ihren Bereich die Wertangabe auf einen Betrag begrenzen, der den in den Ergänzenden Bestimmungen festgelegten Betrag nicht unterschreiten darf. Jedoch ist der im Inlandsdienst geltende Höchstbetrag der Wertangabe nur dann anzuwenden, wenn er gleich hoch oder höher ist als die für den Verlust einer Einschreibsendung oder eines Pakets von 1 Kilogramm Gewicht festgesetzte Entschädigung. Der Höchstbetrag wird den Mitgliedsländern des Vereins in SZR mitgeteilt.

3. Die Gebühr für Wertsendungen ist im Voraus zu entrichten. Sie setzt sich zusammen wie folgt:

3.1 bei Briefsendungen aus der Freimachungsgebühr, der festen Einschreibgebühr nach Artikel 13 Absatz 2 und einer Wertgebühr;

3.2 bei Paketen aus der Grundgebühr, einer fakultativen Abfertigungsgebühr und einer gewöhnlichen Wertgebühr; zur Grundgebühr kommen gegebenenfalls Luftpostzuschläge und Gebühren für Sonderdienste hinzu; die Abfertigungsgebühr darf nicht höher sein als die Einschreibgebühr für Briefsendungen.

4. Anstelle der festen Einschreibgebühr können die Postverwaltungen auch die entsprechende Gebühr ihres Inlandsdienstes oder ausnahmsweise eine Gebühr erheben, deren Höchstbetrag in den Ergänzenden Briefpostbestimmungen festgelegt ist.

5. Der Höchstbetrag der Wertgebühr ist in den Ergänzenden Bestimmungen festgelegt.

5.1 Bei Briefsendungen gilt diese Gebühr unabhängig vom Bestimmungsland, und zwar auch in Ländern, welche die Risiken im Fall höherer Gewalt übernehmen.

5.2 Bei Paketen wird die eventuelle Gebühr für Risiken im Fall höherer Gewalt so festgesetzt, dass die Summe aus dieser Gebühr und der gewöhnlichen Wertgebühr den Höchstbetrag der Wertgebühr nicht überschreitet.

6. Sind außergewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen erforderlich, so können die Verwaltungen vom Absender oder vom Empfänger zusätzlich zu den in den Absätzen 3, 4 und 5 genannten Gebühren die in ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorgesehenen besonderen Gebühren erheben.

7. Die Postverwaltungen dürfen ihren Kunden einen Wertdienst anbieten, der anderen als den in diesem Artikel festgelegten Spezifikationen entspricht.

Artikel 16

Nachnahmesendungen

1. Einige Arten von Briefsendungen und Pakete können gegen Nachnahme versandt werden. Der Austausch von Nachnahmesendungen erfordert die vorherige Zustimmung der Einlieferungs- und der Bestimmungsverwaltung.

Artikel 17

Sendungen mit Eilzustellung

1. Auf Verlangen des Absenders werden Sendungen nach Ländern, deren Verwaltungen diesen Dienst ausführen, so bald wie möglich nach ihrem Eingang beim Zustellamt durch besonderen Boten an die Anschrift des Empfängers zugestellt. Jede Verwaltung darf diesen Dienst auf Vorrangsendungen oder Luftpostsendungen beschränken oder auch auf LC-Sendungen des Land-/Seewegs, wenn es zwischen zwei Verwaltungen nur diesen Beförderungsweg gibt.

2. Verwaltungen, die mehrere Beförderungsnetze für Briefpost haben, müssen Sendungen mit Eilzustellung bei deren Eingang

exprès par la filière de transmission interne la plus rapide, à l'arrivée de ceux-ci au bureau d'échange du courrier arrivant, et traiter ensuite ces envois le plus rapidement possible.

3. Les envois exprès sont soumis, en sus de la taxe d'affranchissement, à une taxe s'élevant au minimum au montant de l'affranchissement d'un envoi ordinaire prioritaire/non prioritaire, selon le cas, ou d'une lettre ordinaire de port simple, et au maximum au montant fixé par les Règlements. Cette taxe doit être acquittée complètement à l'avance. Pour les colis, elle est due même si le colis ne peut être distribué par exprès, mais seulement l'avis d'arrivée.

4. Lorsque la remise par exprès entraîne des sujétions spéciales, une taxe complémentaire peut être perçue selon les dispositions relatives aux envois de même nature du régime intérieur. Pour les colis, cette taxe complémentaire reste exigible même si le colis est renvoyé à l'expéditeur ou réexpédié; dans ces cas, le montant de la reprise ne peut toutefois dépasser le maximum fixé par le Règlement concernant les colis postaux.

5. Si la réglementation de l'administration de destination le permet, les destinataires peuvent demander au bureau de distribution la livraison par exprès dès leur arrivée des envois qui leur sont destinés. Dans ce cas, l'administration de destination est autorisée à percevoir, au moment de la distribution, la taxe applicable dans son service intérieur.

Article 18

Avis de réception

1. L'expéditeur d'un envoi recommandé, d'un envoi à livraison attestée, d'un colis ou d'un envoi avec valeur déclarée peut demander un avis de réception au moment du dépôt en payant une taxe dont le montant maximal est fixé par les Règlements. L'avis de réception est renvoyé à l'expéditeur par la voie la plus rapide (aérienne ou de surface).

2. Toutefois, pour les colis, les administrations peuvent limiter ce service aux colis avec valeur déclarée si cette limitation est prévue dans leur régime intérieur.

Article 19

Remise en main propre

1. A la demande de l'expéditeur et dans les relations entre les administrations postales qui ont donné leur consentement, les envois recommandés, les envois à livraison attestée et les envois avec valeur déclarée sont remis en main propre. Les administrations peuvent convenir de n'admettre cette faculté que pour les envois de l'espèce accompagnés d'un avis de réception. Dans tous les cas, l'expéditeur paie une taxe de remise en main propre dont le montant maximal est fixé par le Règlement de la poste aux lettres.

Article 20

Envois francs de taxes et de droits

1. Dans les relations entre les administrations postales qui se sont déclarées d'accord à cet égard, les expéditeurs peuvent prendre à leur charge, moyennant déclaration préalable au bureau d'origine, la totalité des taxes et des droits dont les envois de la poste aux lettres et les colis postaux sont grevés à la livraison. Tant qu'un envoi de la poste aux lettres n'a pas été remis au destinataire, l'expéditeur peut, postérieurement au dépôt, demander que l'envoi soit remis franc de taxes et de droits.

2. L'expéditeur doit s'engager à payer les sommes qui pourraient être réclamées par le bureau de destination. Le cas échéant, il doit effectuer un paiement provisoire.

beim Eingangs-Auswechslungsamt über das schnellste Inlandsbeförderungsnetz weiterbefördern und sie anschließend so schnell wie möglich bearbeiten.

3. Für Sendungen mit Eilzustellung ist zusätzlich zur Freimachungsgebühr eine Gebühr zu zahlen, die mindestens dem Freimachungsbetrag für eine gewöhnliche Vorrang- beziehungsweise Nichtvorrangsendung oder für einen einfachen gewöhnlichen Brief entspricht und die den in den Ergänzenden Bestimmungen festgelegten Höchstbetrag nicht überschreiten darf. Diese Gebühr ist in voller Höhe im Voraus zu entrichten. Bei Paketen wird sie auch dann erhoben, wenn nicht das Paket selbst, sondern nur die Benachrichtigung über seinen Eingang durch Eilboten zugestellt werden kann.

4. Ist die Eilzustellung mit besonderen Anforderungen verbunden, so kann entsprechend den Bestimmungen über gleichartige Inlandssendungen eine zusätzliche Gebühr erhoben werden. Bei Paketen wird diese zusätzliche Gebühr auch dann erhoben, wenn das Paket an den Absender zurückgesandt oder wenn es nachgesandt wird; in diesen Fällen darf der in Rechnung gestellte Betrag jedoch den in den Ergänzenden Paketpostbestimmungen festgelegten Höchstbetrag nicht überschreiten.

5. Wenn es die Vorschriften der Bestimmungsverwaltung zulassen, können die Empfänger beim Zustellamt beantragen, dass ihnen die für sie bestimmten Sendungen sofort nach ihrem Eingang durch Eilboten zugestellt werden. In diesem Fall darf die Bestimmungsverwaltung bei der Zustellung die in ihrem Inlandsdienst geltende Gebühr erheben.

Artikel 18

Rückschein

1. Der Absender einer Einschreibsendung, einer Sendung mit Auslieferungsnachweis, eines Pakets oder einer Wertsendung kann bei der Einlieferung gegen Zahlung einer Gebühr, deren Höchstbetrag in den Ergänzenden Bestimmungen festgelegt ist, einen Rückschein verlangen. Der Rückschein wird auf dem schnellsten Beförderungsweg (Luftweg oder Land-/Seeweg) an den Absender zurückgesandt.

2. Bei Paketen können die Verwaltungen diesen Dienst jedoch auf Wertpakete beschränken, wenn diese Beschränkung auch in ihrem Inlandsdienst vorgesehen ist.

Artikel 19

Eigenhändige Auslieferung

1. Im Verkehr zwischen Postverwaltungen, die sich damit einverstanden erklärt haben, werden Einschreibsendungen, Sendungen mit Auslieferungsnachweis und Wertsendungen auf Verlangen des Absenders eigenhändig ausgeliefert. Die Verwaltungen können vereinbaren, diese Möglichkeit nur für Einschreibsendungen, Sendungen mit Auslieferungsnachweis und Wertsendungen mit Rückschein zuzulassen. In allen Fällen zahlt der Absender für die eigenhändige Auslieferung eine Gebühr, deren Höchstbetrag in den Ergänzenden Briefpostbestimmungen festgelegt ist.

Artikel 20

Gebühren- und abgabefrei auszuliefernde Sendungen

1. Im Verkehr zwischen Postverwaltungen, die sich damit einverstanden erklärt haben, können die Absender mittels einer vorher beim Einlieferungsamt abgegebenen Erklärung sämtliche Gebühren und Abgaben übernehmen, mit denen die Briefsendungen und die Postpakete bei der Auslieferung belastet werden. Solange eine Briefsendung dem Empfänger noch nicht ausgeliefert worden ist, kann der Absender ihre gebühren- und abgabefreie Auslieferung auch noch nach der Einlieferung verlangen.

2. Der Absender muss sich zur Zahlung aller eventuell vom Bestimmungsamt geforderten Beträge verpflichten. Gegebenenfalls muss er eine Vorauszahlung leisten.

3. L'administration d'origine perçoit sur l'expéditeur une taxe dont le montant maximal est fixé par les Règlements et qu'elle garde comme rémunération pour les services fournis dans le pays d'origine.

4. En cas de demande formulée postérieurement au dépôt d'un envoi de la poste aux lettres, l'administration d'origine perçoit en outre une taxe additionnelle dont le montant maximal est fixé par le Règlement.

5. L'administration de destination est autorisée à percevoir une taxe de commission dont le montant maximal est fixé par les Règlements. Cette taxe est indépendante de la taxe de présentation à la douane. Elle est perçue sur l'expéditeur au profit de l'administration de destination.

6. Toute administration postale a le droit de limiter le service des envois francs de taxes et de droits aux envois de la poste aux lettres recommandés et avec valeur déclarée.

Article 21

Service de correspondance commerciale-réponse internationale

1. Les administrations postales peuvent convenir entre elles de participer à un service facultatif «correspondance commerciale-réponse internationale» (CCRI). Mais toutes les administrations sont obligées d'assurer le service de retour des envois CCRI.

Article 22

Coupons-réponse internationaux

1. Les administrations postales ont la faculté de vendre des coupons-réponse internationaux émis par le Bureau international et d'en limiter la vente conformément à leur législation intérieure.

2. La valeur du coupon-réponse est fixée par le Règlement de la poste aux lettres. Le prix de vente fixé par les administrations postales intéressées ne peut être inférieur à cette valeur.

3. Les coupons-réponse sont échangeables dans tout Pays-membre contre des timbres-poste et, si la législation intérieure du pays d'échange n'y fait pas obstacle, également contre des entiers postaux ou contre des marques ou empreintes d'affranchissement postal représentant l'affranchissement minimal d'un envoi prioritaire ordinaire de la poste aux lettres ou d'une lettre-avion ordinaire expédié à l'étranger.

4. L'administration postale d'un Pays-membre a, en outre, la faculté d'exiger le dépôt simultané des coupons-réponse et des envois à affranchir en échange de ces coupons-réponse.

Article 23

Colis fragiles. Colis encombrants

1. Tout colis contenant des objets pouvant se briser facilement et dont la manipulation doit être effectuée avec un soin particulier est dénommé «colis fragile».

2. Est dénommé «colis encombrant» tout colis:

2.1 dont les dimensions dépassent les limites fixées au Règlement concernant les colis postaux ou celles que les administrations peuvent fixer entre elles;

2.2 qui, par sa forme ou sa structure, ne se prête pas facilement au chargement avec d'autres colis ou qui exige des précautions spéciales.

3. Les colis fragiles et les colis encombrants sont passibles d'une taxe supplémentaire dont le montant maximal est fixé dans le Règlement concernant les colis postaux. Si le colis est fragile et encombrant, la taxe supplémentaire n'est perçue qu'une seule fois. Toutefois, les surtaxes aériennes relatives à ces colis ne

3. Die Einlieferungsverwaltung erhebt vom Absender eine Gebühr, deren Höchstbetrag in den Ergänzenden Bestimmungen festgelegt ist und die sie als Vergütung für die im Einlieferungsland erbrachten Leistungen behält.

4. Wird der Antrag erst nach der Einlieferung einer Briefsendung gestellt, so erhebt die Einlieferungsverwaltung darüber hinaus eine zusätzliche Gebühr, deren Höchstbetrag in den Ergänzenden Bestimmungen festgelegt ist.

5. Die Bestimmungsverwaltung darf eine Vermittlungsgebühr erheben, deren Höchstbetrag in den Ergänzenden Bestimmungen festgelegt ist. Diese Gebühr ist unabhängig von der Gestellungsgebühr. Sie wird vom Absender zugunsten der Bestimmungsverwaltung erhoben.

6. Jede Postverwaltung darf den Dienst der gebühren- und abgabefreien Auslieferung auf eingeschriebene Briefsendungen und Briefsendungen mit Wertangabe beschränken.

Artikel 21

Internationaler Werbeantwortdienst

1. Die Postverwaltungen können miteinander vereinbaren, an einem fakultativen „Internationalen Werbeantwortdienst“ (CCRI) teilzunehmen. Jedoch sind alle Verwaltungen verpflichtet, den Rückantwortdienst für CCRI-Sendungen wahrzunehmen.

Artikel 22

Internationale Antwortscheine

1. Die Postverwaltungen können vom Internationalen Büro ausgegebene Internationale Antwortscheine verkaufen und deren Verkauf nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften beschränken.

2. Der Wert eines Antwortscheins ist in den Ergänzenden Briefpostbestimmungen festgelegt. Der von den betreffenden Postverwaltungen festgesetzte Verkaufspreis darf diesen Wert nicht unterschreiten.

3. Antwortscheine können in jedem Mitgliedsland gegen Postwertzeichen und, wenn die innerstaatlichen Rechtsvorschriften des eintauschenden Landes dem nicht entgegenstehen, auch gegen Postganzsachen, Postfreimarken oder Freimachungsvermerke der Post im Gegenwert der Mindestgebühr für eine gewöhnliche Vorrangbriefsendung oder einen gewöhnlichen Luftpostbrief nach dem Ausland eingetauscht werden.

4. Die Postverwaltung eines Mitgliedslandes kann außerdem verlangen, dass die Antwortscheine und die Sendungen, zu deren Freimachung diese Antwortscheine eingetauscht werden sollen, gleichzeitig vorgelegt werden.

Artikel 23

Pakete mit zerbrechlichem Inhalt. Sperrige Pakete

1. Ein Paket, das leicht zerbrechliche Gegenstände enthält und mit besonderer Sorgfalt behandelt werden muss, wird als „Paket mit zerbrechlichem Inhalt“ („Colis fragile“) bezeichnet.

2. Als „sperriges Paket“ („Colis encombrant“) wird ein Paket bezeichnet,

2.1 das die in den Ergänzenden Paketpostbestimmungen festgelegten oder gegebenenfalls zwischen den Verwaltungen vereinbarten Höchstmaße überschreitet;

2.2 das wegen seiner Form oder Beschaffenheit nicht ohne weiteres mit anderen Paketen zusammen verladen werden kann oder das besondere Vorsichtsmaßnahmen erforderlich macht.

3. Für Pakete mit zerbrechlichem Inhalt und sperrige Pakete wird eine zusätzliche Gebühr erhoben, deren Höchstbetrag in den Ergänzenden Paketpostbestimmungen festgelegt ist. Für Pakete mit zerbrechlichem Inhalt, die gleichzeitig sperrig sind, wird die zusätzliche Gebühr nur einmal erhoben. Die Luftpost-

subissent aucune majoration.

4. L'échange des colis fragiles et des colis encombrants est limité aux relations entre les administrations qui acceptent ces envois.

Article 24

Service de groupage «Consignment»

1. Les administrations postales peuvent convenir entre elles de participer à un service facultatif de groupage dénommé «Consignment» pour les envois groupés d'un seul expéditeur destinés à l'étranger.

2. Dans la mesure du possible, ce service est identifié par le logo défini au Règlement concernant les colis postaux.

3. Les détails de ce service sont fixés bilatéralement entre l'administration d'origine et celle de destination sur la base des dispositions définies par le Conseil d'exploitation postale.

Article 25

Envois non admis. Interdictions

1. Les envois qui ne remplissent pas les conditions requises par la Convention et les Règlements ne sont pas admis.

2. Sauf exceptions établies dans les Règlements, l'insertion des objets visés ci-après est interdite dans toutes les catégories d'envois:

2.1 les stupéfiants et les substances psychotropes;

2.2 les matières explosibles, inflammables ou autres matières dangereuses ainsi que les matières radioactives;

2.2.1 ne tombent pas sous le coup de cette interdiction:

2.2.1.1 les matières biologiques expédiées dans les envois de la poste aux lettres visées à l'article 44;

2.2.1.2 les matières radioactives expédiées dans les envois de la poste aux lettres et les colis postaux visées à l'article 26;

2.3 les objets obscènes ou immoraux;

2.4 les animaux vivants, sauf les exceptions prévues sous 3;

2.5 les objets dont l'importation ou la circulation est interdite dans le pays de destination;

2.6 les objets qui, par leur nature ou leur emballage, peuvent présenter du danger pour les agents, salir ou détériorer les autres envois ou l'équipement postal;

2.7 les documents ayant le caractère de correspondance actuelle et personnelle échangés entre des personnes autres que l'expéditeur et le destinataire ou les personnes habitant avec eux.

3. Sont toutefois admis:

3.1 dans les envois de la poste aux lettres autres que les envois avec valeur déclarée:

3.1.1 les abeilles, les sangsues et les vers à soie;

3.1.2 les parasites et les destructeurs d'insectes nocifs destinés au contrôle de ces insectes et échangés entre les institutions officiellement reconnues;

3.2 dans les colis, les animaux vivants dont le transport par la poste est autorisé par la réglementation postale des pays intéressés.

4. L'insertion des objets visés ci-après est interdite dans les colis postaux:

zuschläge für diese Pakete werden jedoch nicht erhöht.

4. Der Austausch von Paketen mit zerbrechlichem Inhalt und sperrigen Paketen ist auf den Verkehr zwischen Verwaltungen beschränkt, die diese Sendungen entgegennehmen.

Artikel 24

Sammelsendungsdienst „Consignment“

1. Die Postverwaltungen können miteinander vereinbaren, an einem fakultativen Sammelsendungsdienst teilzunehmen, der als „Consignment“ bezeichnet wird und Sammelsendungen ein und desselben Absenders nach dem Ausland zum Gegenstand hat.

2. Dieser Dienst wird nach Möglichkeit durch das in den Ergänzenden Paketpostbestimmungen im Einzelnen beschriebene Logo gekennzeichnet.

3. Einzelheiten zu diesem Dienst werden in zweiseitigen Vereinbarungen zwischen der Einlieferungs- und der Bestimmungsverwaltung auf der Grundlage der vom Rat für Postbetrieb festgelegten Bestimmungen geregelt.

Artikel 25

Nichtzulässige Sendungen. Verbote

1. Sendungen, die den im Weltpostvertrag und in den Ergänzenden Bestimmungen festgelegten Bedingungen nicht entsprechen, sind nicht zulässig.

2. Abgesehen von den in den Ergänzenden Bestimmungen aufgeführten Ausnahmen ist die Aufnahme nachstehend genannter Gegenstände in Sendungen jeglicher Art verboten:

2.1 Betäubungs- und Rauschmittel sowie psychotrope Stoffe;

2.2 explosionsgefährliche, leicht entzündliche oder andere gefährliche Stoffe sowie radioaktive Stoffe;

2.2.1 unter dieses Verbot fallen jedoch nicht

2.2.1.1 in Briefsendungen versandte biologische Stoffe nach Artikel 44;

2.2.1.2 in Briefsendungen und Postpaketen versandte radioaktive Stoffe nach Artikel 26;

2.3 obszöne oder gegen die guten Sitten verstoßende Gegenstände;

2.4 lebende Tiere, sofern sie nicht unter die in Absatz 3 vorgesehenen Ausnahmen fallen;

2.5 Gegenstände, deren Einfuhr oder Verbreitung im Bestimmungsland verboten ist;

2.6 Gegenstände, die wegen ihrer Beschaffenheit oder Verpackung eine Gefahr für die Mitarbeiter der Post darstellen, andere Sendungen oder Einrichtungen der Post beschmutzen oder beschädigen können;

2.7 Schriftstücke mit dem Charakter einer aktuellen und persönlichen Mitteilung, die zwischen anderen Personen als dem Absender und dem Empfänger oder bei ihnen wohnenden Personen ausgetauscht werden.

3. Zulässig sind jedoch

3.1 in Briefsendungen außer Wertsendungen:

3.1.1 Bienen, Blutegel und Seidenraupen;

3.1.2 Parasiten und Vertilger schädlicher Insekten, die zur kontrollierten Bekämpfung solcher Insekten bestimmt sind und die zwischen amtlich anerkannten Stellen ausgetauscht werden;

3.2 in Paketen: lebende Tiere, deren Beförderung mit der Post nach den Postvorschriften der beteiligten Länder zulässig ist.

4. Die Aufnahme nachstehend genannter Gegenstände in Postpakete ist verboten:

4.1 les documents ayant le caractère de correspondance actuelle et personnelle échangés entre l'expéditeur et le destinataire ou les personnes habitant avec eux;

4.2 les correspondances de toute nature échangées entre des personnes autres que l'expéditeur et le destinataire ou les personnes habitant avec eux.

5. Il est interdit d'insérer des pièces de monnaie, des billets de banque, des billets de monnaie ou des valeurs quelconques au porteur, des chèques de voyage, du platine, de l'or ou de l'argent, manufacturés ou non, des pierreries, des bijoux et autres objets précieux:

5.1 dans les envois de la poste aux lettres sans valeur déclarée; cependant, si la législation intérieure des pays d'origine et de destination le permet, ces objets peuvent être expédiés sous enveloppe close comme envois recommandés;

5.2 dans les colis sans valeur déclarée échangés entre deux pays qui admettent la déclaration de valeur; de plus, chaque administration a la faculté d'interdire l'insertion de l'or en lingots dans les envois avec ou sans valeur déclarée en provenance ou à destination de son territoire ou transmis en transit par son territoire; elle peut limiter la valeur réelle de ces envois.

6. Les imprimés et les cécogrammes:

6.1 ne peuvent porter aucune annotation ni contenir aucun document ayant le caractère de correspondance actuelle et personnelle;

6.2 ne peuvent contenir aucun timbre-poste, aucune formule d'affranchissement, oblitérés ou non, ni aucun papier représentatif d'une valeur.

7. Le traitement des envois admis à tort ressort des Règlements. Toutefois, les envois qui contiennent les objets visés sous 2.1, 2.2 et 2.3 ne sont en aucun cas acheminés à destination, ni livrés aux destinataires, ni renvoyés à l'origine.

Article 26

Matières radioactives

1. L'admission de matières radioactives conditionnées et emballées conformément aux dispositions respectives des Règlements est limitée aux relations entre les administrations postales qui se sont déclarées d'accord pour admettre ces envois soit dans leurs relations réciproques, soit dans un seul sens.

2. Lorsqu'elles sont expédiées dans les envois de la poste aux lettres, elles sont soumises au tarif des envois prioritaires ou au tarif des lettres et à la recommandation.

3. Les matières radioactives contenues dans les envois de la poste aux lettres ou les colis postaux doivent être acheminées par la voie la plus rapide, normalement par la voie aérienne, sous réserve de l'acquiescement des surtaxes aériennes correspondantes.

4. Les matières radioactives ne peuvent être déposées que par des expéditeurs dûment autorisés.

Article 27

Réexpédition

1. En cas de changement d'adresse du destinataire, les envois lui sont réexpédiés immédiatement aux conditions fixées par les Règlements.

2. Les envois ne sont cependant pas réexpédiés:

2.1 si l'expéditeur en a interdit la réexpédition par une annotation en une langue connue dans le pays de destination;

4.1 Schriftstücke mit dem Charakter einer aktuellen und persönlichen Mitteilung, die zwischen dem Absender und dem Empfänger oder bei ihnen wohnenden Personen ausgetauscht werden;

4.2 Mitteilungen jeglicher Art, die zwischen anderen Personen als dem Absender und dem Empfänger oder bei ihnen wohnenden Personen ausgetauscht werden.

5. Es ist verboten, Münzen, Banknoten, Geldscheine oder Inhaberpapiere jeglicher Art, Reiseschecks, Platin, Gold oder Silber in verarbeiteter oder nicht verarbeiteter Form sowie geschliffene Edelsteine, Schmuck und andere Wertgegenstände

5.1 in Briefsendungen ohne Wertangabe aufzunehmen; wenn die innerstaatlichen Rechtsvorschriften des Einlieferungs- und des Bestimmungslandes es zulassen, dürfen diese Gegenstände jedoch in verschlossenem Umschlag als Einschreibsendungen versandt werden;

5.2 in Pakete ohne Wertangabe zwischen zwei Ländern, die Wertsendungen zulassen, aufzunehmen; außerdem hat jede Verwaltung die Möglichkeit, die Versendung von Goldbarren in Sendungen mit oder ohne Wertangabe aus oder nach ihrem Gebiet oder im Durchgang durch ihr Gebiet zu verbieten, sie kann den tatsächlichen Wert dieser Sendungen begrenzen.

6. Drucksachen und Blindensendungen

6.1 dürfen weder Vermerke noch Schriftstücke mit dem Charakter einer aktuellen und persönlichen Mitteilung enthalten;

6.2 dürfen weder entwertete noch nicht entwertete Postwertzeichen oder Formblätter mit eingedruckter Freimachung noch Papiere mit Werteigenschaft enthalten.

7. Die Behandlung zu Unrecht zur Beförderung angenommener Sendungen ist in den Ergänzenden Bestimmungen geregelt. Jedoch werden Sendungen, die in den Absätzen 2.1, 2.2 und 2.3 genannte Gegenstände enthalten, auf keinen Fall zum Bestimmungsort befördert, den Empfängern ausgeliefert oder zum Einlieferungsort zurückgesandt.

Artikel 26

Radioaktive Stoffe

1. Radioaktive Stoffe, die in Beschaffenheit und Verpackung den einschlägigen Vorschriften der Ergänzenden Bestimmungen entsprechen, sind nur im Verkehr zwischen solchen Postverwaltungen zugelassen, die sich bereit erklärt haben, diese Sendungen im gegenseitigen Verkehr oder nur in einer Richtung zuzulassen.

2. Werden diese Stoffe in Briefsendungen versandt, so wird für sie die Gebühr für Vorrangsendungen oder Briefe erhoben; sie sind eingeschrieben zu versenden.

3. Radioaktive Stoffe in Briefsendungen oder Postpaketen sind auf dem schnellsten Beförderungsweg, normalerweise auf dem Luftweg, zu befördern, sofern die entsprechenden Luftpostzuschläge entrichtet worden sind.

4. Radioaktive Stoffe dürfen nur von ordnungsgemäß befugten Absendern eingeliefert werden.

Artikel 27

Nachsendung

1. Hat sich die Anschrift des Empfängers geändert, so werden ihm die Sendungen unverzüglich zu den in den Ergänzenden Bestimmungen festgelegten Bedingungen nachgesandt.

2. Die Sendungen werden jedoch nicht nachgesandt,

2.1 wenn der Absender die Nachsendung durch einen Vermerk in einer im Bestimmungsland bekannten Sprache ausgeschlossen hat;

2.2 s'ils portent, en sus de l'adresse du destinataire, la mention «ou à l'occupant des lieux».

3. Les administrations postales qui perçoivent une taxe pour les demandes de réexpédition dans leur service intérieur sont autorisées à percevoir cette même taxe dans le service international.

4. Aucun supplément de taxe n'est perçu pour les envois de la poste aux lettres réexpédiés de pays à pays, sauf les exceptions prévues au Règlement. Toutefois, les administrations qui perçoivent une taxe de réexpédition dans leur service intérieur sont autorisées à percevoir cette même taxe pour les envois de la poste aux lettres du régime international réexpédiés dans leur propre service.

Article 28

Envois non distribuables

1. Les administrations postales assurent le renvoi des envois qui n'ont pu être remis aux destinataires pour une cause quelconque.

2. Le délai de garde des envois est fixé par les Règlements.

3. Tout colis qui ne peut être livré au destinataire ou qui est retenu d'office est traité selon les instructions données par l'expéditeur dans les limites fixées par le Règlement concernant les colis postaux.

4. Si l'expéditeur a fait abandon d'un colis qui n'a pu être livré au destinataire, ce colis est traité par l'administration de destination selon sa propre législation. Ni l'expéditeur ni d'autres administrations postales ne sont tenus de payer les taxes postales, droits de douane ou autres dont le colis pourrait être passible.

5. Les objets contenus dans un colis et dont la détérioration ou la corruption prochaines sont à craindre peuvent seuls être vendus immédiatement, sans avis préalable et sans formalité judiciaire. La vente a lieu au profit de qui de droit, même en route, à l'aller et au retour. Si la vente est impossible, les objets détériorés ou corrompus sont détruits.

6. Aucun supplément de taxe n'est perçu pour les envois non distribuables de la poste aux lettres renvoyés au pays d'origine, sauf les exceptions prévues au Règlement. Toutefois, les administrations qui perçoivent une taxe de renvoi dans leur service intérieur sont autorisées à percevoir cette même taxe pour les envois du régime international qui leur sont renvoyés.

7. Nonobstant les dispositions sous 6, lorsqu'une administration reçoit, pour retour à l'expéditeur, des envois déposés à l'étranger par des clients résidant sur son territoire, elle est autorisée à percevoir du ou des expéditeurs une taxe de traitement par envoi n'excédant pas la taxe d'affranchissement qui aurait été perçue si l'envoi avait été déposé à l'administration en question.

7.1 Aux fins des dispositions sous 7, le ou les expéditeurs s'entendent comme étant les personnes ou entités dont le nom figure sur l'adresse ou les adresses de retour.

Article 29

Retrait. Modification ou correction d'adresse à la demande de l'expéditeur

1. L'expéditeur d'un envoi de la poste aux lettres peut le faire retirer du service ou en faire modifier ou corriger l'adresse dans les conditions prescrites au Règlement.

2. Chaque administration postale est tenue d'accepter les demandes de retrait, de modification ou de correction d'adresse

2.2 wenn sie zusätzlich zur Anschrift des Empfängers den Vermerk „ou à l'occupant des lieux“ (oder an den unter der Anschrift angetroffenen Nachfolger) tragen.

3. Postverwaltungen, die in ihrem Inlandsdienst für Nachsendungsanträge eine Gebühr erheben, dürfen dieselbe Gebühr auch im Auslandsdienst erheben.

4. Für die Nachsendung von Briefsendungen von Land zu Land wird, abgesehen von den in den Ergänzenden Bestimmungen vorgesehenen Ausnahmen, keine zusätzliche Gebühr erhoben. Jedoch dürfen Verwaltungen, die in ihrem Inlandsdienst eine Nachsendungsgebühr erheben, dieselbe Gebühr auch für innerhalb ihres Dienstbereichs nachgesandte Auslandsbriefsendungen erheben.

Artikel 28

Unzustellbare Sendungen

1. Die Postverwaltungen stellen sicher, dass Sendungen, die den Empfängern aus irgendeinem Grund nicht ausgeliefert werden konnten, zurückgesandt werden.

2. Die Aufbewahrungsfrist für die Sendungen ist in den Ergänzenden Bestimmungen festgelegt.

3. Pakete, die dem Empfänger nicht ausgeliefert werden können oder die von Amts wegen zurückgehalten werden, werden innerhalb des in den Ergänzenden Paketpostbestimmungen festgelegten Rahmens entsprechend den vom Absender getroffenen Anweisungen behandelt.

4. Hat der Absender ein Paket preisgegeben, das dem Empfänger nicht ausgeliefert werden konnte, so behandelt die Bestimmungsverwaltung dieses Paket nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften. Weder der Absender noch andere Postverwaltungen sind verpflichtet, Postgebühren, Zölle oder andere Abgaben zu zahlen, die gegebenenfalls für das Paket anfallen.

5. Lediglich in einem Paket enthaltene Gegenstände, die zu verderben oder zu verfaulen drohen, dürfen ohne Vorankündigung und ohne besondere rechtliche Formalitäten sofort verkauft werden. Der Verkauf erfolgt zugunsten des Berechtigten, auch während der Beförderung auf dem Hin- und Rückweg. Ist ein Verkauf nicht möglich, so werden die verdorbenen oder verfaulenden Gegenstände vernichtet.

6. Für in das Einlieferungsland zurückgesandte unzustellbare Briefsendungen wird, abgesehen von den in den Ergänzenden Bestimmungen vorgesehenen Ausnahmen, keine zusätzliche Gebühr erhoben. Jedoch dürfen Verwaltungen, die in ihrem Inlandsdienst eine Rücksendegebühr erheben, dieselbe Gebühr auch für Auslandssendungen erheben, die an sie zurückgesandt werden.

7. Ungeachtet der Vorschriften in Absatz 6 ist eine Verwaltung, die von in ihrem Gebiet ansässigen Kunden im Ausland eingelieferte Sendungen zur Rücksendung an den Absender erhält, berechtigt, vom Absender oder von den Absendern für jede Sendung eine Behandlungsgebühr zu erheben, die nicht höher sein darf als die Freimachungsgebühr, die erhoben worden wäre, wenn die Sendung im Bereich der betreffenden Verwaltung eingeliefert worden wäre.

7.1 Im Hinblick auf die Vorschriften in Absatz 7 gelten die Personen oder Rechtsträger, deren Name in der Rücksendeanschrift oder den Rücksendeanschriften steht, als der oder die Absender.

Artikel 29

Zurückziehung. Änderung oder Berichtigung der Aufschrift auf Verlangen des Absenders

1. Der Absender einer Briefsendung kann diese unter den in den Ergänzenden Bestimmungen vorgesehenen Bedingungen zurückziehen oder ihre Aufschrift ändern oder berichtigen lassen.

2. Wenn ihre Rechtsvorschriften es zulassen, ist jede Postverwaltung verpflichtet, Anträge auf Zurückziehung oder auf Ände-

concernant tout envoi de la poste aux lettres déposé dans le service d'une autre administration, si sa législation le permet.

3. L'expéditeur doit payer, pour chaque demande, une taxe spéciale dont le montant maximal est fixé par les Règlements.

4. L'expéditeur d'un colis peut en demander le retour ou en faire modifier l'adresse. Il doit garantir le paiement des sommes exigibles pour toute nouvelle transmission.

5. Toutefois, les administrations ont la faculté de ne pas admettre les demandes visées sous 4 lorsqu'elles ne les acceptent pas dans leur régime intérieur.

Article 30

Réclamations

1. Les réclamations sont admises dans le délai de six mois à compter du lendemain du jour du dépôt d'un envoi.

2. Chaque administration postale est tenue d'accepter les réclamations concernant tout envoi déposé dans le service d'une autre administration.

3. Les colis ordinaires et les colis avec valeur déclarée doivent faire l'objet de réclamations distinctes.

4. Le traitement des réclamations est gratuit. Toutefois, si l'emploi du service EMS est demandé, les frais supplémentaires sont en principe à la charge du demandeur.

Article 31

Contrôle douanier

1. L'administration postale du pays d'origine et celle du pays de destination sont autorisées à soumettre les envois au contrôle douanier, selon la législation de ces pays.

2. Les envois soumis au contrôle douanier peuvent être frappés, au titre postal, d'une taxe de présentation à la douane dont le montant maximal est fixé par les Règlements. Cette taxe n'est perçue qu'au titre de la présentation à la douane et du dédouanement des envois qui ont été frappés de droits de douane ou de tout autre droit de même nature.

Article 32

Taxe de dédouanement

1. Les administrations postales qui ont obtenu l'autorisation d'opérer le dédouanement au nom des clients sont autorisées à percevoir sur les clients une taxe basée sur les coûts réels de l'opération.

Article 33

Droits de douane et autres droits

1. Les administrations postales sont autorisées à percevoir sur les expéditeurs ou sur les destinataires des envois, selon le cas, les droits de douane et tous autres droits éventuels.

Chapitre 2

Responsabilité

Article 34

Responsabilité des administrations postales. Indemnités

1. Généralités

1.1 Sauf dans les cas prévus à l'article 35, les administrations postales répondent:

ou der Berichtigung der Aufschrift entgegenzunehmen, die im Dienstbereich einer anderen Verwaltung eingelieferte Briefsendungen betreffen.

3. Der Absender muss für jeden Antrag eine besondere Gebühr entrichten, deren Höchstbetrag in den Ergänzenden Bestimmungen festgelegt ist.

4. Der Absender eines Pakets kann dessen Rücksendung verlangen oder dessen Aufschrift ändern lassen. Er muss die Zahlung der für jede weitere Beförderung anfallenden Beträge gewährleisten.

5. Die Verwaltungen können die in Absatz 4 genannten Anträge jedoch ablehnen, wenn sie diese in ihrem Inlandsdienst nicht zulassen.

Artikel 30

Nachforschungsanträge

1. Nachforschungsanträge sind innerhalb von sechs Monaten, vom Tag nach der Einlieferung einer Sendung an gerechnet, zulässig.

2. Jede Postverwaltung ist verpflichtet, Nachforschungsanträge entgegenzunehmen, die im Dienstbereich einer anderen Verwaltung eingelieferte Sendungen betreffen.

3. Für gewöhnliche Pakete und Wertpakete sind unterschiedliche Nachforschungsanträge zu stellen.

4. Nachforschungsanträge werden gebührenfrei bearbeitet. Wird jedoch die Inanspruchnahme des EMS-Dienstes verlangt, so gehen die zusätzlichen Kosten grundsätzlich zulasten des Antragstellers.

Artikel 31

Zollkontrolle

1. Die Postverwaltungen des Einlieferungs- und des Bestimmungslandes dürfen die Sendungen nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Zollkontrolle unterwerfen.

2. Die der Zollkontrolle unterworfenen Sendungen darf die Post mit einer Gestellungsgebühr belegen, deren Höchstbetrag in den Ergänzenden Bestimmungen festgelegt ist. Diese Gebühr wird nur für die Zollgestellung und die Verzollung von Sendungen erhoben, die mit Zöllen oder vergleichbaren anderen Abgaben belegt worden sind.

Artikel 32

Verzollungsgebühr

1. Postverwaltungen, die berechtigt sind, Sendungen im Auftrag ihrer Kunden zu verzollen, dürfen von ihren Kunden eine Gebühr erheben, die sich an den tatsächlichen Kosten der Verzollung orientiert.

Artikel 33

Zölle und andere Abgaben

1. Die Postverwaltungen dürfen von den Absendern oder den Empfängern der Sendungen Zölle und alle anderen gegebenenfalls anfallenden Abgaben einziehen.

Kapitel 2

Haftung

Artikel 34

Haftung der Postverwaltungen. Entschädigungen

1. Allgemeines

1.1 Außer in den in Artikel 35 vorgesehenen Fällen haften die Postverwaltungen

1.1.1 de la perte, de la spoliation ou de l'avarie des envois recommandés, des colis ordinaires et des envois avec valeur déclarée;

1.1.2 de la perte des envois à livraison attestée.

1.2 Lorsque la perte, la spoliation totale ou l'avarie totale d'un envoi recommandé, d'un colis ordinaire ou d'un envoi avec valeur déclarée résulte d'un cas de force majeure ne donnant pas lieu à indemnisation, l'expéditeur a droit à la restitution des taxes acquittées, à l'exception de la taxe d'assurance.

2. Envois recommandés

2.1 En cas de perte, de spoliation totale ou d'avarie totale d'un envoi recommandé, l'expéditeur a droit à une indemnité fixée par le Règlement de la poste aux lettres. Si l'expéditeur réclame un montant inférieur au montant fixé dans le Règlement de la poste aux lettres, les administrations ont la faculté de payer ce montant moindre et d'être remboursées sur cette base par les autres administrations éventuellement concernées.

2.2 En cas de spoliation partielle ou d'avarie partielle d'un envoi recommandé, l'expéditeur a droit à une indemnité qui correspond, en principe, au montant réel de la spoliation ou de l'avarie. Elle ne peut toutefois en aucun cas dépasser le montant fixé par le Règlement de la poste aux lettres en cas de perte, de spoliation totale ou d'avarie totale. Les dommages indirects ou les bénéfices non réalisés ne sont pas pris en considération.

3. Envois à livraison attestée

3.1 En cas de perte, de spoliation totale ou d'avarie totale d'un envoi à livraison attestée, l'expéditeur a droit à la restitution des taxes acquittées.

4. Colis ordinaires

4.1 En cas de perte, de spoliation totale ou d'avarie totale d'un colis ordinaire, l'expéditeur a droit à une indemnité fixée par le Règlement concernant les colis postaux.

4.2 En cas de spoliation partielle ou d'avarie partielle d'un colis ordinaire, l'expéditeur a droit à une indemnité qui correspond, en principe, au montant réel de la spoliation ou de l'avarie. Elle ne peut toutefois en aucun cas dépasser le montant fixé par le Règlement concernant les colis postaux en cas de perte, de spoliation totale ou d'avarie totale. Les dommages indirects ou les bénéfices non réalisés ne sont pas pris en considération.

4.3 Les administrations postales peuvent convenir d'appliquer dans leurs relations réciproques le montant par colis fixé par le Règlement concernant les colis postaux, sans égard au poids du colis.

5. Envois avec valeur déclarée

5.1 En cas de perte, de spoliation totale ou d'avarie totale d'un envoi avec valeur déclarée, l'expéditeur a droit à une indemnité qui correspond, en principe, au montant, en DTS, de la valeur déclarée.

5.2 En cas de spoliation partielle ou d'avarie partielle d'un envoi avec valeur déclarée, l'expéditeur a droit à une indemnité qui correspond, en principe, au montant réel de la spoliation ou de l'avarie. Elle ne peut toutefois en aucun cas dépasser le montant, en DTS, de la valeur déclarée. Les dommages indirects ou les bénéfices non réalisés ne sont pas pris en considération.

6. Dans les cas visés sous 4 et 5, l'indemnité est calculée d'après le prix courant, converti en DTS, des objets ou marchandises de même nature, au lieu et à l'époque où l'envoi a été accepté au transport. A défaut de prix courant, l'indemnité est

1.1.1 bei Verlust, Beraubung oder Beschädigung von Einschreibsendungen, gewöhnlichen Paketen und Wertsendungen;

1.1.2 bei Verlust von Sendungen mit Auslieferungsnachweis.

1.2 Ist der Verlust, die vollständige Beraubung oder die vollständige Beschädigung einer Einschreibsendung, eines gewöhnlichen Pakets oder einer Wertsendung auf höhere Gewalt zurückzuführen und ist deshalb keine Entschädigung zu zahlen, so hat der Absender Anspruch auf Erstattung der entrichteten Gebühren mit Ausnahme der Wertgebühr.

2. Einschreibsendungen

2.1 Bei Verlust, vollständiger Beraubung oder vollständiger Beschädigung einer Einschreibsendung hat der Absender Anspruch auf eine Entschädigung, deren Höhe in den Ergänzenden Briefpostbestimmungen festgelegt ist. Verlangt der Absender einen niedrigeren als den in den Ergänzenden Briefpostbestimmungen festgelegten Betrag, so können die Verwaltungen diesen niedrigeren Betrag zahlen und sich auf dieser Grundlage von den anderen gegebenenfalls betroffenen Verwaltungen entschädigen lassen.

2.2 Bei einer teilweisen Beraubung oder einer teilweisen Beschädigung einer Einschreibsendung hat der Absender Anspruch auf eine Entschädigung, die grundsätzlich dem tatsächlichen Umfang der Beraubung oder Beschädigung entspricht. Sie darf jedoch in keinem Fall den Betrag überschreiten, der in den Ergänzenden Briefpostbestimmungen für den Fall eines Verlustes, einer vollständigen Beraubung oder einer vollständigen Beschädigung festgelegt ist. Mittelbare Schäden oder entgangene Gewinne werden nicht berücksichtigt.

3. Sendungen mit Auslieferungsnachweis

3.1 Bei Verlust, vollständiger Beraubung oder vollständiger Beschädigung einer Sendung mit Auslieferungsnachweis hat der Absender Anspruch auf Erstattung der entrichteten Gebühren.

4. Gewöhnliche Pakete

4.1 Bei Verlust, vollständiger Beraubung oder vollständiger Beschädigung eines gewöhnlichen Pakets hat der Absender Anspruch auf eine Entschädigung, deren Höhe in den Ergänzenden Paketpostbestimmungen festgelegt ist.

4.2 Bei einer teilweisen Beraubung oder einer teilweisen Beschädigung eines gewöhnlichen Pakets hat der Absender Anspruch auf eine Entschädigung, die grundsätzlich dem tatsächlichen Umfang der Beraubung oder Beschädigung entspricht. Sie darf jedoch in keinem Fall den Betrag überschreiten, der in den Ergänzenden Paketpostbestimmungen für den Fall eines Verlustes, einer vollständigen Beraubung oder einer vollständigen Beschädigung festgelegt ist. Mittelbare Schäden oder entgangene Gewinne werden nicht berücksichtigt.

4.3 Die Postverwaltungen können vereinbaren, dass sie im gegenseitigen Verkehr den in den Ergänzenden Paketpostbestimmungen je Paket festgelegten Betrag anwenden, und zwar unabhängig vom Gewicht des Pakets.

5. Wertsendungen

5.1 Bei Verlust, vollständiger Beraubung oder vollständiger Beschädigung einer Wertsendung hat der Absender Anspruch auf eine Entschädigung, die grundsätzlich der Höhe der Wertangabe in SZR entspricht.

5.2 Bei einer teilweisen Beraubung oder einer teilweisen Beschädigung einer Wertsendung hat der Absender Anspruch auf eine Entschädigung, die grundsätzlich dem tatsächlichen Umfang der Beraubung oder Beschädigung entspricht. Sie darf jedoch in keinem Fall die Höhe der Wertangabe in SZR überschreiten. Mittelbare Schäden oder entgangene Gewinne werden nicht berücksichtigt.

6. In den in den Absätzen 4 und 5 genannten Fällen wird die Entschädigung nach dem in SZR umgerechneten handelsüblichen Preis berechnet, den gleichartige Gegenstände oder Waren am Einlieferungsort zu der Zeit hatten, zu der die Sendung zur

calculée d'après la valeur ordinaire des objets ou marchandises évalués sur les mêmes bases.

7. Lorsqu'une indemnité est due pour la perte, la spoliation totale ou l'avarie totale d'un envoi recommandé, d'un colis ordinaire ou d'un envoi avec valeur déclarée, l'expéditeur ou, selon le cas, le destinataire a droit, en outre, à la restitution des taxes et droits acquittés, à l'exception de la taxe de recommandation ou d'assurance. Il en est de même des envois recommandés, des colis ordinaires ou des envois avec valeur déclarée refusés par les destinataires à cause de leur mauvais état, si celui-ci est imputable au service postal et engage sa responsabilité.

8. Par dérogation aux dispositions prévues sous 2, 4 et 5, le destinataire a droit à l'indemnité après avoir pris livraison d'un envoi recommandé, d'un colis ordinaire ou d'un envoi avec valeur déclarée spolié ou avarié.

9. L'administration d'origine a la faculté de verser aux expéditeurs dans son pays les indemnités prévues par sa législation intérieure pour les envois recommandés et les colis sans valeur déclarée, à condition qu'elles ne soient pas inférieures à celles qui sont fixées sous 2.1 et 4.1. Il en est de même pour l'administration de destination lorsque l'indemnité est payée au destinataire. Les montants fixés sous 2.1 et 4.1 restent cependant applicables:

9.1 en cas de recours contre l'administration responsable;

9.2 si l'expéditeur se désiste de ses droits en faveur du destinataire ou inversement.

Article 35

Non-responsabilité des administrations postales

1. Les administrations postales cessent d'être responsables des envois recommandés, des envois à livraison attestée, des colis et des envois avec valeur déclarée dont elles ont effectué la remise dans les conditions prescrites par leur réglementation pour les envois de même nature. La responsabilité est toutefois maintenue:

1.1 lorsqu'une spoliation ou une avarie est constatée soit avant la livraison, soit lors de la livraison de l'envoi;

1.2 lorsque, la réglementation intérieure le permettant, le destinataire, le cas échéant l'expéditeur s'il y a renvoi à l'origine, formule des réserves en prenant livraison d'un envoi spolié ou avarié;

1.3 lorsque, la réglementation intérieure le permettant, l'envoi recommandé a été distribué dans une boîte aux lettres et que le destinataire déclare ne pas l'avoir reçu lors de la procédure de réclamation;

1.4 lorsque le destinataire ou, en cas de renvoi à l'origine, l'expéditeur d'un colis ou d'un envoi avec valeur déclarée, nonobstant décharge donnée régulièrement, déclare sans délai à l'administration qui lui a livré l'envoi avoir constaté un dommage; il doit administrer la preuve que la spoliation ou l'avarie ne s'est pas produite après la livraison.

2. Les administrations postales ne sont pas responsables:

2.1 en cas de force majeure, sous réserve de l'article 12.4;

2.2 lorsque, la preuve de leur responsabilité n'ayant pas été administrée autrement, elles ne peuvent rendre compte des envois par suite de la destruction des documents de service résultant d'un cas de force majeure;

2.3 lorsque le dommage a été causé par la faute ou la négligence de l'expéditeur ou provient de la nature du contenu;

Beförderung angenommen wurde. Mangels eines handelsüblichen Preises wird die Entschädigung nach dem auf derselben Grundlage geschätzten gewöhnlichen Wert der Gegenstände oder Waren berechnet.

7. Ist für den Verlust, die vollständige Beraubung oder die vollständige Beschädigung einer Einschreibsendung, eines gewöhnlichen Pakets oder einer Wertsendung eine Entschädigung zu zahlen, so hat der Absender beziehungsweise der Empfänger darüber hinaus Anspruch auf Erstattung der entrichteten Gebühren und Abgaben mit Ausnahme der Einschreib- oder Wertgebühr. Dasselbe gilt für Einschreibsendungen, gewöhnliche Pakete oder Wertsendungen, deren Annahme die Empfänger wegen ihres schlechten Zustands verweigert haben, wenn dieser vom Postdienst zu vertreten ist und dessen Haftung begründet.

8. Abweichend von den in den Absätzen 2, 4 und 5 vorgesehenen Bestimmungen hat der Empfänger Anspruch auf die Entschädigung, wenn er eine beraubte oder beschädigte Einschreibsendung, ein beraubtes oder beschädigtes gewöhnliches Paket oder eine beraubte oder beschädigte Wertsendung bereits in Empfang genommen hat.

9. Die Einlieferungsverwaltung kann den Absendern in ihrem Land die nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften für Einschreibsendungen und Pakete ohne Wertangabe vorgesehenen Entschädigungen zahlen; diese dürfen jedoch nicht niedriger sein als die in den Absätzen 2.1 und 4.1 festgelegten Entschädigungen. Dasselbe gilt für die Bestimmungsverwaltung, wenn die Entschädigung an den Empfänger gezahlt wird. Die in den Absätzen 2.1 und 4.1 festgelegten Beträge gelten jedoch weiterhin

9.1 im Fall des Rückgriffs gegen die haftende Verwaltung;

9.2 wenn der Absender seine Ansprüche an den Empfänger abtritt oder umgekehrt.

Artikel 35

Haftungsausschluss seitens der Postverwaltungen

1. Die Postverwaltungen haften für Einschreibsendungen, Sendungen mit Auslieferungsnachweis, Pakete und Wertsendungen von dem Zeitpunkt an nicht mehr, zu dem sie sie unter den in ihren Vorschriften für gleichartige Sendungen vorgesehenen Bedingungen ausgeliefert haben. Die Haftung bleibt jedoch bestehen,

1.1 wenn eine Beraubung oder Beschädigung vor oder bei der Auslieferung der Sendung festgestellt wird;

1.2 wenn, sofern dies nach den Inlandsvorschriften zulässig ist, der Empfänger oder im Fall der Rücksendung an den Einlieferungsort der Absender bei der Entgegennahme einer beraubten oder beschädigten Sendung Vorbehalte macht;

1.3 wenn, sofern dies nach den Inlandsvorschriften zulässig ist, die Einschreibsendung über einen Briefkasten zugestellt wurde und der Empfänger beim Nachforschungsverfahren erklärt, dass er sie nicht erhalten hat;

1.4 wenn der Empfänger oder im Fall der Rücksendung an den Einlieferungsort der Absender eines Pakets oder einer Wertsendung trotz ordentlicher unbeanstandeter Annahme der jeweiligen Sendung gegenüber der Verwaltung, die ihm die Sendung ausgeliefert hat, unverzüglich erklärt, dass er einen Schaden festgestellt hat; er muss beweisen, dass die Sendung nicht erst nach der Auslieferung beraubt oder beschädigt wurde.

2. Die Postverwaltungen haften nicht

2.1 bei höherer Gewalt vorbehaltlich des Artikels 12 Absatz 4;

2.2 wenn sie über den Verbleib der Sendungen deshalb keine Rechenschaft ablegen können, weil die Dienstpapiere durch höhere Gewalt vernichtet wurden und ihre Haftpflicht nicht anderweitig nachgewiesen wurde;

2.3 wenn der Schaden auf ein Verschulden oder die Fahrlässigkeit des Absenders oder auf die Beschaffenheit des Inhalts zurückzuführen ist;

2.4 lorsqu'il s'agit d'envois dont le contenu tombe sous le coup des interdictions prévues à l'article 25, et pour autant que ces envois aient été confisqués ou détruits par l'autorité compétente en raison de leur contenu;

2.5 en cas de saisie, en vertu de la législation du pays de destination, selon notification de l'administration de ce pays;

2.6 lorsqu'il s'agit d'envois avec valeur déclarée ayant fait l'objet d'une déclaration frauduleuse de valeur supérieure à la valeur réelle du contenu;

2.7 lorsque l'expéditeur n'a formulé aucune réclamation dans le délai de six mois à compter du lendemain du jour de dépôt de l'envoi;

2.8 lorsqu'il s'agit de colis de prisonniers de guerre et d'internés civils.

3. Les administrations postales n'assument aucune responsabilité du chef des déclarations en douane, sous quelque forme que celles-ci soient faites, et des décisions prises par les services de la douane lors de la vérification des envois soumis au contrôle douanier.

Article 36

Responsabilité de l'expéditeur

1. L'expéditeur d'un envoi est responsable de tous les dommages causés aux autres envois postaux par suite de l'expédition d'objets non admis au transport ou de la non-observation des conditions d'admission.

2. L'expéditeur est responsable dans les mêmes limites que les administrations postales.

3. L'expéditeur demeure responsable même si le bureau de dépôt accepte un tel envoi.

4. En revanche, l'expéditeur n'est pas responsable s'il y a eu faute ou négligence des administrations postales ou des transporteurs.

Article 37

Païement de l'indemnité

1. Sous réserve du droit de recours contre l'administration responsable, l'obligation de payer l'indemnité et de restituer les taxes et droits incombe, selon le cas, à l'administration d'origine ou à l'administration de destination.

2. L'expéditeur a la faculté de se désister de ses droits à l'indemnité en faveur du destinataire. Inversement, le destinataire a la faculté de se désister de ses droits en faveur de l'expéditeur. L'expéditeur ou le destinataire peut autoriser une tierce personne à recevoir l'indemnité si la législation intérieure le permet.

3. L'administration d'origine ou de destination, selon le cas, est autorisée à désintéresser l'ayant droit pour le compte de l'administration qui, ayant participé au transport et régulièrement saisie, a laissé s'écouler deux mois et, si l'affaire a été signalée par télécopie ou par tout autre moyen électronique permettant de confirmer la réception de la réclamation, trente jours sans donner de solution définitive à l'affaire ou sans avoir signalé:

3.1 que le dommage paraissait dû à un cas de force majeure;

3.2 que l'envoi avait été retenu, confisqué ou détruit par l'autorité compétente en raison de son contenu ou saisi en vertu de la législation du pays de destination.

4. L'administration d'origine ou de destination, selon le cas, est aussi autorisée à désintéresser l'ayant droit dans le cas où la formule de réclamation est insuffisamment remplie et a dû être

2.4 wenn es sich um Sendungen handelt, deren Inhalt unter die in Artikel 25 vorgesehenen Verbote fällt, und diese Sendungen wegen ihres Inhalts von der zuständigen Behörde eingezogen oder vernichtet worden sind;

2.5 wenn die Sendung laut Mitteilung der Verwaltung des Bestimmungslandes nach den Rechtsvorschriften dieses Landes beschlagnahmt worden ist;

2.6 wenn es sich um Wertsendungen handelt, für die in betrügerischer Weise ein höherer als der tatsächliche Wert des Inhalts angegeben worden ist;

2.7 wenn der Absender innerhalb von sechs Monaten, vom Tag nach Einlieferung der Sendung an gerechnet, keinen Nachforschungsantrag gestellt hat;

2.8 wenn es sich um Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenpakete handelt.

3. Die Postverwaltungen übernehmen für Zolinhaltserklärungen, in welcher Form diese auch immer abgegeben werden, sowie für Entscheidungen, die Zolldienststellen bei der Prüfung der Zollkontrolle unterworfenen Sendungen treffen, keinerlei Verantwortung.

Artikel 36

Haftung des Absenders

1. Der Absender einer Sendung haftet für alle Schäden, die infolge der Versendung nicht zur Beförderung zugelassener Gegenstände oder der Nichtbeachtung der Zulassungsbedingungen an anderen Postsendungen verursacht werden.

2. Der Absender haftet im gleichen Umfang wie die Postverwaltungen.

3. Der Absender haftet auch dann, wenn das Einlieferungsamt eine solche Sendung zur Beförderung annimmt.

4. Hingegen haftet der Absender nicht bei Verschulden oder Fahrlässigkeit der Postverwaltungen oder der Beförderungsunternehmen.

Artikel 37

Zahlung der Entschädigung

1. Vorbehaltlich des Rückgriffsrechts gegen die haftende Verwaltung ist die Einlieferungsverwaltung beziehungsweise die Bestimmungsverwaltung zur Zahlung der Entschädigung und zur Erstattung der Gebühren und Abgaben verpflichtet.

2. Der Absender kann seine Entschädigungsansprüche an den Empfänger abtreten. Umgekehrt kann auch der Empfänger seine Ansprüche an den Absender abtreten. Der Absender beziehungsweise der Empfänger kann einen Dritten bevollmächtigen, die Entschädigung in Empfang zu nehmen, sofern dies nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften zulässig ist.

3. Die Einlieferungsverwaltung beziehungsweise die Bestimmungsverwaltung darf den Anspruchsberechtigten für Rechnung der an der Beförderung beteiligten und ordnungsgemäß mit der Angelegenheit befassten Verwaltung entschädigen, wenn diese zwei Monate und, wenn die Angelegenheit mit Fernkopie oder einem anderen die Bestätigung des Eingangs des Nachforschungsantrags ermöglichenden elektronischen Mittel gemeldet wurde, dreißig Tage hat verstreichen lassen, ohne die Angelegenheit abschließend zu erledigen oder ohne mitgeteilt zu haben,

3.1 dass der Schaden offenbar auf höhere Gewalt zurückzuführen ist;

3.2 dass die Sendung wegen ihres Inhalts von der zuständigen Behörde zurückgehalten, eingezogen oder vernichtet oder nach den Rechtsvorschriften des Bestimmungslandes beschlagnahmt worden ist.

4. Die Einlieferungsverwaltung beziehungsweise die Bestimmungsverwaltung darf den Anspruchsberechtigten auch dann entschädigen, wenn der Nachforschungsantrag unvollständig

retournée pour complément d'information, entraînant le dépassement du délai prévu sous 3.

5. S'agissant d'une réclamation relative à un envoi contre remboursement, l'administration d'origine est autorisée à désintéresser l'ayant droit à hauteur du montant du remboursement pour le compte de l'administration de destination qui, régulièrement saisie, a laissé s'écouler deux mois sans donner de solution définitive à l'affaire.

Article 38

Récupération éventuelle de l'indemnité sur l'expéditeur ou sur le destinataire

1. Si, après paiement de l'indemnité, un envoi recommandé, un colis ou un envoi avec valeur déclarée ou une partie du contenu antérieurement considéré comme perdu est retrouvé, l'expéditeur ou le destinataire, selon le cas, est avisé que l'envoi est tenu à sa disposition pendant une période de trois mois, contre remboursement du montant de l'indemnité payée. Il lui est demandé, en même temps, à qui l'envoi doit être remis. En cas de refus ou de non-réponse dans le délai imparti, la même démarche est effectuée auprès du destinataire ou de l'expéditeur, selon le cas.

2. Si l'expéditeur et le destinataire renoncent à prendre livraison de l'envoi, celui-ci devient la propriété de l'administration ou, s'il y a lieu, des administrations qui ont supporté le dommage.

3. En cas de découverte ultérieure d'un envoi avec valeur déclarée dont le contenu est reconnu comme étant de valeur inférieure au montant de l'indemnité payée, l'expéditeur ou le destinataire, selon le cas, doit rembourser le montant de cette indemnité contre remise de l'envoi, sans préjudice des conséquences découlant de la déclaration frauduleuse de valeur.

Article 39

Echange des envois

1. Les administrations peuvent s'expédier réciproquement, par l'intermédiaire d'une ou de plusieurs d'entre elles aussi bien des dépêches closes que des envois à découvert, sur la base des dispositions des Règlements.

2. Lorsque des circonstances extraordinaires obligent une administration postale à suspendre temporairement et d'une manière générale ou partielle l'exécution de services, elle doit informer immédiatement les administrations intéressées.

3. Lorsque le transport en transit de courrier à travers un pays a lieu sans participation de l'administration postale de ce pays, cette dernière doit en être informée d'avance. Cette forme de transit n'engage pas la responsabilité de l'administration postale du pays de transit.

4. Les administrations ont la faculté d'expédier par avion, avec priorité réduite, les dépêches d'envois de surface, sous réserve de l'accord des administrations qui reçoivent ces dépêches dans les aéroports de leur pays.

Article 40

Echange de dépêches closes avec des unités militaires

1. Des dépêches closes de la poste aux lettres peuvent être échangées par l'intermédiaire des services territoriaux, maritimes ou aériens d'autres pays:

1.1 entre les bureaux de poste de l'un des Pays-membres et les commandants des unités militaires mises à la disposition de l'Organisation des Nations Unies;

ausgefüllt ist und zwecks Vervollständigung der Angaben zurückgeschickt werden muss und dadurch die in Absatz 3 vorgesehene Frist überschritten wird.

5. Handelt es sich um einen Nachforschungsantrag, der eine Nachnahmesendung betrifft, so darf die Einlieferungsverwaltung den Anspruchsberechtigten in Höhe des Nachnahmebetrags für Rechnung der ordnungsgemäß mit der Angelegenheit befassten Bestimmungsverwaltung entschädigen, wenn diese zwei Monate hat verstreichen lassen, ohne die Angelegenheit abschließend zu erledigen.

Artikel 38

Eventuelle Zurückforderung der Entschädigung vom Absender oder vom Empfänger

1. Werden Einschreibsendungen, Pakete oder Wertsendungen, die ursprünglich als in Verlust geraten galten, oder ein Teil des Inhalts solcher Sendungen nach Zahlung der Entschädigung wieder aufgefunden, so wird dem Absender beziehungsweise dem Empfänger mitgeteilt, dass die betreffende Sendung gegen Zurückzahlung der gezahlten Entschädigung drei Monate lang für ihn bereitgehalten wird. Gleichzeitig wird er gefragt, wem die Sendung ausgeliefert werden soll. Erteilt er eine abschlägige Antwort oder antwortet er nicht fristgerecht, so wird der gleiche Schritt beim Empfänger beziehungsweise beim Absender unternommen.

2. Verzichten Absender und Empfänger auf die Übernahme der Sendung, so geht diese in das Eigentum der Verwaltung beziehungsweise der Verwaltungen über, die den Schaden getragen haben.

3. Wird eine Wertsendung nachträglich wieder aufgefunden und wird festgestellt, dass ihr Inhalt einen geringeren Wert hat als die gezahlte Entschädigung, so muss der Absender beziehungsweise der Empfänger diese Entschädigung unbeschadet der sich aus der betrügerischen Wertangabe ergebenden Konsequenzen bei Aushändigung der Sendung zurückzahlen.

Artikel 39

Austausch der Sendungen

1. Die Verwaltungen können auf der Grundlage der in den Ergänzenden Bestimmungen festgelegten Vorschriften sowohl Kartenschlüsse als auch Sendungen des offenen Durchgangs durch Vermittlung einer oder mehrerer anderer Verwaltungen miteinander austauschen.

2. Ist eine Postverwaltung durch außergewöhnliche Umstände gezwungen, die Ausführung von Diensten vorübergehend ganz oder teilweise einzustellen, so muss sie die beteiligten Verwaltungen unverzüglich davon unterrichten.

3. Wird Post im Durchgang durch ein Land befördert, ohne dass die Postverwaltung dieses Landes daran beteiligt ist, so ist diese vorher davon zu unterrichten. Für diese Art des Durchgangs übernimmt die Postverwaltung des Durchgangslandes keine Haftung.

4. Die Verwaltungen können Kartenschlüsse mit Sendungen des Land-/Seewegs vorbehaltlich der Zustimmung der Verwaltungen, die diese Kartenschlüsse auf den Flughäfen ihres Landes übernehmen, mit eingeschränktem Vorrang auf dem Luftweg versenden.

Artikel 40

Austausch von Kartenschlüssen mit Militäreinheiten

1. Briefkartenschlüsse können über die Land-, See- oder Luftverbindungen anderer Länder ausgetauscht werden

1.1 zwischen den Postämtern eines Mitgliedslandes und den Befehlshabern der der Organisation der Vereinten Nationen zur Verfügung gestellten Militäreinheiten;

1.2 entre les commandants de ces unités militaires;

1.3 entre les bureaux de poste de l'un des Pays-membres et les commandants de divisions navales ou aériennes, de navires de guerre ou d'avions militaires de ce même pays en station à l'étranger;

1.4 entre les commandants de divisions navales ou aériennes, de navires de guerre ou d'avions militaires du même pays.

2. Les envois de la poste aux lettres compris dans les dépêches visées sous 1 doivent être exclusivement à l'adresse ou en provenance des membres des unités militaires ou des états-majors et des équipages des navires ou avions de destination ou expéditeurs des dépêches. Les tarifs et les conditions d'envoi qui leur sont applicables sont déterminés, d'après sa réglementation, par l'administration postale du pays qui a mis à disposition l'unité militaire ou auquel appartiennent les navires ou les avions.

3. Sauf entente spéciale, l'administration postale du pays qui a mis à disposition l'unité militaire ou dont relèvent les navires de guerre ou avions militaires est redevable, envers les administrations concernées, des frais de transit des dépêches, des frais terminaux et des frais de transport aérien.

Article 41

Détermination de la responsabilité entre les administrations postales

1. Jusqu'à preuve du contraire, la responsabilité incombe à l'administration postale qui, ayant reçu l'envoi sans faire d'observation et étant mise en possession de tous les moyens réglementaires d'investigation, ne peut établir ni la remise au destinataire ni, s'il y a lieu, la transmission régulière à une autre administration.

2. Si la perte, la spoliation ou l'avarie s'est produite en cours de transport sans qu'il soit possible d'établir sur le territoire ou dans le service de quel pays le fait s'est accompli, les administrations en cause supportent le dommage à parts égales. Toutefois, lorsqu'il s'agit d'un colis ordinaire et que le montant de l'indemnité ne dépasse pas le montant calculé selon l'article 34.4.1 pour un colis de 1 kilogramme, cette somme est supportée, à parts égales, par les administrations d'origine et de destination, à l'exclusion des administrations intermédiaires.

3. En ce qui concerne les envois avec valeur déclarée, la responsabilité d'une administration à l'égard des autres administrations n'est en aucun cas engagée au-delà du maximum de déclaration de valeur qu'elle a adopté.

4. Les administrations postales qui n'assurent pas le service des envois avec valeur déclarée assument, pour de tels envois transportés en dépêches closes, la responsabilité prévue pour les envois recommandés, respectivement pour les colis ordinaires. Cette disposition s'applique également lorsque les administrations postales n'acceptent pas la responsabilité des valeurs pour les transports effectués à bord des navires ou des avions qu'elles utilisent.

5. Si la perte, la spoliation ou l'avarie d'un envoi avec valeur déclarée s'est produite sur le territoire ou dans le service d'une administration intermédiaire qui n'assure pas le service des envois avec valeur déclarée, l'administration d'origine supporte le dommage non couvert par l'administration intermédiaire. La même règle est applicable si le montant du dommage est supérieur au maximum de valeur déclarée adopté par l'administration intermédiaire.

6. Les droits de douane et autres dont l'annulation n'a pu être obtenue tombent à la charge des administrations responsables de la perte, de la spoliation ou de l'avarie.

7. L'administration qui a effectué le paiement de l'indemnité est subrogée, jusqu'à concurrence du montant de cette indem-

1.2 zwischen den Befehlshabern dieser Militäreinheiten;

1.3 zwischen den Postämtern eines Mitgliedslandes und den Befehlshabern im Ausland stationierter See- oder Luftgeschwader, Kriegsschiffe oder Militärflugzeuge desselben Landes;

1.4 zwischen den Befehlshabern von See- oder Luftgeschwadern, Kriegsschiffen oder Militärflugzeugen desselben Landes.

2. Die in den Kartenschlüssen nach Absatz 1 enthaltenen Briefsendungen dürfen ausschließlich an Angehörige der Militäreinheiten oder an die Stäbe und Besatzungen der die Kartenschlüsse empfangenden oder absendenden Schiffe oder Flugzeuge gerichtet sein oder von ihnen stammen. Die hierfür geltenden Gebühren und Versandbedingungen werden von der Postverwaltung des Landes, das die Militäreinheit zur Verfügung gestellt hat oder dem die Schiffe oder Flugzeuge gehören, nach ihren Vorschriften festgesetzt.

3. Wenn nichts anderes vereinbart worden ist, schuldet die Postverwaltung des Landes, das die Militäreinheit zur Verfügung gestellt hat oder dem die Kriegsschiffe oder Militärflugzeuge gehören, den betreffenden Verwaltungen für die Kartenschlüsse Durchgangvergütungen, Endvergütungen und Luftbeförderungskosten.

Artikel 41

Feststellung der Haftung zwischen den Postverwaltungen

1. Bis zum Beweis des Gegenteils haftet diejenige Postverwaltung, welche die Sendung unbeanstandet übernommen hat und in den Besitz aller vorgeschriebenen Nachforschungsunterlagen gelangt ist, aber weder die Auslieferung an den Empfänger noch gegebenenfalls die ordnungsgemäße Weiterleitung an eine andere Verwaltung nachweisen kann.

2. Ist der Verlust, die Beraubung oder die Beschädigung während der Beförderung eingetreten, ohne dass festgestellt werden kann, im Hoheitsgebiet oder Dienstbereich welchen Landes sich der Vorfall ereignet hat, so tragen die beteiligten Verwaltungen den Schaden zu gleichen Teilen. Handelt es sich jedoch um ein gewöhnliches Paket und übersteigt die Entschädigung nicht den nach Artikel 34 Absatz 4.1 für Pakete von 1 Kilogramm errechneten Betrag, so wird diese zu gleichen Teilen von der Einlieferungsverwaltung und der Bestimmungsverwaltung unter Ausschluss der Durchgangsverwaltungen getragen.

3. Bei Wertsendungen geht die Haftung einer Verwaltung gegenüber den anderen Verwaltungen keinesfalls über den von ihr festgelegten Höchstbetrag der Wertangabe hinaus.

4. Postverwaltungen, die keinen Wertdienst ausführen, haften für in Kartenschlüssen beförderte Wertsendungen in demselben Umfang wie für Einschreibsendungen beziehungsweise gewöhnliche Pakete. Diese Bestimmung gilt auch, wenn die Postverwaltungen keine Haftung für Wertsendungen übernehmen, die mit den von ihnen benutzten Schiffen oder Flugzeugen befördert werden.

5. Ist der Verlust, die Beraubung oder die Beschädigung einer Wertsendung im Hoheitsgebiet oder Dienstbereich einer Durchgangsverwaltung eingetreten, die keinen Wertdienst ausführt, so trägt die Einlieferungsverwaltung den von der Durchgangsverwaltung nicht gedeckten Schaden. Diese Regelung gilt auch, wenn der Schaden über den von der Durchgangsverwaltung festgelegten Höchstbetrag der Wertangabe hinausgeht.

6. Zölle und andere Abgaben, die nicht niedergeschlagen werden konnten, gehen zulasten der Verwaltungen, die für den Verlust, die Beraubung oder die Beschädigung haften.

7. Die Verwaltung, die die Entschädigung gezahlt hat, tritt hinsichtlich aller möglichen Ansprüche gegen Empfänger, Absender

nit , dans les droits de la personne qui l'a reçue pour tout recours éventuel soit contre le destinataire, soit contre l'expéditeur ou contre des tiers.

Chapitre 3

Dispositions particulières à la poste aux lettres

Article 42

Objectifs en matière de qualité de service

1. Les administrations doivent fixer un délai pour le traitement des envois prioritaires et envois-avion ainsi que pour celui des envois non prioritaires et de surface à destination ou en provenance de leurs pays. Ce délai ne doit pas être moins favorable que celui appliqué aux envois comparables de leur service intérieur.

2. Les administrations d'origine doivent publier les objectifs en matière de qualité de service pour les envois prioritaires et envois-avion à destination de l'étranger en prenant comme point de repère les délais fixés par les administrations d'origine et de destination et comprenant le temps de transport.

3. Les administrations postales entreprennent de vérifier périodiquement le respect des délais établis soit dans le cadre des enquêtes organisées par le Bureau international ou par les Unions restreintes, soit sur la base d'accords bilatéraux.

4. Il est également souhaitable que les administrations postales vérifient périodiquement le respect des délais établis au moyen d'autres systèmes de contrôle, notamment des contrôles externes.

5. Autant que possible, les administrations appliquent des systèmes de contrôle de la qualité de service pour les dépêches de courrier international (aussi bien arrivant que partant); il s'agit d'une évaluation effectuée, dans la mesure du possible, à partir du dépôt jusqu'à la distribution (de bout en bout).

6. Tous les Pays-membres fournissent au Bureau international des informations actualisées sur les heures limites d'arrivée du moyen de transport (LTAT) qui leur servent de référence dans l'exploitation de leur service postal international. Ils avisent le Bureau international des changements éventuels dès que ceux-ci sont prévus afin de lui permettre de communiquer ces changements aux administrations postales avant l'application de ceux-ci.

7. Autant que possible, des informations doivent être fournies s par ement pour les flux de courrier prioritaire et non prioritaire.

Article 43

Dépôt à l'étranger d'envois de la poste aux lettres

1. Aucun Pays-membre n'est tenu d'acheminer ni de distribuer aux destinataires les envois de la poste aux lettres que des expéditeurs résidant sur son territoire déposent ou font déposer dans un pays étranger, en vue de bénéficier des conditions tarifaires plus favorables qui y sont appliquées.

2. Les dispositions prévues sous 1 s'appliquent sans distinction soit aux envois de la poste aux lettres préparés dans le pays de résidence de l'expéditeur et transportés ensuite à travers la frontière, soit aux envois de la poste aux lettres confectionnés dans un pays étranger.

3. L'administration de destination a le droit d'exiger de l'expéditeur et, à défaut, de l'administration de dépôt le paiement des tarifs intérieurs. Si ni l'expéditeur ni l'administration de dépôt n'accepte de payer ces tarifs dans un délai fixé par l'administration de destination, celle-ci peut soit renvoyer les envois à l'administration de dépôt en ayant le droit d'être remboursée des

oder Dritte bis zur Höhe dieser Entschädigung in die Rechte desjenigen ein, der die Entschädigung erhalten hat.

Kapitel 3

Besondere Bestimmungen für die Briefpost

Artikel 42

Ziele im Bereich der Dienstqualität

1. Die Verwaltungen müssen eine Frist für die Bearbeitung von Vorrang- und Luftpostsendungen sowie von Nichtvorrangsendungen und Sendungen des Land-/Seewegs nach oder aus ihrem Land festlegen. Diese Frist darf nicht ungünstiger ausfallen als die für vergleichbare Sendungen ihres Inlandsdienstes geltende Frist.

2. Die Einlieferungsverwaltungen müssen die Ziele im Bereich der Dienstqualität für Vorrangsendungen und Luftpostsendungen nach dem Ausland veröffentlichen und dabei von den Fristen ausgehen, die die Einlieferungs- und Bestimmungsverwaltungen festgelegt haben und die die Bef rderungszeiten mit einschließen.

3. Die Postverwaltungen prüfen in regelmäßigen Abständen nach, ob die vorgegebenen Fristen eingehalten werden, und zwar entweder im Rahmen der vom Internationalen Büro oder von den Engeren Vereinen durchgeführten Ermittlungen oder auf der Grundlage zweiseitiger Vereinbarungen.

4. Es ist ebenfalls anzustreben, dass die Postverwaltungen in regelmäßigen Abständen die Einhaltung der vorgegebenen Fristen mittels anderer Kontrollsysteme prüfen, insbesondere durch externe Kontrollen.

5. Nach Möglichkeit setzen die Verwaltungen Systeme zur Kontrolle der Dienstqualität für (eingehende und abgehende) Kartenschlüsse mit Auslandspost ein; hierbei soll möglichst die Laufzeit von der Einlieferung bis zur Zustellung (von Ende zu Ende) gemessen werden.

6. Alle Mitgliedsländer liefern dem Internationalen Büro aktualisierte Informationen über die Ankunftsschlusszeit des Beförderungsmittels (LTAT), auf die sie sich beim Betrieb ihres Auslandspostdienstes beziehen. Sie teilen dem Internationalen Büro mögliche Änderungen mit, sobald sie geplant sind, damit dieses die Postverwaltungen über die Änderungen informieren kann, bevor sie wirksam werden.

7. Nach Möglichkeit sind getrennte Informationen für Vorrangsendungs- und Nichtvorrangsendungsstr me zu liefern.

Artikel 43

Einlieferung von Briefsendungen im Ausland

1. Kein Mitgliedsland ist verpflichtet, Briefsendungen zu befördern oder den Empfängern auszuliefern, die in seinem Gebiet ansässige Absender im Ausland einliefern oder einliefern lassen, um aus den dort geltenden günstigeren Geb hrenverh ltnissen Nutzen zu ziehen.

2. Die in Absatz 1 vorgesehenen Bestimmungen gelten ohne Unterschied sowohl für Briefsendungen, die in dem Land, in dem der Absender ansässig ist, vorbereitet und anschließend über die Grenze gebracht werden, als auch für Briefsendungen, die in einem anderen Land versandfertig gemacht worden sind.

3. Die Bestimmungsverwaltung ist berechtigt, vom Absender oder, wenn dies nicht möglich ist, von der Einlieferungsverwaltung die Zahlung der Inlandsgebühren zu verlangen. Sind weder der Absender noch die Einlieferungsverwaltung bereit, diese Gebühren innerhalb einer von der Bestimmungsverwaltung festgesetzten Frist zu zahlen, so kann diese entweder die Sendun-

frais de renvoi, soit les traiter conformément à sa propre législation.

4. Aucun Pays-membre n'est tenu d'acheminer ni de distribuer aux destinataires les envois de la poste aux lettres que des expéditeurs ont déposés ou fait déposer en grande quantité dans un pays autre que celui où ils résident si le montant des frais terminaux à percevoir s'avère moins élevé que le montant qui aurait été perçu si les envois avaient été déposés dans le pays de résidence des expéditeurs. Les administrations de destination ont le droit d'exiger de l'administration de dépôt une rémunération en rapport avec les coûts supportés, qui ne pourra être supérieure au montant le plus élevé des deux formules suivantes: soit 80 % du tarif intérieur applicable à des envois équivalents, soit 0,14 DTS par envoi plus 1 DTS par kilogramme. Si l'administration de dépôt n'accepte pas de payer le montant réclamé dans un délai fixé par l'administration de destination, celle-ci peut soit retourner les envois à l'administration de dépôt en ayant le droit d'être remboursée des frais de renvoi, soit les traiter conformément à sa propre législation.

Article 44

Matières biologiques admissibles

1. Les matières biologiques périssables, les substances infectieuses et le gaz carbonique solide (neige carbonique), lorsqu'il est employé pour réfrigérer des substances infectieuses, ne peuvent être acheminés par le courrier que dans le cadre d'échanges entre des laboratoires qualifiés officiellement reconnus. Ces marchandises dangereuses peuvent être acceptées dans le courrier en vue de leur acheminement par avion, à condition que la législation nationale, les instructions techniques en vigueur de l'Organisation de l'aviation civile internationale (OACI) et les règlements de l'ATA concernant les marchandises dangereuses le permettent.

2. Les matières biologiques périssables et les substances infectieuses conditionnées et emballées selon les dispositions respectives du Règlement sont soumises au tarif des envois prioritaires ou au tarif des lettres et à la recommandation. Il est permis de soumettre le traitement postal de ces envois à l'acquittement d'une surtaxe.

2.1 L'admission de matières biologiques périssables et de substances infectieuses est limitée aux Pays-membres dont les administrations postales se sont déclarées d'accord pour accepter ces envois soit dans leurs relations réciproques, soit dans un seul sens.

2.2 Ces substances ou matières sont acheminées par la voie la plus rapide, normalement par la voie aérienne, sous réserve de l'acquittement des surtaxes aériennes correspondantes, et bénéficient de la priorité à la livraison.

Article 45

Courrier électronique

1. Les administrations postales peuvent convenir entre elles de participer aux services de courrier électronique.

2. Le courrier électronique est un service postal qui utilise la voie des télécommunications pour transmettre, conformes à l'original et en quelques secondes, des messages reçus de l'expéditeur sous forme physique ou électronique et qui doivent être remis au destinataire sous forme physique ou électronique. Dans le cas de la remise sous forme physique, les informations sont en général transmises par voie électronique sur la plus grande distance possible et reproduites sous forme physique aussi près que possible du destinataire. Les messages sous forme physique sont remis sous pli au destinataire comme envoi de la poste aux lettres.

gen an die Einlieferungsverwaltung zurückschicken – in diesem Fall hat sie Anspruch auf Erstattung der Kosten für die Rücksendung – oder nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit ihnen verfahren.

4. Kein Mitgliedsland ist verpflichtet, Briefsendungen zu befördern oder den Empfängern auszuliefern, die Absender in einem anderen Land als demjenigen, in dem sie ansässig sind, in großen Mengen eingeliefert haben oder haben einliefern lassen, wenn die hierfür fälligen Endvergütungen niedriger sind als der Betrag, der erhoben worden wäre, wenn die Sendungen in dem Land eingeliefert worden wären, in dem die Absender ansässig sind. Die Bestimmungsverwaltungen sind berechtigt, von der Einlieferungsverwaltung eine mit den entstandenen Kosten in Beziehung stehende Vergütung zu verlangen, die jedoch den höheren der zwei nach den beiden folgenden Verfahren berechneten Beträge nicht überschreiten darf: entweder 80% der Inlandsgebühr für vergleichbare Sendungen oder 0,14 SZR je Sendung zuzüglich 1 SZR je Kilogramm. Ist die Einlieferungsverwaltung nicht bereit, den geforderten Betrag innerhalb einer von der Bestimmungsverwaltung festgesetzten Frist zu zahlen, so kann diese entweder die Sendungen an die Einlieferungsverwaltung zurückschicken – in diesem Fall hat sie Anspruch auf Erstattung der Kosten für die Rücksendung – oder nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit ihnen verfahren.

Artikel 44

Zulässige biologische Stoffe

1. Leicht verderbliche biologische Stoffe, infektiöse Stoffe und das zur Kühlung infektiöser Stoffe verwendete feste Kohlendioxid (Trockeneis) dürfen nur im Rahmen eines Austauschs zwischen amtlich anerkannten einschlägigen Laboratorien mit der Briefpost befördert werden. Diese gefährlichen Güter dürfen zwecks Beförderung auf dem Luftweg unter der Voraussetzung als Briefsendungen angenommen werden, dass die innerstaatlichen Rechtsvorschriften, die geltenden technischen Anweisungen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) und die IATA-Gefahrgutvorschriften dies zulassen.

2. Leicht verderbliche biologische Stoffe und infektiöse Stoffe, die in Beschaffenheit und Verpackung den einschlägigen Vorschriften der Ergänzenden Bestimmungen entsprechen, unterliegen der Gebühr für Vorrangsendungen oder Briefe und sind eingeschrieben zu versenden. Für die postbetriebliche Behandlung dieser Sendungen darf ein Zuschlag erhoben werden.

2.1 Leicht verderbliche biologische Stoffe und infektiöse Stoffe sind nur im Verkehr zwischen Mitgliedsländern zugelassen, deren Postverwaltungen sich bereit erklärt haben, solche Sendungen entweder im gegenseitigen Verkehr oder nur in einer Richtung entgegenzunehmen.

2.2 Diese Stoffe werden auf dem schnellsten Beförderungsweg, normalerweise auf dem Luftweg, befördert, sofern die entsprechenden Luftpostzuschläge entrichtet worden sind; sie werden mit Vorrang ausgeliefert.

Artikel 45

Elektronischer Briefdienst

1. Die Postverwaltungen können miteinander vereinbaren, am elektronischen Briefdienst teilzunehmen.

2. Der elektronische Briefdienst ist ein Postdienst; er benutzt Telekommunikationswege für die originalgetreue und sekunden-schnelle Übermittlung von Nachrichten, die vom Absender körperlich oder elektronisch eingeliefert werden und dem Empfänger körperlich oder elektronisch ausgeliefert werden sollen. Bei der körperlichen Auslieferung werden die Informationen im Allgemeinen möglichst weit elektronisch übermittelt und möglichst empfangernah körperlich wiedergegeben. Körperliche Mitteilungen werden dem Empfänger unter Umschlag als Briefsendung ausgeliefert.

3. Les tarifs relatifs au courrier électronique sont fixés par les administrations en considération des coûts et des exigences du marché.

Article 46

Frais de transit

1. Sous réserve de l'article 52, les dépêches closes échangées entre deux administrations ou entre deux bureaux du même pays au moyen des services d'une ou de plusieurs autres administrations (services tiers) sont soumises au paiement des frais de transit. Ceux-ci constituent une rétribution pour les prestations concernant le transit territorial, le transit maritime et le transit aérien.

2. Les envois à découvert peuvent également être soumis à des frais de transit.

3. Les modalités d'application et les barèmes ressortent du Règlement de la poste aux lettres.

Article 47

Frais terminaux. Dispositions générales

1. Sous réserve de l'article 52, chaque administration qui reçoit d'une autre administration des envois de la poste aux lettres a le droit de percevoir de l'administration expéditrice une rémunération pour les frais occasionnés par le courrier international reçu.

2. Pour l'application des dispositions concernant la rémunération des frais terminaux, les administrations postales sont classées comme «pays industrialisés» ou «pays en développement», conformément à la liste établie à cet effet par le Congrès.

3. Les dispositions de la présente Convention concernant le paiement des frais terminaux constituent des mesures transitoires conduisant à l'adoption d'un système de paiement tenant compte d'éléments propres à chaque pays.

4. Accès au régime intérieur

4.1 Chaque administration met à la disposition des autres administrations l'ensemble des tarifs, termes et conditions qu'elle offre dans son régime intérieur, dans des conditions identiques, à ses clients nationaux.

4.2 Une administration expéditrice peut, à des conditions comparables, demander à l'administration d'un pays industrialisé de destination de bénéficier des mêmes conditions que cette dernière a prévues avec ses clients nationaux pour des envois équivalents.

4.3 Les administrations des pays en développement doivent indiquer si elles autorisent l'accès aux conditions mentionnées sous 4.1.

4.3.1 Lorsqu'une administration d'un pays en développement déclare autoriser l'accès aux conditions offertes dans son régime intérieur, cette autorisation s'applique à l'ensemble des administrations de l'Union de manière non discriminatoire.

4.4 Il appartient à l'administration de destination de décider si les conditions d'accès à son régime intérieur sont remplies par l'administration d'origine.

5. Les taux des frais terminaux du courrier en nombre ne doivent pas être supérieurs aux taux les plus favorables appliqués par l'administration de destination en vertu d'arrangements bilatéraux ou multilatéraux concernant les frais terminaux. Il appartient à l'administration de destination de juger si l'administration d'origine a rempli ou non les conditions d'accès.

6. Le Conseil d'exploitation postale est autorisé à modifier les rémunérations mentionnées aux articles 48 à 51 dans l'intervalle entre deux Congrès. La révision qui pourrait être faite devra s'appuyer sur des données économiques et financières fiables et représentatives et prendre en considération l'ensemble des dispositions sur les frais terminaux de la Convention et du Règle-

3. Die Gebühren des elektronischen Briefdienstes werden von den Verwaltungen unter Berücksichtigung der Kosten und der Markterfordernisse festgesetzt.

Artikel 46

Durchgangsvergütungen

1. Vorbehaltlich des Artikels 52 sind für Kartenschlüsse, die zwischen zwei Verwaltungen oder zwischen zwei Ämtern desselben Landes durch Vermittlung einer oder mehrerer anderer Verwaltungen (Dienste Dritter) ausgetauscht werden, Durchgangsvergütungen zu zahlen. Hierbei handelt es sich um ein Entgelt für die im Zusammenhang mit der Durchgangsbeförderung auf dem Land-, See- und Luftweg erbrachten Leistungen.

2. Auch für Sendungen des offenen Durchgangs können Durchgangsvergütungen gefordert werden.

3. Die Durchführungsmodalitäten und die Vergütungssätze sind in den Ergänzenden Briefpostbestimmungen festgelegt.

Artikel 47

Endvergütungen. Allgemeine Bestimmungen

1. Vorbehaltlich des Artikels 52 ist jede Verwaltung, die von einer anderen Verwaltung Briefsendungen erhält, berechtigt, von der Absendeverwaltung eine Vergütung für die Kosten zu verlangen, die ihr durch die eingegangene Auslandspost entstehen.

2. Im Hinblick auf die Anwendung der Bestimmungen über die Zahlung der Endvergütungen werden die Postverwaltungen als „Industrielländer“ oder „Entwicklungsländer“ gemäß der vom Kongress zu diesem Zweck erstellten Liste eingestuft.

3. Die Bestimmungen dieses Vertrags über die Zahlung der Endvergütungen sind Übergangsmaßnahmen, die zur Einführung eines Zahlungssystems führen sollen, das sich an den spezifischen Gegebenheiten jedes einzelnen Landes orientiert.

4. Zugang zum Inlandsdienst

4.1 Jede Verwaltung stellt den anderen Verwaltungen sämtliche Tarife, Bestimmungen und Konditionen zur Verfügung, die sie ihren inländischen Kunden unter den gleichen Bedingungen in ihrem Inlandsdienst anbietet.

4.2 Eine Absendeverwaltung kann unter vergleichbaren Bedingungen von der Verwaltung eines Bestimmungslandes, das ein Industrieland ist, verlangen, dass sie dieselben Bedingungen in Anspruch nehmen darf, die die Bestimmungsverwaltung für vergleichbare Sendungen zugunsten ihrer inländischen Kunden vorsieht.

4.3 Die Verwaltungen der Entwicklungsländer müssen bekannt geben, ob sie den Zugang unter den in Absatz 4.1 genannten Bedingungen erlauben.

4.3.1 Erklärt die Verwaltung eines Entwicklungslandes, dass sie den Zugang zu den in ihrem Inlandsdienst angebotenen Bedingungen erlaubt, so ist diese Erlaubnis ohne Diskriminierung auf alle Verwaltungen des Weltpostvereins anzuwenden.

4.4 Die Bestimmungsverwaltung entscheidet, ob die Einlieferungsverwaltung die Voraussetzungen für den Zugang zu ihrem Inlandsdienst erfüllt.

5. Die Endvergütungssätze für Massensendungen dürfen nicht höher sein als die günstigsten Sätze, die die Bestimmungsverwaltung auf der Grundlage zwei- oder mehrseitiger Vereinbarungen über Endvergütungen anwendet. Die Bestimmungsverwaltung befindet darüber, ob die Einlieferungsverwaltung die Zugangsvoraussetzungen erfüllt hat oder nicht.

6. Der Rat für Postbetrieb darf die in den Artikeln 48 bis 51 genannten Vergütungen in der Zeit zwischen zwei Kongressen ändern. Die gegebenenfalls durchgeführte Überprüfung muss sich auf zuverlässige und repräsentative Wirtschafts- und Finanzdaten stützen und alle im Weltpostvertrag und in den Ergänzenden Briefpostbestimmungen enthaltenen Endvergü-

ment de la poste aux lettres. La modification éventuelle qui pourrait être décidée entrera en vigueur à une date fixée par le conseil d'exploitation postale.

7. Toute administration peut renoncer totalement ou partiellement à la rémunération prévue sous 1.

8. Les administrations intéressées peuvent, par accord bilatéral ou multilatéral, appliquer d'autres systèmes de rémunération pour le règlement des comptes au titre des frais terminaux.

Article 48

Frais terminaux. Dispositions applicables aux échanges entre pays industrialisés

1. La rémunération pour les envois de la poste aux lettres, y compris le courrier en nombre, à l'exclusion des sacs M, est établie d'après l'application des taux par envoi et par kilogramme reflétant les coûts de traitement dans le pays de destination; ces coûts doivent être en relation avec les tarifs intérieurs. Le calcul des taux s'effectue selon les conditions précisées dans le Règlement de la poste aux lettres.

2. Pour les années 2001 à 2003, les taux par envoi et par kilogramme ne pourront être supérieurs à ceux qui ont été calculés à partir de 60 % de la taxe d'une lettre de 20 grammes du régime intérieur, ni dépasser les taux suivants:

2.1 pour l'année 2001, 0,158 DTS par envoi et 1,684 DTS par kilogramme;

2.2 pour l'année 2002, 0,172 DTS par envoi et 1,684 DTS par kilogramme;

2.3 pour l'année 2003, 0,215 DTS par envoi et 1,684 DTS par kilogramme.

3. Pour les années 2004 et 2005, le Conseil d'exploitation postale déterminera le pourcentage final des tarifs approprié à chaque pays industrialisé en fonction des relations entre les coûts et les tarifs de chaque pays.

4. Pour la période de 2001 à 2005, les taux à appliquer ne pourront pas être inférieurs à 0,147 DTS par envoi et 1,491 DTS par kilogramme.

5. Pour les sacs M, le taux à appliquer est de 0,653 DTS par kilogramme.

5.1 Les sacs M de moins de 5 kilogrammes sont considérés comme pesant 5 kilogrammes pour la rémunération des frais terminaux.

6. L'administration de destination a le droit de percevoir une rémunération supplémentaire de 0,5 DTS par envoi au titre de la distribution des envois recommandés et de 1 DTS par envoi au titre de la distribution des envois avec valeur déclarée.

7. Les dispositions prévues entre pays industrialisés s'appliquent à tout pays en développement déclarant vouloir s'y conformer et souhaitant être considéré comme un pays industrialisé pour les effets des dispositions des articles 48 à 50 et de celles du Règlement de la poste aux lettres s'y rapportant.

Article 49

Frais terminaux. Dispositions applicables aux flux de courrier des pays en développement à destination des pays industrialisés

1. Rémunération

1.1 La rémunération pour les envois de la poste aux lettres, à l'exclusion des sacs M, est de 3,427 DTS par kilogramme.

1.2 Pour les sacs M, le taux à appliquer est de 0,653 DTS par kilogramme.

tungsregelungen berücksichtigen. Die gegebenenfalls beschlossene Änderung tritt zu einem vom Rat für Postbetrieb festgesetzten Zeitpunkt in Kraft.

7. Jede Verwaltung kann ganz oder teilweise auf die in Absatz 1 vorgesehene Vergütung verzichten.

8. Die beteiligten Verwaltungen können im Rahmen zwei- oder mehrseitiger Vereinbarungen bei der Abrechnung der Endvergütungen andere Vergütungssysteme anwenden.

Artikel 48

Endvergütungen. Bestimmungen für den Verkehr zwischen Industrieländern

1. Die Vergütung für Briefsendungen einschließlich Massensendungen und ausschließlich M-Beutel wird durch Anwendung der Vergütungssätze je Sendung und je Kilogramm ermittelt, die sich an den Bearbeitungskosten im Bestimmungsland orientieren; diese Kosten müssen mit den Inlandstarifen in Beziehung stehen. Die Vergütungssätze werden nach den in den Ergänzenden Briefpostbestimmungen im Einzelnen festgelegten Bedingungen berechnet.

2. Für die Jahre 2001 bis 2003 dürfen die Vergütungssätze je Sendung und je Kilogramm nicht höher sein als die Vergütungssätze, die auf der Grundlage von 60 Prozent der Gebühr für einen Inlandsbrief von 20 Gramm errechnet wurden, noch dürfen sie folgende Vergütungssätze überschreiten:

2.1 für das Jahr 2001: 0,158 SZR je Sendung und 1,684 SZR je Kilogramm;

2.2 für das Jahr 2002: 0,172 SZR je Sendung und 1,684 SZR je Kilogramm;

2.3 für das Jahr 2003: 0,215 SZR je Sendung und 1,684 SZR je Kilogramm.

3. Für die Jahre 2004 und 2005 wird der Rat für Postbetrieb für alle Industrieländer, abhängig von dem Verhältnis zwischen Kosten und Gebühren in diesen Ländern, den endgültigen prozentualen Anteil an den Gebühren festsetzen.

4. Für den Zeitraum von 2001 bis 2005 dürfen die anzuwendenden Vergütungssätze 0,147 SZR je Sendung und 1,491 SZR je Kilogramm nicht unterschreiten.

5. Für M-Beutel gilt ein Vergütungssatz von 0,653 SZR je Kilogramm.

5.1 Im Hinblick auf die Zahlung der Endvergütungen wird bei M-Beuteln unter 5 Kilogramm ein Gewicht von 5 Kilogramm unterstellt.

6. Die Bestimmungsverwaltung darf für die Auslieferung von Einschreibsendungen eine zusätzliche Vergütung von 0,5 SZR je Sendung und für die Auslieferung von Wertsendungen eine zusätzliche Vergütung von 1 SZR je Sendung erheben.

7. Die für den Verkehr zwischen Industrieländern vorgesehenen Bestimmungen gelten für jedes Entwicklungsland, das erklärt, dass es sich an diese Bestimmungen halten möchte, und das im Hinblick auf die Wirkungen der Bestimmungen der Artikel 48 bis 50 und der einschlägigen Regelungen der Ergänzenden Briefpostbestimmungen als Industrieland angesehen werden möchte.

Artikel 49

Endvergütungen. Bestimmungen für Sendungsströme aus Entwicklungsländern nach Industrieländern

1. Vergütung

1.1 Die Vergütung für Briefsendungen mit Ausnahme von M-Beuteln beträgt 3,427 SZR je Kilogramm.

1.2 Für M-Beutel gilt ein Vergütungssatz von 0,653 SZR je Kilogramm.

1.2.1 Les sacs M de moins de 5 kilogrammes sont considérés comme pesant 5 kilogrammes pour la rémunération des frais terminaux.

1.3 L'administration de destination a le droit de percevoir une rémunération supplémentaire de 0,5 DTS par envoi au titre de la distribution des envois recommandés et de 1 DTS par envoi au titre de la distribution des envois avec valeur déclarée.

2. Mécanisme de révision

2.1 Une administration expéditrice d'un flux de courrier de plus de 150 tonnes par an peut obtenir la révision du taux indiqué sous 1.1 lorsque, dans une relation donnée, elle constate que le nombre moyen d'envois contenus dans un kilogramme de courrier expédié est inférieur à 14.

2.2 Une administration destinataire d'un flux de courrier de plus de 150 tonnes par an peut obtenir la révision du taux indiqué sous 1.1 lorsque, dans une relation donnée, elle constate que le nombre moyen d'envois contenus dans un kilogramme de courrier reçu est supérieur à 21.

2.3 La révision est effectuée selon les conditions précisées dans le Règlement de la poste aux lettres.

3. Mécanisme d'harmonisation des systèmes

3.1 Lorsqu'une administration destinataire d'un flux de courrier de plus de 50 tonnes par an constate que le poids annuel de ce flux dépasse le seuil calculé selon les conditions précisées au Règlement de la poste aux lettres, elle peut appliquer au courrier excédant ce seuil le système de rémunération prévu à l'article 48, à condition qu'elle n'ait pas appliqué le mécanisme de révision.

4. Courrier en nombre

4.1 La rémunération pour le courrier en nombre est établie d'après l'application des taux par envoi et par kilogramme prévus à l'article 48.1.

Article 50

Frais terminaux. Dispositions applicables aux flux de courrier des pays industrialisés à destination des pays en développement

1. Rémunération

1.1 La rémunération pour les envois de la poste aux lettres, à l'exclusion des sacs M, est de 3,427 DTS par kilogramme.

1.1.1 Les frais terminaux découlant de l'application du taux indiqué sous 1.1 sont majorés de 7,5 % au titre d'un fonds pour le financement de l'amélioration de la qualité de service dans les pays en développement.

1.2 Pour les sacs M, le taux à appliquer est de 0,653 DTS par kilogramme.

1.2.1 Les sacs M de moins de 5 kilogrammes sont considérés comme pesant 5 kilogrammes pour la rémunération des frais terminaux.

1.3 L'administration de destination a le droit de percevoir une rémunération supplémentaire de 0,5 DTS par envoi au titre de la distribution des envois recommandés et de 1 DTS par envoi au titre de la distribution des envois avec valeur déclarée.

2. Mécanisme de révision

2.1 Une administration destinataire d'un flux de courrier de plus de 150 tonnes par an peut obtenir la révision du taux lorsque, dans une relation donnée, elle constate que le nombre moyen d'envois contenus dans un kilogramme de courrier reçu est supérieur à 21.

2.2 La révision est effectuée selon les conditions précisées dans le Règlement de la poste aux lettres.

1.2.1 Im Hinblick auf die Zahlung der Endvergütungen wird bei M-Beuteln unter 5 Kilogramm ein Gewicht von 5 Kilogramm unterstellt.

1.3 Die Bestimmungsverwaltung darf für die Auslieferung von Einschreibsendungen eine zusätzliche Vergütung von 0,5 SZR je Sendung und für die Auslieferung von Wertsendungen eine zusätzliche Vergütung von 1 SZR je Sendung erheben.

2. Überprüfungsverfahren

2.1 Eine Verwaltung, die jährlich mehr als 150 Tonnen Briefpost absendet, kann eine Überprüfung des in Absatz 1.1 genannten Vergütungssatzes herbeiführen, wenn sie feststellt, dass in einer gegebenen Verkehrsbeziehung die durchschnittliche Anzahl von Sendungen in einem Kilogramm abgesandter Briefpost unter 14 liegt.

2.2 Eine Verwaltung, die jährlich mehr als 150 Tonnen Briefpost erhält, kann eine Überprüfung des in Absatz 1.1 genannten Vergütungssatzes herbeiführen, wenn sie feststellt, dass in einer gegebenen Verkehrsbeziehung die durchschnittliche Anzahl von Sendungen in einem Kilogramm eingegangener Briefpost über 21 liegt.

2.3 Die Überprüfung erfolgt unter den in den Ergänzenden Briefpostbestimmungen im Einzelnen festgelegten Bedingungen.

3. Verfahren für die Harmonisierung der Systeme

3.1 Stellt eine Verwaltung, die jährlich mehr als 50 Tonnen Briefpost erhält, fest, dass das jährliche Gewicht dieser Briefpost den Grenzwert überschreitet, der nach den in den Ergänzenden Briefpostbestimmungen im Einzelnen festgelegten Bedingungen ermittelt wird, so darf sie auf den diesen Wert überschreitenden Teil der Briefpost das in Artikel 48 vorgesehene Vergütungssystem anwenden, sofern sie nicht das Überprüfungsverfahren angewandt hat.

4. Massensendungen

4.1 Die Vergütung für Massensendungen wird durch Anwendung der in Artikel 48 Absatz 1 vorgesehenen Vergütungssätze je Sendung und je Kilogramm ermittelt.

Artikel 50

Endvergütungen. Bestimmungen für Sendungsströme aus Industrieländern nach Entwicklungsländern

1. Vergütung

1.1 Die Vergütung für Briefsendungen mit Ausnahme von M-Beuteln beträgt 3,427 SZR je Kilogramm.

1.1.1 Die Endvergütungen, die sich aus der Anwendung des in Absatz 1.1 genannten Vergütungssatzes ergeben, werden zugunsten eines Fonds zur Finanzierung der Verbesserung der Dienstqualität in den Entwicklungsländern um 7,5% erhöht.

1.2 Für M-Beutel gilt ein Vergütungssatz von 0,653 SZR je Kilogramm.

1.2.1 Im Hinblick auf die Zahlung der Endvergütungen wird bei M-Beuteln unter 5 Kilogramm ein Gewicht von 5 Kilogramm unterstellt.

1.3 Die Bestimmungsverwaltung darf für die Auslieferung von Einschreibsendungen eine zusätzliche Vergütung von 0,5 SZR je Sendung und für die Auslieferung von Wertsendungen eine zusätzliche Vergütung von 1 SZR je Sendung erheben.

2. Überprüfungsverfahren

2.1 Eine Verwaltung, die jährlich mehr als 150 Tonnen Briefpost erhält, kann eine Überprüfung des Vergütungssatzes herbeiführen, wenn sie feststellt, dass in einer gegebenen Verkehrsbeziehung die durchschnittliche Anzahl von Sendungen in einem Kilogramm eingegangener Briefpost über 21 liegt.

2.2 Die Überprüfung erfolgt unter den in den Ergänzenden Briefpostbestimmungen im Einzelnen festgelegten Bedingungen.

3. Courrier en nombre

3.1 Les administrations qui n'autorisent pas l'accès aux conditions offertes dans le régime intérieur peuvent demander, pour le courrier en nombre reçu, une rémunération de 0,14 DTS par envoi et de 1 DTS par kilogramme.

3.2 Les administrations qui autorisent l'accès aux conditions offertes dans le régime intérieur peuvent appliquer au courrier en nombre reçu une rémunération correspondant aux tarifs intérieurs, majorés de 9 %, offerts aux clients nationaux pour les envois de l'espèce, sans pouvoir dépasser les taux indiqués à l'article 48.2.

Article 51**Frais terminaux. Dispositions applicables aux échanges entre pays en développement**

1. Rémunération

1.1 La rémunération pour les envois de la poste aux lettres, à l'exclusion des sacs M, est de 3,427 DTS par kilogramme.

1.2 Pour les sacs M, le taux à appliquer est de 0,653 DTS par kilogramme.

1.2.1 Les sacs M de moins de 5 kilogrammes sont considérés comme pesant 5 kilogrammes pour la rémunération des frais terminaux.

1.3 L'administration de destination a le droit de percevoir une rémunération supplémentaire de 0,5 DTS par envoi au titre de la distribution des envois recommandés et de 1 DTS par envoi au titre de la distribution des envois avec valeur déclarée.

2. Mécanisme de révision

2.1 Une administration destinataire d'un flux de courrier de plus de 150 tonnes par an peut obtenir la révision du taux lorsque, dans une relation donnée, elle constate que le nombre moyen d'envois contenus dans un kilogramme de courrier reçu est supérieur à 21.

2.2 La révision est effectuée selon les conditions précisées dans le Règlement de la poste aux lettres.

3. Courrier en nombre

3.1 Les administrations qui n'autorisent pas l'accès aux conditions offertes dans le régime intérieur peuvent demander, pour le courrier en nombre reçu, une rémunération de 0,14 DTS par envoi et de 1 DTS par kilogramme.

3.2 Les administrations qui autorisent l'accès aux conditions offertes dans le régime intérieur peuvent appliquer au courrier en nombre reçu une rémunération correspondant aux tarifs intérieurs, majorés de 9 %, offerts aux clients nationaux pour les envois de l'espèce, sans pouvoir dépasser les taux indiqués à l'article 48.2.

Article 52**Exemption de frais de transit et de frais terminaux**

1. Sont exempts des frais de transit territorial ou maritime et des frais terminaux les envois de la poste aux lettres relatifs au service postal mentionnés à l'article 8.2.2 et les envois postaux non distribués retournés à l'origine dans des dépêches closes. Les envois de récipiends vides sont exempts des frais terminaux, mais non pas des frais de transit dont le paiement incombe à l'administration postale propriétaire des récipiends.

Article 53**Frais de transport aérien**

1. Les frais de transport pour tout le parcours aérien sont:

1.1 lorsqu'il s'agit de dépêches closes, à la charge de l'administration du pays d'origine;

3. Massensendungen

3.1 Verwaltungen, die keinen Zugang zu den im Inlandsdienst angebotenen Bedingungen gewähren, dürfen für eingegangene Massensendungen eine Vergütung von 0,14 SZR je Sendung und 1 SZR je Kilogramm verlangen.

3.2 Verwaltungen, die Zugang zu den im Inlandsdienst angebotenen Bedingungen gewähren, dürfen auf eingegangene Massensendungen eine Vergütung in Höhe der den inländischen Kunden für vergleichbare Sendungen angebotenen Inlandstarife zuzüglich 9 Prozent anwenden; sie dürfen jedoch die in Artikel 48 Absatz 2 genannten Vergütungssätze nicht überschreiten.

Artikel 51**Endvergütungen. Bestimmungen für den Verkehr zwischen Entwicklungsländern**

1. Vergütung

1.1 Die Vergütung für Briefsendungen mit Ausnahme von M-Beuteln beträgt 3,427 SZR je Kilogramm.

1.2 Für M-Beutel gilt ein Vergütungssatz von 0,653 SZR je Kilogramm.

1.2.1 Im Hinblick auf die Zahlung der Endvergütungen wird bei M-Beuteln unter 5 Kilogramm ein Gewicht von 5 Kilogramm unterstellt.

1.3 Die Bestimmungsverwaltung darf für die Auslieferung von Einschreibsendungen eine zusätzliche Vergütung von 0,5 SZR je Sendung und für die Auslieferung von Wertsendungen eine zusätzliche Vergütung von 1 SZR je Sendung erheben.

2. Überprüfungsverfahren

2.1 Eine Verwaltung, die jährlich mehr als 150 Tonnen Briefpost erhält, kann eine Überprüfung des Vergütungssatzes herbeiführen, wenn sie feststellt, dass in einer gegebenen Verkehrsbeziehung die durchschnittliche Anzahl von Sendungen in einem Kilogramm eingegangener Briefpost über 21 liegt.

2.2 Die Überprüfung erfolgt unter den in den Ergänzenden Briefpostbestimmungen im Einzelnen festgelegten Bedingungen.

3. Massensendungen

3.1 Verwaltungen, die keinen Zugang zu den im Inlandsdienst angebotenen Bedingungen gewähren, dürfen für eingegangene Massensendungen eine Vergütung von 0,14 SZR je Sendung und 1 SZR je Kilogramm verlangen.

3.2 Verwaltungen, die Zugang zu den im Inlandsdienst angebotenen Bedingungen gewähren, dürfen auf eingegangene Massensendungen eine Vergütung in Höhe der den inländischen Kunden für vergleichbare Sendungen angebotenen Inlandstarife zuzüglich 9 Prozent anwenden; sie dürfen jedoch die in Artikel 48 Absatz 2 genannten Vergütungssätze nicht überschreiten.

Artikel 52**Befreiung von Durchgangs- und Endvergütungen**

1. Postdienstliche Briefsendungen nach Artikel 8 Absatz 2.2 und in Kartenschlüssen in das Einlieferungsland zurückgesandte nicht zugestellte Postsendungen sind von Land- und Seedurchgangsvergütungen sowie Endvergütungen befreit. Versande mit leeren Behältnissen sind von Endvergütungen, jedoch nicht von Durchgangsvergütungen befreit; diese sind von der Postverwaltung zu zahlen, der die Behältnisse gehören.

Artikel 53**Luftbeförderungskosten**

1. Die Beförderungskosten für die gesamte Luftbeförderungsstrecke trägt

1.1 bei Kartenschlüssen die Verwaltung des Absendelandes;

1.2 lorsqu'il s'agit d'envois prioritaires et d'envois-avion en transit à découvert, y compris ceux qui sont mal acheminés, à la charge de l'administration qui remet les envois à une autre administration.

2. Ces mêmes règles sont applicables aux envois exempts de frais de transit territorial et maritime, aux termes de l'article 52, s'ils sont acheminés par avion.

3. Chaque administration de destination qui assure le transport aérien du courrier international à l'intérieur de son pays a droit au remboursement des coûts supplémentaires occasionnés par ce transport, pourvu que la distance moyenne pondérée des parcours effectués dépasse 300 kilomètres. Sauf accord prévoyant la gratuité, les frais doivent être uniformes pour toutes les dépêches prioritaires et les dépêches-avion provenant de l'étranger, que ce courrier soit réacheminé ou non par voie aérienne.

4. Cependant, lorsque la compensation des frais terminaux perçue par l'administration de destination est fondée spécifiquement sur les coûts ou sur les tarifs intérieurs, aucun remboursement supplémentaire au titre des frais de transport aérien intérieur n'est effectué.

5. L'administration de destination exclut, en vue du calcul de la distance moyenne pondérée, le poids de toutes les dépêches pour lesquelles le calcul de la compensation des frais terminaux est spécifiquement fondé sur les coûts ou sur les tarifs intérieurs de l'administration de destination.

6. Sauf entente spéciale entre les administrations intéressées, les barèmes des frais de transit figurant dans le Règlement s'appliquent aux dépêches-avion pour leurs parcours territoriaux ou maritimes éventuels. Toutefois, ne donnent lieu à aucun paiement de frais de transit territorial:

6.1 le transbordement des dépêches-avion entre deux aéroports desservant une même ville;

6.2 le transport de ces dépêches entre un aéroport desservant une ville et un entrepôt situé dans cette même ville et le retour de ces dépêches en vue de leur réacheminement.

Article 54

Taux de base et calcul des frais de transport aérien

1. Le taux de base à appliquer au règlement des comptes entre administrations au titre des transports aériens est approuvé par le Conseil d'exploitation postale. Il est calculé par le Bureau international d'après la formule spécifiée dans le Règlement de la poste aux lettres.

2. Le calcul des frais de transport aérien des dépêches closes, des envois prioritaires et des envois-avion en transit à découvert, de même que les modes de décompte y relatifs, ressortent du Règlement de la poste aux lettres.

Chapitre 4

Dispositions particulières aux colis postaux

Article 55

Objectifs en matière de qualité de service

1. Les administrations de destination doivent fixer un délai pour le traitement des colis-avion à destination de leur pays. Ce délai, augmenté du temps normalement requis pour le dédouanement, ne doit pas être moins favorable que celui appliqué aux envois comparables de leur service intérieur.

1.2 bei Vorrangsendungen und Luftpostsendungen des offenen Durchgangs, einschließlich der fehlgeleiteten, die Verwaltung, die die Sendungen einer anderen Verwaltung übergibt.

2. Die gleiche Regelung gilt für die nach Artikel 52 von Land- und Seedurchgangsvergütungen befreiten Sendungen, wenn sie auf dem Luftweg befördert werden.

3. Jede Bestimmungsverwaltung, die Auslandspost innerhalb ihres Landes auf dem Luftweg befördert, hat Anspruch auf Erstattung der durch diese Beförderung verursachten zusätzlichen Kosten, sofern die gewichtete Durchschnittslänge der tatsächlich zurückgelegten Beförderungsstrecken 300 Kilometer überschreitet. Sofern keine Unentgeltlichkeit vereinbart worden ist, müssen die Kosten für alle aus dem Ausland eingehenden Vorrangkartenschlüsse und Luftpostkartenschlüsse einheitlich sein, und zwar unabhängig davon, ob diese Post auf dem Luftweg weitergeleitet wird oder nicht.

4. Orientieren sich die von der Bestimmungsverwaltung vereinnahmten Endvergütungen jedoch spezifisch an den Kosten oder den Inlandstarifen, so erfolgen keinerlei weitere Vergütungen im Zusammenhang mit den im Inland anfallenden Luftbeförderungskosten.

5. Bei der Berechnung der gewichteten Durchschnittsentfernung lässt die Bestimmungsverwaltung das Gewicht aller Kartenschlüsse außer Betracht, bei denen sich die Berechnung der Endvergütungen spezifisch an den Kosten oder den Inlandstarifen der Bestimmungsverwaltung orientiert.

6. Wenn die beteiligten Verwaltungen nichts anderes vereinbart haben, gelten für die möglichen Land- oder Seebeförderungsstrecken von Luftpostkartenschlüssen die in den Ergänzenden Bestimmungen aufgeführten Durchgangsvergütungssätze. Landdurchgangsvergütungen sind jedoch nicht zu zahlen für

6.1 das Umladen von Luftpostkartenschlüssen zwischen zwei Flughäfen, die dieselbe Stadt versorgen;

6.2 die Beförderung dieser Kartenschlüsse von einem Flughafen, der eine Stadt versorgt, zu einer in derselben Stadt gelegenen Umschlagstelle und den Rücktransport derselben Kartenschlüsse zwecks Weiterleitung.

Artikel 54

Grundvergütungssätze und Berechnung der Luftbeförderungskosten

1. Der Grundvergütungssatz, der bei der zwischen Verwaltungen erfolgenden Abrechnung für die Luftbeförderung anzuwenden ist, wird vom Rat für Postbetrieb genehmigt. Er wird vom Internationalen Büro nach der in den Ergänzenden Briefpostbestimmungen spezifizierten Formel berechnet.

2. Einzelheiten zur Berechnung der Luftbeförderungskosten für Kartenschlüsse, Vorrangsendungen und Luftpostsendungen des offenen Durchgangs sowie zu den entsprechenden Abrechnungsverfahren sind in den Ergänzenden Briefpostbestimmungen festgelegt.

Kapitel 4

Besondere Bestimmungen für Postpakete

Artikel 55

Ziele im Bereich der Dienstqualität

1. Die Bestimmungsverwaltungen müssen eine Frist für die Bearbeitung von Luftpostpaketen nach ihrem Land festlegen. Diese Frist, der die normalerweise für die Verzollung erforderliche Zeit hinzugerechnet wird, darf nicht ungünstiger ausfallen als die für vergleichbare Sendungen ihres Inlandsdienstes geltende Frist.

2. Les administrations de destination doivent également, autant que possible, fixer un délai pour le traitement des colis de surface à destination de leur pays.

3. Les administrations d'origine fixent des objectifs en matière de qualité pour les colis-avion et les colis de surface à destination de l'étranger, en prenant comme point de repère les délais fixés par les administrations de destination.

4. Les administrations vérifient les résultats effectifs par rapport aux objectifs qu'elles ont fixés en matière de qualité de service.

Article 56

Quote-part territoriale d'arrivée

1. Les colis échangés entre deux administrations postales sont soumis aux quotes-parts territoriales d'arrivée pour chaque pays et pour chaque colis, calculées en combinant le taux indicatif par colis et le taux indicatif par kilogramme fixés par le Règlement.

2. Tenant compte des taux indicatifs ci-dessus, les administrations fixent leurs quotes-parts territoriales d'arrivée afin que celles-ci soient en relation avec les frais de leur service.

3. Les quotes-parts visées sous 1 et 2 sont à la charge de l'administration du pays d'origine, à moins que la présente Convention ne prévoie des dérogations à ce principe.

4. Les quotes-parts territoriales d'arrivée doivent être uniformes pour l'ensemble du territoire de chaque pays.

Article 57

Quote-part territoriale de transit

1. Les colis échangés entre deux administrations ou entre deux bureaux du même pays au moyen des services terrestres d'une ou de plusieurs autres administrations sont soumis, au profit des pays dont les services participent à l'acheminement territorial, aux quotes-parts territoriales de transit fixées par le Règlement selon l'échelon de distance.

2. Pour les colis en transit à découvert, les administrations intermédiaires sont autorisées à réclamer la quote-part forfaitaire par envoi fixée par le Règlement.

3. Les quotes-parts visées sous 1 et 2 sont à la charge de l'administration du pays d'origine, à moins que la présente Convention ne prévoie des dérogations à ce principe.

4. Le Conseil d'exploitation postale est autorisé à réviser et à modifier les quotes-parts territoriales de transit dans l'intervalle entre deux Congrès. La révision, qui pourra être faite grâce à une méthodologie qui assure une rémunération équitable aux administrations effectuant des opérations de transit, devra s'appuyer sur des données économiques et financières fiables et représentatives. La modification éventuelle qui pourra être décidée entrera en vigueur à une date fixée par le Conseil d'exploitation postale.

5. Aucune quote-part territoriale de transit n'est due pour:

5.1 le transbordement des dépêches-avion entre deux aéroports desservant une même ville;

5.2 le transport de ces dépêches entre un aéroport desservant une ville et un entrepôt situé dans cette même ville et le retour de ces mêmes dépêches en vue de leur réacheminement.

Article 58

Quote-part maritime

1. Chacun des pays dont les services participent au transport maritime de colis est autorisé à réclamer les quotes-parts mari-

2. Die Bestimmungsverwaltungen sollen nach Möglichkeit auch eine Frist für die Bearbeitung von Paketen des Land-/Seewegs nach ihrem Land festlegen.

3. Die Einlieferungsverwaltungen legen Ziele im Bereich der Dienstqualität für Luftpostpakete und Land-/Seewegpakete nach dem Ausland fest und gehen dabei von den Fristen aus, die die Bestimmungsverwaltungen festgelegt haben.

4. Die Verwaltungen überprüfen die tatsächlichen Ergebnisse anhand der von ihnen im Bereich der Dienstqualität festgelegten Ziele.

Artikel 56

Endvergütungsanteil

1. Die zwischen zwei Postverwaltungen ausgetauschten Pakete unterliegen für jedes Land und jedes Paket den Endvergütungsanteilen, die durch Kombination der in den Ergänzenden Bestimmungen festgelegten Richtsätze je Paket und je Kilogramm berechnet werden.

2. Die Verwaltungen setzen ihre Endvergütungsanteile unter Berücksichtigung der vorstehend genannten Richtsätze so fest, dass sie mit den Kosten ihres Dienstes in Beziehung stehen.

3. Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Vergütungsanteile gehen zulasten der Verwaltung des Einlieferungslandes, sofern dieser Vertrag keine Abweichungen von diesem Grundsatz vorsieht.

4. Die Endvergütungsanteile müssen für das gesamte Gebiet eines Landes einheitlich sein.

Artikel 57

Durchgangsvergütungsanteil

1. Pakete, die zwischen zwei Verwaltungen oder zwischen zwei Ämtern desselben Landes über die Landverbindungen einer oder mehrerer anderer Verwaltungen ausgetauscht werden, unterliegen zugunsten der Länder, deren Dienste an der Landbeförderung beteiligt sind, den in den Ergänzenden Bestimmungen festgelegten Durchgangsvergütungsanteilen für die entsprechende Entfernungsstufe.

2. Für Pakete des offenen Durchgangs dürfen die Durchgangsverwaltungen den in den Ergänzenden Bestimmungen festgelegten pauschalen Vergütungsanteil je Sendung verlangen.

3. Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Vergütungsanteile gehen zulasten der Verwaltung des Einlieferungslandes, sofern dieser Vertrag keine Abweichungen von diesem Grundsatz vorsieht.

4. Der Rat für Postbetrieb darf die Durchgangsvergütungsanteile in der Zeit zwischen zwei Kongressen überprüfen und ändern. Die Überprüfung kann nach einem Verfahren erfolgen, das den Verwaltungen, die Durchgangsleistungen erbringen, eine angemessene Vergütung sichert; sie muss sich auf zuverlässige und repräsentative Wirtschafts- und Finanzdaten stützen. Eine möglicherweise beschlossene Änderung tritt zu einem vom Rat für Postbetrieb festgesetzten Zeitpunkt in Kraft.

5. Kein Durchgangsvergütungsanteil ist zu zahlen für

5.1 das Umladen von Luftpostkartenschlüssen zwischen zwei Flughäfen, die dieselbe Stadt versorgen;

5.2 die Beförderung dieser Kartenschlüsse von einem Flughafen, der eine Stadt versorgt, zu einer in derselben Stadt gelegenen Umschlagstelle und den Rücktransport derselben Kartenschlüsse zwecks Weiterleitung.

Artikel 58

Seevergütungsanteil

1. Jedes der Länder, deren Dienste an der Seebeförderung von Paketen beteiligt sind, darf die in Absatz 2 genannten See-

times visées sous 2. Ces quotes-parts sont à la charge de l'administration du pays d'origine, à moins que la présente Convention ne prévoie des dérogations à ce principe.

2. Pour chaque service maritime emprunté, la quote-part maritime est fixée par le Règlement concernant les colis postaux selon l'échelon de distance.

3. Les administrations postales ont la faculté de majorer de 50 % au maximum la quote-part maritime calculée conformément à l'article 58.2. Par contre, elles peuvent la réduire à leur gré.

4. Le Conseil d'exploitation postale est autorisé à réviser et à modifier les quotes-parts maritimes dans l'intervalle entre deux Congrès. La révision, qui pourra être faite grâce à une méthodologie qui assure une rémunération équitable aux administrations effectuant des opérations de transit, devra s'appuyer sur des données économiques et financières fiables et représentatives. La modification éventuelle qui pourra être décidée entrera en vigueur à une date fixée par le Conseil d'exploitation postale.

Article 59

Frais de transport aérien

1. Le taux de base à appliquer au règlement des comptes entre administrations au titre des transports aériens est approuvé par le Conseil d'exploitation postale. Il est calculé par le Bureau international d'après la formule spécifiée dans le Règlement de la poste aux lettres.

2. Le calcul des frais de transport aérien des dépêches closes et des colis-avion en transit à découvert est indiqué dans le Règlement concernant les colis postaux.

3. Le transbordement en cours de route, dans un même aéroport, des colis-avion qui empruntent successivement plusieurs services aériens distincts se fait sans rémunération.

Article 60

Exemption de quotes-parts

1. Les colis de service et les colis de prisonniers de guerre et d'internés civils ne donnent lieu à l'attribution d'aucune quote-part, exception faite des frais de transport aérien applicables aux colis-avion.

Chapitre 5

Service EMS

Article 61

Service EMS

1. Le service EMS constitue le plus rapide des services postaux par moyens physiques et, dans les échanges entre administrations qui ont décidé d'assurer ce service, il a la priorité sur d'autres envois postaux. Il consiste à collecter, à transmettre et à distribuer dans des délais très courts des correspondances, des documents ou des marchandises.

2. Le service EMS est réglementé sur la base d'accords bilatéraux. Les aspects qui ne sont pas expressément régis par ces derniers sont soumis aux dispositions appropriées des Actes de l'Union.

3. Ce service est, dans la mesure du possible, identifié par un logotype du modèle ci-après, composé des éléments suivants:

- une aile orange;
- des lettres EMS en bleu;
- trois bandes horizontales orange.

vergütungsanteile beanspruchen. Diese Vergütungsanteile gehen zulasten der Verwaltung des Einlieferungslandes, sofern dieser Vertrag keine Abweichungen von diesem Grundsatz vorsieht.

2. Für jede in Anspruch genommene Seeverbindung ist der Seevergütungsanteil für die entsprechende Entfernungsstufe in den Ergänzenden Paketpostbestimmungen festgelegt.

3. Die Postverwaltungen können die nach Absatz 2 berechneten Seevergütungsanteile um höchstens 50 Prozent erhöhen. Senken können sie sie hingegen nach eigenem Ermessen.

4. Der Rat für Postbetrieb darf die Seevergütungsanteile in der Zeit zwischen zwei Kongressen überprüfen und ändern. Die Überprüfung kann nach einem Verfahren erfolgen, das den Verwaltungen, die Durchgangsleistungen erbringen, eine angemessene Vergütung sichert; sie muss sich auf zuverlässige und repräsentative Wirtschafts- und Finanzdaten stützen. Eine möglicherweise beschlossene Änderung tritt zu einem vom Rat für Postbetrieb festgesetzten Zeitpunkt in Kraft.

Artikel 59

Luftbeförderungskosten

1. Der Grundvergütungssatz, der bei der zwischen den Verwaltungen erfolgenden Abrechnung für die Luftbeförderung anzuwenden ist, wird vom Rat für Postbetrieb genehmigt. Er wird vom Internationalen Büro nach der in den Ergänzenden Briefpostbestimmungen spezifizierten Formel berechnet.

2. Einzelheiten zur Berechnung der Luftbeförderungskosten für Kartenschlüsse und Luftpostpakete des offenen Durchgangs sind in den Ergänzenden Paketpostbestimmungen festgelegt.

3. Werden Luftpostpakete, die nacheinander von verschiedenen Fluggesellschaften befördert werden, unterwegs innerhalb ein und desselben Flughafens umgeladen, so fallen hierfür keine Vergütungen an.

Artikel 60

Befreiung von Vergütungsanteilen

1. Dienstpakete sowie Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenpakete sind von allen Vergütungsanteilen befreit; eine Ausnahme bilden jedoch die Luftbeförderungskosten für Luftpostpakete.

Kapitel 5

EMS-Dienst

Artikel 61

EMS-Dienst

1. Der EMS-Dienst ist der schnellste Postdienst mit körperlicher Übermittlung und hat im Verkehr zwischen Verwaltungen, die sich für die Wahrnehmung dieses Dienstes entschieden haben, Vorrang vor anderen Postsendungen. Er bietet eine besonders schnelle Abholung, Beförderung und Auslieferung von Mitteilungen, Dokumenten oder Waren.

2. Die Vorschriften für den EMS-Dienst werden auf der Grundlage zweiseitiger Vereinbarungen festgelegt. In diesen Vereinbarungen nicht ausdrücklich geregelte Aspekte fallen unter die einschlägigen Bestimmungen der Verträge des Vereins.

3. Dieser Dienst wird nach Möglichkeit durch ein Logo nach folgendem Muster gekennzeichnet, das aus folgenden Teilen besteht:

- einem orangefarbenen Flügel;
- den Buchstaben EMS in blauer Farbe;
- drei orangefarbenen Querstreifen.

Le logotype peut être complété par le nom du service national.



4. Les tarifs inhérents au service sont fixés par l'administration d'origine compte tenu des coûts et des exigences du marché.

Dem Logo kann die im Inlandsdienst verwendete Bezeichnung hinzugefügt werden.



4. Die Gebühren für diesen Dienst werden von der Einlieferungsverwaltung unter Berücksichtigung der Kosten und der Markterfordernisse festgelegt.

Troisième partie

Dispositions transitoires et finales

Article 62

Obligation d'assurer le service des colis postaux

1. Par dérogation à l'article 10.1, les pays qui, avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, n'étaient pas parties à l'Arrangement concernant les colis postaux ne sont pas tenus d'assurer le service des colis postaux.

Article 63

Engagements relatifs aux mesures pénales

1. Les gouvernements des Pays-membres s'engagent à prendre, ou à proposer aux pouvoirs législatifs de leur pays, les mesures nécessaires:

1.1 pour punir la contrefaçon des timbres-poste, même retirés de la circulation, et des coupons-réponse internationaux;

1.2 pour punir l'usage ou la mise en circulation:

1.2.1 de timbres-poste contrefaits (même retirés de la circulation) ou ayant déjà servi, ainsi que d'empreintes contrefaites ou ayant déjà servi de machines à affranchir ou de presses d'imprimerie;

1.2.2 de coupons-réponse internationaux contrefaits;

1.3 pour interdire et réprimer toute opération frauduleuse de fabrication et de mise en circulation de vignettes et timbres en usage dans le service postal, contrefaits ou imités de telle manière qu'ils pourraient être confondus avec les vignettes et timbres émis par l'administration postale d'un des Pays-membres;

1.4 pour empêcher et, le cas échéant, punir l'insertion de stupéfiants et de substances psychotropes, de même que de matières explosibles, inflammables ou d'autres matières dangereuses, dans des envois postaux en faveur desquels cette insertion ne serait pas expressément autorisée par la Convention;

1.5 pour empêcher et punir l'insertion dans les envois postaux d'objets à caractère pédophile ou pornographique représentant des enfants.

Article 64

Conditions d'approbation des propositions concernant la Convention et les Règlements

1. Pour devenir exécutoires, les propositions soumises au Congrès et relatives à la présente Convention doivent être approuvées par la majorité des Pays-membres présents et votant. La moitié au moins des Pays-membres représentés au Congrès doivent être présents au moment du vote.

2. Pour devenir exécutoires, les propositions relatives au Règlement de la poste aux lettres et au Règlement concernant les colis postaux doivent être approuvées par la majorité des membres du Conseil d'exploitation postale.

3. Pour devenir exécutoires, les propositions introduites entre deux Congrès et relatives à la présente Convention et à son Protocole final doivent réunir:

Teil III

Übergangs- und Schlussbestimmungen

Artikel 62

Verpflichtung zur Wahrnehmung des Postpaketdienstes

1. Abweichend von Artikel 10 Absatz 1 sind Länder, die vor Inkrafttreten dieses Weltpostvertrags dem Postpaketübereinkommen nicht beigetreten waren, nicht verpflichtet, den Postpaketdienst wahrzunehmen.

Artikel 63

Verpflichtung zu strafrechtlichen Maßnahmen

1. Die Regierungen der Mitgliedsländer verpflichten sich, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen oder ihren gesetzgebenden Körperschaften vorzuschlagen, um

1.1 die Fälschung von Postwertzeichen, auch bereits aus dem Verkehr gezogenen, und von internationalen Antwortscheinen zu bestrafen;

1.2 die Verwendung oder Verbreitung

1.2.1 gefälschter (auch bereits aus dem Verkehr gezogener) oder bereits verwendeter Postwertzeichen wie auch gefälschter oder bereits benutzter Freistempelabdrucke oder gedruckter Freimachungsvermerke zu bestrafen;

1.2.2 gefälschter Internationaler Antwortscheine zu bestrafen;

1.3 alle betrügerischen Handlungen im Zusammenhang mit der Herstellung und Verbreitung im Postverkehr verwendeter Klebezettel und Stempel, die so gefälscht oder nachgeahmt sind, dass sie mit den von der Postverwaltung eines Mitgliedslandes ausgegebenen Klebezetteln und Stempeln verwechselt werden könnten, zu verbieten und unter Strafe zu stellen;

1.4 die Aufnahme von Betäubungs- und Rauschmitteln, von psychotropen Stoffen sowie von explosionsgefährlichen, leicht entzündlichen oder anderen gefährlichen Stoffen in Postsendungen, für die der Weltpostvertrag dies nicht ausdrücklich zulässt, zu verhindern und gegebenenfalls zu bestrafen;

1.5 die Aufnahme von Gegenständen mit pädophilem oder kinderpornographischem Charakter in Postsendungen zu verhindern und zu bestrafen.

Artikel 64

Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zum Weltpostvertrag und zu den Ergänzenden Bestimmungen

1. Dem Kongress vorgelegte Vorschläge zu diesem Vertrag müssen, um wirksam zu werden, von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer angenommen werden. Mindestens die Hälfte der beim Kongress vertretenen Mitgliedsländer muss bei der Abstimmung anwesend sein.

2. Vorschläge zu den Ergänzenden Briefpostbestimmungen und zu den Ergänzenden Paketpostbestimmungen müssen, um wirksam zu werden, von der Mehrheit der Mitglieder des Rates für Postbetrieb angenommen werden.

3. In der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebrachte Vorschläge zu diesem Vertrag und seinem Schlussprotokoll müssen, um wirksam zu werden, erhalten:

3.1 les deux tiers des suffrages, la moitié au moins des Pays-membres de l'Union ayant répondu à la consultation, s'il s'agit de modifications;

3.2 la majorité des suffrages s'il s'agit de l'interprétation des dispositions.

4. Nonobstant les dispositions prévues sous 3.1, tout Pays-membre dont la législation nationale est encore incompatible avec la modification proposée a la faculté de faire une déclaration écrite au Directeur général du Bureau international indiquant qu'il ne lui est pas possible d'accepter cette modification, dans les quatre-vingt-dix jours à compter de la date de notification de celle-ci.

Article 65

Mise à exécution et durée de la Convention

1. La présente Convention sera mise à exécution le 1^{er} janvier 2001 et demeurera en vigueur jusqu'à la mise à exécution des Actes du prochain Congrès.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres ont signé la présente Convention en un exemplaire qui est déposé auprès du Directeur général du Bureau international. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Beijing, le 15 septembre 1999.

3.1 zwei Drittel der Stimmen, nachdem mindestens die Hälfte der Mitgliedsländer des Vereins auf die Befragung geantwortet hat, wenn es sich um Änderungen handelt;

3.2 die Mehrheit der Stimmen, wenn es sich um die Auslegung von Bestimmungen handelt.

4. Ungeachtet der in Absatz 3.1 vorgesehenen Bestimmungen kann jedes Mitgliedsland, dessen innerstaatliche Rechtsvorschriften mit der vorgeschlagenen Änderung noch unvereinbar sind, innerhalb von neunzig Tagen, vom Tag ihrer Notifikation an gerechnet, gegenüber dem Generaldirektor des Internationalen Büros eine schriftliche Erklärung abgeben, in der es darlegt, dass es ihm nicht möglich ist, dieser Änderung zuzustimmen.

Artikel 65

Inkrafttreten und Geltungsdauer des Weltpostvertrags

1. Dieser Weltpostvertrag tritt am 1. Januar 2001 in Kraft und gilt bis zum Inkrafttreten der Verträge des nächsten Kongresses.

Zu Urkund dessen haben die Regierungsbevollmächtigten der Mitgliedsländer diesen Weltpostvertrag in einer Urschrift unterzeichnet, die beim Generaldirektor des Internationalen Büros hinterlegt wird. Eine Abschrift davon wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes übermittelt, in dem der Kongress stattgefunden hat.

Geschehen zu Beijing am 15. September 1999.

Protocole final de la Convention postale universelle

Au moment de procéder à la signature de la Convention postale universelle conclue à la date de ce jour, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit:

Article I

Appartenance des envois postaux

1. L'article 3 ne s'applique pas à Antigua-et-Barbuda, à l'Australie, à Bahrein, à la Barbade, au Belize, au Botswana, au Brunei Darussalam, au Canada, à Hongkong, Chine, à la Dominique, à l'Égypte, aux Fidji, à la Gambie, au Ghana, au Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, aux Territoires d'outre-mer dépendant du Royaume-Uni, à Grenade, à la Guyane, à l'Irlande, à la Jamaïque, au Kenya, à Kiribati, à Kuwait, au Lesotho, à la Malaisie, au Malawi, à Maurice, à Nauru, au Nigéria, à la Nouvelle-Zélande, à l'Ouganda, à la Papouasie – Nouvelle-Guinée, à Saint-Christophe-et-Nevis, à Sainte-Lucie, à Saint-Vincent-et-Grenadines, à Salomon (îles), au Samoa occidental, aux Seychelles, à la Sierra Leone, à Singapour, au Swaziland, à la Tanzanie (Rép. unie), à la Trinité-et-Tobago, à Tuvalu, à Vanuatu, à la Zambie et au Zimbabwe.

2. L'article 3 ne s'applique pas non plus au Danemark, dont la législation ne permet pas le retrait ou la modification d'adresse des envois de la poste aux lettres à la demande de l'expéditeur à partir du moment où le destinataire a été informé de l'arrivée d'un envoi à son adresse.

Article II

Taxes

1. Par dérogation à l'article 7.5, l'administration postale du Canada est autorisée à percevoir des taxes postales autres que celles prévues dans les Règlements, lorsque les taxes en question sont admissibles selon la législation de son pays.

Article III

Exception à la franchise postale en faveur des céogrammes

1. Par dérogation à l'article 8.4, les administrations postales de Saint-Vincent-et-Grenadines et de la Turquie, qui n'accordent pas la franchise postale aux céogrammes dans leur service intérieur, ont la faculté de percevoir les taxes d'affranchissement et les taxes pour services spéciaux, qui ne peuvent toutefois être supérieures à celles de leur service intérieur.

2. Par dérogation à l'article 8.4, les administrations postales de l'Allemagne, de l'Amérique (Etats-Unis), de l'Autriche, du Canada, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, du Japon et de la Suisse ont la faculté de percevoir les taxes pour services spéciaux qui sont appliquées aux céogrammes dans leur service intérieur.

Article IV

Services de base

1. Nonobstant les dispositions de l'article 10, l'Australie n'approuve pas l'extension des services de base aux colis postaux.

Article V

Petits paquets

1. Par dérogation à l'article 10 de la Convention, l'administration postale de l'Arabie saoudite est autorisée à ne pas accepter les petits paquets dont le poids est supérieur à 1 kilogramme.

Schlussprotokoll zum Weltpostvertrag

Bei der Unterzeichnung des am heutigen Tage geschlossenen Weltpostvertrags haben die unterzeichneten Bevollmächtigten Folgendes vereinbart:

Artikel I

Verfügungsrecht über Postsendungen

1. Artikel 3 gilt nicht für Antigua und Barbuda, Australien, Bahrain, Barbados, Belize, Botsuana, Brunei Darussalam, Kanada, Hongkong, China, Dominica, Ägypten, Fidschi, Gambia, Ghana, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die vom Vereinigten Königreich abhängigen Überseegebiete, Grenada, Guyana, Irland, Jamaika, Kenia, Kiribati, Kuwait, Lesotho, Malaysia, Malawi, Mauritius, Nauru, Nigeria, Neuseeland, Uganda, Papua-Neuguinea, St. Christoph und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, die Salomonen, Westsamoa, die Seychellen, Sierra Leone, Singapur, Swasiland, Tansania (Vereinigte Republik), Trinidad und Tobago, Tuvalu, Vanuatu, Sambia und Simbabwe.

2. Artikel 3 gilt auch nicht für Dänemark, dessen Rechtsvorschriften die Zurückziehung oder die Änderung der Aufschrift von Briefsendungen auf Verlangen des Absenders von dem Zeitpunkt an nicht mehr zulassen, zu dem der Empfänger vom Eingang einer für ihn bestimmten Sendung unterrichtet worden ist.

Artikel II

Gebühren

1. Abweichend von Artikel 7 Absatz 5 darf die Postverwaltung von Kanada andere als die in den Ergänzenden Bestimmungen vorgesehenen Postgebühren erheben, wenn diese Gebühren nach den Rechtsvorschriften ihres Landes zulässig sind.

Artikel III

Ausnahme von der Postgebührenfreiheit für Blindensendungen

1. Abweichend von Artikel 8 Absatz 4 können die Postverwaltungen von St. Vincent und den Grenadinen und der Türkei, die in ihrem Inlandsdienst keine Postgebührenfreiheit für Blindensendungen gewähren, Freimachungsgebühren und Gebühren für besondere Dienste erheben, die jedoch nicht höher als ihre Inlandsgebühren sein dürfen.

2. Abweichend von Artikel 8 Absatz 4 können die Postverwaltungen von Deutschland, Amerika (Vereinigte Staaten), Österreich, Kanada, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, von Japan und der Schweiz die Gebühren für besondere Dienste erheben, die in ihrem Inlandsdienst für Blindensendungen gelten.

Artikel IV

Grunddienste

1. Ungeachtet der Bestimmungen des Artikels 10 stimmt Australien der Ausdehnung der Grunddienste auf Postpakete nicht zu.

Artikel V

Päckchen

1. Abweichend von Artikel 10 des Weltpostvertrags ist die Postverwaltung von Saudi-Arabien berechtigt, Päckchen mit einem Gewicht von mehr als 1 Kilogramm nicht entgegenzunehmen.

Article VI**Imprimés. Poids maximal**

1. Par dérogation à l'article 10.4.2, les administrations postales du Canada et de l'Irlande sont autorisées à limiter à 2 kilogrammes le poids maximal des imprimés à l'arrivée et à l'expédition.

Article VII**Prestation du service des colis postaux**

1. La Lettonie et la Norvège se réservent le droit d'assurer la prestation du service des colis postaux soit en suivant les dispositions de la Convention, soit, dans le cas des colis partants et après accord bilatéral, en employant tout autre moyen plus avantageux pour leur clients.

Article VIII**Colis. Poids maximal**

1. Par dérogation à l'article 10.6, l'administration postale du Canada est autorisée à limiter à 30 kilogrammes le poids maximal des colis à l'arrivée et à l'expédition.

Article IX**Limites maximales pour les envois avec valeur déclarée**

1. La Suède se réserve le droit de limiter la valeur du contenu des envois de la poste aux lettres recommandés et avec valeur déclarée ainsi que des colis avec et sans valeur déclarée à destination de la Suède, selon les limites maximales indiquées dans le tableau ci-après:

1° Envois de la poste aux lettres arrivants

	Valeur commerciale maximale du contenu	Valeur déclarée maximale	Indemnité maximale
Envois recommandés	500 DTS	–	30 DTS (sacs M: 150 DTS)
Envois avec valeur déclarée	4 000 DTS	4 000 DTS	4 000 DTS

2° Colis arrivants

	Valeur commerciale maximale du contenu	Valeur déclarée maximale	Indemnité maximale
Colis sans valeur déclarée	4 500 DTS	–	40 DTS par colis + 4,50 DTS par kilogramme
Colis avec valeur déclarée	4 500 DTS	4 500 DTS	4 500 DTS

Cette restriction ne peut pas être contournée par une déclaration partielle de la valeur dépassant 4 000 DTS (pour les envois de la poste aux lettres) et 4 500 DTS (pour les colis postaux). Aucune nouvelle restriction n'est imposée quant à la nature du contenu des envois recommandés et des envois avec valeur déclarée. Les envois dont la valeur dépasse ces limites seront renvoyés au bureau d'origine.

Article X**Avis de réception**

1. L'administration postale du Canada est autorisée à ne pas appliquer l'article 18 en ce qui concerne les colis, étant donné qu'elle n'offre pas le service d'avis de réception pour les colis dans son régime intérieur.

Artikel VI**Drucksachen. Höchstgewicht**

1. Abweichend von Artikel 10 Absatz 4.2 dürfen die Postverwaltungen von Kanada und Irland das Höchstgewicht für ankommende und abgehende Drucksachen auf 2 Kilogramm begrenzen.

Artikel VII**Bereitstellung des Postpaketdienstes**

1. Lettland und Norwegen behalten sich das Recht vor, den Postpaketdienst entweder nach den Bestimmungen des Weltpostvertrags oder – bei abgehenden Paketen und auf der Grundlage zweiseitiger Vereinbarungen – unter Einsatz anderer für ihre Kunden günstigerer Möglichkeiten bereitzustellen.

Artikel VIII**Pakete. Höchstgewicht**

1. Abweichend von Artikel 10 Absatz 6 darf die Postverwaltung von Kanada das Höchstgewicht für ankommende und abgehende Pakete auf 30 Kilogramm begrenzen.

Artikel IX**Höchstbeträge für Wertsendungen**

1. Schweden behält sich das Recht vor, den Wert des Inhalts von eingeschriebenen Briefsendungen und von Wertbriefsendungen sowie von Paketen mit und ohne Wertangabe nach Schweden entsprechend den in der nachfolgenden Übersicht angegebenen Höchstbeträgen zu begrenzen:

1° Ankommende Briefsendungen

	Handelswert des Inhalts maximal	Wertangabe maximal	Entschädigung maximal
Einschreibsendungen	500 SZR	–	30 SZR (M-Beutel: 150 SZR)
Wertsendungen	4 000 SZR	4 000 SZR	4 000 SZR

2° Ankommende Pakete

	Handelswert des Inhalts maximal	Wertangabe maximal	Entschädigung maximal
Pakete ohne Wertangabe	4 500 SZR	–	40 SZR je Paket + 4,50 SZR je kg
Wertpakete	4 500 SZR	4 500 SZR	4 500 SZR

Diese Beschränkung darf nicht dadurch umgangen werden, dass nur ein Teil des über 4 000 SZR (bei Briefsendungen) und 4 500 SZR (bei Postpaketen) hinausgehenden Wertes angegeben wird. In Bezug auf die Art des Inhalts von Einschreib- und Wertsendungen werden keine weiteren Beschränkungen auferlegt. Sendungen, deren Wert diese Höchstbeträge überschreitet, werden an das Einlieferungsamt zurückgesandt.

Artikel X**Rückschein**

1. Die Postverwaltung von Kanada ist berechtigt, Artikel 18 in Bezug auf Pakete nicht anzuwenden, weil sie in ihrem Inlandsdienst keinen Rückscheindienst für Pakete anbietet.

Article XI**Service de correspondance
commerciale-réponse internationale**

1. Par dérogation à l'article 21.1, l'administration postale du Viet Nam n'accepte pas l'obligation d'assurer le service de retour des envois CCRI.

Article XII**Interdictions (poste aux lettres)**

1. A titre exceptionnel, les administrations postales du Liban et de la Rép. pop. dém. de Corée n'acceptent pas les envois recommandés qui contiennent des pièces de monnaie ou des billets de monnaie ou toute valeur au porteur ou des chèques de voyage ou du platine, de l'or ou de l'argent, manufacturés ou non, des pierres précieuses, des bijoux et d'autres objets précieux. Elles ne sont pas tenues par les dispositions du Règlement de la poste aux lettres d'une façon rigoureuse en ce qui concerne leur responsabilité en cas de spoliation ou d'avarie des envois recommandés, de même qu'en ce qui concerne les envois contenant des objets en verre ou fragiles.

2. A titre exceptionnel, les administrations postales de l'Arabie saoudite, de la Bolivie, de la Chine (Rép. pop.), à l'exclusion de la Région administrative spéciale de Hongkong, de l'Iraq, du Népal, du Pakistan, du Soudan et du Viet Nam n'acceptent pas les envois recommandés contenant des pièces de monnaie, des billets de banque, des chèques de voyage, du platine, de l'or ou de l'argent, manufacturés ou non, des pierreries, des bijoux et autres objets précieux.

3. L'administration postale de Myanmar se réserve le droit de ne pas accepter les envois avec valeur déclarée contenant les objets précieux mentionnés à l'article 25.5, car sa législation interne s'oppose à l'admission de ce genre d'envois.

4. L'administration postale du Népal n'accepte pas les envois recommandés ou ceux avec valeur déclarée contenant des coupures ou des pièces de monnaie, sauf accord spécial conclu à cet effet.

5. L'administration postale de l'Ouzbékistan n'accepte pas les envois recommandés ou ceux avec valeur déclarée contenant des pièces de monnaie, des billets de banque, des chèques, des timbres-poste ou des monnaies étrangères et décline toute responsabilité en cas de perte ou d'avarie de ce genre d'envois.

6. L'administration postale de l'Iran (Rép. islamique) n'accepte pas les envois contenant des objets contraires à la religion islamique.

7. L'administration postale des Philippines se réserve le droit de ne pas accepter d'envois de la poste aux lettres (ordinaires, recommandés ou avec valeur déclarée) contenant des pièces de monnaie, des billets de monnaie ou toute valeur au porteur, des chèques de voyage, du platine, de l'or ou de l'argent, manufacturés ou non, des pierres précieuses ou d'autres objets précieux.

8. L'administration postale de l'Australie n'accepte aucun envoi postal contenant des lingots ou des billets de banque. En outre, elle n'accepte pas les envois recommandés à destination de l'Australie ni les envois en transit à découvert qui contiennent des objets de valeur, tels que bijoux, métaux précieux, pierres précieuses ou semi-précieuses, titres, pièces de monnaie ou autres effets négociables. Elle décline toute responsabilité en ce qui concerne les envois postés en violation de la présente réserve.

9. L'administration postale de la Chine (Rép. pop.), à l'exclusion de la Région administrative spéciale de Hongkong, n'accepte pas les envois avec valeur déclarée contenant des pièces de monnaie, des billets de banque, des billets de monnaie, des valeurs quelconques au porteur ou des chèques de voyage, conformément à ses règlements internes.

Artikel XI**Internationaler
Werbeantwortdienst**

1. Abweichend von Artikel 21 Absatz 1 lehnt die Postverwaltung von Vietnam die Verpflichtung zur Wahrnehmung des Rückantwortdienstes für CCRI-Sendungen ab.

Artikel XII**Verbote (Briefpost)**

1. Die Postverwaltungen von Libanon und der Demokratischen Volksrepublik Korea nehmen ausnahmsweise keine Einschreibsendungen entgegen, die Münzen, Geldscheine oder Inhaberpapiere jeglicher Art, Reiseschecks, Platin, Gold oder Silber in verarbeiteter oder nicht verarbeiteter Form, Edelsteine, Schmuck und andere Wertgegenstände enthalten. In Bezug auf ihre Haftung bei Beraubung oder Beschädigung von Einschreibsendungen sowie im Hinblick auf Sendungen mit Gegenständen aus Glas beziehungsweise zerbrechlichen Gegenständen sind sie nicht verpflichtet, die Vorschriften der Ergänzenden Briefpostbestimmungen strikt einzuhalten.

2. Die Postverwaltungen von Saudi-Arabien, Bolivien, China (Volksrepublik) mit Ausnahme der Sonderverwaltungsregion Hongkong, Irak, Nepal, Pakistan, Sudan und Vietnam nehmen ausnahmsweise keine Einschreibsendungen entgegen, die Münzen, Banknoten, Geldscheine oder Inhaberpapiere jeglicher Art, Reiseschecks, Platin, Gold oder Silber in verarbeiteter oder nicht verarbeiteter Form, geschliffene Edelsteine, Schmuck und andere Wertgegenstände enthalten.

3. Die Postverwaltung von Myanmar behält sich das Recht vor, Wertsendungen, die in Artikel 25 Absatz 5 genannten Wertgegenstände enthalten, nicht entgegenzunehmen, weil ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Zulassung derartiger Sendungen entgegenstehen.

4. Die Postverwaltung von Nepal nimmt Einschreib- oder Wertsendungen, die Geldscheine oder Münzen enthalten, nicht entgegen, es sei denn, dass hierüber eine besondere Vereinbarung getroffen wurde.

5. Die Postverwaltung von Usbekistan nimmt Einschreib- oder Wertsendungen, die Münzen, Banknoten, Schecks, Postwertzeichen oder ausländisches Geld enthalten, nicht entgegen und lehnt bei Verlust oder Beschädigung solcher Sendungen jegliche Haftung ab.

6. Die Postverwaltung von Iran (Islamische Republik) nimmt Sendungen mit Gegenständen, die der islamischen Religion zuwiderlaufen, nicht entgegen.

7. Die Postverwaltung der Philippinen behält sich das Recht vor, Briefsendungen (gewöhnliche, eingeschriebene oder mit Wertangabe) nicht entgegenzunehmen, die Münzen, Geldscheine oder Inhaberpapiere jeglicher Art, Reiseschecks, Platin, Gold oder Silber in verarbeiteter oder nicht verarbeiteter Form, Edelsteine oder andere Wertgegenstände enthalten.

8. Die Postverwaltung von Australien nimmt Postsendungen mit Edelmetallbarren oder Banknoten nicht entgegen. Darüber hinaus nimmt sie weder Einschreibsendungen nach Australien noch Sendungen des offenen Durchgangs entgegen, die Wertgegenstände wie Schmuck, Edelmetalle, Edelsteine oder Halbedelsteine, Wertpapiere, Münzen oder andere handelsfähige Finanzinstrumente enthalten. Sie lehnt jegliche Haftung für Sendungen ab, die trotz dieses Vorbehalts eingeliefert werden.

9. Die Postverwaltung von China (Volksrepublik) mit Ausnahme der Sonderverwaltungsregion Hongkong nimmt in Übereinstimmung mit ihren Inlandsvorschriften keine Wertsendungen entgegen, die Münzen, Banknoten, Geldscheine, Inhaberpapiere jeglicher Art oder Reiseschecks enthalten.

10. Les administrations postales de la Lettonie et de la Mongolie se réservent le droit de ne pas accepter des envois ordinaires, recommandés ou avec valeur déclarée contenant des pièces de monnaie, des billets de banque, des effets au porteur et des chèques de voyage, étant donné que leur législation nationale s'y oppose.

11. L'administration postale du Brésil se réserve le droit de ne pas accepter le courrier ordinaire, recommandé ou avec valeur déclarée contenant des pièces de monnaie, des billets de banque en circulation et des valeurs quelconques au porteur.

12. L'administration postale du Viet Nam se réserve le droit de ne pas accepter les lettres contenant des objets et des marchandises.

Article XIII

Interdictions (colis postaux)

1. Les administrations postales du Canada, de Myanmar et de la Zambie sont autorisées à ne pas accepter de colis avec valeur déclarée contenant les objets précieux visés à l'article 25.5.2, étant donné que leur réglementation intérieure s'y oppose.

2. A titre exceptionnel, les administrations postales du Liban et du Soudan n'acceptent pas les colis contenant des pièces de monnaie, des billets de monnaie ou toute valeur au porteur, des chèques de voyage, du platine, de l'or ou de l'argent, manufacturés ou non, des pierres précieuses et d'autres objets précieux, ou qui contiennent des liquides et des éléments facilement liquéfiables ou des objets en verre ou assimilés ou fragiles. Elles ne sont pas tenues par les dispositions y relatives du Règlement concernant les colis postaux.

3. L'administration postale du Brésil est autorisée à ne pas accepter de colis avec valeur déclarée contenant des pièces de monnaie et des billets de monnaie en circulation, ainsi que toute valeur au porteur, étant donné que sa réglementation intérieure s'y oppose.

4. L'administration postale du Ghana est autorisée à ne pas accepter de colis avec valeur déclarée contenant des pièces de monnaie et des billets de monnaie en circulation, étant donné que sa réglementation intérieure s'y oppose.

5. Outre les objets cités à l'article 25, l'administration postale de l'Arabie saoudite n'accepte pas les colis contenant des pièces de monnaie, des billets de monnaie ou des valeurs quelconques au porteur, des chèques de voyage, du platine, de l'or ou de l'argent, manufacturés ou non, des pierreries et autres objets précieux. Elle n'accepte pas non plus les colis contenant des médicaments de toute sorte, à moins qu'ils soient accompagnés d'une ordonnance médicale émanant d'une autorité officielle compétente, des produits destinés à l'extinction du feu, des liquides chimiques ou des objets contraires aux principes de la religion islamique.

6. Outre les objets cités à l'article 25, l'administration postale d'Oman n'accepte pas les colis contenant:

6.1 des médicaments de toute sorte, à moins qu'ils ne soient accompagnés d'une ordonnance médicale émanant d'une autorité officielle compétente;

6.2 des produits destinés à l'extinction du feu et des liquides chimiques;

6.3 des objets contraires aux principes de la religion islamique.

7. Outre les objets cités à l'article 25, l'administration postale de l'Iran (Rép. islamique) est autorisée à ne pas accepter les colis contenant des articles contraires aux principes de la religion islamique.

8. L'administration postale des Philippines est autorisée à ne pas accepter de colis contenant des pièces de monnaie, des billets de monnaie ou toute valeur au porteur, des chèques de voyage, du platine, de l'or ou de l'argent, manufacturés ou non, des pierres précieuses ou d'autres objets précieux, ou qui

10. Die Postverwaltungen von Lettland und der Mongolei behalten sich das Recht vor, gewöhnliche und eingeschriebene Sendungen sowie Wertsendungen nicht entgegenzunehmen, die Münzen, Banknoten, Inhaberpapiere und Reiseschecks enthalten, weil ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften dem entgegenstehen.

11. Die Postverwaltung von Brasilien behält sich das Recht vor, gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen sowie Wertbriefsendungen nicht entgegenzunehmen, die Münzen, gültige Banknoten und Inhaberpapiere jeglicher Art enthalten.

12. Die Postverwaltung von Vietnam behält sich das Recht vor, Briefe mit Gegenständen und Waren nicht entgegenzunehmen.

Artikel XIII

Verbote (Postpakete)

1. Die Postverwaltungen von Kanada, Myanmar und Sambia sind berechtigt, Wertpakete nicht entgegenzunehmen, die Wertgegenstände nach Artikel 25 Absatz 5.2 enthalten, weil ihre Inlandsvorschriften dem entgegenstehen.

2. Die Postverwaltungen von Libanon und Sudan nehmen ausnahmsweise keine Pakete entgegen, die Münzen, Geldscheine oder Inhaberpapiere jeglicher Art, Reiseschecks, Platin, Gold oder Silber in verarbeiteter oder nicht verarbeiteter Form, Edelsteine und andere Wertgegenstände oder aber Flüssigkeiten und leicht verflüssigbare Stoffe oder Gegenstände aus Glas oder vergleichbarem beziehungsweise zerbrechlichem Material enthalten. Sie sind nicht verpflichtet, die diesbezüglichen Vorschriften der Ergänzenden Paketpostbestimmungen einzuhalten.

3. Die Postverwaltung von Brasilien ist berechtigt, Wertpakete nicht entgegenzunehmen, die gültige Münzen und Geldscheine sowie Inhaberpapiere jeglicher Art enthalten, weil ihre Inlandsvorschriften dem entgegenstehen.

4. Die Postverwaltung von Ghana ist berechtigt, Wertpakete nicht entgegenzunehmen, die gültige Münzen und Geldscheine enthalten, weil ihre Inlandsvorschriften dem entgegenstehen.

5. Über die in Artikel 25 genannten Gegenstände hinaus nimmt die Postverwaltung von Saudi-Arabien keine Pakete entgegen, die Münzen, Geldscheine oder Inhaberpapiere jeglicher Art, Reiseschecks, Platin, Gold oder Silber in verarbeiteter oder nicht verarbeiteter Form, geschliffene Edelsteine und andere Wertgegenstände enthalten. Sie nimmt auch keine Pakete entgegen, die Medikamente jeglicher Art enthalten, es sei denn, dass ihnen eine von einer zuständigen amtlichen Stelle ausgestellte ärztliche Verordnung beigelegt ist; des Weiteren nimmt sie keine Pakete entgegen, die zum Löschen von Feuer bestimmte Erzeugnisse, chemische Flüssigkeiten oder Gegenstände, die den Grundsätzen der islamischen Religion zuwiderlaufen, enthalten.

6. Über die in Artikel 25 genannten Gegenstände hinaus nimmt die Postverwaltung von Oman keine Pakete entgegen, die

6.1 Medikamente jeglicher Art enthalten, es sei denn, dass ihnen eine von einer zuständigen amtlichen Stelle ausgestellte ärztliche Verordnung beigelegt ist;

6.2 zum Löschen von Feuer bestimmte Erzeugnisse und chemische Flüssigkeiten enthalten;

6.3 Gegenstände enthalten, die den Grundsätzen der islamischen Religion zuwiderlaufen.

7. Über die in Artikel 25 genannten Gegenstände hinaus kann die Postverwaltung von Iran (Islamische Republik) Pakete zurückweisen, die den Grundsätzen der islamischen Religion zuwiderlaufende Gegenstände enthalten.

8. Die Postverwaltung der Philippinen ist berechtigt, Pakete nicht entgegenzunehmen, die Münzen, Geldscheine oder Inhaberpapiere jeglicher Art, Reiseschecks, Platin, Gold oder Silber in verarbeiteter oder nicht verarbeiteter Form, Edelsteine oder andere Wertgegenstände, oder aber Flüssigkeiten und leicht ver-

contiennent des liquides et des éléments facilement liquéfiables ou des objets en verre ou assimilés ou fragiles.

9. L'administration postale de l'Australie n'accepte aucun envoi postal contenant des lingots ou des billets de banque.

10. L'administration postale de la Chine (Rép. pop.) n'accepte pas les colis ordinaires contenant des pièces de monnaie, des billets de monnaie ou des valeurs quelconques au porteur, des chèques de voyage, du platine, de l'or ou de l'argent, manufacturés ou non, des pierres précieuses ou d'autres objets précieux. En outre, sauf en ce qui concerne la Région administrative spéciale de Hongkong, les colis avec valeur déclarée contenant des pièces de monnaie, des billets de monnaie, des valeurs quelconques au porteur ou des chèques de voyage ne sont pas acceptés non plus.

11. L'administration postale de la Mongolie se réserve le droit de ne pas accepter, selon sa législation nationale, les colis contenant des pièces de monnaie, des billets de banque, des titres à vue et des chèques de voyage.

12. L'administration postale de la Lettonie n'accepte pas les colis ordinaires ni les colis avec valeur déclarée contenant des pièces de monnaie, des billets de banque, des valeurs quelconques (chèques) au porteur ou des devises étrangères, et elle décline toute responsabilité en cas de perte ou d'avarie concernant de tels envois.

Article XIV

Objets passibles de droits de douane

1. Par référence à l'article 25, les administrations postales des pays suivants n'acceptent pas les envois avec valeur déclarée contenant des objets passibles de droits de douane: Bangladesh et El Salvador.

2. Par référence à l'article 25, les administrations postales des pays suivants n'acceptent pas les lettres ordinaires et recommandées contenant des objets passibles de droits de douane: Afghanistan, Albanie, Azerbaïdjan, Bélarus, Cambodge, Chili, Colombie, Cuba, El Salvador, Estonie, Italie, Lettonie, Népal, Ouzbékistan, Pérou, Rép. pop. dém. de Corée, Saint-Marin, Turkménistan, Ukraine et Vénézuéla.

3. Par référence à l'article 25, les administrations postales des pays suivants n'acceptent pas les lettres ordinaires contenant des objets passibles de droits de douane: Bénin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire (Rép.), Djibouti, Mali, Mauritanie et Viet Nam.

4. Nonobstant les dispositions prévues sous 1 à 3, les envois de sérums, de vaccins ainsi que les envois de médicaments d'urgence nécessitent qu'il est difficile de se procurer sont admis dans tous les cas.

Article XV

Retrait.

Modification ou correction d'adresse

1. L'article 29 ne s'applique pas à Antigua-et-Barbuda, aux Bahamas, à Bahrain, à la Barbade, au Belize, au Botswana, au Brunei Darussalam, au Canada, à Hongkong, Chine, à la Dominique, aux Fidji, à la Gambie, au Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, aux Territoires d'outre-mer dépendant du Royaume-Uni, à Grenade, à la Guyane, à l'Iraq, à l'Irlande, à la Jamaïque, au Kenya, à Kiribati, à Kuwait, au Lesotho, à la Malaisie, au Malawi, à Myanmar, à Nauru, au Nigéria, à la Nouvelle-Zélande, à l'Ouganda, à la Papouasie – Nouvelle-Guinée, à la Rép. pop. dém. de Corée, à Saint-Christophe-et-Nevis, à Sainte-Lucie, à Saint-Vincent-et-Grenadines, à Salomon (îles), au Samoa occidental, aux Seychelles, à la Sierra Leone, à Singapour, au Swaziland, à la Tanzanie (Rép. unie), à la Trinité-et-Tobago, à Tuvalu, à Vanuatu et à la Zambie, dont la législation ne permet pas le retrait ou la modification d'adresse d'envois de la poste aux lettres à la demande de l'expéditeur.

flüssigbare Stoffe oder Gegenstände aus Glas oder vergleichbarem beziehungsweise zerbrechlichem Material enthalten.

9. Die Postverwaltung von Australien nimmt keine Postsendungen entgegen, die Edelmetallbarren oder Banknoten enthalten.

10. Die Postverwaltung von China (Volksrepublik) nimmt keine gewöhnlichen Pakete entgegen, die Münzen, Geldscheine oder Inhaberpapiere jeglicher Art, Reiseschecks, Platin, Gold oder Silber in verarbeiteter oder nicht verarbeiteter Form, Edelsteine oder andere Wertgegenstände enthalten. Darüber hinaus werden, abgesehen von der Sonderverwaltungsregion Hongkong, ebenfalls keine Wertpakete entgegengenommen, die Münzen, Geldscheine, Inhaberpapiere jeglicher Art oder Reiseschecks enthalten.

11. Die Postverwaltung der Mongolei behält sich das Recht vor, Pakete, die Münzen, Banknoten, Sichtpapiere und Reiseschecks enthalten, in Übereinstimmung mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften nicht entgegenzunehmen.

12. Die Postverwaltung von Lettland nimmt weder gewöhnliche Pakete noch Wertpakete entgegen, die Münzen, Banknoten, Inhaberpapiere jeglicher Art (Schecks) oder ausländisches Geld enthalten, und lehnt bei Verlust oder Beschädigung solcher Sendungen jegliche Haftung ab.

Artikel XIV

Zollpflichtige Gegenstände

1. Unter Bezugnahme auf Artikel 25 nehmen die Postverwaltungen folgender Länder keine Wertsendungen, die zollpflichtige Gegenstände enthalten, entgegen: Bangladesch und El Salvador.

2. Unter Bezugnahme auf Artikel 25 nehmen die Postverwaltungen folgender Länder keine gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefe, die zollpflichtige Gegenstände enthalten, entgegen: Afghanistan, Albanien, Aserbaidschan, Belarus, Kambodscha, Chile, Kolumbien, Kuba, El Salvador, Estland, Italien, Lettland, Nepal, Usbekistan, Peru, Demokratische Volksrepublik Korea, San Marino, Turkmenistan, Ukraine und Venezuela.

3. Unter Bezugnahme auf Artikel 25 nehmen die Postverwaltungen folgender Länder keine gewöhnlichen Briefe, die zollpflichtige Gegenstände enthalten, entgegen: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire (Republik), Dschibuti, Mali, Mauretanien und Vietnam.

4. Ungeachtet der in den Absätzen 1 bis 3 vorgesehenen Bestimmungen sind Sendungen mit Seren und Impfstoffen sowie Sendungen mit dringend benötigten Medikamenten, die schwierig zu beschaffen sind, in allen Fällen zugelassen.

Artikel XV

Zurückziehung.

Änderung oder Berichtigung der Aufschrift

1. Artikel 29 gilt nicht für Antigua und Barbuda, die Bahamas, Bahrain, Barbados, Belize, Botswana, Brunei Darussalam, Kanada, Hongkong, China, Dominica, Fidschi, Gambia, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die vom Vereinigten Königreich abhängigen Überseegebiete, Grenada, Guyana, Irak, Irland, Jamaika, Kenia, Kiribati, Kuwait, Lesotho, Malaysia, Malawi, Myanmar, Nauru, Nigeria, Neuseeland, Uganda, Papua-Neuguinea, die Demokratische Volksrepublik Korea, St. Christoph und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, die Salomonen, Westsamoa, die Seychellen, Sierra Leone, Singapur, Swasiland, Tansania (Vereinigte Republik), Trinidad und Tobago, Tuvalu, Vanuatu und Sambia, deren Rechtsvorschriften die Zurückziehung oder die Änderung der Aufschrift von Briefsendungen auf Verlangen des Absenders nicht zulassen.

2. L'article 29 s'applique à l'Australie dans la mesure où il est compatible avec la législation intérieure de ce pays.

3. Par dérogation à l'article 29.4, El Salvador, le Panama (Rép.), les Philippines et le Vénézuéla sont autorisés à ne pas renvoyer les colis après que le destinataire en a demandé le dédouanement, étant donné que leur législation douanière s'y oppose.

Article XVI

Réclamations

1. Par dérogation à l'article 30.4, les administrations postales de l'Arabie saoudite, du Cap-Vert, de l'Égypte, du Gabon, des Territoires d'outre-mer dépendant du Royaume-Uni, de la Grèce, de l'Iran (Rép. islamique), de la Mongolie, de Myanmar, des Philippines, de la Rép. pop. dém. de Corée, du Soudan, de la Syrienne (Rép. arabe), du Tchad, de l'Ukraine et de la Zambie se réservent le droit de percevoir une taxe de réclamation sur leurs clients pour les envois de la poste aux lettres.

2. Par dérogation à l'article 30.4, les administrations postales de l'Argentine, de l'Autriche, de la Slovaquie et de la Tchéquie (Rép.) se réservent le droit de percevoir une taxe spéciale lorsque, à l'issue des démarches entreprises suite à la réclamation, il se révèle que celle-ci est injustifiée.

3. Les administrations postales de l'Afghanistan, de l'Arabie saoudite, du Cap-Vert, du Congo (Rép.), de l'Égypte, du Gabon, de l'Iran (Rép. islamique), de la Mongolie, de Myanmar, du Soudan, du Suriname, de la Syrienne (Rép. arabe), de l'Ukraine et de la Zambie se réservent le droit de percevoir une taxe de réclamation sur leurs clients pour les colis.

Article XVII

Taxe de présentation à la douane

1. L'administration postale du Gabon se réserve le droit de percevoir une taxe de présentation à la douane sur ses clients.

2. Les administrations postales du Congo (Rép.) et de la Zambie se réservent le droit de percevoir une taxe de présentation à la douane sur leurs clients pour les colis.

Article XVIII

Responsabilité des administrations postales

1. Les administrations postales du Bangladesh, du Bénin, du Burkina Faso, du Congo (Rép.), de la Côte d'Ivoire (Rép.), de Djibouti, de l'Inde, du Liban, de Madagascar, du Mali, de la Mauritanie, du Népal, du Niger, du Sénégal, du Togo et de la Turquie sont autorisées à ne pas appliquer l'article 34.1.1.1 en ce qui concerne la responsabilité en cas de spoliation ou d'avarie des envois recommandés.

2. Par dérogation aux articles 34.1.1.1 et 35.1, les administrations postales du Chili, de la Chine (Rép. pop.), de la Colombie et de l'Égypte ne répondent que de la perte et de la spoliation totale ou de l'avarie totale du contenu des envois recommandés.

3. Par dérogation à l'article 34, les administrations postales de l'Arabie saoudite et de l'Égypte n'assument aucune responsabilité en cas de perte ou d'avarie des envois contenant les objets visés à l'article 25.5.

4. Les administrations postales de l'Inde et du Népal sont autorisées à ne pas appliquer l'article 34.1.1.1 en ce qui concerne la responsabilité en cas de spoliation ou d'avarie de colis postaux ordinaires.

Article XIX

Dédommagement

1. Par dérogation à l'article 34, les administrations postales ci-après ont la faculté de ne pas payer une indemnité de dédom-

2. Artikel 29 gilt für Australien nur insoweit, als er mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften dieses Landes vereinbar ist.

3. Abweichend von Artikel 29 Absatz 4 sind El Salvador, Panama (Republik), die Philippinen und Venezuela berechtigt, Pakete nicht zurückzusenden, wenn der Empfänger bereits deren Verzollung verlangt hat, weil ihr Zollrecht dem entgegensteht.

Artikel XVI

Nachforschungsanträge

1. Abweichend von Artikel 30 Absatz 4 behalten die Postverwaltungen von Saudi-Arabien, Kap Verde, Ägypten, Gabun, der vom Vereinigten Königreich abhängigen Überseegebiete, von Griechenland, Iran (Islamische Republik), der Mongolei, von Myanmar, der Philippinen, der Demokratischen Volksrepublik Korea, von Sudan, Syrien (Arabische Republik), Tschad, der Ukraine und von Sambia sich das Recht vor, von ihren Kunden eine Nachforschungsgebühr für Briefsendungen zu erheben.

2. Abweichend von Artikel 30 Absatz 4 behalten die Postverwaltungen von Argentinien, Österreich, der Slowakei und der Tschechischen Republik sich das Recht vor, eine besondere Gebühr zu erheben, wenn sich am Ende der auf den Nachforschungsantrag hin unternommenen Maßnahmen herausstellt, dass dieser nicht gerechtfertigt war.

3. Die Postverwaltungen von Afghanistan, Saudi-Arabien, Kap Verde, Kongo (Republik), Ägypten, Gabun, Iran (Islamische Republik), der Mongolei, von Myanmar, Sudan, Suriname, Syrien (Arabische Republik), der Ukraine und von Sambia behalten sich das Recht vor, von ihren Kunden eine Nachforschungsgebühr für Pakete zu erheben.

Artikel XVII

Gestellungsgebühr

1. Die Postverwaltung von Gabun behält sich das Recht vor, von ihren Kunden eine Gestellungsgebühr zu erheben.

2. Die Postverwaltungen von Kongo (Republik) und Sambia behalten sich das Recht vor, von ihren Kunden eine Gestellungsgebühr für Pakete zu erheben.

Artikel XVIII

Haftung der Postverwaltungen

1. Die Postverwaltungen von Bangladesch, Benin, Burkina Faso, Kongo (Republik), Côte d'Ivoire (Republik), Dschibuti, Indien, Libanon, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Nepal, Niger, Senegal, Togo und der Türkei sind berechtigt, Artikel 34 Absatz 1.1.1 in Bezug auf die Haftung bei Beraubung oder Beschädigung von Einschreibsendungen nicht anzuwenden.

2. Abweichend von Artikel 34 Absatz 1.1.1 und Artikel 35 Absatz 1 haften die Postverwaltungen von Chile, China (Volksrepublik), Kolumbien und Ägypten nur bei Verlust und vollständiger Beraubung oder vollständiger Beschädigung des Inhalts von Einschreibsendungen.

3. Abweichend von Artikel 34 übernehmen die Postverwaltungen von Saudi-Arabien und Ägypten keinerlei Haftung bei Verlust oder Beschädigung von Sendungen, die in Artikel 25 Absatz 5 genannte Gegenstände enthalten.

4. Die Postverwaltungen von Indien und Nepal sind berechtigt, Artikel 34 Absatz 1.1.1 in Bezug auf die Haftung bei Beraubung oder Beschädigung von gewöhnlichen Postpaketen nicht anzuwenden.

Artikel XIX

Entschädigung

1. Abweichend von Artikel 34 sind folgende Postverwaltungen berechtigt, keine Entschädigung für in ihrem Dienstbereich in

management pour les colis sans valeur déclarée perdus, spoliés ou avariés dans leur service: Amérique (Etats-Unis), Angola, Antigua-et-Barbuda, Australie, Bahamas, Bangladesh, Barbade, Belize, Bolivie, Botswana, Brunei Darussalam, Canada, Dominicaine (Rép.), Dominique, El Salvador, Fidji, Gambie, ceux des Territoires d'outre-mer dépendant du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord dont la réglementation intérieure s'y oppose, Grenade, Guatemala, Guyane, Kiribati, Lesotho, Malawi, Malte, Maurice, Nauru, Nigéria, Papouasie – Nouvelle-Guinée, Philippines, Saint-Christophe-et-Nevis, Sainte-Lucie, Saint-Vincent-et-Grenadines, Salomon (îles), Seychelles, Sierra Leone, Swaziland, Trinité-et-Tobago, Zambie et Zimbabwe.

2. Par dérogation à l'article 34, les administrations postales de l'Arabie saoudite, de l'Argentine, de l'Autriche, du Brésil, du Chili, de la Grèce, du Kenya, de la Lettonie, du Mexique, d'Oman, de l'Ouzbékistan, du Qatar, de la Rép. pop. dém. de Corée, de la Roumanie, de la Turquie, de l'Ukraine et du Viet Nam ont la faculté de ne pas payer une indemnité de dédommagement pour les colis sans valeur déclarée perdus, spoliés ou avariés dans leur service aux pays qui ne paient pas une telle indemnité conformément au paragraphe 1 du présent article.

3. Par dérogation à l'article 34.8, l'Amérique (Etats-Unis) est autorisée à maintenir le droit de l'expéditeur à un dédommagement pour les colis avec valeur déclarée après livraison au destinataire, sauf si l'expéditeur renonce à son droit en faveur du destinataire.

4. Lorsqu'elle agit à titre d'administration postale intermédiaire, l'Amérique (Etats-Unis) est autorisée à ne pas payer d'indemnité de dédommagement aux autres administrations en cas de perte, de spoliation ou d'avarie des colis avec valeur déclarée transmis à découvert ou expédiés dans des dépêches closes.

5. Par dérogation à l'article 34, l'administration postale du Viet Nam a la faculté de ne pas payer une indemnité de dédommagement pour les envois recommandés et les colis perdus ou endommagés qui contiennent de la monnaie, des valeurs au porteur, des chèques de voyage ainsi que de l'or, de l'argent et des pierres précieuses.

6. Nonobstant les dispositions de l'article 34, le Canada a la faculté, en regard des colis ordinaires, de ne pas payer d'indemnité, de ne pas répondre de la perte, de la spoliation ou de l'avarie totale ou partielle et de ne pas restituer à l'expéditeur les taxes et les droits acquittés.

Article XX

Exceptions au principe de la responsabilité

1. Par dérogation à l'article 34, l'Arabie saoudite, la Bolivie, l'Égypte, l'Iraq, les Philippines, la Rép. dém. du Congo, le Soudan, la Turquie et le Yémen sont autorisés à ne payer aucune indemnité pour l'avarie des colis originaires de tous les pays et qui leur sont destinés contenant des liquides et des corps facilement liquéfiables, des objets en verre et des articles de même nature fragile ou périssable.

2. Par dérogation à l'article 34, l'Arabie saoudite et le Soudan ont la faculté de ne pas payer une indemnité de dédommagement pour les colis contenant des objets interdits visés à l'article 25.5.

Article XXI

Non-responsabilité des administrations postales

1. L'administration postale de la Bolivie n'est pas tenue d'observer l'article 35.1 pour ce qui concerne le maintien de la responsabilité en cas de spoliation ou d'avarie des envois recommandés.

2. L'administration postale du Népal est autorisée à ne pas appliquer l'article 35.1.4 en ce qui concerne les colis.

Verlust geratene, beraubte oder beschädigte Pakete ohne Wertangabe zu zahlen: Amerika (Vereinigte Staaten), Angola, Antigua und Barbuda, Australien, Bahamas, Bangladesch, Barbados, Belize, Bolivien, Botsuana, Brunei Darussalam, Kanada, Dominikanische Republik, Dominica, El Salvador, Fidschi, Gambia, diejenigen der vom Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland abhängigen Überseegebiete, deren Inlandsvorschriften dem entgegenstehen, Grenada, Guatemala, Guyana, Kiribati, Lesotho, Malawi, Malta, Mauritius, Nauru, Nigeria, Papua-Neuguinea, Philippinen, St. Christoph und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Salomonen, Seychellen, Sierra Leone, Swasiland, Trinidad und Tobago, Sambia und Simbabwe.

2. Abweichend von Artikel 34 sind die Postverwaltungen von Saudi-Arabien, Argentinien, Österreich, Brasilien, Chile, Griechenland, Kenia, Lettland, Mexiko, Oman, Usbekistan, Katar, der Demokratischen Volksrepublik Korea, von Rumänien, der Türkei, der Ukraine und von Vietnam berechtigt, für in ihrem Dienstbereich in Verlust geratene, beraubte oder beschädigte Pakete ohne Wertangabe keine Entschädigung an Länder zu zahlen, die nach Absatz 1 dieses Artikels eine solche Entschädigung nicht zahlen.

3. Abweichend von Artikel 34 Absatz 8 darf Amerika (Vereinigte Staaten) den Anspruch des Absenders auf eine Entschädigung für Wertpakete nach Auslieferung an den Empfänger aufrechterhalten, es sei denn, der Absender verzichtet zugunsten des Empfängers auf seinen Anspruch.

4. Als Durchgangspostverwaltung ist Amerika (Vereinigte Staaten) berechtigt, den anderen Verwaltungen keine Entschädigung bei Verlust, Beraubung oder Beschädigung von Wertpaketen zu zahlen, die im offenen Durchgang oder in Kartenschlüssen befördert werden.

5. Abweichend von Artikel 34 ist die Postverwaltung von Vietnam berechtigt, keine Entschädigung für in Verlust geratene oder beschädigte Einschreibsendungen und Pakete zu zahlen, die Geld, Inhaberpapiere, Reiseschecks sowie Gold, Silber und Edelsteine enthalten.

6. Ungeachtet der Bestimmungen des Artikels 34 ist Kanada, wenn es sich um gewöhnliche Pakete handelt, berechtigt, keine Entschädigung zu zahlen, für den Verlust, die vollständige oder teilweise Beraubung oder Beschädigung nicht zu haften und dem Absender die entrichteten Gebühren und Abgaben nicht zu erstatten.

Artikel XX

Ausnahmen vom Grundsatz der Haftung

1. Abweichend von Artikel 34 sind Saudi-Arabien, Bolivien, Ägypten, Irak, die Philippinen, die Demokratische Volksrepublik Kongo, Sudan, die Türkei und Jemen berechtigt, keine Entschädigung für die Beschädigung von Paketen aus allen Ländern nach ihrem Land zu zahlen, wenn diese Pakete Flüssigkeiten oder leicht verflüssigbare Stoffe, Gegenstände aus Glas und vergleichbare zerbrechliche oder leicht verderbliche Gegenstände enthalten.

2. Abweichend von Artikel 34 sind Saudi-Arabien und Sudan berechtigt, keine Entschädigung für Pakete zu zahlen, die verbotene Gegenstände nach Artikel 25 Absatz 5 enthalten.

Artikel XXI

Haftungsausschluss seitens der Postverwaltungen

1. Die Postverwaltung von Bolivien ist nicht verpflichtet, Artikel 35 Absatz 1 bezüglich der Aufrechterhaltung der Haftung bei Beraubung oder Beschädigung von Einschreibsendungen zu beachten.

2. Die Postverwaltung von Nepal ist berechtigt, Artikel 35 Absatz 1.4 in Bezug auf Pakete nicht anzuwenden.

Article XXII**Païement de l'indemnité**

1. Les administrations postales du Bangladesh, de la Bolivie, de la Guinée, du Népal et du Nigéria ne sont pas tenues d'observer l'article 37.3 pour ce qui est de donner une solution définitive dans un délai de deux mois ou de porter à la connaissance de l'administration d'origine ou de destination, selon le cas, qu'un envoi de la poste aux lettres a été retenu, confisqué ou détruit par l'autorité compétente en raison de son contenu, ou a été saisi en vertu de sa législation intérieure.

2. Les administrations postales de l'Arabie saoudite, du Congo (Rép.), de Djibouti, du Liban et de Madagascar ne sont pas tenues d'observer l'article 37.3 pour ce qui est de donner une solution définitive à une réclamation dans le délai de deux mois relative à un envoi de la poste aux lettres. Elles n'acceptent pas, en outre, que l'ayant droit soit désintéressé, pour leur compte, par une autre administration à l'expiration du délai précité.

3. Les administrations postales de l'Angola, de l'Arabie saoudite, de la Guinée et du Liban ne sont pas tenues d'observer l'article 37.3 pour ce qui est de donner une solution définitive à une réclamation dans le délai de deux mois relative à un colis. Elles n'acceptent pas, en outre, que l'ayant droit soit désintéressé, pour leur compte, par une autre administration à l'expiration du délai précité.

4. Les administrations postales du Niger et de la Thaïlande ne sont pas tenues d'observer l'article 37.3 pour ce qui est de donner une solution définitive dans un délai de trente jours à une réclamation qui leur est transmise par télécopie. Elles n'acceptent pas non plus qu'une autre administration indemnise l'ayant droit en leur nom à l'expiration du délai susmentionné.

5. Nonobstant les dispositions de l'article 37.3, l'Amérique (Etats-Unis) et la Malaisie se réservent le droit de donner une solution définitive aux réclamations dans un délai de deux mois à compter de la date de leur présentation, quels que soient les moyens utilisés pour leur transmission.

Article XXIII**Dépôt à l'étranger d'envois de la poste aux lettres**

1. Les administrations postales de l'Amérique (Etats-Unis), du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et de la Grèce se réservent le droit de percevoir une taxe, en rapport avec le coût des travaux occasionnés, sur toute administration postale qui, en vertu de l'article 43.4, lui renvoie des objets qui n'ont pas, à l'origine, été expédiés comme envois postaux par leurs services.

2. Par dérogation à l'article 43.4, l'administration postale du Canada se réserve le droit de percevoir de l'administration d'origine une rémunération lui permettant de récupérer au minimum les coûts lui ayant été occasionnés par le traitement de tels envois.

3. L'article 43.4 autorise l'administration postale de destination à réclamer à l'administration de dépôt une rémunération appropriée au titre de la distribution d'envois de la poste aux lettres postés à l'étranger en grande quantité. Le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord se réserve le droit de limiter ce paiement au montant correspondant au tarif intérieur du pays de destination applicable à des envois équivalents.

4. L'article 43.4 autorise l'administration postale de destination à réclamer à l'administration de dépôt une rémunération appropriée au titre de la distribution d'envois de la poste aux lettres postés à l'étranger en grande quantité. Les pays suivants se réservent le droit de limiter ce paiement aux limites autorisées

Artikel XXII**Zahlung der Entschädigung**

1. Die Postverwaltungen von Bangladesch, Bolivien, Guinea, Nepal und Nigeria sind nicht verpflichtet, diejenige Vorschrift des Artikels 37 Absatz 3 zu beachten, nach der die Angelegenheit innerhalb von zwei Monaten abschließend zu erledigen oder der Einlieferungs- beziehungsweise der Bestimmungsverwaltung mitzuteilen ist, dass eine Briefsendung wegen ihres Inhalts von der zuständigen Behörde zurückgehalten, eingezogen oder vernichtet oder aber aufgrund ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften beschlagnahmt worden ist.

2. Die Postverwaltungen von Saudi-Arabien, Kongo (Republik), Dschibuti, Libanon und Madagaskar sind nicht verpflichtet, diejenige Vorschrift des Artikels 37 Absatz 3 zu beachten, nach der ein Nachforschungsantrag zu einer Briefsendung innerhalb von zwei Monaten abschließend zu erledigen ist. Sie sind auch nicht damit einverstanden, dass der Anspruchsberechtigte bei Ablauf der oben genannten Frist von einer anderen Verwaltung für ihre Rechnung entschädigt wird.

3. Die Postverwaltungen von Angola, Saudi-Arabien, Guinea und Libanon sind nicht verpflichtet, diejenige Vorschrift des Artikels 37 Absatz 3 zu beachten, nach der ein Nachforschungsantrag zu einem Paket innerhalb von zwei Monaten abschließend zu erledigen ist. Sie sind auch nicht damit einverstanden, dass der Anspruchsberechtigte bei Ablauf der oben genannten Frist von einer anderen Verwaltung für ihre Rechnung entschädigt wird.

4. Die Postverwaltungen von Niger und Thailand sind nicht verpflichtet, diejenige Vorschrift des Artikels 37 Absatz 3 zu beachten, nach der ein ihnen als Fernkopie übermittelter Nachforschungsantrag innerhalb von dreißig Tagen abschließend zu erledigen ist. Sie sind auch nicht damit einverstanden, dass der Anspruchsberechtigte bei Ablauf der oben genannten Frist von einer anderen Verwaltung für ihre Rechnung entschädigt wird.

5. Ungeachtet der Bestimmungen des Artikels 37 Absatz 3 behalten Amerika (Vereinigte Staaten) und Malaysia sich das Recht vor, Nachforschungsanträge innerhalb von zwei Monaten, vom Zeitpunkt ihrer Vorlage an gerechnet, abschließend zu erledigen, und zwar unabhängig von den für die Übermittlung gewählten Mitteln.

Artikel XXIII**Einlieferung von Briefsendungen im Ausland**

1. Die Postverwaltungen von Amerika (Vereinigte Staaten), des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und von Griechenland behalten sich das Recht vor, von jeder Postverwaltung, die in Anwendung des Artikels 43 Absatz 4 Sendungen an sie zurückschickt, die ursprünglich nicht von ihrem Dienst als Postsendungen abgesandt worden sind, eine Gebühr zu erheben, die sich an den Kosten für die verursachte Arbeit orientiert.

2. Abweichend von Artikel 43 Absatz 4 behält die Postverwaltung von Kanada sich das Recht vor, von der Einlieferungsverwaltung eine Vergütung zu erheben, die es ihr ermöglicht, zumindest die Kosten zu decken, die ihr durch die Bearbeitung solcher Sendungen entstanden sind.

3. Nach Artikel 43 Absatz 4 ist die Bestimmungspostverwaltung berechtigt, von der Einlieferungsverwaltung für die Auslieferung von Briefsendungen, die in großen Mengen im Ausland eingeliefert worden sind, eine angemessene Vergütung zu verlangen. Das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland behält sich das Recht vor, diese Zahlung auf den Betrag zu begrenzen, der der Inlandsgebühr des Bestimmungslandes für vergleichbare Sendungen entspricht.

4. Nach Artikel 43 Absatz 4 ist die Bestimmungspostverwaltung berechtigt, von der Einlieferungsverwaltung für die Auslieferung von Briefsendungen, die in großen Mengen im Ausland eingeliefert worden sind, eine angemessene Vergütung zu verlangen. Folgende Länder behalten sich das Recht vor, diese

dans le Règlement pour le courrier en nombre: Amérique (Etats-Unis), Australie, Bahamas, Barbade, Brunei Darussalam, Chine (Rép. pop.), Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, Territoires d'outre-mer dépendant du Royaume-Uni, Grenade, Guyane, Inde, Malaisie, Népal, Nouvelle-Zélande, Pays-Bas, Antilles néerlandaises et Aruba, Sainte-Lucie, Saint-Vincent-et-Grenadines, Singapour, Sri Lanka, Suriname et Thaïlande.

5. Nonobstant les réserves sous 4, les pays suivants se réservent le droit d'appliquer dans leur intégralité les dispositions de l'article 43 de la Convention au courrier reçu des Pays-membres de l'Union: Allemagne, Arabie saoudite, Argentine, Bénin, Brésil, Burkina Faso, Cameroun, Chypre, Côte d'Ivoire (Rép.), Egypte, France, Grèce, Guinée, Israël, Italie, Japon, Jordanie, Liban, Mali, Maroc, Mauritanie, Monaco, Portugal, Sénégal, Syrienne (Rép. arabe) et Togo.

6. Aux fins de l'application de l'article 43.4, l'administration postale de l'Allemagne se réserve le droit de demander à l'administration postale du pays de dépôt des envois une rémunération d'un montant équivalent à celui qu'elle aurait reçu de l'administration postale du pays où l'expéditeur réside.

Article XXIV

Frais terminaux

1. Par dérogation aux articles 49.1.3 et 51.1.3, les administrations postales de l'Arabie saoudite, de l'Egypte, des Emirats arabes unis, du Kuwait, de la Lettonie, d'Oman, du Qatar, de la Syrienne (Rép. arabe) et du Viet Nam ne sont pas tenues de payer une rémunération supplémentaire au titre de la distribution d'envois de la poste aux lettres recommandés en provenance de leur pays.

2. Nonobstant les articles 49.1.3 et 51.1.3, les administrations postales de Djibouti, du Ghana, de l'Inde, du Népal et du Yémen ne sont pas tenues de payer une rémunération supplémentaire au titre de la distribution d'envois de la poste aux lettres recommandés et avec valeur déclarée expédiés de leur pays.

3. Nonobstant les réserves faites par des pays aux articles 49.1.3 et 51.1.3, l'administration postale de l'Australie n'exigera pas de signature au moment de la livraison d'envois recommandés pour lesquels une rémunération supplémentaire de la distribution n'est pas payée.

4. Au regard des pays ayant émis des réserves aux obligations découlant des articles 49.1.3 et 51.1.3 qui prévoient une rémunération supplémentaire pour les envois recommandés et avec valeur déclarée, l'Amérique (Etats-Unis) se réserve le droit de traiter ces envois comme du courrier ordinaire et de ne pas verser d'indemnité pour les pertes, spoliations ou avaries de ce type d'envois qui ont pu avoir lieu dans son service.

5. Nonobstant les réserves faites à l'article XXIV, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et les Territoires d'outre-mer dépendant du Royaume-Uni se réservent le droit d'appliquer totalement les dispositions approuvées par le Congrès de Beijing concernant la perception d'une rémunération supplémentaire au titre de la distribution d'envois de la poste aux lettres recommandés et avec valeur déclarée dans leurs relations avec les autres pays.

6. Nonobstant les réserves faites à l'article XXIV.1 et 2, les Pays-membres dont les noms suivent se réservent le droit d'appliquer, dans les relations réciproques avec les pays signataires de ces réserves, la rémunération supplémentaire au titre de la distribution d'envois de la poste aux lettres recommandés adoptée par le Congrès de Beijing: Afrique du Sud, Autriche, Bahamas, Barbade, Belize, Bénin, Bolivie, Brésil, Bulgarie (Rép.), Bur-

Zahlung auf die nach den Ergänzenden Bestimmungen für Massensendungen zugelassenen Beträge zu begrenzen: Amerika (Vereinigte Staaten), Australien, Bahamas, Barbados, Brunei Darussalam, China (Volksrepublik), Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland, vom Vereinigten Königreich abhängige Überseegebiete, Grenada, Guyana, Indien, Malaysia, Nepal, Neuseeland, Niederlande, Niederländische Antillen und Aruba, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Singapur, Sri Lanka, Suriname und Thailand.

5. Ungeachtet der in Absatz 4 formulierten Vorbehalte behalten die folgenden Länder sich das Recht vor, die Bestimmungen des Artikels 43 des Weltpostvertrags in ihrer Gesamtheit auf die aus Mitgliedsländern des Weltpostvereins eingehende Briefpost anzuwenden: Deutschland, Saudi-Arabien, Argentinien, Benin, Brasilien, Burkina Faso, Kamerun, Zypern, Côte d'Ivoire (Republik), Ägypten, Frankreich, Griechenland, Guinea, Israel, Italien, Japan, Jordanien, Libanon, Mali, Marokko, Mauretanien, Monaco, Portugal, Senegal, Syrien (Arabische Republik) und Togo.

6. Im Hinblick auf die Anwendung des Artikels 43 Absatz 4 behält die Postverwaltung von Deutschland sich das Recht vor, von der Postverwaltung des Einlieferungslandes der Sendungen eine Vergütung in der Höhe des Betrages zu verlangen, der demjenigen entspricht, den sie von der Postverwaltung des Landes, in dem der Absender ansässig ist, erhalten hätte.

Artikel XXIV

Endvergütungen

1. Abweichend von Artikel 49 Absatz 1.3 und Artikel 51 Absatz 1.3 sind die Postverwaltungen von Saudi-Arabien, Ägypten, der Vereinigten Arabischen Emirate, von Kuwait, Lettland, Oman, Katar, Syrien (Arabische Republik) und Vietnam nicht verpflichtet, eine zusätzliche Vergütung für die Auslieferung von eingeschriebenen Briefsendungen aus ihrem Land zu zahlen.

2. Ungeachtet des Artikels 49 Absatz 1.3 und des Artikels 51 Absatz 1.3 sind die Postverwaltungen von Dschibuti, Ghana, Indien, Nepal und Jemen nicht verpflichtet, eine zusätzliche Vergütung für die Auslieferung von in ihrem Land abgesandten eingeschriebenen Briefsendungen und Wertbriefsendungen zu zahlen.

3. Ungeachtet der von einigen Ländern zu Artikel 49 Absatz 1.3 und Artikel 51 Absatz 1.3 formulierten Vorbehalte verlangt die Postverwaltung von Australien bei der Auslieferung von Einschreibsendungen, für deren Auslieferung keine zusätzliche Vergütung gezahlt wird, keine Unterschrift.

4. Gegenüber den Ländern, die Vorbehalte zu den Verpflichtungen formuliert haben, die sich aus Artikel 49 Absatz 1.3 und Artikel 51 Absatz 1.3 ergeben, die eine zusätzliche Vergütung für Einschreib- und Wertsendungen vorsehen, behält Amerika (Vereinigte Staaten) sich das Recht vor, diese Sendungen als gewöhnliche Sendungen zu behandeln und bei eventuell in seinem Dienstbereich eintretenden Verlusten, Beraubungen oder Beschädigungen solcher Sendungen keine Entschädigung zu zahlen.

5. Ungeachtet der in Artikel XXIV formulierten Vorbehalte behalten das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die vom Vereinigten Königreich abhängigen Überseegebiete sich das Recht vor, die vom Kongress von Beijing angenommenen Bestimmungen über die Erhebung einer zusätzlichen Vergütung für die Auslieferung von eingeschriebenen Briefsendungen und Wertbriefsendungen in ihrem Verkehr mit anderen Ländern in ihrer Gesamtheit anzuwenden.

6. Ungeachtet der in Artikel XXIV Absätze 1 und 2 formulierten Vorbehalte behalten die nachstehend genannten Mitgliedsländer sich das Recht vor, im gegenseitigen Verkehr mit den Ländern, die diese Vorbehalte unterzeichnet haben, die vom Kongress von Beijing angenommene zusätzliche Vergütung für die Auslieferung eingeschriebener Briefsendungen anzuwenden: Südafrika, Österreich, Bahamas, Barbados, Belize, Benin, Bolivien, Brasi-

kina Faso, Cameroun, Canada, Cap-Vert, Chili, Costa-Rica, Côte d'Ivoire (Rép.), Cuba, Dominicaine (Rép.), Dominique, Egypte, El Salvador, Espagne, Estonie, Finlande, France, Gabon, Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, Territoires d'outre-mer dépendant du Royaume-Uni, Grèce, Grenade, Guatemala, Guyane, Haïti, Honduras (Rép.), Islande, Italie, Jamaïque, Japon, Liechtenstein, Malaisie, Mali, Maroc, Mauritanie, Mexique, Moldova, Nicaragua, Pays-Bas, Pérou, Pologne (Rép.), Saint-Christophe (Saint-Kitts)-et-Nevis, Sainte-Lucie, Saint-Vincent-et-Grenadines, Sénégal, Singapour, Slovaquie, Soudan, Suède, Suisse, Suriname, Tchèque (Rép.), Trinité-et-Tobago, Tunisie, Uruguay et Vénézuéla.

7. Par sa résolution C 46/1999, le Congrès charge le Conseil d'exploitation postale d'établir jusqu'à 2002 une formule de conversion des tarifs intérieurs et/ou des coûts des administrations postales en taux de frais terminaux et de déterminer les pourcentages finals des tarifs intérieurs applicables en 2004 et 2005. Au cas où cette instruction ne serait pas mise à exécution en temps voulu, l'Allemagne se réserve le droit de déterminer elle-même ces pourcentages pour les années 2004 et 2005 en vertu de l'article 48.3, conformément aux principes énoncés dans cet article.

8. Par sa résolution C 46/1999, le Congrès charge le Conseil d'exploitation postale d'établir jusqu'à 2002 une formule de conversion des tarifs ou des coûts intérieurs des administrations postales en taux de frais terminaux et de déterminer les pourcentages finals des tarifs intérieurs applicables pour les années 2004 et 2005. Nonobstant l'article XXIV.7, par lequel un pays se réserve le droit de déterminer lui-même ces pourcentages pour les années 2004 et 2005 en vertu de l'article 48.3 au cas où le CEP n'aurait pas mis à exécution l'instruction de la résolution C 46/1999 en temps voulu, l'Amérique (Etats-Unis), le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et les Pays-Bas se réservent le droit de continuer d'appliquer les taux de frais terminaux fondés sur la méthode et les pourcentages de conversion des tarifs intérieurs en taux de frais terminaux en vigueur pour les années 2001 à 2003, à moins qu'un accord prévoyant l'application de taux de frais terminaux différents, selon entente réciproque, ait été établi ou que le CEP ait déterminé les nouveaux pourcentages des tarifs intérieurs à appliquer pour les années 2004 et 2005.

9. L'administration postale de l'Allemagne se réserve le droit d'administrer elle-même les ressources financières allouées au Fonds de financement de l'amélioration de la qualité de service dans les pays en développement, conformément à l'article 50.1.1.1, jusqu'à ce que les principes et critères établis par le CEP au sujet du système de gestion et de financement de ce Fonds et des procédures de fonctionnement soient mis en application.

10. L'Amérique (Etats-Unis) appuie le système de frais terminaux tel qu'il est décrit aux articles 47 à 51. Cependant, en ce qui concerne les échanges avec les membres de l'Organisation mondiale du commerce, l'Amérique (Etats-Unis) se réserve le droit d'appliquer ces accords concernant les frais terminaux conformément aux dispositions qui seront adoptées lors des futures négociations relatives à l'Accord général sur le commerce des services.

11. Nonobstant les réserves faites à l'article XXIV, les Pays-membres dont les noms suivent se réservent le droit d'appliquer, dans les relations réciproques avec les pays signataires de ces réserves et dans leur intégralité, les dispositions adoptées par le Congrès de Beijing en matière de frais terminaux: Afrique du Sud, Autriche, Bahamas, Barbade, Belize, Bénin, Bolivie, Brésil, Bulgarie (Rép.), Burkina Faso, Cameroun, Canada, Chili, Congo (Rép.), Costa-Rica, Côte d'Ivoire (Rép.), Cuba, Dominicaine (Rép.), Dominique, Egypte, El Salvador, Equateur, Espagne, Estonie, Finlande, France, Gabon, Grèce, Grenade, Guatemala, Guyane, Haïti, Honduras (Rép.), Italie, Jamaïque, Kenya, Liechtenstein, Mali, Maroc, Mauritanie, Mexique, Moldova, Nicaragua,

lien, Bulgarien (Republik), Burkina Faso, Kamerun, Kanada, Kap Verde, Chile, Costa Rica, Côte d'Ivoire (Republik), Kuba, Dominikanische Republik, Dominica, Ägypten, El Salvador, Spanien, Estland, Finnland, Frankreich, Gabun, Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland, vom Vereinigten Königreich abhängige Überseegebiete, Griechenland, Grenada, Guatemala, Guyana, Haiti, Honduras (Republik), Island, Italien, Jamaika, Japan, Liechtenstein, Malaysia, Mali, Marokko, Mauretanien, Mexiko, Moldau, Nicaragua, Niederlande, Peru, Polen (Republik), St. Christoph (St. Kitts) und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Senegal, Singapur, Slowakei, Sudan, Schweden, Schweiz, Suriname, Tschechische Republik, Trinidad und Tobago, Tunesien, Uruguay und Venezuela.

7. In seiner Entschließung C 46/1999 beauftragt der Kongress den Rat für Postbetrieb, bis zum Jahr 2002 ein Verfahren für die Umrechnung der Inlandstarife und/oder Kosten der Postverwaltungen in Endvergütungssätze auszuarbeiten und die für die Jahre 2004 und 2005 geltenden Prozentsätze der Inlandstarife abschließend festzulegen. Für den Fall, dass dieser Auftrag nicht rechtzeitig ausgeführt wird, behält Deutschland sich das Recht vor, diese Prozentsätze für die Jahre 2004 und 2005 kraft Artikel 48 Absatz 3 nach den in diesem Artikel aufgeführten Grundsätzen selbst festzulegen.

8. In seiner Entschließung C 46/1999 beauftragt der Kongress den Rat für Postbetrieb, bis zum Jahr 2002 ein Verfahren für die Umrechnung der Inlandstarife oder -kosten der Postverwaltungen in Endvergütungssätze auszuarbeiten und die für die Jahre 2004 und 2005 geltenden Prozentsätze der Inlandstarife abschließend festzulegen. Ungeachtet des Artikels XXIV Absatz 7, in dem ein Land sich das Recht vorbehält, diese Prozentsätze für die Jahre 2004 und 2005 kraft Artikel 48 Absatz 3 selbst festzulegen, falls der Rat für Postbetrieb den Auftrag aus Entschließung C 46/1999 nicht rechtzeitig ausgeführt hat, behalten Amerika (Vereinigte Staaten), das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Niederlande sich das Recht vor, die Endvergütungssätze auch weiterhin anzuwenden, die auf den für die Jahre 2001 bis 2003 geltenden Verfahren und Prozentsätzen für die Umrechnung der Inlandstarife in Endvergütungssätze beruhen, es sei denn, dass eine Vereinbarung über die Anwendung anderer Endvergütungssätze auf der Grundlage gegenseitiger Absprachen getroffen wurde oder dass der Rat für Postbetrieb neue Prozentsätze der Inlandstarife festgelegt hat, die für die Jahre 2004 und 2005 gelten sollen.

9. Die Postverwaltung von Deutschland behält sich das Recht vor, die nach Artikel 50 Absatz 1.1.1 für den Fonds zur Finanzierung der Verbesserung der Dienstqualität in den Entwicklungsländern bestimmten finanziellen Mittel so lange selbst zu verwalten, bis die vom Rat für Postbetrieb festgelegten Grundsätze und Kriterien für das Verwaltungs- und Finanzierungssystem dieses Fonds sowie die Arbeitsverfahren zur Anwendung kommen.

10. Amerika (Vereinigte Staaten) unterstützt das Endvergütungssystem, wie es in den Artikeln 47 bis 51 beschrieben ist. In Bezug auf den Verkehr mit den Mitgliedern der Welthandelsorganisation behält Amerika (Vereinigte Staaten) sich jedoch das Recht vor, diese Endvergütungsvereinbarungen auf der Grundlage der Bestimmungen anzuwenden, die bei künftigen Verhandlungen über das Allgemeine Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen angenommen werden.

11. Ungeachtet der in Artikel XXIV formulierten Vorbehalte behalten die nachstehend genannten Mitgliedsländer sich das Recht vor, im gegenseitigen Verkehr mit den Ländern, die diese Vorbehalte unterzeichnet haben, die vom Kongress von Beijing angenommenen Bestimmungen über Endvergütungen in ihrer Gesamtheit anzuwenden: Südafrika, Österreich, Bahamas, Barbados, Belize, Benin, Bolivien, Brasilien, Bulgarien (Republik), Burkina Faso, Kamerun, Kanada, Chile, Kongo (Republik), Costa Rica, Côte d'Ivoire (Republik), Kuba, Dominikanische Republik, Dominica, Ägypten, El Salvador, Ecuador, Spanien, Estland, Finnland, Frankreich, Gabun, Griechenland, Grenada, Guatemala, Guyana, Haiti, Honduras (Republik), Italien, Jamaika,

Pays-Bas, Pérou, Pologne (Rép.), Portugal, Saint-Christophe (Saint-Kitts)-et-Nevis, Sainte-Lucie, Saint-Vincent-et-Grenadines, Sénégal, Slovaquie, Soudan, Suède, Suisse, Suriname, Tchèque (Rép.), Trinité-et-Tobago, Tunisie, Uruguay et Vénézuéla.

Article XXV

Frais de transport aérien intérieur

1. Par dérogation à l'article 53.3, les administrations postales de l'Arabie saoudite, des Bahamas, du Cap-Vert, du Congo (Rép.), de Cuba, de la Dominique (Rép.), d'El Salvador, de l'Equateur, du Gabon, de la Grèce, du Guatemala, de la Guyane, du Honduras (Rép.), de la Mongolie, du Népal, de la Papouasie – Nouvelle-Guinée, du Pérou, des Philippines, de la Rép. pop. dém. de Corée, de Salomon (îles) et de Vanuatu se réservent le droit de percevoir les paiements dus au titre de l'acheminement des dépêches internationales à l'intérieur du pays par voie aérienne.

2. Par dérogation à l'article 53.3, l'administration postale de Myanmar se réserve le droit de percevoir les paiements dus au titre de l'acheminement des dépêches internationales à l'intérieur du pays, qu'elles soient ou non réacheminées par avion.

3. Par dérogation à l'article 53.3, l'administration postale du Bangladesh se réserve le droit de percevoir les paiements dus au titre de l'acheminement des dépêches internationales à l'intérieur du pays, que ces dépêches soient ou non réacheminées par avion et quelle que soit la distance parcourue.

4. Par dérogation aux articles 53.4 et 53.5, les administrations postales de l'Amérique (Etats-Unis), du Canada, de l'Iran (Rép. islamique) et de la Turquie sont autorisées à recouvrer, sous forme de taux uniformes, des administrations postales en cause leurs frais de transport aérien intérieur occasionnés par le courrier d'arrivée en provenance de toute administration pour laquelle elles appliquent la compensation pour frais terminaux fondée spécifiquement sur les coûts ou sur les tarifs intérieurs.

5. A titre de réciprocité, l'administration postale d'Oman est en droit de recouvrer auprès des administrations postales mentionnées sous 1 à 3 ci-dessus les frais supplémentaires occasionnés par le transport aérien à l'intérieur de son pays des dépêches de la poste aux lettres en provenance de ces administrations, que le réacheminement de telles dépêches ait lieu par voie aérienne ou par une autre voie.

Article XXVI

Quotes-parts territoriales d'arrivée exceptionnelles

1. Par dérogation à l'article 56, l'administration postale de l'Afghanistan se réserve le droit de percevoir 7,50 DTS de quote-part territoriale d'arrivée exceptionnelle supplémentaire par colis.

Article XXVII

Tarifs spéciaux

1. Les administrations postales de l'Amérique (Etats-Unis), de la Belgique et de la Norvège ont la faculté de percevoir pour les colis-avion des quotes-parts territoriales plus élevées que pour les colis de surface.

2. L'administration postale du Liban est autorisée à percevoir pour les colis jusqu'à 1 kilogramme la taxe applicable aux colis au-dessus de 1 jusqu'à 3 kilogrammes.

3. L'administration postale du Panama (Rép.) est autorisée à percevoir 0,20 DTS par kilogramme pour les colis de surface transportés par voie aérienne (S.A.L.) en transit.

Kenia, Liechtenstein, Mali, Marokko, Mauretanie, Mexiko, Moldau, Nicaragua, Niederlande, Peru, Polen (Republik), Portugal, St. Christoph (St. Kitts) und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Senegal, Slowakei, Sudan, Schweden, Schweiz, Suriname, Tschechische Republik, Trinidad und Tobago, Tunesien, Uruguay und Venezuela.

Artikel XXV

Kosten für die Luftbeförderung im Inland

1. Abweichend von Artikel 53 Absatz 3 behalten die Postverwaltungen von Saudi-Arabien, der Bahamas, von Kap Verde, Kongo (Republik), Kuba, der Dominikanischen Republik, von El Salvador, Ecuador, Gabun, Griechenland, Guatemala, Guyana, Honduras (Republik), der Mongolei, von Nepal, Papua-Neuguinea, Peru, der Philippinen, der Demokratischen Volksrepublik Korea, der Salomonen und von Vanuatu sich das Recht vor, die der Luftbeförderung von Auslandskartenschlüssen innerhalb des Landes entsprechenden Zahlungen zu verlangen.

2. Abweichend von Artikel 53 Absatz 3 behält die Postverwaltung von Myanmar sich das Recht vor, die der Beförderung von Auslandskartenschlüssen innerhalb des Landes entsprechenden Zahlungen zu verlangen, und zwar unabhängig davon, ob sie auf dem Luftweg weitergeleitet werden oder nicht.

3. Abweichend von Artikel 53 Absatz 3 behält die Postverwaltung von Bangladesch sich das Recht vor, die der Beförderung von Auslandskartenschlüssen innerhalb des Landes entsprechenden Zahlungen zu verlangen, und zwar unabhängig davon, ob diese Kartenschlüsse auf dem Luftweg weitergeleitet werden oder nicht, und unabhängig von der zurückgelegten Entfernung.

4. Abweichend von Artikel 53 Absätze 4 und 5 dürfen die Postverwaltungen von Amerika (Vereinigte Staaten), Kanada, Iran (Islamische Republik) und der Türkei von den betreffenden anderen Postverwaltungen in Form einheitlicher Vergütungssätze die Kosten einfordern, die ihnen im Rahmen der Luftbeförderung von Briefpost innerhalb ihres Landes entstehen, die ihnen von allen Verwaltungen zugeht, mit denen sie einen spezifisch an den Kosten oder den Inlandsgebühren orientierten Endvergütungsausgleich vornehmen.

5. Die Postverwaltung von Oman ist berechtigt, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit von den in den Absätzen 1 bis 3 genannten Postverwaltungen die zusätzlichen Kosten einzufordern, die ihr im Rahmen der Luftbeförderung von Briefpostkartenschlüssen dieser Verwaltungen innerhalb ihres Landes entstehen, und zwar unabhängig davon, ob diese Kartenschlüsse auf dem Luftweg oder auf einem anderen Beförderungsweg weitergeleitet werden.

Artikel XXVI

Außergewöhnliche Endvergütungsanteile

1. Abweichend von Artikel 56 behält die Postverwaltung von Afghanistan sich das Recht vor, je Paket zusätzlich einen außergewöhnlichen Endvergütungsanteil von 7,50 SZR zu erheben.

Artikel XXVII

Besondere Tarife

1. Die Postverwaltungen von Amerika (Vereinigte Staaten), Belgien und Norwegen können für Luftpostpakete höhere Vergütungsanteile erheben als für Land-/Seewegpakete.

2. Die Postverwaltung von Libanon darf für Pakete bis 1 Kilogramm dieselbe Gebühr erheben wie für Pakete über 1 bis 3 Kilogramm.

3. Die Postverwaltung von Panama (Republik) darf für Land-/Seewegpakete, die im Durchgang auf dem Luftweg befördert werden (SAL), 0,20 SZR je Kilogramm erheben.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ci-dessous ont dressé le présent Protocole, qui aura la même force et la même valeur que si ses dispositions étaient insérées dans le texte même de la Convention, et ils l'ont signé en un exemplaire qui est déposé auprès du Directeur général du Bureau international. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Beijing, le 15 septembre 1999.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten dieses Protokoll gefertigt, das dieselbe Wirkung und dieselbe Gültigkeit hat, wie wenn seine Bestimmungen im Wortlaut des Weltpostvertrags selbst enthalten wären; sie haben es in einer Urschrift unterzeichnet, die beim Generaldirektor des Internationalen Büros hinterlegt wird. Eine Abschrift davon wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes übermittelt, in dem der Kongress stattgefunden hat.

Geschehen zu Beijing am 15. September 1999.

Postzahlungsdienste-Übereinkommen

Arrangement concernant les services de paiement de la poste

(Übersetzung)

Table des matières

Inhaltsverzeichnis

Chapitre I Dispositions préliminaires

Article

- 1 Objet de l'Arrangement
- 2 Différents produits pouvant être offerts

Chapitre II Dépôt des ordres

- 3 Emission des titres et admission des ordres de paiement (monnaie, conversion, montant)
- 4 Taxes

Chapitre III Transmission des ordres

- 5 Moyens d'échange

Chapitre IV Traitement dans le pays de paiement et réclamations

- 6 Paiement
- 7 Réclamations
- 8 Responsabilité

Chapitre V Décomptes, comptes de liaison

- 9 Rémunération de l'administration de paiement
- 10 Relations financières entre les administrations participantes

Chapitre VI Le postchèque

- 11 Fonctionnement des postchèques

Chapitre VII Le réseau POSTNET

- 12 Conditions d'adhésion et de participation

Chapitre VIII Les envois contre remboursement

- 13 Définition du service

Chapitre IX Dispositions diverses

- 14 Demande d'ouverture d'un compte courant postal à l'étranger

Chapitre X Dispositions finales

- 15 Dispositions finales

Kapitel I Einleitende Bestimmungen

Artikel

- 1 Gegenstand des Übereinkommens
- 2 Produkte, die angeboten werden können

Kapitel II Einlieferung der Aufträge

- 3 Ausstellung der Zahlungspapiere und Zulassung der Zahlungsaufträge (Währung, Umrechnung, Betrag)
- 4 Gebühren

Kapitel III Übermittlung der Aufträge

- 5 Austauschverfahren

Kapitel IV Behandlung im Auszahlungs- land und Nachforschungsanträge

- 6 Auszahlung
- 7 Nachforschungsanträge
- 8 Haftung

Kapitel V Abrechnung, Verbindungskonten

- 9 Vergütung für die Auszahlungsverwaltung
- 10 Finanzbeziehungen zwischen den beteiligten Verwaltungen

Kapitel VI Postcheque

- 11 Verfahrensweise für Postcheques

Kapitel VII POSTNET-Netz

- 12 Bedingungen für den Zugang und die Teilnahme

Kapitel VIII Nachnahmesendungen

- 13 Definition des Dienstes

Kapitel IX Verschiedene Bestimmungen

- 14 Antrag auf Eröffnung eines Postgirokontos im Ausland

Kapitel X Schlussbestimmungen

- 15 Schlussbestimmungen

Arrangement concernant les services de paiement de la poste

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union, vu l'article 22, § 4, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont, d'un commun accord et sous réserve de l'article 25, § 4, de ladite Constitution, arrêté l'Arrangement suivant.

Chapitre I

Dispositions préliminaires

Article premier

Objet de l'Arrangement

1. Le présent Arrangement régit l'ensemble des prestations visant au transfert de fonds postaux. Les pays contractants conviennent d'un commun accord des produits du présent Arrangement qu'ils entendent instaurer dans leurs relations réciproques.

2. Des organismes non postaux peuvent participer, par l'intermédiaire de l'administration postale, du service des chèques postaux ou d'une institution qui gère un réseau de transfert de fonds postaux, aux échanges régis par les dispositions du présent Arrangement. Il appartient à ces organismes de s'entendre avec l'administration postale de leur pays pour assurer la complète exécution de toutes les clauses de l'Arrangement et, dans le cadre de cette entente, pour exercer leurs droits et remplir leurs obligations en tant qu'organisations postales définies par le présent Arrangement. L'administration postale leur sert d'intermédiaire dans leurs relations avec les administrations postales des autres pays contractants et avec le Bureau international.

Article 2

Différents produits pouvant être offerts

1. Le mandat

1.1 L'expéditeur remet des fonds au guichet d'un bureau de poste ou ordonne le débit de son compte courant postal et demande le paiement du montant en numéraire au bénéficiaire.

1.2 L'expéditeur remet des fonds au guichet d'un bureau de poste et demande qu'ils soient versés sur le compte courant postal du bénéficiaire ou sur d'autres types de comptes gérés par les administrations.

2. Le virement

2.1 Le titulaire d'un compte courant postal demande, par débit de son compte, l'inscription d'un montant au crédit du compte courant postal, d'autres types de comptes gérés par les administrations ou du compte courant bancaire du bénéficiaire par l'intermédiaire de l'administration de destination.

3. Le postchèque

3.1 Le postchèque est un titre international qui peut être délivré aux titulaires de comptes courants postaux et payable à vue dans les bureaux de poste des pays participant au service.

3.2 Le postchèque peut également être remis en paiement à des tiers après entente entre les administrations contractantes.

4. Le retrait sur le réseau de distributeurs automatiques de billets de banque POSTNET

4.1 Les institutions financières, postales ou non, qui adhèrent par convention au réseau POSTNET peuvent offrir à leurs détenteurs de cartes la possibilité de retirer des espèces aux distributeurs automatiques de billets de banque du réseau POSTNET.

Postzahlungsdienste- Übereinkommen

Die unterzeichneten Regierungsbevollmächtigten der Mitgliedsländer des Weltpostvereins haben aufgrund des Artikels 22 Absatz 4 der am 10. Juli 1964 in Wien beschlossenen Satzung des Weltpostvereins im gegenseitigen Einvernehmen und vorbehaltlich des Artikels 25 Absatz 4 der Satzung folgendes Übereinkommen geschlossen.

Kapitel I

Einleitende Bestimmungen

Artikel 1

Gegenstand des Übereinkommens

1. Dieses Übereinkommen regelt alle Leistungen im Zusammenhang mit dem postalischen Zahlungsverkehr. Die vertragsschließenden Länder einigen sich untereinander darüber, welche der in diesem Übereinkommen genannten Produkte sie in ihren gegenseitigen Beziehungen einführen wollen.

2. Postfremde Stellen dürfen über die Postverwaltung, über den Postgirodienst oder über eine Einrichtung, die ein Netz für den postalischen Zahlungsverkehr betreibt, an den verschiedenen Arten des Austauschs, wie sie durch die Bestimmungen dieses Übereinkommens geregelt sind, teilnehmen. Diese Stellen müssen sich mit der Postverwaltung ihres Landes absprechen, damit die vollständige Durchführung aller Bestimmungen dieses Übereinkommens gewährleistet ist und damit sie im Rahmen dieser Absprache die Rechte und Pflichten als postalische Organisationen wahrnehmen, wie sie durch dieses Übereinkommen definiert sind. Die Postverwaltung dient ihnen als Vermittlerin im Verkehr mit den Postverwaltungen der anderen vertragschließenden Länder und mit dem Internationalen Büro.

Artikel 2

Produkte, die angeboten werden können

1. Anweisung

1.1 Der Absender zahlt einen Betrag am Postschalter ein oder veranlasst die Abbuchung des Betrags von seinem Postgirokonto und verlangt die Barauszahlung des Betrags an den Empfänger.

1.2 Der Absender zahlt einen Betrag am Postschalter ein und verlangt, dass er auf das Postgirokonto des Empfängers oder auf andere Arten von bei den Verwaltungen geführten Konten überwiesen wird.

2. Überweisung

2.1 Der Inhaber eines Postgirokontos verlangt, dass durch Belastung seines Kontos auf dem Postgirokonto, auf anderen Arten von bei den Verwaltungen geführten Konten oder auf dem Bankgirokonto des Empfängers ein Betrag gutgeschrieben wird, und zwar durch die Vermittlung der Bestimmungsverwaltung.

3. Postcheque

3.1 Der Postcheque ist ein internationales Zahlungsmittel, das an Inhaber von Postgirokonto ausgegeben und in den Postämtern der an diesem Dienst teilnehmenden Länder gegen Vorlage eingelöst werden kann.

3.2 Der Postcheque kann auch, sofern die vertragschließenden Verwaltungen dies vereinbart haben, Dritten als Zahlungsmittel ausgehändigt werden.

4. Abhebung innerhalb des POSTNET-Geldausgabeautomatennetzes

4.1 Postalische oder nichtpostalische Finanzinstitute, die vertraglich dem POSTNET-Netz angehören, können ihren Karteninhabern die Möglichkeit anbieten, Bargeld an den Geldausgabeautomaten des POSTNET-Netzes abzuheben.

5. Autres prestations

5.1 Les administrations postales peuvent convenir, dans leurs relations bilatérales ou multilatérales, d'instaurer d'autres prestations, dont les modalités sont à définir entre les administrations intéressées.

Chapitre II Dépôt des ordres

Article 3 Emission des titres et admission des ordres de paiement (monnaie, conversion, montant)

1. Sauf entente spéciale, le montant des titres et des ordres est exprimé en monnaie du pays de paiement.

2. L'administration d'émission fixe le taux de conversion de sa monnaie en celle du pays de paiement.

3. Le montant des transferts de fonds est illimité, sauf décisions prises par les administrations concernées.

4. L'administration d'émission a toute liberté pour définir les documents et les modalités de dépôt des titres et des ordres de paiement, sauf lorsque ceux-ci sont à transférer par la voie postale. Dans ce cas, seules doivent être utilisées les formules prévues au Règlement.

5. Les titres et les ordres de paiement à transmettre par la voie des télécommunications sont soumis aux dispositions du Règlement des télécommunications internationales.

Article 4 Taxes

1. L'administration d'émission détermine librement la taxe à percevoir au moment de l'émission. A cette taxe principale, elle ajoute, éventuellement, les taxes afférentes à des services spéciaux rendus à l'expéditeur.

2. L'administration d'émission peut, après entente avec l'administration chargée du paiement, percevoir de l'expéditeur, à la demande de ce dernier, des taxes afférentes à des services spéciaux rendus au bénéficiaire. Le montant de ces taxes est reversé à l'administration chargée du paiement.

3. Les transferts de fonds échangés, par l'intermédiaire d'un pays partie au présent Arrangement, entre un pays contractant et un pays non contractant peuvent être soumis, par l'administration intermédiaire, à une taxe supplémentaire, déterminée par cette dernière en fonction des coûts générés par les opérations qu'elle effectue, dont le montant est convenu entre les administrations concernées et prélevée sur le montant du titre; cette taxe peut toutefois être perçue sur l'expéditeur et attribuée à l'administration du pays intermédiaire si les administrations intéressées se sont mises d'accord à cet effet.

4. Si des duplicata de mandats sont exigibles en vertu des dispositions du Règlement et si aucune faute de service n'a été commise, une taxe à ce titre, fixée par l'administration auprès de laquelle une demande a été formulée, peut être perçue sur l'expéditeur ou sur le bénéficiaire, sauf si cette taxe a déjà été perçue au titre de l'avis de paiement.

5. Sont exonérés de toutes taxes les documents, les titres et les ordres de paiement relatifs aux transferts de fonds postaux échangés entre les administrations par la voie postale, dans les conditions prévues à l'article 8.2 et 3.1 à 3.3 de la Convention.

5. Weitere Leistungen

5.1 Die Postverwaltungen können in ihren zwei- oder mehrseitigen Beziehungen die Einführung weiterer Leistungen vereinbaren, deren Modalitäten zwischen den beteiligten Verwaltungen festgelegt werden.

Kapitel II Einlieferung der Aufträge

Artikel 3 Ausstellung der Zahlungspapiere und Zulassung der Zahlungsaufträge (Währung, Umrechnung, Betrag)

1. Sofern nichts anderes vereinbart ist, wird der Betrag der Zahlungspapiere und -aufträge in der Währung des Auszahlungslandes angegeben.

2. Die Einlieferungsverwaltung bestimmt, nach welchem Kurs die Beträge aus ihrer Währung in die des Auszahlungslandes umgerechnet werden.

3. Der Betrag der einzelnen Transaktionen ist unbegrenzt, sofern die betreffenden Verwaltungen nichts anderes beschlossen haben.

4. Die Einlieferungsverwaltung ist völlig frei bei der Festlegung der Dokumente und der Modalitäten für die Einlieferung der Zahlungspapiere und -aufträge, es sei denn, dass die Papiere oder Aufträge auf dem Postweg zu übermitteln sind. In diesem Fall dürfen nur die in den Ergänzenden Bestimmungen vorgesehenen Formblätter verwendet werden.

5. Die auf dem Telekommunikationsweg zu übermittelnden Zahlungspapiere und -aufträge unterliegen den Bestimmungen der Vollzugsordnung für internationale Fernmeldedienste.

Artikel 4 Gebühren

1. Die Einlieferungsverwaltung bestimmt frei die bei der Ausstellung zu erhebende Gebühr. Zusätzlich zu dieser Grundgebühr erhebt sie gegebenenfalls Gebühren für dem Absender bereitgestellte besondere Dienste.

2. Die Einlieferungsverwaltung kann, wenn sie dies mit der Auszahlungsverwaltung vereinbart hat, auf Verlangen des Absenders bei diesem Gebühren für dem Empfänger bereitgestellte besondere Dienste erheben. Der Betrag dieser Gebühren wird der Auszahlungsverwaltung überwiesen.

3. Transaktionen, die durch Vermittlung eines Landes, das Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, zwischen einem Vertragsland und einem Nichtvertragsland abgewickelt werden, können von der Vermittlungsverwaltung mit einer zusätzlichen Gebühr belegt werden, die von ihr entsprechend den Kosten bestimmt wird, die durch die von ihr ausgeführten Tätigkeiten entstehen; der Betrag dieser Gebühr wird von den betroffenen Verwaltungen im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt und vom Betrag der jeweiligen Transaktion abgezogen; diese Gebühr kann jedoch auch vom Absender erhoben und der Verwaltung des Vermittlungslandes gutgeschrieben werden, wenn sich die beteiligten Verwaltungen hierauf geeinigt haben.

4. Werden nach den Vorschriften der Ergänzenden Bestimmungen Doppel von Anweisungen verlangt und liegt kein Dienstversehen vor, so kann vom Absender oder vom Empfänger hierfür eine Gebühr erhoben werden, die von der Verwaltung, bei der der Antrag gestellt wurde, festgelegt wird, es sei denn, dass diese Gebühr bereits für den Auszahlungsschein erhoben worden ist.

5. Zahlungsdokumente, -papiere und -aufträge zu postalischen Transaktionen, die zwischen den Verwaltungen auf dem Postweg abgewickelt werden, sind nach Maßgabe des Artikels 8 Absätze 2 und 3.1 bis 3.3 des Weltpostvertrags von allen Gebühren befreit.

Chapitre III

Transmission des ordres

Article 5

Moyens d'échange

1. L'échange par la voie postale s'opère au moyen de formules prévues au Règlement, directement entre bureau d'émission et bureau de paiement ou par l'intermédiaire de bureaux d'échange.

2. L'échange par la voie des télécommunications s'opère par envoi adressé directement au bureau de paiement ou à un bureau d'échange, à condition que toutes les mesures nécessaires à la sécurité des échanges soient respectées par accord entre les administrations intéressées.

3. Les transferts de fonds peuvent être présentés au pays de paiement sur bandes magnétiques ou sur tout autre support convenu entre les administrations. Les administrations de paiement sont alors libres du choix des formules à utiliser comme support des sommes à payer en numéraire aux bénéficiaires.

4. Tous les transferts de fonds peuvent être effectués par l'intermédiaire de réseaux électroniques, selon les conventions particulières adoptées par les administrations concernées.

5. Les administrations peuvent convenir d'utiliser des moyens d'échange autres que ceux prévus à l'article 5.1 à 4.

Chapitre IV

Traitement dans le pays de paiement et réclamations

Article 6

Paiement

1. En principe, la somme entière du mandat doit être payée au bénéficiaire; des taxes facultatives peuvent être perçues si celui-ci demande des services spéciaux supplémentaires.

2. La validité des mandats s'étend:

2.1 en règle générale, jusqu'à l'expiration du premier mois qui suit celui de l'émission;

2.2 après accord entre administrations intéressées, jusqu'à l'expiration du troisième mois qui suit celui de l'émission.

3. Après ces délais, les mandats parvenus aux bureaux de paiement ne sont payés que s'ils sont revêtus d'un «visa pour date» donné par le service désigné par l'administration d'émission, à la requête du bureau de paiement. Le visa pour date confère au mandat, à partir du jour où il est donné, une nouvelle validité dont la durée est celle qu'aurait un mandat émis le même jour. Les mandats parvenus aux administrations de paiement selon l'article 5.3 ne peuvent pas bénéficier du visa pour date.

4. Si le non-paiement d'un mandat avant l'expiration du délai de validité ne résulte pas d'une faute de service, il peut être perçu une taxe dite «de visa pour date» qui sera fixée par l'administration de paiement.

5. Le paiement des mandats est effectué selon la réglementation du pays de paiement.

Article 7

Réclamations

1. Les dispositions de l'article 30 de la Convention sont applicables.

Kapitel III

Übermittlung der Aufträge

Artikel 5

Austauschverfahren

1. Der Austausch auf dem Postweg erfolgt mittels der in den Ergänzenden Bestimmungen vorgesehenen Formblätter unmittelbar zwischen Einlieferungsamt und Auszahlungsamt oder durch Vermittlung der Auswechslungsämter.

2. Der Austausch auf dem Telekommunikationsweg erfolgt mittels einer unmittelbar an das Auszahlungsamt oder an ein Auswechslungsamt gerichteten Sendung, vorausgesetzt, dass alle für die Sicherheit des Austauschs erforderlichen Maßnahmen aufgrund einer Vereinbarung zwischen den beteiligten Verwaltungen eingehalten werden.

3. Die Transaktionsvorgänge können dem Auszahlungsland auf Magnetband oder auf jedem anderen zwischen den Verwaltungen vereinbarten Medium übergeben werden. Die Auszahlungsverwaltungen sind dann bei der Wahl der Formblätter frei, die als Träger für die den Empfängern bar auszuzahlenden Beträge zu benutzen sind.

4. Alle Transaktionen können, auf der Grundlage besonderer, von den betroffenen Verwaltungen angenommener Vereinbarungen, über elektronische Netze abgewickelt werden.

5. Die Verwaltungen können vereinbaren, andere als die in den Absätzen 1 bis 4 vorgesehenen Austauschverfahren anzuwenden.

Kapitel IV

Behandlung im Auszahlungsland und Nachforschungsanträge

Artikel 6

Auszahlung

1. Grundsätzlich muss dem Empfänger der vollständige Betrag der Anweisung ausgezahlt werden; fakultative Gebühren können erhoben werden, wenn der Empfänger zusätzliche besondere Dienste verlangt.

2. Anweisungen bleiben gültig

2.1 im Allgemeinen bis zum Ablauf des ersten auf den Einlieferungsmonat folgenden Monats;

2.2 nach Absprache zwischen den beteiligten Verwaltungen bis zum Ablauf des dritten auf den Einlieferungsmonat folgenden Monats.

3. Nach Ablauf dieser Fristen dürfen Anweisungen, die bei den Auszahlungsämtern eingegangen sind, nur ausgezahlt werden, wenn sie mit einem Gültigkeitsvermerk versehen sind, der von der durch die Einlieferungsverwaltung benannten Dienststelle auf Verlangen des Auszahlungsamts erteilt wird. Durch den Gültigkeitsvermerk erhält die Anweisung, vom Tag der Erteilung an gerechnet, eine neue Gültigkeit, die der einer am gleichen Tag ausgestellten Anweisung entspricht. Für Anweisungen, die nach Artikel 5 Absatz 3 bei den Auszahlungsverwaltungen eingegangen sind, kann kein Gültigkeitsvermerk erteilt werden.

4. Wenn eine Anweisung nicht vor Ablauf der Gültigkeitsfrist ausgezahlt worden ist und dies nicht auf ein Dienstversehen zurückzuführen ist, kann eine so genannte Gültigkeitsvermerkgebühr erhoben werden, die von der Auszahlungsverwaltung festgelegt wird.

5. Die Anweisungen werden nach den Bestimmungen des Auszahlungslandes ausgezahlt.

Artikel 7

Nachforschungsanträge

1. Es gelten die Bestimmungen des Artikels 30 des Weltpostvertrags.

Article 8

Responsabilité

1. Principe et étendue de la responsabilité

1.1 Les administrations sont responsables des sommes versées au guichet ou portées au débit du compte du tireur jusqu'au moment où le mandat a été régulièrement payé ou le compte du bénéficiaire a été crédité.

1.2 Les administrations sont responsables des indications erronées qu'elles ont fournies et qui ont entraîné soit un non-paiement, soit des erreurs dans l'exécution du transfert de fonds. La responsabilité s'étend aux erreurs de conversion et aux erreurs de transmission.

1.3 Les administrations sont dégagées de toute responsabilité:

1.3.1 en cas de retard qui peut se produire dans la transmission, l'expédition ou le paiement des titres et des ordres;

1.3.2 lorsque, par suite de la destruction des documents de service résultant d'un cas de force majeure, elles ne peuvent rendre compte de l'exécution d'un transfert de fonds, à moins que la preuve de leur responsabilité n'ait été autrement administrée;

1.3.3 lorsque l'expéditeur n'a formulé aucune réclamation dans le délai prévu à l'article 30.1 de la Convention;

1.3.4 lorsque le délai de prescription des mandats dans le pays d'émission s'est écoulé.

1.4 En cas de remboursement, quelle qu'en soit la cause, la somme à rembourser à l'expéditeur ne peut dépasser celle qu'il a versée ou qui a été portée au débit de son compte.

1.5 Les administrations peuvent convenir entre elles d'appliquer des conditions plus étendues de responsabilité adaptées aux besoins de leurs services intérieurs.

1.6 Les conditions de l'application du principe de la responsabilité, et notamment les questions de la détermination de la responsabilité, le paiement des sommes dues, les recours, le délai de paiement et les dispositions relatives au remboursement à l'administration intervenante, sont celles prescrites dans le Règlement.

Chapitre V

Décomptes, comptes de liaison

Article 9

Rémunération de l'administration de paiement

1. Pour chaque mandat payé, l'administration d'émission attribue à l'administration de paiement une rémunération dont le taux est fixé dans le Règlement en fonction du montant moyen des mandats compris dans un même compte mensuel.

2. Au lieu des taux prévus à l'article 9.1, les administrations peuvent convenir de taux de rémunération différents ou fixer une rémunération forfaitaire pour chaque paiement effectué.

3. Pour chaque virement, l'administration de destination peut demander le versement d'une taxe d'arrivée. Cette taxe peut être soit débitée du compte du bénéficiaire, soit prise en charge par l'administration d'émission par débit de son compte de liaison.

4. Les transferts de fonds effectués en franchise de taxe ne donnent lieu à aucune rémunération.

5. Lorsqu'il y a entente entre les administrations intéressées, les transferts de fonds de secours exemptés de taxes par l'administration d'émission peuvent être exonérés de rémunération.

Artikel 8

Haftung

1. Grundsatz und Umfang der Haftung

1.1 Die Verwaltungen haften so lange für die am Schalter eingezahlten oder dem Konto des Ausstellers lastgeschriebenen Beträge, bis der Betrag der Anweisung ordnungsgemäß ausgezahlt oder dem Konto des Empfängers gutgeschrieben wurde.

1.2 Die Verwaltungen haften für die von ihnen gelieferten unrichtigen Angaben, die dazu geführt haben, dass entweder keine Zahlung erfolgt ist oder dass es zu Fehlern bei der Ausführung der Transaktion kam. Die Haftung erstreckt sich auf Umrechnungsfehler und auf Fehler bei der Übermittlung.

1.3 Die Verwaltungen sind von jeder Haftung befreit

1.3.1 im Fall einer eventuellen Verzögerung bei der Übermittlung, beim Versand oder bei der Auszahlung der Zahlungspapiere und -aufträge;

1.3.2 wenn sie über die Ausführung einer Transaktion deshalb keine Rechenschaft ablegen können, weil die Dienstpapiere durch höhere Gewalt vernichtet wurden, es sei denn, dass ihre Haftpflicht anderweitig nachgewiesen wurde;

1.3.3 wenn der Absender innerhalb der in Artikel 30 Absatz 1 des Weltpostvertrags vorgesehenen Frist keinen Nachforschungsantrag gestellt hat;

1.3.4 wenn die Verjährungsfrist der Anweisungen im Einlieferungsland abgelaufen ist.

1.4 Bei einer Erstattung darf, unabhängig vom Grund der Erstattung, der dem Absender zu erstattende Betrag den von ihm eingezahlten oder den seinem Konto lastgeschriebenen Betrag nicht überschreiten.

1.5 Die Verwaltungen können untereinander weiterreichende Haftungsbedingungen vereinbaren, die den Erfordernissen ihrer Inlandsdienste angeglichen sind.

1.6 Die Bedingungen für die Anwendung des Haftungsgrundsatzes und insbesondere die Einzelheiten betreffend die Feststellung der Haftung, die Zahlung der geschuldeten Beträge, die Rückgriffsverfahren, die Zahlungsfrist und die Vorschriften über die Erstattung an die vermittelnde Verwaltung sind in den Ergänzenden Bestimmungen geregelt.

Kapitel V

Abrechnung, Verbindungskonten

Artikel 9

Vergütung für die Auszahlungsverwaltung

1. Die Einlieferungsverwaltung zahlt der Auszahlungsverwaltung für jede ausgezahlte Anweisung eine Vergütung, deren Höhe in den Ergänzenden Bestimmungen auf der Grundlage des Durchschnittsbetrags der in einer Monatsrechnung enthaltenen Anweisungen festgesetzt ist.

2. Anstelle der in Absatz 1 vorgesehenen Sätze können die Verwaltungen andere Vergütungssätze vereinbaren oder für jede geleistete Zahlung eine Pauschalvergütung festlegen.

3. Für jede Überweisung kann die Bestimmungsverwaltung die Zahlung einer Eingangsgebühr verlangen. Diese Gebühr wird entweder dem Konto des Empfängers lastgeschrieben oder sie wird von der Einlieferungsverwaltung durch Belastung ihres Verbindungskontos übernommen.

4. Für gebührenfreie Transaktionen wird keine Vergütung gezahlt.

5. Wenn die beteiligten Verwaltungen sich entsprechend geeinigt haben, können die von der Einlieferungsverwaltung gebührenfrei ausgeführten Transaktionen von Hilfgeldern von Vergütungen befreit werden.

Article 10**Relations financières entre
les administrations participantes**

1. Les administrations conviennent entre elles des moyens techniques à utiliser pour régler leurs créances.

2. Le compte courant de liaison

2.1 Lorsque les administrations disposent d'une institution de chèques postaux, chacune d'elles se fait ouvrir, à son nom auprès de l'administration correspondante, un compte courant de liaison au moyen duquel sont liquidées les dettes et les créances réciproques résultant des échanges effectués au titre du service des chèques postaux et, éventuellement, les mandats et toutes les autres opérations que les administrations conviendraient de régler par ce moyen.

2.2 Lorsque l'administration de paiement ne dispose pas d'une institution de chèques postaux, le compte courant de liaison peut être ouvert auprès d'une autre institution financière.

2.3 En cas de découvert sur un compte de liaison, les sommes dues sont productrices d'intérêts, dont le taux est fixé dans le Règlement.

3. Le compte mensuel

3.1 L'administration de paiement établit, pour chaque administration d'émission, un compte mensuel des sommes payées pour les mandats de poste. Les comptes mensuels sont incorporés, périodiquement, dans un compte général qui donne lieu à la détermination d'un solde.

3.2 Le règlement des comptes peut aussi avoir lieu sur la base des comptes mensuels, sans compensation.

4. Il ne peut être porté atteinte par aucune mesure unilatérale telle que moratoire, interdiction de transfert, etc., aux dispositions du présent article et à celles du Règlement qui en découlent.

Chapitre VI**Le postchèque****Article 11****Fonctionnement des postchèques**

1. Délivrance des postchèques

1.1 Chaque administration peut délivrer des postchèques à ses titulaires de comptes courants postaux.

1.2 Il est remis également aux titulaires de comptes courants postaux auxquels des postchèques ont été délivrés une carte de garantie postchèque qui doit être présentée au moment du paiement.

1.3 Le montant maximal garanti est imprimé au verso de chaque postchèque, ou sur une annexe, dans la monnaie convenue entre les pays contractants.

1.4 Sauf accord particulier avec l'administration de paiement, l'administration d'émission fixe le taux de conversion de sa monnaie en celle du pays de paiement.

1.5 L'administration d'émission peut percevoir une taxe sur le tireur d'un postchèque.

1.6 Le cas échéant, la durée de validité des postchèques est fixée par l'administration d'émission. Elle est indiquée sur le postchèque par l'impression de la date ultime de validité. En l'absence d'une telle indication, la validité des postchèques est illimitée.

2. Paiement

2.1 Le montant des postchèques est payé au bénéficiaire en monnaie légale du pays de paiement.

Artikel 10**Finanzbeziehungen zwischen
den beteiligten Verwaltungen**

1. Die Verwaltungen vereinbaren untereinander die zur Begleichung ihrer Forderungen zu verwendenden technischen Mittel.

2. Giro-Verbindungskonto

2.1 Wenn die Verwaltungen über eine Einrichtung des Postgirodienstes verfügen, lassen sie sich bei der Partnerverwaltung ein Giro-Verbindungskonto auf ihren Namen eröffnen, über das die gegenseitigen Schulden und Forderungen, die sich aus dem Postgiroverkehr ergeben, sowie eventuell die Anweisungen und alle anderen Zahlungsvorgänge, welche die Verwaltungen auf diesem Weg möglicherweise zu regeln vereinbaren, abgewickelt werden.

2.2 Verfügt die Auszahlungsverwaltung über keine Einrichtung des Postgirodienstes, so kann das Giro-Verbindungskonto bei einem anderen Finanzinstitut eröffnet werden.

2.3 Ist ein Verbindungskonto nicht gedeckt, so sind die geschuldeten Beträge zu verzinsen; der Zinssatz ist in den Ergänzenden Bestimmungen festgelegt.

3. Monatsrechnung

3.1 Die Auszahlungsverwaltung stellt für jede Einlieferungsverwaltung eine Monatsrechnung über die auf Postanweisungen ausgezahlten Beträge aus. Die Monatsrechnungen werden in regelmäßigen Zeitabschnitten zur Feststellung des Saldos in einer Hauptrechnung zusammengefasst.

3.2 Die Rechnungen können auch ohne Aufrechnung auf der Grundlage der Monatsrechnungen beglichen werden.

4. Die Bestimmungen dieses Artikels und die daraus sich ergebenden Vorschriften der Ergänzenden Bestimmungen dürfen durch keinerlei einseitige Maßnahmen wie Moratorien, Transferverbot usw. verletzt werden.

Kapitel VI**Postcheque****Artikel 11****Verfahrensweise für Postcheques**

1. Ausgabe von Postcheques

1.1 Jede Verwaltung kann an Inhaber von Postgirokonten in ihrem Land Postcheques ausgeben.

1.2 Den Inhabern von Postgirokonten, denen Postcheques ausgehändigt wurden, wird auch eine Postcheque-Garantiekarte ausgeliefert, die bei der Auszahlung vorzulegen ist.

1.3 Der garantierte Höchstbetrag ist auf der Rückseite eines jeden Postcheques oder auf einem Anhang in der zwischen den vertragschließenden Ländern vereinbarten Währung aufgedruckt.

1.4 Falls keine besondere Vereinbarung mit der Auszahlungsverwaltung besteht, setzt die Ausgabeverwaltung den Kurs für die Umrechnung ihrer Währung in die Währung des Auszahlungslandes fest.

1.5 Die Ausgabeverwaltung kann vom Aussteller eines Postcheques eine Gebühr erheben.

1.6 Gegebenenfalls wird die Gültigkeitsdauer der Postcheques von der Ausgabeverwaltung festgelegt. Sie wird auf dem Postcheque durch Aufdruck des letzten Gültigkeitstags angegeben. Fehlt eine solche Angabe, so sind die Postcheques unbegrenzt gültig.

2. Auszahlung

2.1 Der Betrag der Postcheques wird dem Empfänger in der gesetzlichen Währung des Auszahlungslandes ausgezahlt.

2.2 Le montant maximal qui peut être payé au moyen d'un postchèque est fixé d'un commun accord par les pays contractants.

3. Responsabilité

3.1 L'administration de paiement est déchargée de toute responsabilité lorsqu'elle peut établir que le paiement a été effectué dans les conditions fixées aux articles correspondants du Règlement relatifs à la présentation des postchèques au guichet de paiement et aux conditions de leur paiement.

3.2 L'administration émettrice n'est pas tenue d'honorer les postchèques falsifiés ou contrefaits qui lui sont renvoyés après le délai prévu à l'article correspondant du Règlement relatif au renvoi des postchèques payés au service des chèques postaux d'origine.

4. Rémunération de l'administration de paiement

4.1 Les administrations qui émettent et qui paient des postchèques fixent bilatéralement le montant de la rémunération qui est attribuée à l'administration de paiement.

2.2 Der Höchstbetrag, der mittels eines Postcheques ausbezahlt werden kann, wird von den vertragschließenden Ländern im gegenseitigen Einvernehmen festgesetzt.

3. Haftung

3.1 Die Auszahlungsverwaltung ist von jeder Haftung befreit, wenn sie nachweisen kann, dass die Auszahlung unter den Bedingungen erfolgt ist, die in den einschlägigen Artikeln der Ergänzenden Bestimmungen über die Vorlage der Postcheques am Auszahlungsschalter und über die Auszahlungsbedingungen festgelegt sind.

3.2 Die Ausgabeverwaltung ist nicht verpflichtet, verfälschte oder gefälschte Postcheques einzulösen, die ihr nach der im einschlägigen Artikel der Ergänzenden Bestimmungen über die Rücksendung der ausgezahlten Postcheques an den Postgirodienst des Ausgabelandes vorgesehenen Frist zurückgesandt werden.

4. Vergütung für die Auszahlungsverwaltung

4.1 Die Verwaltungen, die Postcheques ausgeben und auszahlen, setzen die der Auszahlungsverwaltung zu zahlende Vergütung auf bilateraler Ebene fest.

Chapitre VII Le réseau POSTNET

Article 12

Conditions d'adhésion et de participation

1. L'adhésion au réseau nécessite la signature de la convention POSTNET et l'acquiescement d'un droit d'entrée.

2. Les conditions d'adhésion et de participation au service sont définies dans la convention POSTNET.

Chapitre VIII Les envois contre remboursement

Article 13

Définition du service

1. Sur la base d'accords bilatéraux, les envois de la poste aux lettres ordinaires, recommandés et avec valeur déclarée et les colis postaux ordinaires et avec valeur déclarée peuvent être expédiés contre remboursement.

2. L'organisme qui a délivré l'envoi remet les fonds à l'institution financière postale et demande le paiement du montant au bénéficiaire.

Chapitre IX Dispositions diverses

Article 14

Demande d'ouverture d'un compte courant postal à l'étranger

1. Lors de l'ouverture d'un compte courant postal à l'étranger et dans le cadre des vérifications d'usage concernant le requérant, les organismes financiers postaux ou non postaux des pays parties au présent Arrangement s'entendent bilatéralement sur l'assistance qu'ils peuvent se prêter mutuellement.

Kapitel VII POSTNET-Netz

Artikel 12

Bedingungen für den Zugang und die Teilnahme

1. Der Zugang zum Netz ist an die Unterzeichnung des POSTNET-Vertrags und die Entrichtung einer Aufnahmegebühr gebunden.

2. Die Bedingungen für den Zugang zum Dienst und die Teilnahme daran sind im POSTNET-Vertrag festgelegt.

Kapitel VIII Nachnahmesendungen

Artikel 13

Definition des Dienstes

1. Gewöhnliche Briefsendungen, eingeschriebene Briefsendungen und Briefsendungen mit Wertangabe sowie gewöhnliche Postpakete und Postpakete mit Wertangabe können auf der Grundlage zweiseitiger Vereinbarungen unter Nachnahme versandt werden.

2. Die Stelle, die die Sendung ausgeliefert hat, zahlt die Beträge bei dem Postfinanzinstitut ein und verlangt die Auszahlung des Betrags an den Zahlungsempfänger.

Kapitel IX Verschiedene Bestimmungen

Artikel 14

Antrag auf Eröffnung eines Postgirokontos im Ausland

1. Bei der Eröffnung eines Postgirokontos im Ausland und im Rahmen der üblichen, den Antragsteller betreffenden Prüfungen einigen sich die postalischen und die nichtpostalischen Finanzinstitute der Länder, die Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, auf bilateraler Ebene hinsichtlich der Unterstützung, die sie sich gegenseitig leisten können.

Chapitre X

Dispositions finales

Article 15

Dispositions finales

1. La Convention est applicable, le cas échéant, par analogie, en tout ce qui n'est pas expressément réglé par le présent Arrangement.

2. L'article 4 de la Constitution n'est pas applicable au présent Arrangement.

3. Conditions d'approbation des propositions concernant le présent Arrangement

3.1 Pour devenir exécutoires, les propositions soumises au Congrès et relatives au présent Arrangement doivent être approuvées par la majorité des Pays-membres présents et votant qui sont parties à l'Arrangement. La moitié au moins de ces Pays-membres représentés au Congrès doivent être présents au moment du vote.

3.2 Pour devenir exécutoires, les propositions relatives au Règlement doivent être approuvées par la majorité des membres du Conseil d'exploitation postale qui sont parties à l'Arrangement.

3.3 Pour devenir exécutoires, les propositions introduites entre deux Congrès et relatives au présent Arrangement doivent réunir:

3.3.1 les deux tiers des suffrages, la moitié au moins des Pays-membres parties à l'Arrangement ayant répondu à la consultation, s'il s'agit de l'addition de nouvelles dispositions;

3.3.2 la majorité des suffrages, la moitié au moins des Pays-membres parties à l'Arrangement ayant répondu à la consultation, s'il s'agit de modifications aux dispositions du présent Arrangement;

3.3.3 la majorité des suffrages, s'il s'agit de l'interprétation des dispositions du présent Arrangement.

3.4 Nonobstant les dispositions prévues sous 3.3.1, tout Pays-membre dont la législation nationale est encore incompatible avec l'addition proposée a la faculté de faire une déclaration écrite au Directeur général du Bureau international indiquant qu'il ne lui est pas possible d'accepter cette addition, dans les quarante-vingt-dix jours à compter de la date de notification de celle-ci.

4. Le présent Arrangement sera mis à exécution le 1^{er} janvier 2001 et demeurera en vigueur jusqu'à la mise à exécution des Actes du prochain Congrès.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des pays contractants ont signé le présent Arrangement en un exemplaire qui est déposé auprès du Directeur général du Bureau international. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Beijing, le 15 septembre 1999.

Kapitel X

Schlussbestimmungen

Artikel 15

Schlussbestimmungen

1. Der Weltpostvertrag ist gegebenenfalls in all den Fällen entsprechend anzuwenden, die nicht ausdrücklich in diesem Übereinkommen geregelt sind.

2. Artikel 4 der Satzung gilt nicht für dieses Übereinkommen.

3. Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zu diesem Übereinkommen

3.1 Dem Kongress vorgelegte Vorschläge zu diesem Übereinkommen müssen, um wirksam zu werden, von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer, die Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, angenommen werden. Mindestens die Hälfte dieser beim Kongress vertretenen Mitgliedsländer muss bei der Abstimmung anwesend sein.

3.2 Vorschläge zu den Ergänzenden Bestimmungen müssen, um wirksam zu werden, von der Mehrheit der Mitglieder des Rates für Postbetrieb, die Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, angenommen werden.

3.3 In der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebrachte Vorschläge zu diesem Übereinkommen müssen, um wirksam zu werden, erhalten:

3.3.1 zwei Drittel der Stimmen, nachdem mindestens die Hälfte der Mitgliedsländer, die Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, auf die Befragung geantwortet hat, wenn es sich um die Aufnahme neuer Bestimmungen handelt;

3.3.2 die Mehrheit der Stimmen, nachdem mindestens die Hälfte der Mitgliedsländer, die Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, auf die Befragung geantwortet hat, wenn es sich um Änderungen zu Bestimmungen dieses Übereinkommens handelt;

3.3.3 die Mehrheit der Stimmen, wenn es sich um die Auslegung von Bestimmungen dieses Übereinkommens handelt.

3.4 Ungeachtet der in Absatz 3.3.1 vorgesehenen Bestimmungen kann jedes Mitgliedsland, dessen innerstaatliche Rechtsvorschriften mit der vorgeschlagenen Hinzufügung noch unvereinbar sind, innerhalb von neunzig Tagen, vom Tag ihrer Notifikation an gerechnet, gegenüber dem Generaldirektor des Internationalen Büros eine schriftliche Erklärung abgeben, in der es darlegt, dass es ihm nicht möglich ist, dieser Hinzufügung zuzustimmen.

4. Dieses Übereinkommen tritt am 1. Januar 2001 in Kraft und gilt bis zum Inkrafttreten der Verträge des nächsten Kongresses.

Zu Urkund dessen haben die Regierungsbevollmächtigten der vertragschließenden Länder dieses Übereinkommen in einer Urschrift unterzeichnet, die beim Generaldirektor des Internationalen Büros hinterlegt wird. Eine Abschrift davon wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes übermittelt, in dem der Kongress stattgefunden hat.

Geschehen zu Beijing am 15. September 1999.

**Gesetz
zur Änderung des Gesetzes vom 20. Mai 1997
zur Revision des Übereinkommens vom 20. März 1958
über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die
Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von
Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung**

Vom 18. Juni 2002

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Gesetz zur Revision des Übereinkommens vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung vom 20. Mai 1997 (BGBl. 1997 II S. 998) wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 2 Satz 1 werden nach den Wörtern „in Kraft zu setzen“ die Wörter „und mit diesen Rechtsverordnungen Bestimmungen über die Anwendung von Alternativen nach Artikel 1 der Revision 2 des Übereinkommens zu erlassen“ eingefügt.

2. Nach Artikel 2 wird folgender neuer Artikel 3 eingefügt:

„Artikel 3

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen wird ermächtigt, im Rahmen der in § 6 des Straßenverkehrsgesetzes genannten Ziele globale technische Regelungen und Änderungen globaler technischer Regelungen nach Artikel 6 sowie Alternativen in den Regelungen nach Artikel 7 Abs. 7.2 des Übereinkommens vom 25. Juni 1998 über die Festlegung globaler technischer Regelungen für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können (BGBl. 2001 II S. 250), durch Rechtsverordnungen ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen; vor ihrem Erlass sind die zuständigen obersten Landesbehörden zu hören.“

3. Die bisherigen Artikel 3 und 4 werden Artikel 4 und 5.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 18. Juni 2002

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Kurt Bodewig

**Vierzehnte Verordnung
über die Inkraftsetzung von Änderungen
des Internationalen Übereinkommens von 1974
zum Schutz des menschlichen Lebens auf See
und des Protokolls von 1988 zu diesem Übereinkommen
(14. SOLAS-ÄndV)**

Vom 18. Juni 2002

Auf Grund des § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, 4, 5 und 7 und Abs. 3 des Seeaufgabengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. September 1998 (BGBl. I S. 2986), der zuletzt durch Artikel 273 der Verordnung vom 29. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2785) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, hinsichtlich des § 9 Abs. 3 im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Justiz:

Artikel 1

Folgende Entschließungen zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See (BGBl. 1979 II S. 141), zuletzt geändert durch die Entschließung MSC.91(72) vom 26. Mai 2000 (BGBl. 2001 II S. 1648), und des Protokolls von 1988 zu diesem Übereinkommen (BGBl. 1994 II S. 2458), zuletzt geändert durch die Entschließung MSC.92(72) vom 26. Mai 2000 (BGBl. 2001 II S. 1648), werden hiermit in Kraft gesetzt:

1. die in London am 18. Mai 1998 vom Schiffssicherheitsausschuss der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation angenommene Entschließung MSC.69(69),
2. die in London am 5. Dezember 2000 vom Schiffssicherheitsausschuss der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation angenommene Entschließung MSC.99(73) und
3. die in London am 5. Dezember 2000 vom Schiffssicherheitsausschuss der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation angenommene Entschließung MSC.100(73).

Die Entschließungen werden als Anlage zu dieser Verordnung mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht. *)

Artikel 2

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen kann den Wortlaut des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See und des Protokolls von 1988 zu diesem Übereinkommen in der vom 1. Juli 2002 an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

Artikel 3

Die Verordnung tritt am 1. Juli 2002 in Kraft. Am selben Tag treten die drei Entschließungen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft.

Berlin, den 18. Juni 2002

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Kurt Bodewig

*) Die Anlage wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblatts Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Protokolls zur Änderung des Europäischen Übereinkommens
über das grenzüberschreitende Fernsehen**

Vom 29. April 2002

I.

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 1. September 2000 zu dem Protokoll vom 9. September 1998 zur Änderung des Europäischen Übereinkommens vom 5. Mai 1989 über das grenzüberschreitende Fernsehen (BGBl. 2000 II S. 1090) wird bekannt gemacht, dass das Protokoll nach seinem Artikel 35 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland

am 1. März 2002

in Kraft getreten ist.

Die Annahmearkunde ist am 1. Oktober 2000 beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt worden.

Das Protokoll ist ferner am 1. März 2002 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Bulgarien	Norwegen
Estland	Österreich
Finnland	Polen
Frankreich	San Marino
nach Maßgabe des unter II. abgedruckten	Schweiz
Einwandes nach Artikel 35 Abs. 2	Slowakei
Italien	Slowenien
Kroatien	Spanien
Lettland	Türkei
Liechtenstein	Ungarn
Litauen	Vereinigtes Königreich
Malta	Zypern.

II.

Frankreich hat dem Generalsekretär des Europarats am 28. September 2000 nachstehenden Einwand nach Artikel 35 Abs. 2 notifiziert:

(Übersetzung)

«J'ai l'honneur de faire connaître, conformément à l'article 35, paragraphe 2, du Protocole portant amendement à la Convention européenne sur la télévision transfrontière, l'objection du Gouvernement de la République française à l'entrée en vigueur automatique dudit Protocole.

En effet, la ratification de ce Protocole nécessite l'autorisation du Parlement en application de l'article 53 de notre constitution. La France n'est donc pas en mesure d'accepter l'entrée en vigueur automatique du Protocole d'amendement à l'expiration d'une période de deux ans suivant son ouverture à l'acceptation, soit le 1^{er} octobre 2000, dans la mesure où les procédures internes engagées à cet effet n'ont pas encore abouti.»

„Ich beehre mich, im Einklang mit Artikel 35 Absatz 2 des Protokolls zur Änderung des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen den Einwand der Regierung der Französischen Republik gegen das automatische Inkrafttreten des genannten Protokolls bekannt zu geben.

Zur Ratifikation des Protokolls bedarf es nach Artikel 53 unserer Verfassung der Zustimmung des Parlaments. Frankreich kann daher das automatische Inkrafttreten des Änderungsprotokolls nach Ablauf eines Zeitraums von zwei Jahren nach Auflegung dieses Protokolls zur Annahme, d. h. zum 1. Oktober 2000, insofern nicht akzeptieren, als die zu diesem Zweck eingeleiteten innerstaatlichen Verfahren noch nicht abgeschlossen sind.“

Berlin, den 29. April 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Geier

**Bekanntmachung
des deutsch-bolivianischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 6. Mai 2002

Das in La Paz am 20. Dezember 2001 unterzeichnete
Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung der Republik Bolivien
über Finanzielle Zusammenarbeit (2001) ist nach seinem
Artikel 6

am 20. Dezember 2001

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 6. Mai 2002

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Prof. Dr. Michael Bohnet

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Bolivien
über Finanzielle Zusammenarbeit (2001)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Bolivien –

unter Bezugnahme auf die in der Zeit vom 3. bis 4. Juli 2001 in
La Paz geführten Regierungsverhandlungen –

sind wie folgt übereingekommen:

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik
Bolivien,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch part-
nerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu
vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehun-
gen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in
Bolivien beizutragen,

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht
es der Regierung der Republik Bolivien und beziehungsweise
oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszu-
wählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau,
Frankfurt am Main, folgende Beiträge zu erhalten:

1. Darlehen für die Vorhaben

- a) „Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung in
Trinidad“ – Aufstockung – bis zu 800 000,- DM (in Wor-
ten: achthunderttausend Deutsche Mark; nachrichtlich in
Euro: 409 033,-),

- b) „Nationales Bewässerungsprogramm“ – Aufstockung – bis zu 15 000 000,- DM (in Worten: fünfzehn Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 7 669 378,-),
- c) „Finanzsystementwicklung“ – Aufstockung – bis zu 10 000 000,- DM (in Worten: zehn Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 5 112 918,-),
- d) „Bewässerung Comarapa“ – Aufstockung – bis zu 5 000 000,- DM (in Worten: fünf Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 2 556 459,-),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben festgestellt worden ist;

- 2. Finanzierungsbeiträge bis zu insgesamt 38 000 000,- DM (in Worten: achtunddreißig Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 19 429 091,-) für die Vorhaben:

- a) „Wasserversorgung und Abwasserentsorgung im Chaco“ – Aufstockung – bis zu 23 800 000,- DM (in Worten: dreiundzwanzig Millionen achthunderttausend Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 12 168 746,-),
- b) „Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Trinidad“ – Aufstockung – bis zu 2 200 000,- DM (in Worten: zwei Millionen zweihunderttausend Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 1 124 842,-),
- c) „Trinkwasserversorgung Oruro“ – Aufstockung – bis zu 1 000 000,- DM (in Worten: eine Million Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 511 291,-),
- d) „Trinkwasserversorgung Potosi“ – Aufstockung – bis zu 1 000 000,- DM (in Worten: eine Million Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 511 291,-),
- e) „Armutsorientiertes Nothilfeprogramm“ – Neuvorhaben – bis zu 10 000 000,- DM (in Worten: zehn Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 5 112 918,-),

wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass sie als Vorhaben des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruktur, als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe, als selbsthilfeorientierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung oder als Maßnahmen, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dienen, die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllen;

- 3. einen Finanzierungsbeitrag für die Aufstockung des Studien- und Fachkräftefonds VIII bis zu 3 200 000,- DM (in Worten: drei Millionen zweihunderttausend Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 1 636 134,-).

(2) Kann bei den in Absatz 1 Nummer 2 bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Bolivien, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main, für diese Vorhaben bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrags ein Darlehen zu erhalten.

(3) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Bolivien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Werden die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben durch ein Vorhaben des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruktur, als selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung, als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dient, oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe ersetzt, das die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(4) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Bolivien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 Nummer 1 und 2 genannten Vorhaben oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1

Nummern 1 und 2 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(5) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen gemäß Absatz 1 Nummer 3 und Absatz 4 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Darlehen und Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehens- oder Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für die in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe d und Nummer 2 Buchstabe c bis e genannten Vorhaben entfallen somit die Zusagen mit Ablauf des 31. Dezember 2008. Für die in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben a bis c und Nummer 2 Buchstaben a und b und Nummer 3 genannten Vorhaben entfallen die Zusagen mit Ablauf des 31. Dezember 2009.

(2) Die Regierung der Republik Bolivien, soweit sie nicht selbst Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Bolivien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Bolivien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Bolivien überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die folgenden Reprogrammierungen in Höhe von 9884 438,14 DM (in Worten: neun Millionen achthundertvierundachtzigtausendvierhundertachtunddreißig Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 5 053 832,97) werden für das neue Vorhaben „Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung in Klein- und Mittelstädten“ verwendet:

- 1. der im Abkommen vom 1. Juli 1992 zwischen unseren beiden Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Studienfonds für alternative Entwicklung“ vorgesehene Finanzierungsbeitrag in Höhe von 5 000 000,- DM (in Worten: fünf Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 2 556 459,-) wird mit einem Betrag von 1 904 752,18 DM (in Worten: eine Million neunhundertviertausendsiebenhundertzweiundfünfzig Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 973 884,33) reprogrammiert,
- 2. das im Abkommen vom 27. November 1997 zwischen unseren beiden Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Sacaba“ vorgesehene Darlehen in Höhe von insgesamt 7 900 556,57 DM (in Worten: sieben Millionen neunhunderttausendfünfhundertsechsfundfünfzig Deutsche Mark; nach-

richtlich in Euro: 4 039 490,43) wird mit einem Betrag von 7 900 556,57 DM (in Worten: sieben Millionen neunhunderttausendfünfhundertsechsfünfundzig Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 4 039 490,43) reprogrammiert,

3. der im Abkommen vom 25. April 1994 zwischen unseren beiden Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Naturressourcenschutz in Santa Cruz“ vorgesehene Finanzierungsbeitrag in Höhe von insgesamt 5 000 000,- DM

(in Worten: fünf Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 2 556 459,-) wird mit einem Betrag von 79 129,39 DM (in Worten: neunundsiebzigtausendeinhundertneunundzwanzig Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 40 458,21) reprogrammiert.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu La Paz am 20. Dezember 2001 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Jakob Haselhuber

Für die Regierung der Republik Bolivien
Gustavo Fernández Saavedra

Bekanntmachung des deutsch-honduranischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 8. Mai 2002

Das in Tegucigalpa am 5. April 2002 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Honduras über Finanzielle Zusammenarbeit (Warenhilfe 2000) ist nach seinem Artikel 6

am 5. April 2002

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 8. Mai 2002

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Prof. Dr. Michael Bohnet

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Honduras
über Finanzielle Zusammenarbeit
(Warenhilfe 2000)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Honduras –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Honduras,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Honduras beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Regierungsverhandlungen in Tegucigalpa vom 21. bis 23. August 2000 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Honduras oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, ein Darlehen bis zu insgesamt 5 000 000,- DM (in Worten: fünf Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 2 556 459,41 EUR) für das Vorhaben „Ausstattung des Bildungsministeriums“ (Warenhilfe) zu erhalten.

(2) Das in Absatz 1 genannte Darlehen ist zur Finanzierung der Devisen- und Inlandskosten für den Bezug von Waren und Leistungen zur Ausstattung des honduranischen Bildungsministeriums und seiner Außenstellen und der im Zusammenhang mit der finanzierten Warenbeschaffung anfallenden Devisen- und Inlandskosten für Transport, Versicherung und Montage zu verwenden. Es muss sich hierbei um Lieferungen und Leistungen gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten Liste, die Bestandteil des Abkommens ist, handeln, für die die Lieferverträge oder Leistungsverträge nach dem Datum der Zusage der Warenhilfe und nach der Unterzeichnung des nach Artikel 2 zu schließenden Vertrages geschlossen worden sind.

(3) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Honduras durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(4) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Honduras zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, ein weiteres Darlehen oder einen Finanzierungsbeitrag zur Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder einen Finanzierungsbeitrag für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrages und die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Darlehens zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt. Die Zusage des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrages von 5 000 000,- DM (in Worten: fünf Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 2 556 459,41 EUR) entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr der entsprechende Darlehensvertrag geschlossen wurde. Für diesen Betrag endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2008.

(2) Die Regierung der Republik Honduras, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten des Darlehensnehmers aufgrund des nach Absatz 1 zu schließenden Vertrages garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Honduras stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrages in der Republik Honduras erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Honduras überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Das in den Abkommen vom 8. Mai 1984 und vom 25. Oktober 1984 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Integriertes Ländliches Entwicklungsvorhaben Santa Barbara“ vorgesehene Darlehen in Höhe von 18 000 000,- DM (in Worten: achtzehn Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 9 203 253,86 EUR) wird mit einem Betrag von 700 000,- DM (in Worten: siebenhunderttausend Deutsche Mark; nachrichtlich

in Euro: 357 904,32 EUR) reprogrammiert und zusätzlich für das in Artikel 1 Absatz 1 erwähnte Vorhaben „Ausstattung des Bildungsministeriums“ (Warenhilfe) verwendet.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Tegucigalpa am 5. April 2002 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Thomas Bruns

Für die Regierung der Republik Honduras
Guillermo Augusto Perez-Cadalso Arias

**Anlage
zum Abkommen vom 5. April 2002
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Honduras
über Finanzielle Zusammenarbeit
(Warenhilfe 2000)**

1. Liste der Waren und Leistungen, die nach Artikel 1 Absatz 1 des Abkommens vom 5. April 2002 über Finanzielle Zusammenarbeit aus dem Darlehen finanziert werden können:
Ausstattung und Mobiliar für das honduranische Bildungsministerium und seine Außenstellen
 - Hauptgebäude (Informations- und Kommunikationssysteme, Büros und Räume für Arbeitsgruppen, Bibliothek, Auditorium maximum und Hauptarchiv, Vervielfältigung von Dokumenten, audiovisuelle Unterstützung, Besprechungssaal der Geschäftsführung, Klimatisierung);
 - Departamentsbüros (Informationssystem, Hauptarchiv, Vervielfältigung von Dokumenten);
 - Distriktbüros (Informationssystem, Vervielfältigung von Dokumenten);
 - damit zusammenhängende Consultingleistungen.
2. Güter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt.

**Bekanntmachung
des deutsch-honduranischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 8. Mai 2002

Das in Tegucigalpa am 5. April 2002 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Honduras über Finanzielle Zusammenarbeit (2000) ist nach seinem Artikel 5

am 5. April 2002

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 8. Mai 2002

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Prof. Dr. Michael Bohnet

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Honduras
über Finanzielle Zusammenarbeit (2000)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Republik Honduras –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Honduras,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Honduras beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Regierungsverhandlungen in Tegucigalpa vom 21. bis 23. August 2000 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Honduras oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, einen Finanzierungsbeitrag bis zu insgesamt 12 271 005,15 EUR (in Worten: zwölf Millionen zweihunderteinundsiebzigttausendundfünf Euro und fünfzehn Cent) für folgende Vorhaben zu erhalten:

a) „Wohnraumverbesserung in städtischen Randgebieten“ (Programa Integral de Mejoramiento Habitacional Urbano V [PRIMHUR-V]) bis zu 7 158 086,34 EUR (in Worten: sieben

Millionen einhundertachtundfünfzigtausendundsechshundertundachtzig Euro und vierunddreißig Cent),

- b) „Einfachwohnungsbau auf dem Lande V“ (Programa de Vivienda Mínima Rural [PVMR-V]) bis zu 5 112 918,81 EUR (in Worten: fünf Millionen einhundertzwölftausendneuhundertundachtzehn Euro und einundachtzig Cent),

wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass sie als selbsthilfeorientierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllen.

(2) Kann bei einem der in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, so ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Honduras, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau für dieses Vorhaben bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrags ein Darlehen zu erhalten.

(3) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Honduras durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird ein in Absatz 1 bezeichnetes Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dient, oder als eine selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(4) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Honduras zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, (weitere) Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder (weitere) Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Darlehen/der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehens-/Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2008.

(2) Die Regierung der Republik Honduras, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Honduras stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Honduras erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Honduras überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Tegucigalpa am 5. April 2002 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Thomas Bruns

Für die Regierung der Republik Honduras
Guillermo Augusto Perez-Cadalso Arias

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-kambodschanischen Abkommens
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Vom 15. Mai 2002

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 16. Mai 2001 zu dem Abkommen vom 15. Februar 1999 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Kambodscha über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (BGBl. 2001 II S. 487) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 14 Abs. 2

am 14. April 2002

in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunden sind in Phnom Penh am 14. März 2002 ausgetauscht worden.

Berlin, den 15. Mai 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Geier

**Bekanntmachung
des deutsch-belgischen Abkommens
über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden
und Zollverwaltungen in den Grenzgebieten**

Vom 29. Mai 2002

Das in Brüssel am 27. März 2000 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Belgien über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und Zollverwaltungen in den Grenzgebieten wird nachstehend veröffentlicht.

Die Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens erfolgt, sobald die Voraussetzungen nach seinem Artikel 21 Abs. 1 erfüllt sind.

Berlin, den 29. Mai 2002

Bundesministerium des Innern
Im Auftrag
Krause

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Belgien über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und Zollverwaltungen in den Grenzgebieten

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung des Königreichs Belgien –

im Einvernehmen mit den Ländern Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen,

in dem Wunsch, die Freundschaft und die Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu fördern, und unter Bekräftigung ihres Willens, die polizeiliche Zusammenarbeit in den deutsch-belgischen Grenzgebieten mit dem Ziel zu verstärken, die öffentliche Sicherheit auch künftig zu gewährleisten und die Kriminalität, insbesondere auch die organisierte Kriminalität sowie die illegale Migration und den Menschenhandel, zu verhüten und zu bekämpfen,

in der Absicht, die polizeiliche und grenzpolizeiliche Zusammenarbeit in den Grenzgebieten in Anwendung des Übereinkommens vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 sowie unter Berücksichtigung der vielfältigen und erfolgreichen bisherigen Kooperation zum beiderseitigen Nutzen zu intensivieren und auszubauen –

sind wie folgt übereingekommen:

Teil I

Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen

Artikel 1

Als Grenzgebiete im Sinne des Übereinkommens vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 (Schengener Durchführungsübereinkommen) gelten für

- a) die Bundesrepublik Deutschland:
 - in Rheinland-Pfalz: der Polizeibezirk Trier,
 - in Nordrhein-Westfalen:
 - die Stadt Aachen,
 - die Kreise Aachen, Düren, Euskirchen, Heinsberg,
- b) das Königreich Belgien:
 - die Gerichtsbezirke:
 - Eupen,
 - Verviers,
 - Lüttich,
 - Tongeren.

Artikel 2

(1) Die Vertragsparteien verstärken die Zusammenarbeit der Behörden und Dienststellen der Polizei, des Bundesgrenzschutzes und der Zollverwaltung bei der Gefahrenabwehr sowie bei der Verhütung und Verfolgung von Straftaten.

(2) Die in den Artikeln 3 und 4 genannten Behörden einschließlich ihrer nachgeordneten Dienststellen und zugehörigen Einsatzkräfte pflegen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten eine enge, unmittelbare Kooperation.

Die Zusammenarbeit erstreckt sich vornehmlich auf

- den Informationsaustausch,
- die Koordination polizeilicher Einsätze in den Grenzgebieten,
- die Kooperation im Bereich der Aus- und Fortbildung,
- Führungs- und Einsatzmittel.

(3) Unbeschadet des Dienstverkehrs und des Informationsaustausches über die nationalen Zentralstellen teilen sich die in den Artikeln 3 und 4 genannten Stellen im Rahmen ihrer Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Kriminalität nur die Informationen unmittelbar mit, die für das Grenzgebiet von Bedeutung sind.

(4) Auf die Verwendung personenbezogener Daten finden die Artikel 126 bis 130 des Schengener Durchführungsübereinkommens Anwendung.

(5) Die Zollverwaltungen werden von diesem Abkommen erfasst, unbeschadet des Übereinkommens zwischen Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden über gegenseitige Unterstützung ihrer Zollverwaltungen und des Protokolls jenes Übereinkommens, die am 7. September 1967 in Rom unterzeichnet wurden, und des am 15. Mai 1956 in Brüssel unterzeichneten Abkommens und des Briefwechsels zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Errichtung nebeneinander liegender nationaler Grenzabfertigungsstellen, über die Grenzabfertigung in Zügen während der Fahrt und über die Bestimmung von Gemeinschafts- und Betriebswechselbahnhöfen im Verkehr über die deutsch-belgische Grenze. Außerdem werden die Zollverwaltungen von diesem Abkommen insbesondere gemäß den Artikeln 40, 41 und 50 des Schengener Durchführungsübereinkommens erfasst. Das Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Zollzusammenarbeit in seiner geltenden Fassung bleibt unberührt.

Teil II

Organisation der Zusammenarbeit

Artikel 3

(1) Verbindungsstellen der Polizei beziehungsweise des Bundesgrenzschutzes sind:

- a) in der Bundesrepublik Deutschland:
 - das Polizeipräsidium Trier (Rheinland-Pfalz),
 - das Polizeipräsidium Aachen (Nordrhein-Westfalen),
 - das Bundesgrenzschutzamt Kleve,
 - das Bundesgrenzschutzamt Köln,
 - das Bundesgrenzschutzamt Saarbrücken;
- b) im Königreich Belgien: der Gendarmeriedistrikt Eupen.

(2) Die Verbindungsstellen tauschen im Rahmen ihrer Zuständigkeit Informationen aus. Sie sind Hauptansprechpartner in allen konkreten Fällen der unmittelbaren Zusammenarbeit zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten oder zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung und zur Bekämpfung zukünftiger Straftaten in den Grenzgebieten.

(3) In polizeilichen Angelegenheiten, die die Grenzgebiete betreffen, kann der direkte Dienstverkehr zwischen den Landeskriminalämtern Rheinland-Pfalz oder Nordrhein-Westfalen, dem Grenzschutzpräsidium West, der Bundesgrenzschutzdirektion sowie dem Allgemeinen Polizeiunterstützungsdienst in Brüssel wahrgenommen werden.

(4) Die Vertragsparteien unterrichten sich gegenseitig über jede Änderung der Bezeichnung dieser Behörden und deren Zuständigkeiten.

Artikel 4

(1) Bei Bedarf betreiben die Vertragsparteien für grenzpolizeiliche Angelegenheiten in Einzelfällen in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften sowie auf der Grundlage und in Ergänzung bestehender Übereinkünfte eine gemischt besetzte deutsch-belgische Kontaktdienststelle im deutschen Hoheitsgebiet am früheren Grenzübergang Aachen-Süd zur Verstärkung der Zusammenarbeit. Die hierfür notwendige Infrastruktur wird von beiden Vertragsparteien vorgehalten.

(2) In der Kontaktdienststelle arbeiten Beamte beider Vertragsparteien räumlich unmittelbar zusammen. Ihre Aufgaben bestehen außer in der Überstellung von Ausländern vor allem darin, mit Blick auf die Grenzgebiete zur Bekämpfung der illegalen Zuwanderung und damit zusammenhängender Straftaten, insbesondere der Schleuserkriminalität und der Fälschung und Verfälschung von Reisedokumenten, Informationen zu sammeln und weiter zu übermitteln. Die Beamten wirken ferner bei der Koordinierung von Einsatzmaßnahmen in diesem Aufgabenbereich mit. Die Beamten in der Kontaktdienststelle übermitteln einander die relevanten Erkenntnisse und Daten in direktem persönlichem Austausch und erstellen ein gemeinsames Lagebild. Der Kontaktdienststelle obliegt nicht die selbständige Durchführung operativer Maßnahmen. Die Vertragsparteien können im Rahmen ihrer Zuständigkeit der Kontaktstelle weitere Aufgaben übertragen.

(3) Die Beamten einer Vertragspartei, die Aufgaben nach Absatz 2 innerhalb der Kontaktdienststelle im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei wahrnehmen, werden aufgrund des Artikels 47 des Schengener Durchführungsübereinkommens als Verbindungsbeamte tätig. Exekutivbefugnisse stehen ihnen bei der Aufgabenwahrnehmung nach Absatz 2 im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nicht zu. Weitere Einzelheiten werden in einer Durchführungsvereinbarung geregelt.

(4) Für besondere Anlässe können die zuständigen Stellen zeitlich befristet gemeinsame Polizeiposten einrichten. Für Tätigkeiten im jeweiligen Nachbarstaat gilt Absatz 3 Satz 2 entsprechend.

Artikel 5

Bei besonderen Einsätzen mit grenzüberschreitendem Bezug können zeitlich befristet Verbindungsbeamte in den Nachbarstaat entsandt werden. Sie nehmen ausschließlich Beratungs- und Informationsfunktionen ohne Exekutivbefugnisse wahr.

Artikel 6

(1) Bei grenzüberschreitender Zusammenarbeit erfolgt die Unterrichtung der nationalen Zentralstellen nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts.

(2) Die Fälle der ausschließlichen Zuständigkeit der nationalen Zentralstellen sind von dem direkten polizeilichen Dienstverkehr ausgenommen.

Artikel 7

(1) Einsätze mit Auswirkungen auf das Grenzgebiet der anderen Vertragspartei werden von den beteiligten Stellen im Rahmen ihrer Zuständigkeit unmittelbar miteinander abgestimmt; die Verbindungsstellen und gegebenenfalls die Kontaktdienststelle sind jeweils zu informieren.

(2) Insbesondere werden die Polizeieinsatzleiter zum Informationsaustausch über Strategie und Taktik aufgefordert. Zur Gewährleistung einer planmäßigen Zusammenarbeit bei polizeilichen Anlässen mit Auswirkungen auf das Grenzgebiet der anderen Vertragspartei wie z. B. Fahndungen nach Personen oder Sachen, Straßenverkehrsstörungen oder größeren Schadensereignissen werden unter Beachtung des nationalen Rechts gemeinsame Einsatzpläne erarbeitet.

Artikel 8

(1) In Anwendung des Artikels 39 des Schengener Durchführungsübereinkommens können neben den nationalen Zentralstellen hinsichtlich ihres gesamten Zuständigkeitsbereichs die in Artikel 3 aufgeführten Polizeibehörden und ihre nachgeordneten Dienststellen in den Grenzgebieten bei der vorbeugenden Bekämpfung und der Aufklärung von strafbaren Handlungen Ersuchen um Hilfe insbesondere in den nachfolgenden Bereichen einander direkt übermitteln und unmittelbar erledigen:

- Halter- und Fahrerfeststellungen,
- Führerscheinanfragen,
- Aufenthalts- und Wohnsitzfeststellungen,
- Feststellungen von Telekommunikationsanschlusshabern, soweit es sich dabei um veröffentlichte Einträge handelt,
- Informationserhebung durch die Polizei auf freiwilliger Basis bei den betreffenden Personen,
- Identitätsüberprüfungen,
- Vorbereitung von Plänen und Abstimmung von Maßnahmen im Bereich der Fahndung sowie Einleitung von Sofortfahndungen (unabhängig von der SIS-Fahndung),
- Informationen über die Herkunft von Sachen, insbesondere betreffend Waffen und Kraftfahrzeuge (Verkaufswegsanfragen),
- Spurenfeststellungen,
- Übermittlung von Erkenntnissen aus polizeilichen Akten und Informationssystemen.

(2) Die gemäß Absatz 1 ersuchten Polizeibehörden erledigen das Ersuchen unmittelbar. Soweit die Bearbeitung anderer Ersuchen nach nationalem Recht den Justizbehörden vorbehalten ist, wird die ersuchende Polizeibehörde unmittelbar darüber informiert, dass ihr Ersuchen um Unterstützung durch ein Rechtshilfeersuchen bestätigt werden muss. In Erwartung dieser Bestätigung wird das Ersuchen um Unterstützung vorsorglich an die örtlich zuständige Justizbehörde weitergeleitet.

(3) Der unmittelbare polizeiliche Geschäftsweg ist ausgeschlossen, wenn das Ersuchen oder seine Erledigung eine Zwangsmaßnahme erfordert.

Artikel 9

(1) Die grenzüberschreitende Observation richtet sich nach den in Artikel 40 des Schengener Durchführungsübereinkommens genannten Bestimmungen.

(2) Zuständige Bewilligungsbehörden in den Grenzgebieten sind

a) in der Bundesrepublik Deutschland:

- in Rheinland-Pfalz: der Leitende Oberstaatsanwalt in Trier,
- in Nordrhein-Westfalen: der Leitende Oberstaatsanwalt in Aachen;

b) im Königreich Belgien:

- der nationale Staatsanwalt, wenn der Observationsort nicht bekannt ist,
- die Staatsanwaltschaften von Eupen, Verviers, Lüttich oder Tongeren, wenn der Observationsort in ihrem Gerichtsbezirk liegt.

Die erteilte Bewilligung zur Durchführung der Observation gilt jeweils für das gesamte Staatsgebiet.

(3) Das Rechtshilfeersuchen ist unmittelbar an die zuständige Bewilligungsbehörde oder an die zuständige Übermittlungsbehörde zu richten. Ein Doppel des Rechtshilfeersuchens ist außer den in Artikel 40 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 40 Absatz 5 des Schengener Durchführungsübereinkommens genannten Stellen

a) in der Bundesrepublik Deutschland:

- dem Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz in Mainz oder
- dem Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf, soweit jeweils davon betroffen,

b) im Königreich Belgien: der Verbindungsstelle Eupen zuzuleiten.

(4) Der Grenzübertritt ist in Fällen einer Observation nach Artikel 40 Absatz 2 des Schengener Durchführungsübereinkommens den in Absatz 3 genannten Stellen mitzuteilen. Die in Artikel 40 Absatz 5 des Schengener Durchführungsübereinkommens genannten Stellen der Vertragsparteien sind unverzüglich zu unterrichten.

(5) Die Vertragsparteien unterrichten sich gegenseitig über jede Änderung der Zuständigkeiten der genannten Stellen.

Artikel 10

(1) Die grenzüberschreitende Nacheile richtet sich nach den in Artikel 41 des Schengener Durchführungsübereinkommens genannten Bestimmungen sowie den dazu erlassenen Durchführungsregelungen und Leitlinien unter Beachtung der gemäß Artikel 41 Absatz 9 des Schengener Durchführungsübereinkommens abgegebenen nationalen Erklärungen.

(2) Im Falle einer grenzüberschreitenden Nacheile sind die jeweils zuständigen Verbindungsstellen oder die Kontaktdienststelle unverzüglich zu benachrichtigen. Die Vertragsparteien unterrichten sich gegenseitig über jede Änderung der Zuständigkeiten der genannten Stellen.

(3) Die jeweils zuständige Behörde kann die Einstellung der Nacheile verlangen.

(4) In Fällen der Nacheile erfolgt die Unterrichtung der nationalen Zentralstellen nach Maßgabe innerstaatlicher Vorschriften.

Artikel 11

(1) Bei der Durchführung einer grenzüberschreitenden Observation oder Nacheile unterliegen Polizei- und Zollbeamte des Nachbarstaats denselben verkehrsrechtlichen Bestimmungen wie die Polizei- und Zollbeamten der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Observation oder Nacheile fortgesetzt wird. Die Vertragsparteien unterrichten einander über das jeweils geltende Recht.

(2) Zur Unterstützung der grenzüberschreitenden Observation oder Nacheile erforderliche technische Mittel dürfen eingesetzt werden, soweit dies nach dem Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Observation oder Nacheile fortgesetzt wird, zulässig ist. Die Vertragsparteien unterrichten einander über das jeweils geltende Recht.

(3) Die Vertragsparteien werden schnellstmöglich die erforderlichen Voraussetzungen herbeiführen, damit bei der grenzüberschreitenden Observation oder Nacheile oder bei sonstigen zwischen den in Artikel 3 genannten Behörden abgestimmten grenzüberschreitenden Einsatzmaßnahmen auch Luftfahrzeuge der Polizeibehörden eingesetzt werden können. Die Vertrags-

parteien unterrichten sich gegenseitig über das Vorliegen dieser Voraussetzungen und bemühen sich, diese Möglichkeit auch der Zollverwaltung einzuräumen.

Artikel 12

Für den Ersatz von Schäden, die Beamte einer Vertragspartei durch Amtshandlungen nach den Artikeln 8 und 9 dieses Abkommens im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei verursachen, gilt Artikel 43 des Schengener Durchführungsübereinkommens.

Artikel 13

Soweit es verkehrsbedingt notwendig ist, dürfen Polizei- und Zollbeamte das Hoheitsgebiet des Nachbarstaats bis zur nächsten Wendemöglichkeit oder bis zum nächsten Bahnhof befahren, um das eigene Hoheitsgebiet wieder zu erreichen.

Artikel 14

(1) Die zuständigen Stellen streben die Verbesserung der grenzüberschreitenden Nachrichtenübermittlung an. Zu diesem Zweck tauschen sie unter Beachtung der telekommunikationsrechtlichen Bestimmungen in einem ersten Schritt Sende- und Empfangsanlagen aus.

(2) Die zuständigen Stellen tauschen Verzeichnisse über die verantwortlichen Polizeiführer und die Dienststellen sowie deren Telekommunikationsanschlüsse aus. Die Verzeichnisse werden regelmäßig aktualisiert.

Artikel 15

(1) Die zuständigen Stellen informieren einander über geplante Aus- und Fortbildungsveranstaltungen und ermöglichen die gegenseitige Teilnahme. Ihre Leiter treffen sich regelmäßig zum Erfahrungsaustausch. Darüber hinaus werden gemeinsame Aus- und Fortbildungsveranstaltungen miteinander geplant und durchgeführt. Dabei soll die vertiefende Behandlung grenzüberschreitender Probleme gewährleistet werden.

(2) Die zuständigen Stellen können gemeinsame grenzüberschreitende Übungen durchführen. Vertreter des Nachbarstaats können als Beobachter zu Übungen und zu besonderen Einsätzen eingeladen werden.

(3) Die zuständigen Stellen können Beamte austauschen, die sich im Nachbarstaat über die polizeilichen Strukturen und Befugnisse informieren.

Artikel 16

(1) Polizeibeamte dürfen beim Grenzübertritt aus dienstlichem Anlass Uniformen und die nach dem Recht des Entsendestaats zugelassenen Dienstwaffen und sonstigen Zwangsmittel mitführen. Insoweit gelten die in Deutschland nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) erforderlichen Genehmigungen nach § 27 KWKG als erteilt.

(2) Die zuständigen Stellen unterrichten sich gegenseitig über die jeweils zugelassenen Dienstwaffen und sonstigen Zwangsmittel sowie das Recht, sie zu benutzen.

(3) Der Gebrauch der Dienstwaffe ist nur im Falle der Notwehr zulässig.

Artikel 17

(1) Die zuständigen Stellen tauschen Informationen über Ausrüstung und über technische Neuerungen aus.

(2) Die zuständigen Stellen informieren sich gegenseitig über Entscheidungen zur Beschaffung von Ausstattungssystemen. Sie streben Kompatibilität an, soweit dies im Hinblick auf den möglichen gemeinsamen Gebrauch erforderlich erscheint.

(3) Führungs- und Einsatzmittel sowie Betreuungspersonal können ausgetauscht werden, soweit dies dem Polizeieinsatz dienlich ist. Die entsandten Beamten nehmen bei der Stelle im Nachbarstaat Verbindungsfunktionen wahr, ohne dabei hoheitlich zu handeln.

(4) Bei Verlust oder Beschädigung von ausgeliehenen Führungs- und Einsatzmitteln wird der Eigentümer vom Entleiher entschädigt.

Teil III

Durchführungs- und Schlussbestimmungen

Artikel 18

Eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Vertretern der Vertragsparteien führt einmal jährlich oder bei Bedarf einen Erfahrungsaustausch über die Anwendung des Abkommens sowie Entwicklung der grenzüberschreitenden Kriminalität im deutsch/belgischen Grenzgebiet durch und erstellt einen Jahresbericht zur Vorlage bei den jeweils zuständigen Stellen.

Artikel 19

Die zuständigen Stellen können auf der Grundlage und im Rahmen dieses Abkommens weitere Absprachen treffen, die die verwaltungsmäßige Durchführung, organisatorische Änderungen oder die Förderung (Weiterentwicklung, Vertiefung, Verbesserung) der polizeilichen Zusammenarbeit zum Ziel haben.

Artikel 20

Jede Vertragspartei darf die Unterstützung ganz oder teilweise verweigern oder darf sie von der Einhaltung bestimmter Bedingungen abhängig machen, wenn sie der Auffassung ist, dass das Ersuchen um Unterstützung oder die Unterstützung selbst geeignet wäre, die Souveränität, die Sicherheit, die öffentliche Ordnung oder andere wesentliche Interessen des Staates zu beeinträchtigen oder das innerstaatliche Recht zu beschränken.

Artikel 21

(1) Dieses Abkommen tritt zwei Monate nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgeblich ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Vertragspartei auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt werden. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Zeitpunkt wirksam, zu dem sie der anderen Vertragspartei zugegangen ist.

Geschehen zu Brüssel am 27. März 2000 in zwei Urschriften, jede in deutscher, französischer und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Hofstetter
Schily

Für die Regierung des Königreichs Belgien
Duquesne

Bekanntmachung des deutsch-dänischen Abkommens über die polizeiliche Zusammenarbeit in den Grenzgebieten

Vom 29. Mai 2002

Das in Berlin am 21. März 2001 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Dänemark über die polizeiliche Zusammenarbeit in den Grenzgebieten wird nachstehend veröffentlicht. Es wird nach seinem Artikel 16 Abs. 1 Satz 3 seit dem

25. März 2001

vorläufig angewendet.

Die Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens erfolgt, sobald die Voraussetzungen nach seinem Artikel 16 Abs. 1 erfüllt sind.

Berlin, den 29. Mai 2002

Bundesministerium des Innern
Im Auftrag
Krause

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Dänemark über die polizeiliche Zusammenarbeit in den Grenzgebieten

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung des Königreichs Dänemark –

getragen von dem Willen zur Stärkung der polizeilichen Zusammenarbeit zwischen den Behörden in den deutsch-dänischen Grenzgebieten im Einvernehmen mit den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein,

in der Betonung, dass dieses Abkommen die polizeiliche Zusammenarbeit zwischen den deutschen und dänischen Behörden ergänzt und dass es die schon bestehende deutsch-dänische Zusammenarbeit und die internationale Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung nicht einschränkt,

in dem Bestreben, die illegale Einwanderung und die grenzüberschreitende Kriminalität zu bekämpfen, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten und eine effektive Kriminalitätsbekämpfung aufrechtzuerhalten,

in der Absicht, das Übereinkommen vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 (im Folgenden das Schengener Durchführungsübereinkommen genannt) und die im Zusammenhang hiermit verabschiedeten Durchführungsbestimmungen zu erfüllen und zu ergänzen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien arbeiten in den deutsch-dänischen Grenzgebieten mit dem Ziel der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie der Verhütung und Bekämpfung von Straftaten zusammen. Diese Zusammenarbeit erfolgt auch in dem Fall, dass eine Vertragspartei die Personenkontrolle an der Grenze zum Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei unter Bezugnahme auf Artikel 2 Absatz 2 des Schengener Durchführungsübereinkommens vorübergehend wieder aufnimmt.

(2) Die Zusammenarbeit erfolgt auf der Grundlage und unter Beachtung innerstaatlichen Rechts, des Schengener Durchführungsübereinkommens und völkerrechtlicher Verträge zwischen den Vertragsparteien, wobei auch die übrigen Verpflichtungen der Vertragsparteien nach dem Recht der Europäischen Union unberührt bleiben.

(3) Die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kriminalitätsbekämpfung durch nationale Zentralstellen, insbesondere im Rahmen der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (IKPO-Interpol), bleibt durch dieses Abkommen unberührt.

Artikel 2

(1) Für das Königreich Dänemark sind die folgenden Behörden vom Abkommen umfasst:

- der Reichspolizeichef,
- der Polizeidirektor in Nykøbing Falster,
- der Polizeidirektor in Nakskov,
- der Polizeidirektor auf Bornholm,
- der Polizeidirektor in Svendborg,
- der Polizeidirektor in Assens,
- der Polizeidirektor in Sonderburg,
- der Polizeidirektor in Gravenstein,
- der Polizeidirektor in Tønder,
- der Polizeidirektor in Hadersleben,
- der Polizeidirektor in Ribe,
- der Polizeidirektor in Esbjerg,
- der Polizeidirektor in Varde,
- der Polizeidirektor in Fredericia,
- der Polizeidirektor in Kolding,
- der Polizeidirektor in Vejle,
- der Polizeidirektor in Horsens,
- die zentralen Zoll- und Steuerbehörden (Told- og Skattestyrelsen),
- das Zollzentrum Südjütland,
- das Zollzentrum Südwestseeland.

(2) Für die Bundesrepublik Deutschland sind die folgenden Behörden vom Abkommen umfasst:

- a) das Bundesgrenzschutzpräsidium Nord mit den Bundesgrenzschutzämtern Flensburg, See, Rostock und Hamburg,
- b) in Mecklenburg-Vorpommern
 - die Polizeidirektion Schwerin für das Gebiet des Kreises Nordwestmecklenburg sowie das der Hansestadt Wismar,
 - die Polizeidirektion Rostock für das Gebiet des Kreises Bad Doberan sowie das der Hansestadt Rostock,
 - die Polizeidirektion Stralsund für das Gebiet der Kreise Nordvorpommern und Rügen sowie das der Hansestadt Stralsund,
 - die Polizeidirektion Anklam für das Gebiet des Kreises Ostvorpommern sowie das der Hansestadt Greifswald,
 - die Wasserschutzpolizeidirektion Rostock,

c) in Schleswig-Holstein

- die Polizeidirektion Schleswig-Holstein Nord mit allen nachgeordneten Dienststellen,
- die Polizeidirektion Schleswig-Holstein Mitte mit der Polizeiinspektion Kiel, der Polizeiinspektion Plön, der Polizeiinspektion Rendsburg (nur mit den Polizeizentralstationen Eckernförde, Gettorf und Kronshagen) der Kriminalpolizei-
außenstelle Eckernförde sowie der Bezirkskriminalinspektion Kiel für den Grenzteilbereich der Polizeidirektion Schleswig-Holstein Mitte,
- die Polizeidirektion Schleswig-Holstein Süd mit der Polizeiinspektion Eutin, der Polizeiinspektion Lübeck sowie der Bezirkskriminalinspektion Lübeck für den Grenzteilbereich der Polizeidirektion Schleswig-Holstein Süd,
- die Wasserschutzpolizeidirektion Schleswig-Holstein.

Das Abkommen findet im Hinblick auf Angelegenheiten der Kriminalitätsbekämpfung und Gefahrenabwehr im Zuständigkeitsbereich der in diesem Absatz bezeichneten Behörden auch auf die Landeskriminalämter Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein sowie die Verkehrspolizeidirektion Schleswig-Holstein, auf das Bundeskriminalamt, die Grenzschutzdirektion, das Zollkriminalamt sowie die Zollbehörden in den Oberfinanzbezirken Hamburg und Hannover Anwendung.

(3) Die Vertragsparteien unterrichten sich gegenseitig über jede Änderung der Bezeichnung dieser Behörden und deren Zuständigkeiten.

Artikel 3

„Beamte“ im Sinne dieses Abkommens sind in Bezug auf die Vertragsparteien die in Artikel 40 und 41 des Schengener Durchführungsübereinkommens genannten Bediensteten sowie die Bediensteten der in Artikel 2 Absatz 2 dieses Abkommens genannten Zollbehörden.

Artikel 4

(1) Die in Artikel 2 genannten Behörden treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Durchführung dieses Abkommens. Insbesondere benachrichtigen sie sich gegenseitig sofort über Umstände, die sich auf Gefahren oder Kriminalität von grenzüberschreitender Bedeutung in den Grenzgebieten beziehen.

(2) In diesem Zusammenhang gewährleisten die Behörden unter anderem einen engen Informationsaustausch in Angelegenheiten, die für die Grenzgebiete von Bedeutung sind, und eine fortgesetzte Entwicklung der Kommunikationsstrukturen in der polizeilichen Zusammenarbeit nach Titel III des Schengener Durchführungsübereinkommens, wobei sie nach nationalem Recht, unter anderem

- in Einzelfällen Informationen über Sachen und Personen austauschen,
- sich gegenseitig möglichst bald direkt von bevorstehenden polizeilich relevanten Ereignissen und Aktionen benachrichtigen sowie im Einzelfall die Informationen so rechtzeitig weitergeben, dass der Empfänger die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung treffen kann, und
- bis auf weiteres im erforderlichen Umfang direkten Funkkontakt zwischen den zuständigen Behörden durch Austausch von Funkausrüstung etablieren.

(3) Die Behörden werden dabei auch die Zusammenarbeit im Zusammenhang mit dem Einsatz und den Ermittlungen zur Vorbeugung und Bekämpfung von Straftaten intensivieren, wobei sie unter anderem

- wenn erforderlich, im Zusammenhang mit Kontroll-, Überwachungs- und Ermittlungsmaßnahmen zusammenarbeiten; hierbei nehmen die zuständigen Behörden der einen Vertragspartei im Rahmen ihrer innerstaatlichen Zuständigkeit Informations- und Beratungsaufgaben bei dem Einsatz auf dem

Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nach näherer Vereinbarung zwischen den zuständigen Behörden und unter Leitung der Behörden der Vertragspartei wahr, auf deren Hoheitsgebiet der Einsatz erfolgt,

- an grenzüberschreitenden Fahndungsaktionen laut festgelegten Plänen teilnehmen,
- nach Bedarf gemeinsame Initiativen zur kriminalitätsvorbeugenden Arbeit planen und durchführen können.

(4) Die Behörden erteilen sich gegenseitig sachdienliche Auskünfte über ihre Organisationsstruktur; hierunter fallen Ausbildung, Fortbildung, Zuständigkeitsverteilung und Kontaktpersonen. Sie stellen sich geeignetes Schulungsmaterial, insbesondere zu den Voraussetzungen der grenzüberschreitenden Observation und Nacheile, zur Verfügung.

(5) Bei Bedarf tauschen die zuständigen Behörden gemäß Artikel 47 und 125 des Schengener Durchführungsübereinkommens Verbindungsbeamte aus.

Artikel 5

Die in Artikel 2 genannten Behörden können Vereinbarungen treffen über gemeinsame Übungen, Teilnahme an Fortbildung, Teilnahme der Vertreter der einen Vertragspartei als Beobachter an den polizeilichen Maßnahmen der anderen Vertragspartei, über den Austausch von Bediensteten, ohne dass diese hierdurch zur hoheitlichen Tätigkeit ermächtigt werden, und über die Entsendung von Verbindungsbeamten nach Artikel 47 und 125 des Schengener Durchführungsübereinkommens.

Artikel 6

(1) Ersuchen um Hilfeleistung nach Artikel 39 Absatz 1 des Schengener Durchführungsübereinkommens im Hinblick auf die vorbeugende Bekämpfung und Aufklärung von Straftaten können von den zuständigen nationalen Zentralstellen und in Angelegenheiten, die für die Grenzgebiete von Bedeutung sind, von den in Artikel 2 dieses Abkommens genannten Behörden den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei unmittelbar übermittelt werden, die unverzüglich der ersuchenden Behörde unmittelbar antworten.

(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn eine Maßnahme begehrt wird, deren Erledigung nach innerstaatlichem Recht den Justizbehörden vorbehalten ist, oder deren Erledigung im Übrigen strafprozessuale Zwangsmaßnahmen erfordert.

(3) Innerstaatliche Unterrichtungspflichten bleiben unberührt.

Artikel 7

Der Austausch von personenbezogenen Daten zwischen den in Artikel 2 genannten Behörden erfolgt nach innerstaatlichem Recht und den einschlägigen Bestimmungen des Schengener Durchführungsübereinkommens.

Artikel 8

(1) Die grenzüberschreitende Observation erfolgt nach Artikel 40 des Schengener Durchführungsübereinkommens.

(2) Die Ersuchen sind zu richten:

1. im Königreich Dänemark an den Reichspolizeichef,
2. in der Bundesrepublik Deutschland
 - in Mecklenburg-Vorpommern an die Leiter der Staatsanwaltschaften Rostock und Stralsund,
 - in Schleswig-Holstein an das Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie.

Die erteilte Bewilligung zur Durchführung der Observation gilt für das gesamte Bundesgebiet. Die Vertragsparteien unterrichten sich gegenseitig über jede Änderung der Bezeichnung dieser Behörden und deren Zuständigkeiten.

(3) Eine Kopie des Rechtshilfeersuchens ist gleichzeitig den in Artikel 40 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 40 Absatz 5 des

Schengener Durchführungsübereinkommens genannten Stellen zuzuleiten. Darüber hinaus soll in der Bundesrepublik Deutschland eine Kopie

- dem Bundesgrenzschutzpräsidium Nord,
- dem Zollkriminalamt,
- dem Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern,
- dem Landeskriminalamt Schleswig-Holstein

zugeleitet werden.

(4) Der Grenzübertritt ist in Fällen der Observation nach Artikel 40 Absatz 2 des Schengener Durchführungsübereinkommens neben den in Artikel 40 Absatz 5 des Schengener Durchführungsübereinkommens genannten Stellen

1. im Königreich Dänemark dem Reichspolizeichef,
2. in der Bundesrepublik Deutschland
 - dem Bundesgrenzschutzpräsidium Nord,
 - in Mecklenburg-Vorpommern dem Landeskriminalamt,
 - in Schleswig-Holstein dem Lagezentrum des Innenministeriums

mitzuteilen.

Artikel 9

(1) Nacheile erfolgt nach Artikel 41 des Schengener Durchführungsübereinkommens und der diesbezüglichen Durchführungsbestimmungen unter Beachtung der nationalen Erklärungen nach Artikel 41 Absatz 9 des Schengener Durchführungsübereinkommens.

(2) Bei Nacheile im Königreich Dänemark sind die folgenden Behörden zu benachrichtigen:

- der Polizeidirektor in dem Polizeibezirk, in dem der Grenzübertritt stattfindet,
- der Regionspolizeileiter der Polizeiregion III, der Polizeidirektor in Hadersleben.

(3) Bei Nacheile in der Bundesrepublik Deutschland sind die folgenden Behörden zu benachrichtigen:

- das Bundesgrenzschutzpräsidium Nord,
- in Mecklenburg-Vorpommern das Lagezentrum des Innenministeriums,
- in Schleswig-Holstein das Lagezentrum des Innenministeriums.

Artikel 10

Soweit es verkehrsbedingt notwendig ist, dürfen die Beamten das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei bis zur nächsten Wendemöglichkeit befahren, um das eigene Hoheitsgebiet wieder zu erreichen. In diesem Zusammenhang können keine polizeilichen Befugnisse auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ausgeübt werden.

Artikel 11

(1) Die Zuständigkeit der Entscheidung in Angelegenheiten der Dienst- und Fachaufsicht einschließlich der Entscheidung über Disziplinarmaßnahmen gegen Beamte bleibt von diesem Abkommen unberührt.

(2) Wenn eine Beschwerde nach Absatz 1 bei einer Behörde einer Vertragspartei eingereicht wird, in deren Diensten der Beamte nicht steht, leitet diese Behörde die Beschwerde an die zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei weiter und stellt auf Ersuchen und in Übereinstimmung mit innerstaatlichem Recht und den Bestimmungen in Artikel 40 Absatz 3 Buchstabe g und in Artikel 41 Absatz 5 Buchstabe g des Schengener Durchführungsübereinkommens die für die in Absatz 1 genannte Entscheidung erforderlichen Auskünfte zur Verfügung.

(3) Strafrechtliche Zuständigkeiten bleiben unberührt.

Artikel 12

Bei der Durchführung einer grenzüberschreitenden Observation oder Nacheile unterliegen Beamte der anderen Vertragspartei denselben innerstaatlichen Regelungen einschließlich den verkehrsrechtlichen Bestimmungen wie die Beamten der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet die Observation oder Nacheile fortgesetzt wird. Die Vertragsparteien unterrichten sich gegenseitig über die geltende Rechtslage.

Artikel 13

(1) Die Beamten einer Vertragspartei, die sich auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhalten, können in den in Artikel 40 des Schengener Durchführungsübereinkommens sowie in den in Artikel 10 dieses Abkommens genannten Fällen ihre nationale Dienstuniform oder sonstige sichtbare Kennzeichen tragen. Artikel 41 Absatz 5 Buchstabe d des Schengener Durchführungsübereinkommens bleibt unberührt.

(2) In den in Artikel 41 des Schengener Durchführungsübereinkommens und in Artikel 10 dieses Abkommens genannten Fällen können Beamte der Vertragsparteien darüber hinaus die Dienstwaffen tragen, die nach nationalem Recht in dem Staat erlaubt sind, in dessen Diensten sie stehen. Artikel 40 des Schengener Durchführungsübereinkommens bleibt unberührt.

(3) In besonderen Fällen kann die eine Vertragspartei dagegen Einspruch erheben, dass die Beamten der anderen Vertragspartei ihre nationale Dienstuniform oder sonstige sichtbare Kennzeichen oder Dienstwaffen nach Maßgabe von Absatz 1 und Absatz 2 tragen. In solchen Fällen müssen die Beamten auf deren Tragen verzichten. Artikel 41 Absatz 5 Buchstaben d und e des Schengener Durchführungsübereinkommens bleiben unberührt.

(4) Beamte einer Vertragspartei, die sich auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhalten, können ihre nationale Dienstuniform oder andere sichtbare Kennzeichen gemäß konkreter Anordnungen der zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei tragen. Absatz 1 bleibt unberührt.

(5) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien unterrichten sich gegenseitig über die jeweils zulässigen Dienstwaffen.

(6) Der Gebrauch von Dienstwaffen auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ist nur im Falle der Notwehr zulässig.

Artikel 14

Ist eine Vertragspartei der Auffassung, dass einem Ersuchen im Rahmen der Zusammenarbeit nicht entsprochen oder dass eine Maßnahme nicht durchgeführt werden kann, ohne die Souveränität, die eigene Sicherheit oder sonstige wesentliche nationale Interessen der Vertragspartei zu beeinträchtigen, oder dass das Ersuchen gegen innerstaatliches Recht verstößt, kann die betreffende Vertragspartei im konkreten Fall ganz oder teilweise die Zusammenarbeit verweigern oder sie von bestimmten Bedingungen abhängig machen.

Artikel 15

Die in Artikel 2 genannten Behörden können aufgrund und im Rahmen dieses Abkommens weitere Absprachen treffen, die auf die verwaltungsmäßige Durchführung und die praktischen Modalitäten für eine Durchführung der Zusammenarbeit abzielen.

Artikel 16

(1) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Notifikation. Das Abkommen wird nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts vom Tage der Unterzeichnung an, nicht vor dem 25. März 2001, bis zu seinem endgültigen Inkrafttreten vorläufig angewendet.

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.
Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 13 20, 53003 Bonn

Telefon: (02 28) 3 82 08-0, Telefax: (02 28) 3 82 08-36

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe ohne Anlageband: 9,45 € (8,40 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 10,05 €.

Preis des Anlagebandes: 15,45 € (14,00 € zuzüglich 1,45 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 16,05 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Vertragspartei auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt werden. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Zeitpunkt wirksam, zu dem sie der anderen Vertragspartei zugegangen ist.

(3) Die Bestimmungen dieses Abkommens können auf Antrag einer der Vertragsparteien jederzeit im gegenseitigen Einvernehmen geändert werden. Änderungen treten einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Notifikation.

Artikel 17

Spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens überprüfen die Vertragsparteien die Durchführung und die Anwendung des Abkommens, wobei die Vertragsparteien in dem Zusammenhang auch den Bedarf zur Änderung der Bestimmungen zur grenzüberschreitenden Observation und Nacheile des Abkommens prüfen. In diesem Zusammenhang prüfen die Vertragsparteien auch die Möglichkeit der Einrichtung eines gemeinsamen Zentrums für den Informationsaustausch, die Analyse und die Koordinierung der Zusammenarbeit der zuständigen Behörden der Vertragsparteien.

Geschehen zu Berlin am 21. März 2001 in zwei Urschriften, jede in deutscher und dänischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Michael Gerdts
Schily

Für die Regierung des Königreichs Dänemark

Frank Jensen